



C 98 - 04206

# *Globalisierung*

— zwischen Mythos und  
veränderter Wirklichkeit

Eine Bildungshilfe zur

Schwerpunktthema '97/98





# Impressum:

## Herausgeber:

DGB Bildungswerk e.V.

## Verantwortlich:

Günter Dickhausen

## Autoren:

Karsten Meier

Jörg Meyer

Reiner Peters-Ackermann

Jürgen Sandler

Bernd Wittich

Andreas Wulf-Antonowitsch

## Textredaktion:

Chris Künster

## Satz und Gestaltung:

„idee-projekt“

ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen

Karsten Meier

Reiner Peters-Ackermann

## Druck und Vertrieb:

satz+druck GmbH

Postfach 12 02 50

40602 Düsseldorf

## Schutzgebühr:

10,- DM

ab dem 2. Exemplar 8,- DM

alles incl. Porto und Versand

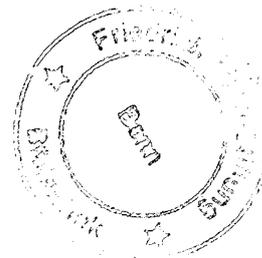
Umschlaggestaltung unter Verwendung von Fotos aus „das Buch zur documenta X, Kassel 1997, S. 190 + 734 (Titel-Rückseite), ZEITpunkte 1/97, S. 7 (Innenseite vorn) und K. Fohrbeck, A.-J. Wiesand „Wir Eingeborenen“, Reinbek bei Hamburg 1983 S. 264 (Innenseite hinten)

Das Schwerpunktthema ist vorgesehen zum internen Gebrauch. Bei anderweitiger Nutzung bitten wir um die Wahrung von Urheberrechten.

Schwerpunktthema 1997/98

# Globalisierung

zwischen Mythos  
und  
veränderter Wirklichkeit



C 98 - 04206

# Inhalt:

Ein Wort zum Anfang .....	3	<b>Die Multis kennen kein Zuhause</b>	52
Von Zielen, Inhalt und Methoden	5	Der Trend zum globalen Netz	52
Globalisierung, ein Unbegriff?	8	Multinationale Konzerne und der „Standort Deutschland“	56
Unser Bild von Welt	12	Globalisierung ist mehr als die Internationalisierung des Kapitals	59
Von weißen und roten Flecken und ihrem Verschwinden	14	Die Rolle des Staates und die TNK's	59
Blitzlichter auf die Weltlage	19	Eine Welt ohne Grenzen?	60
Diamanten für wenige, Glasperlen für viele	19	Die Multinationalen Konzerne und die „Freien Produktionsstätten“	63
Ohne Arbeit – oder dazu gezwungen	20	<b>Alles nur ein Spiel?</b>	67
Weltökonomie - Ungleichheit und Krise	21	Operation „Peso Shield“	67
Vertrieben oder ohne Perspektive - die neue „Völkerwanderung“	26	Wie ist das mit der Macht?	69
Herrschen ohne Widerrede	28	Zum Beispiel Moody's	70
Ruf' doch mal an, wenn du kannst!	30	Zum Verhältnis von Finanzmarkt und „realer“ Wirtschaft	70
Von Zeiten und Räumen	31	Was ist „Tobin tax“?	71
Zentren und Regionen	32	„Kasino - Kapitalismus“	72
Globalökonomologiekpolitik	34	Auswirkungen des Kapitalmarktes auf betriebliche Steuerung und Strategie: „Der Shareholder-Value-Ansatz“	73
Da ist schon so viel da ...	37	<b>Europäische Wirtschafts- und Währungsunion</b>	77
Wir zeichnen eine Karte	38	<b>Arbeit am Standort und international</b>	82
Definitionen	40	Geht uns die Arbeit aus?	82
Das Vier-Ecken-Spiel	40	Arbeit ist für alle da!	97
Mein Warenkorb oder ein Gang ins Kaufhaus	41	Anders arbeiten, anders leben	102
Fragen zum Tourismus	42	<b>Wenig gewonnen – die Frauen rund um den Globus</b>	111
Was kenne ich von der Welt?	43	<b>Aufbruch zur Nachhaltigkeit</b>	119
Der globalisierte Betrieb	43	<b>Anhang (Glossar)</b>	139
Das Bild der Welt in der Medienwelt	45		
Maske: Situation in der Welt	47		
Fragebogen: Im Jahr 2010	47		
Einblicke – Mythos und Wirklichkeit der Globalisierung	50		

## Ein Wort

## zum Anfang

**Was ist "Globalisierung" und was das Neue daran?****Einleitende Bemerkungen**

Globalisierung ist in aller Munde. Wahrscheinlich wird es zum (Un-)Wort des Jahres 1996/97 ernannt werden. Aufsätze und Bücher zum Thema bzw. zu Themenbereichen füllen inzwischen Regalwände, und dabei handeln sie von durchaus Unterschiedlichem z.B.

- die Globalisierung der Finanzen, der Märkte bzw. Handelsbeziehungen,
- die Globalisierung der Technologie und des damit verbundenen Wissens, der Forschung und Entwicklung,
- die Globalisierung von Lebensformen, die Globalisierung als politisches Zusammenwachsen oder
- die Globalisierung der Wahrnehmung und des Bewußtseins.

Unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten sind alle Bereiche von großer Bedeutsamkeit. In einem Bildungsmaterial können wir nicht den Anspruch der Vollständigkeit haben, sondern nur den Anspruch, in den zentralen Feldern Material dafür zu liefern, im täglichen Leben und in der gewerkschaftlichen Praxis dem Begriff Globalisierung und seiner Handhabung aus jeweils unterschiedlichem Interesse nicht hilflos gegenüberzustehen, sondern im Gegen-

teil: Handlungsperspektiven sollen sichtbar werden; Handlungsperspektiven angesichts und trotz einer globalen Wirtschaft, wachsender sozialer Ungleichheit in der Welt und im Lande, angesichts und trotz der Gefahren für das Leben und Überleben auf unserem Planeten. Daß "Globalisierung" mehr ist als "Internationalisierung" in verschärftem Tempo, daß Globalisierung durchaus ein neuer Begriff für eine neues Stück Wirklichkeit ist, beschreiben Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf sehr bildhaft:

*"Als Robinson Crusoe Schiffbruch erlitt und auf "seinem" karibischen Eiland strandete, hatte er neben seinem Leben und allerhand Ausrüstungsgegenständen vom gestrandeten Schiff immerhin das Hauptbuch gerettet. So konnte er Tagebuch führen und über (Arbeits)aufwand und Ertrag buchhalten, um sein Tun zu rationalisieren. Auf dem kleinen überschaubaren Eiland war dies vielleicht möglich, in komplexen dynamischen Systemen wie der Weltwirtschaft ist von dieser Art der Buchhaltung keine Rationalisierung zu erwarten. Als Robinson mit seinem ebenfalls gestrandeten, aber "wildem" Kumpan Freitag am Strand um die Wette laufen wollte, konnte dieser überhaupt nicht verstehen, warum sich jemand nur deshalb anstrengen sollte, um erster zu sein. Diese Zeiten, in denen die "Wilden" noch "gut" waren und erst von der Zivilisation paternalistisch mit dem Feuer des Wettstreits beseelt werden mußten, in denen die Globalisierung in allererster Linie*

*als spannende "Entdeckung" fremder Länder und Völker wahrgenommen wurde, über die Abenteuerbücher vom Schlege der Bande Joseph Conrads oder auch nur Karl Mays geschrieben werden konnten, sind am Ende des 20. Jahrhunderts vorbei. Die Taiwanesen und Malayen, die Chinesen aus Indonesien, Singapur und, selbstverständlich, aus Südchina, die Koreaner und Vietnamesen, sie alle haben das Wettlaufen gelernt und auch, wie man dabei die Nase vorn haben kann. Aus den ehemals kolonialen Gebieten schallt das Echo der Modernisierung und daher der Klang der kapitalistischen Konkurrenz mächtig zurück. Die moderne Rationalität ist zwar von Europa ausgehend im globalen Raum dominant geworden. Aber die "europäische Rationalität der Weltbeherrschung" (Max Weber) ist für die Menschen anderer Kontinente und Kulturen eine lernbare Aufgabe."*

Nachfolgend beschreiben sie die wichtigsten Eckpunkte, unter denen sich Globalisierung zusammenfassen läßt:

1. Die Aufhebung von Zeit und Raum.
2. Eine radikale Senkung von Transportkosten weltweit, wodurch nur noch die reinen Produktionskosten relevant sind.
3. Die Angleichung und Normierung von Produkt- und Qualitätsstandards.

4. *Ein Wandel der Unternehmensziele von Produzenten und Warenverkäufern hin zur Erhöhung des Marktwertes an der Börse.*
5. *Die Globalisierung der Arbeit durch vergleichbare Qualifikationen der Beschäftigten von der Forschung und Entwicklung bis zur Montagearbeit.*

Deutschland, so meinen manche, sei für den globalen Wettbewerb noch nicht reif und verweise auf eine Reihe von Problemen:

- Wir verdienen zuviel?!
- Die Lohnnebenkosten sind zu hoch?!
- Die Unternehmenssteuern sind zu hoch?!

In der Folge dieser "Probleme" haben sich die Nationalstaaten, auch der deutsche, auf einen Wettbewerb um die billigsten Gewinnbedingungen am jeweiligen Standort eingelassen. Weil das Opfern sozialstaatlicher Regelungen als ökonomisch unabdingbar dargestellt wird, hat sich unter den ArbeitnehmerInnen eine Atmosphäre der Unsicherheit und Angst verbreitet.

Das Bildungsmaterial soll helfen, den vorgebrachten Argumenten sachlich zu begegnen und so auch wieder einen freien Blick auf Chancen und Entwicklungen möglich machen, die der Begriff Globalisierung ebenfalls beinhaltet. Dabei denke ich z.B. an die großen Möglichkeiten zu interkulturellem Austausch und an die Chancen, die ein besseres Verständnis für fremde Kulturen für eine friedliche Welt bedeutet. Nicht nur die Nationalstaaten und die sie tragenden gesellschaftlichen Verbände

und Institutionen, wir alle können und müssen Verantwortung übernehmen und entsprechende Handlungen entwerfen - im konstruktiven Streit mit Phantasie und mit dem Willen, die Lebenschancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern.

Günter Dickhausen

# Von Zielen, Inhalt und Methoden

*Wie kann mit dem diesjährigen Schwerpunktthemenheft mit dem Thema „Globalisierung“ umgegangen werden – hier eine inhaltliche Übersicht und eine didaktische Einführung.*

Die meisten von uns – zumindest diejenigen, die im Westen aufgewachsen sind – haben in der Kindheit und Jugend das „Gesellschafts“-spiel MONOPOLY kennengelernt. Eigentlich ist an diesem Spiel alles Wesentliche über das Thema „Globalisierung“ zu lernen: wer die meisten und teuersten Straßen sein eigen nennt gewinnt!

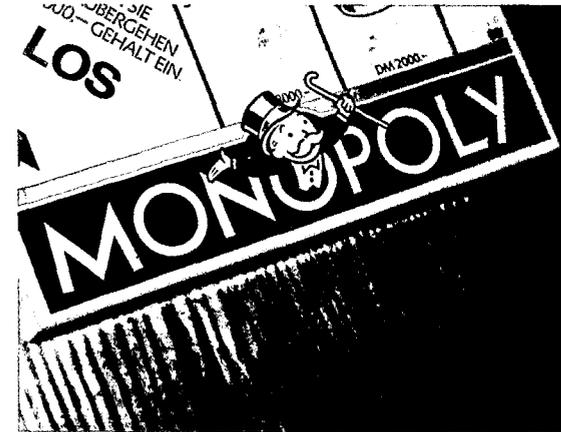
Auch die „Globalisierung“ ist im Grunde genommen ein gigantisches, weltweites Spiel. Der Gegensatz zwischen Spiel und Realität liegt nicht in der Zielsetzung – in beiden geht es um Besitz- und Machtanhäufung-, sondern darin, daß wir lediglich Teil des Spiel-

*„Alle „Standorte“ befinden sich in diesem Wettlauf, der nicht 100 Sieger, sondern vielleicht derer drei auf dem Siebertreppchen – und 97 traurige Verlierer hervorbringt.“*

Elmar Altvater.

bretts selbst sind. Wir sind die Nutzer der Straßen und nicht deren Besitzer. Wir bewegen uns auf ihnen, fahren auf ihnen zur Arbeit oder sind auf dem Weg, um andere Menschen zu besuchen. Vielleicht treffen wir auf der Straße auch jemand bekannten, und wir führen ein Gespräch. Auch kaufen und verkaufen wir keine Häuser und Hotels, sondern wohnen lediglich darin. Auch wenn wir Teil des Spielbretts sind, so kommen wir in dem Spielgeschehen gar nicht vor, wir sollen keine Rolle spielen! Die eigentlichen Spieler – die „global players“ – im realen Globalisierungs-MONOPOLY sind die multi- und transnationalen Banken, Investmentfonds und Konzerne.

Entgegen dem relativ simplen Spielverlauf auf dem Brett ist es weit schwieriger, die realen Weltprozesse im Globalisierungs-Monopoly bis ins einzelne zu verfolgen. Die Globalisierung umfaßt nicht allein die Strategien der „global players“, sondern auch die reale Ausformung ihrer Resultate. Globalisierung ist sowohl von Menschen und ihrer Politik gemacht als auch reales Geschehen im Alltag, ist ein komplexes Zusammentreffen von widersprüchlichen Interessen und Handlungen von Unternehmen, politischen Institutionen und ArbeitnehmerInnen. Wie im MONOPOLY agieren insbesondere die mächtigen Konzerne in Konkurrenz zueinander, und wesentliche Entscheidungen finden ohne öffentliche Kontrolle statt.



Das Thema „Globalisierung“ ist das gegenwärtige politisch-ökonomische Thema weithin und stößt auf einen großen Wissens- und Klärungsbedarf. Der Gegenstand „Globalisierung“ ist so grundlegend, daß es jede alltägliche Situation in Betrieben oder sonstigen Lebensräumen zumindest indirekt berührt. Dieser Umstand ist Ausgangspunkt unserer didaktischen Überlegungen.

Unter pädagogischen Gesichtspunkten halten wir, die Autoren, es für richtig, dort zu beginnen, wo KollegInnen Fragen oder Klärungsbedarf benennen. Da die „Globalisierung“ allgegenwärtig ist, sind an allen Orten und zu allen Zeiten Berührungspunkte gegeben, sei es zum Beispiel in der „Standortdebatte“, verbunden mit zunehmendem Arbeitsdruck bei gleichzeitig schlechter werdender Bezahlung, bis hin

zum Arbeitsplatzabbau in den Betrieben. Sei es der gesellschaftlich sich vollziehende Sozialabbau und die Meinungsmache gegen Arbeitslose, RentnerInnen, kinderreiche Familien und andere „Asoziale“. Sei es im Gewühl des Kaufhauses mit seiner schönen bunten Warenwelt, sei es im Wohnzimmer vor dem TV, dessen Produkte uns im Rahmen des „Tittytainment“ den Kopf vernebeln, sei es am Stammtisch, wo auch wieder der ein oder andere dumpf-nationalistische Spruch zu hören ist. Seien es die Berufs- und Geldsorgen der NachbarInnen, selbst unsere intimsten Beziehungen sind betroffen, wenn sie durch zunehmende Streß-, Angst- und Alltagsnöte belastet werden. Überall scheint das Thema „Globalisierung“ und dessen Auswirkungen durch. Von daher gibt es viele Einstiegsmöglichkeiten in Bildungsprozesse zu diesem Thema. Wir zeigen in diesem Heft (ab S. 37) einige mögliche einführende Methoden auf, sind uns aber auch darüber im klaren, daß es unendlich viele andere gibt. Also ist der Kreativität von ReferentInnen und allen Beteiligten in Seminaren keine Grenze gesetzt.

Im Analyseteil liegt der Schwerpunkt des diesjährigen Schwerpunkthemensheftes zur „Globalisierung“. Das hat zwei Gründe:

Erstens gibt es großen Klärungsbedarf in der Frage, was „Globalisierung“ eigentlich ist, welche Mechanismen wirken und welche Zusammenhänge zu entdecken sind.

Der zweite Grund ist ein bildungspraktischer. Die meisten Seminare, in denen dieses Bildungsheft zur Anwendung kommt, sind Kurzzeitseminare – meist an einem Abend oder an einem Tag. Hier findet vor allem die Ver-

mittlung von Wissen als „Input“ in Form von Vorträgen und Diskussionen statt. ReferentInnen und TeilnehmerInnen brauchen übersichtliches und schnell zu erfassendes Material. Von daher ist der Analyseteil in große inhaltliche Blöcke aufgeteilt, die sowohl als Vorlage für Lehrgespräche – samt Kopiervorlagen für Folien – genutzt werden können als auch für die Arbeit in Kleingruppen in Wochenend- oder Wochenendseminaren.

Der dritte Block behandelt den klassischen Handlungsteil, der je nach Personenkreis und zeitlichen Bedingungen als Grundlage für eine abschließend bewertende Diskussion dienen kann, sowie für die Planung und Umsetzung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen oder anderen konkreten Projekten in Betrieb und Gesellschaft.

Wir zeigen kein fertiges Bild einer möglichen gesellschaftlichen Perspektive in diesem umfassenden Themenkomplex auf, das ist weder möglich noch sinnvoll. Die Utopiebildung selbst kann und sollte jedoch in Seminaren angesprochen und ihr Raum und Zeit gegeben werden.

Und dennoch gibt es bekanntlich so viele Vorstellungen von einem anderen Leben, wie es Menschen gibt. Es gilt, Zusammenhänge im Realgeschehen, in analytisch orientierten Bildungssequenzen zu entdecken, politische Forderungen und Handlungsorientierungen zu diskutieren und deren Umsetzung – so weit das möglich ist – konkret einzuleiten.

Strategien können individuelle, kollektive, regionale sowie globale sein. Um der Folgenlosigkeit von Bildung vorzubeugen, sollten Hand-

lungsorientierungen von den jeweilig Beteiligten an Bildungsprozessen selbst gewählt und konkretisiert sein. Gleichzeitig sollte sich niemand überfordert fühlen. Wir haben demgemäß keine „Rezepte“ zusammengetragen, sondern Anregungen und Forderungen von einzelnen (z.B. WissenschaftlerInnen) und Gruppen (DGB, Einzelgewerkschaften, Umweltschutzgruppen und Parteien) an den jeweiligen Stellen aufgeführt. Es geht um menschliche Auswege und „Lösungen“ in dem eher düster erscheinenden Weltgeschehen.

Unser Ziel in diesem Heft ist es, Bezüge zum Alltag herzustellen, Strategien und Mechanismen der „Globalisierung“ herauszustellen, wie auch Diskussionsgrundlagen für die Frage „Was tun?“ zu schaffen. Unter methodischen Gesichtspunkten galt unser Interesse, Sachverhalte der Globalisierungsdebatte zu veranschaulichen, zu visualisieren.

Neben der Visualisierung, der Bildhaftmachung von Lerninhalten setzen sich in der Seminarpraxis auch die handlungsorientierenden Methoden immer mehr durch. Dies geschieht mit dem Ziel, die TeilnehmerInnen selbst „zur Sprache“ zu bringen, sowie ihnen stärkere Beteiligungsmöglichkeiten an Planung und Durchführung von Bildungsprozessen zu eröffnen. Dieses Verständnis soll in diesem Bildungsheft gefördert werden. Gleichzeitig ist es notwendig, zu lesen und sich in Diskussionen auseinanderzusetzen. Methodische Spiele oder bunt bebilderte Vortragsreihen allein fördern eher ein konsumistisches Bildungsverständnis. Ein Lernen ohne ein Ringen um Einsicht und Positionen ist nicht möglich.

**Weitere Hinweise zur Praxis:**

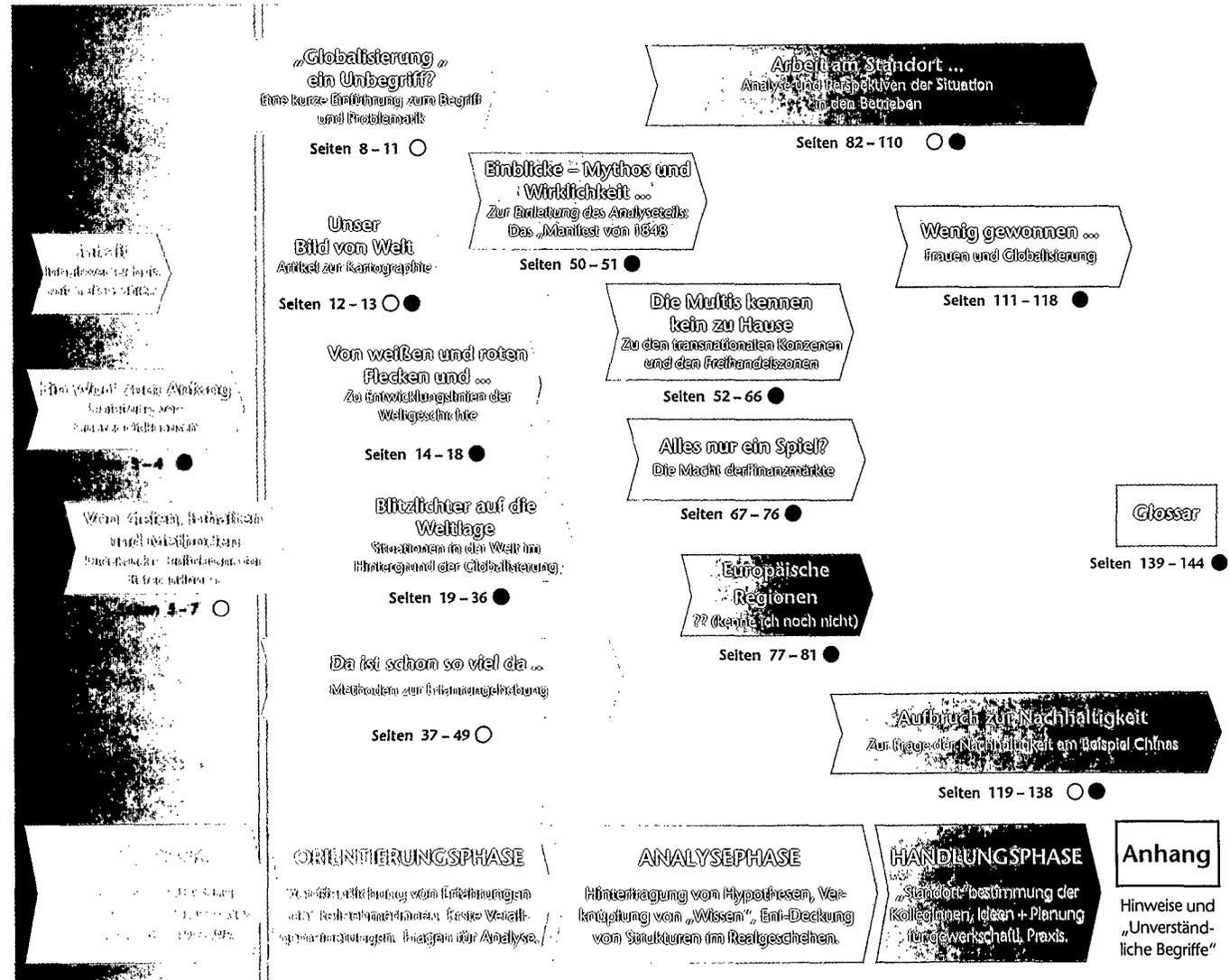
Die meisten ReferentInnen werden wissen, wie wichtig methodische Wechsel und das Lernen in Intervallen für die lebendige Gestaltung von Bildungsprozessen sind. Wir wollen an dieser Stelle daran erinnern, daß gerade zu diesem Thema jede Woche neu Berichte in den Medien erscheinen, die Gegenstand in Seminaren werden können.

Gerade dieser Themenkomplex bietet die Möglichkeit, den Augen, Ohren oder auch Gauden globale Anregungen zu verschaffen – das können Welt-Bilder, -Musik, -Speisen ... sein! ... nach einer Pause fängt das Seminar mit Gesängen australischer Aborigines an ... man kocht zusammen afrikanisch und diskutiert über Nahrungsmittelhandel und Ernährungsgewohnheiten ... selbst die gute alte „Internationale“ ist Provokation und Denkipuls zugleich – wessen Internationale? Wer ist hier verdammt? ...

Die folgende Übersicht – Inhaltsübersicht wie Strukturierungshilfe zugleich – zeigt den Aufbau des diesjährigen Schwerpunktthemenheftes „Globalisierung – zwischen Mythos und veränderter Wirklichkeit“ unter dem Gesichtspunkt der Prozeßgestaltung. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern viel Spaß bei der Durchsicht dieses Heftes und gutes Gelingen bei der Umsetzung in Seminaren.

- Andreas Wulf-Antonowitsch
- Bernd Wittich
- Jörg Meyer
- Jürgen Sandler
- Karsten Meier
- Reiner Peters-Ackermann

**Schwerpunktthema 1997/98: Didaktische Übersicht**



○ = eher prozeßorientiert

● = eher materialorientiert

# „Globalisierung“

# - ein Unbegriff?

„Globalisierung“ steht für die heutigen Veränderungen der ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Prozesse in der Welt. Was meint der Begriff? Wieweit ist Globalisierung ein Mythos, wieweit Ausdruck veränderter Wirklichkeit?

Es sind insbesondere zwei Erscheinungen, die mit der Globalisierung in Verbindung gebracht werden, beide betreffen die Ökonomie. Zum einen die zunehmende weltweite Vernetzung und Verflechtung von Unternehmen, Handel und Produktion, zum anderen die Entstehung eines weltweiten transnationalen Finanzmarktes. (Siehe dazu auch Grafik rechts)

Unternehmer und Politiker, die sich auf den neoliberalen Theorieansatz berufen, benutzen in diesen Zusammenhängen den Begriff, als umschrieben sie eine neuentdeckte Naturgesetzlichkeit, die Antworten nur im Rahmen neoliberaler Wirtschaftstheorie mit dem freien Markt als heiliger Kuh zulasse.

Mit entfesselt erscheinenden Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes bedeutet Globalisierung auch eine qualitativ neue Gefährdung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt insgesamt. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat die Entgrenzung von Raum und Zeit geleistet, wie sie durch die rasante Entwicklung der Informationstechnologien möglich wurde.

## Globalisierung – Mobilität von Kapital





Diskutiert diese beiden Zitate. Welche Positionen hattet ihr vor dem Seminar? Und was sind für euch die Maßstäbe, anhand derer ihr eure Urteile bildet?

„Die Globalisierung eröffnet große Chancen für die Zukunft, nicht nur für unsere Länder, sondern auch für alle anderen. Zu ihren zahlreichen positiven Aspekten gehören beispielsweise eine Ausweitung von Investitionen und Handel, die Öffnung der bevölkerungsreichsten Regionen der Welt für den internationalen Handel und die Chance für eine größere Zahl von Entwicklungsländern, ihren Lebensstandard zu erhöhen, die immer schnellere Verbreitung von Informationen, technologische Neuerungen sowie die Zunahme qualifizierter Arbeitsplätze. Diese Merkmale der Globalisierung haben zu erheblich mehr Wohlstand und Prosperität in der Welt geführt. Wir sind daher überzeugt, daß der Prozeß der Globalisierung eine Quelle der Hoffnung für die Zukunft darstellt.“

Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7-Länder, Lyon 1996



„Diese neue Weltwirtschaft erhebt den Anspruch, die Völker der Welt auf einem globalen Marktplatz zusammenzubringen, wo sie frei aus der Fülle auswählen können. Wir stellen jedoch fest, daß die Globalisierung der Weltwirtschaft mit der Tatsache einhergeht, daß die Entwicklungserwartungen nicht erfüllt werden. Die Institutionalisierung des Transfers des Reichtums aus dem Süden in den Norden hat dazu geführt, daß Millionen von Menschen gerade aus jenen Wirtschaftsgefügen ausgeschlossen wurden, die eigentlich ihre Bedürfnisse hätten befriedigen sollen. Wir glauben nicht länger daran, daß es bei der wirtschaftlichen Globalisierung lediglich darum geht, die Strukturen und Wirtschaftsvorteile der Industrieländer des Nordens auf den Rest der Welt auszudehnen. Die treibende Kraft der Globalisierung ist die erbarmungslose Anhäufung von Kapital und deren Vehikel, die transnationalen Konzerne und Banken.“

Erklärung einer Konsultation des Reformierten Weltbundes. Genf 1996

Quelle: „epd Dritte Welt-Information“ 1/2/97

Vor den Gewerkschaften und ihrer gewerkschaftlichen Praxis stehen die Folgen einer neoliberal betriebenen Globalisierung mit großen Fragezeichen.

Welche Chancen hat gewerkschaftliche Politik in diesem Rahmen? Wie soll sie sich in der Erpressungssituation verhalten, in die sie die Bundesregierung und große Teile des Unternehmerlagers mit der „Standortpolitik“ der letzten Jahre gestellt hat? Bietet die Globalisierung auch Chancen, die gewerkschaftliche Po-

litik nutzen könnte? Wie können Gewerkschaften selbst Interessenvertretung „globalisieren“? Und – was können die Mitglieder als die Träger ihrer Organisationen tun?

Bevor wir uns unter verschiedenen Gesichtspunkten die Wirklichkeit der globalisierten Welt anschauen, halten wir uns einen Moment beim „Mythos Globalisierung“ (siehe Kästen auf den beiden nächsten Seiten) auf. Und wir gestatten uns – gewissermaßen im Zeitraffer – einen geschichtlichen Blick zurück. So sicher der Begriff „Globalisie-

rung“ eine eigenständige Realität beschreibt, die nicht nur Verlängerung bestehender Tendenzen ist oder Verschärfung längst analysierter Widersprüche, so sicher hat er eine Entstehungsgeschichte, die eine kurze Betrachtung lohnt. Dieser Teil beginnt mit einem Exkurs zu unserem gewohnten Bild der Welt.

## Vom „Mythos“ der Globalisierung

### Funktionen des Mythos

Ein Mythos ist eine Erzählung in Symbolen, die prinzipiell nach Interpretation verlangt. Ihr Geheimnis liegt in der Aufdeckung des verborgenen Sinns, der die Grenzen der Geschichte „transzendiert“. Es scheint daher interessant, klassische Funktionen von Mythen zu untersuchen und zu überlegen, inwiefern sie für die Globalisierungsdebatte zutreffen.

### Identitätsstiftung

Im Mittelpunkt eines Mythos stehen Götter oder göttliche Wesen, die stellvertretend die Auseinandersetzung mit typischen Normen und Wertmustern der Gesellschaft führen. Ein Mythos ist von daher immer auch Abbild für das Wissen und die Moral in einer Gesellschaft.

Im Globalisierungsmythos übernimmt der Markt die Funktion der Gottheit, denn ihm wird eine umfassende Steuerungsmacht wie auch Allheilmächte zugesprochen. Der Mythos steht dabei in engem Zusammenhang mit der „Religion“ oder Ideologie – in diesem Fall des Wirtschaftsliberalismus – und zeigt seine typischen Wertmuster. Es fällt aber auf, daß der „Gott Markt“ in der Globalisierungsdebatte durchaus doppelgesichtig angelegt ist. Der gleiche Gott, der die Rettung bringen soll und angeboten wird, stürzt auch ins Verderben, verbreitet Angst, Schrecken und Ungerechtigkeit. Der Gott wird zum janusköpfigen Götzen, der Menschenopfer verlangt.

Es ist bezeichnend, daß in einer Zeit des zunehmenden Individualismus, in dem für alle verbindliche soziale Verhaltensnormen und Wertmuster an Gültigkeit verlieren, ein neuer, gemeinsamer, starker Bezugspunkt entsteht. Wenn man davon ausgeht, daß in der Auseinandersetzung mit gemeinsamen Bezugspunkten – wie Herrschaftsstrukturen und Göttern oder Religionen – sich die Identität einer kulturellen Gemeinschaft formt, wird deutlich, welche wichtige Funktion der Mythos Globalisierung mit übernehmen kann. Die identitätsstiftende Wirkung wird in diesem Fall noch dadurch verstärkt, daß die Nationalstaaten und Großregionen wie Europa selbst zu Akteuren oder Helden werden, die gegen oder für den übermächtigen Gott/Herrscher beziehungsweise den globalen Markt kämpfen. Es wird ganz nebenbei ein neues Wir-Gefühl erzeugt. Gerade in Zusammenhang mit der Globalisierung wird aber deshalb auch vor neuen Nationalismen und Abgrenzungsmechanismen gewarnt, die Zündstoffe für internationale Konflikte bedeuten können.

Neben dem neuen Gemeinschaftsgefühl bietet die Auseinandersetzung mit dem Mythos gleichzeitig die Möglichkeit, sich innerhalb der Nationen zu positionieren. Denn die Argumentation für oder gegen die Globalisierung sagt inzwischen fast mehr über den politischen

Standpunkt des einzelnen aus, als das Bekenntnis zu einem Parteibuch. Nicht nur Nationen, sondern auch Gruppen jeglicher Zugehörigkeit können sich des diffusen Feindes von außen bedienen, um ihren Zusammenhalt zu stärken.

Dem Mythos  
des Wohlstandsbringenden,  
weil effizienzorientierten  
Marktes steht der des  
Arbeitsplatzvernichters,  
der zur Verarmung der  
Gesellschaft führt,  
entgegen.

### Vereinfachung

Die Überhöhung des Marktes zum sich selbst erzeugenden anonymen System mit allumfassender Steuerungsgewalt für jeden Teilbereich der Gesellschaft verbirgt noch zwei weitere wichtige Funktionen: Es geht zum einen um die Reduktion hochkomplexer Prozesse und Beziehungen zwischen Anbietern und Käufern, Bedürfnissen und deren Befriedigung, Wirtschaft und Gesellschaft auf einen Begriff. „Der Markt“ ist damit eine Vereinfachung, mit der ein komplexer Sachverhalt quasi personifiziert werden kann. Dieses macht Alltagsverständnis in Pauschalitäten erheblich leichter.

### Entlastung

Zum anderen hat diese „anonyme Personifizierung“ einen erheblichen Entlastungscharakter. Denn immer dann, wenn auf die Kraft des Marktes vertraut wird, werden differenzierte politische Konzepte, die sogar unpopulär sein könnten, unwichtiger. Der Druck des weltweiten Wettbewerbs, den der Globalisierungs-

mythos vermittelt, verkürzt mühsame und riskante Aushandlungsprozesse über gesellschaftliche Ziele zugunsten der wirtschaftlichen Logik. Und immer dann, wenn der einzelne sich dem Sachzwang ergibt, ist er nicht mehr verantwortlich zu machen für die eigenen Taten oder Versäumnisse. Dabei ist es hilfreich, daß Mythen von göttlichen Dingen berichten, die keines Beweises bedürfen, sondern sozusagen gegeben oder „offenbart“ wurden. Es sollte daher nicht verwundern, daß die Frage nach dem Sinn der Globalisierung oder einer Begründung des Wirtschaftens mit den jetzt schon sichtbaren, negativen Folgeerscheinungen so selten gestellt wird.

### Legitimation

Das permanente Verweisen der wirtschaftlichen Akteure auf die Globalisierung, insbesondere auf das Standortargument, wenn es um den Abbau von Arbeitsplätzen geht, legt die Vermutung nahe, der Globalisierungsmythos könnte zur Klasse der Legitimationsmythen gehören. Historisch betrachtet bildeten sich solche Legitimationsmythen „zugunsten herrschender Institutionen“ und gesellschaftlicher Normen, die nicht unangefochten waren.

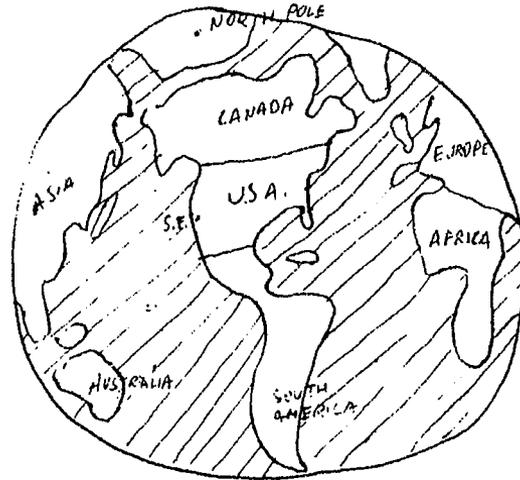
von Antje Hellmann-Grobe  
aus: Kommune 9/97



# Unser Bild von Welt



Auch unser eigenes Bild von Welt ist geprägt von unseren Erfahrungen, die vermittelt sind über Schule, Medien, Reisen. Um sie zu hinterfragen, zeichnen wir unsere Vorstellungen von Welt.



Die oben abgebildete Zeichnung eines 16-jährigen Schülers aus Kalifornien spiegelt dessen Weltbild wider. Dort, wo man wohnt und das, was man kennt, hat eine große Bedeutung – man setzt diese Orte in die Mitte seiner „Landkarte von Welt“.

Ähnlich entwickelte sich das europäische Weltbild, das aus eurozentristischer Sicht die Welt nach und nach entdeckte. Während der Epoche des Römischen Reiches und seiner zunehmenden Ausdehnung erweiterte sich die „Welt“ über die Kenntnis neuer Gebiete, Reiseberichte und Gerüchte von fernen Ländern und Völkern (siehe Karten rechts).

Noch 1489 bestand die Welt für Europäer nur aus Europa, Asien und Afrika (siehe Karte rechts oben). Erst mit der Kolonialisierung Ame-

rikas wurde der vierte Erdteil auch hier bekannt und Mercator zeichnete eine Weltkarte, die bis heute unser Weltbild prägt (siehe Karte rechts Mitte).

Die Mercator-Karte – in jedem Schulbuch und Atlas zu finden – täuscht über die tatsächlichen Größenverhältnisse der Erdteile und Länder hinweg. Der Äquator trennt die Karte in zwei ungleiche Teile. Der ganze Norden erscheint weit größer als der Süden, obwohl die Gebiete der nördlichen Länder nur die Hälfte der südlichen Flächen ausmacht (Karte unten rechts)!

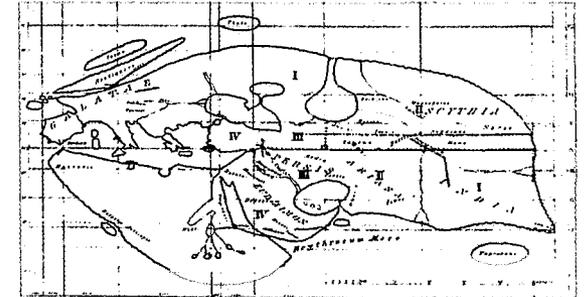
War diese Darstellung im 16. Jahrhundert – unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten Neigung von Menschen, sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen – noch verständlich, so wirkt ihr Gebrauch im „Zeitalter der Wissenschaft“ eher befremdlich.

Da wir in diesem Schwerpunktthema einige Zusammenhänge über kartografische Darstellungen vornehmen wollen und uns gleichzeitig eine globale Perspektive wichtig ist, haben wir Abstand von der üblichen Mercator-Darstellung genommen und benutzen eine Karten-Projektion des Bremer Historikers Arno Peters.

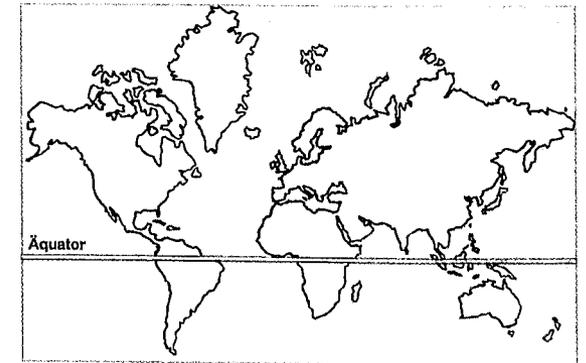
Die „Peters-Weltkarte“ (siehe Karte nächste Seite) zeichnet sich durch folgende Merkmale aus:

- *Mittigkeit des Äquators*

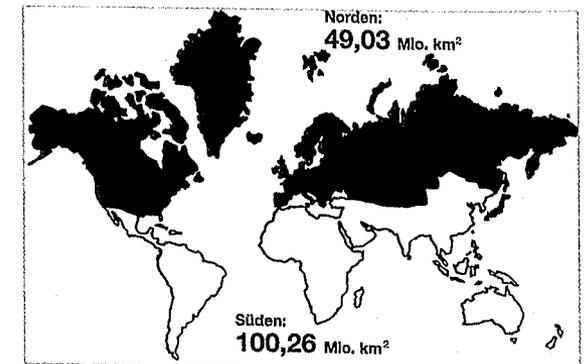
Der Äquator teilt die Kartenfläche in der Mitte. So entstehen gleichgroße Felder für die Nord- und Südhalbkugel der Erde



Die Erdkarte von Eratosthenes von Kyrene (etwa 285 – 205 v. Chr.)



Heutige Weltkarte basierend auf Mercator (1569)

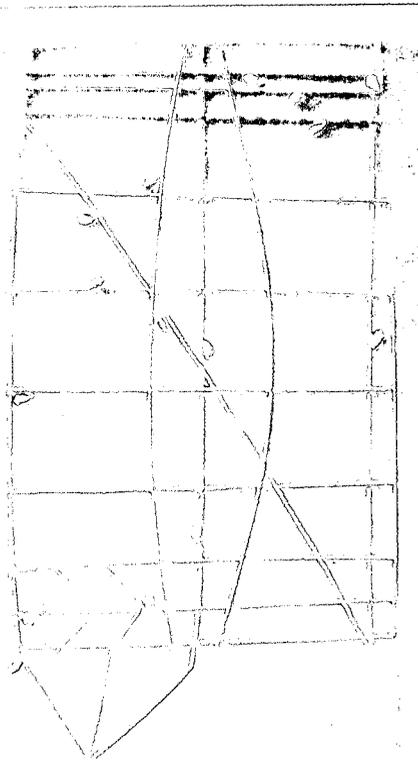




**Beispiele für „Gebrauchskartographie“:**

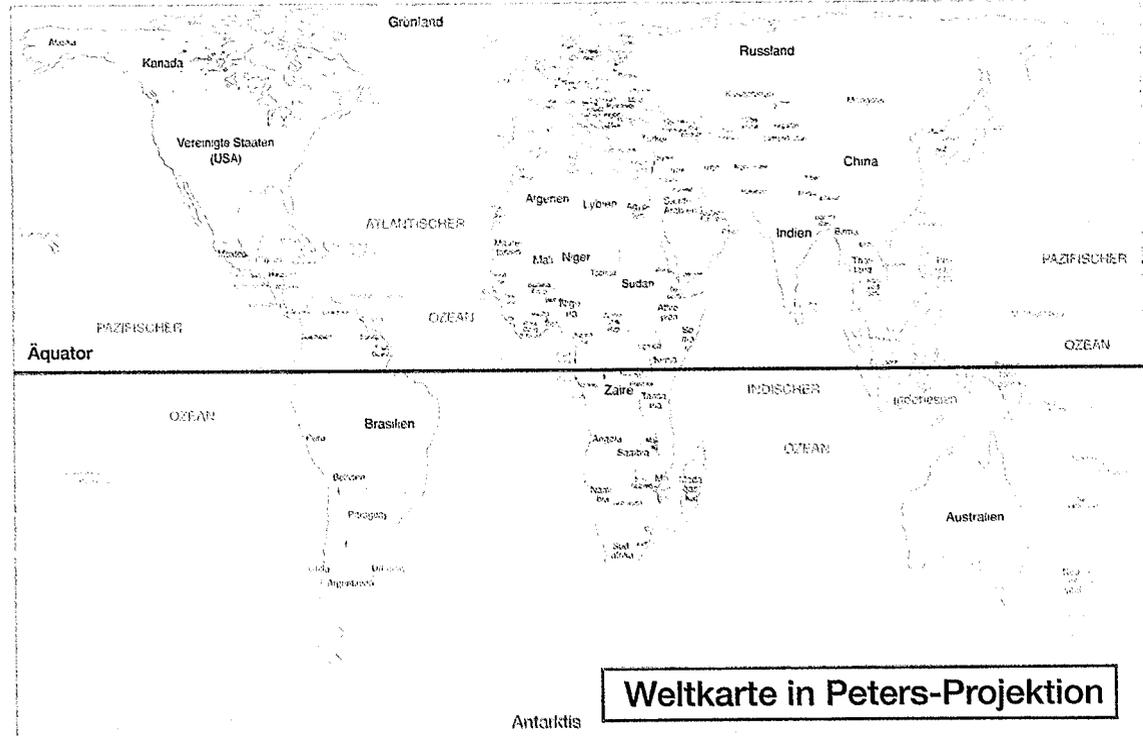
Unser „wissenschaftliches Weltbild“ unterschlägt, daß es in anderen Kulturen oftmals hochentwickelte Karten gibt, die aus dem alltäglichen Gebrauch entwickelt wurden und zudem eine sehr genaue Orientierung geben.

Oben links: *Ostgrönland* Landkarte aus Holz. Sie zeigt die grönländische Westküste (a) mit vorgelagerten Inseln



(b). Mit der tiefen Furche wird die Stelle gekennzeichnet, an der Fellboote über Land gezogen werden können.

Oben rechts: *Polynisien* Seekarte aus Holzstücken und Schneckenhäusern, die einen Teil der weiträumigen Inselgruppen des Marshall-Archipels darstellen. (vgl. FOHRBECK/WIESAND S. 139)



**Weltkarte in Peters-Projektion**

- **Flächentreue**  
Alle Länder, Kontinente und Ozeane sind in ihrer wirklichen Größe abgebildet und damit vergleichbar.
- **Achstreue**  
Die Nord-Süd-Achse ist vertikal, immer liegt Nördliches genau über Südlichem und umgekehrt.
- **Lagetreue**  
Alle Breitenkreise verlaufen parallel zum Äquator. So ist der Einfallswinkel der Sonne überall unmittelbar abzulesen.

Diese Weltkarte ist gewöhnungsbedürftig. Da alle Breiten- und Längengrade im rechten Winkel zueinander stehen, gleichzeitig die entstehenden Rechtecke am Äquator quadriert und dann flächentreu nach oben und unten

fortgesetzt werden, erscheinen Gebiete ungewohnt verzerrt. Flächen in Äquatornähe sind vertikal gestreckt, nördliche und südliche Gebiete horizontal auseinandergezogen. Und doch sind alle Länder – wenn auch nicht proportional – in ihrer Flächengröße korrekt wiedergegeben.

Evangelisches Missionswerk Hamburg (Hrsg) „Ein neues Bild der Erde – die Peters-Projektion“ Missionshilfe Verlag, Normannenweg 17 – 21, 20537 Hamburg 1974

Karla Fohrbeck/ A.-J. Wiesand „Wir Eingeborenen“, Reinbek bei Hamburg 1983

Putzger – Historischer Weltatlas, Berlin 1992



## Von weißen und roten Flecken

## und ihrem Verschwinden

*Was noch in den Fünfziger- und Sechziger-Jahren in Schul- und Jugendbüchern als Ausbreitung des Christentums und als große Zeit der Entdeckungen einen festen Platz hatte, war in der traurigen Wirklichkeit der betroffenen Menschen ein Jahrhundertwährenden Prozeß der Unterwerfung, Plünderung und Vernichtung.*

### Entdeckung und Unterwerfung

Gleich zwei dieser „Entdeckungen“ datieren aus dem letzten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts. Auf der Suche nach einem westlichen Weg nach Indien landete Columbus in der Karibik und Vasco da Gama entdeckte den Seeweg nach Indien. Die beiden amerikanischen Halbkontinente und Ostindien wurden durch Spanien und Portugal unterworfen und ausschließlich unter dem Gesichtspunkt „behandelt“, welche Rohstoffe, Nahrungs- und Genußmittel aus ihnen herausgezogen und zur Mehrung des Wohlstands in die „Heimatländer“ verbracht werden konnten. Die Holländer und Engländer rund ein Jahrhundert später, dann auch Franzosen, Belgier und Deutsche verfahren im Prinzip nicht anders.

### Guinea vor der „Entdeckung“:

Als die ersten europäischen Seefahrer des späteren Mittelalters ... in die Bai von Guinea kamen und bei Weida das Land betraten, waren die Kapitäne sehr erstaunt. Sorgfältig angelegte Straßen, auf viele Meilen ohne Unterbrechung eingefaßt von angepflanzten Bäumen; Tagereisen weit nichts als mit prächtigen Feldern bedecktes Land, Menschen in prunkenden Gewändern aus selbstgewebten Stoffen! Weiter im Süden dann, im Königreich Kongo, eine Überfülle von Menschen, die in „Seide und Samt“ gekleidet waren, eine bis ins kleinste durchgeführte Ordnung großer, wohlgegliederter Staaten, machtvolle Herrscher, üppige

Industrien – Kultur bis in die Knochen! Als ebendies erwies sich der Zustand in den Ländern auf der Ostseite, zum Beispiel an der Mozambiqueküste.

Aus den Berichten der Seefahrer vom 15. bis zum 17. Jahrhundert geht ohne jeden Zweifel hervor, daß das vom Saharawüstengürtel gen Süden sich erstreckende Negerafrika damals noch in der vollen Schönheit harmonisch wohlgebildeter Kulturen blühte. Eine „Blüte“, die europäische Konquistadoren, soweit sie vorzudringen vermochten, zerstörten. Denn das neue Land Amerika brauchte Sklaven; Afrika bot Sklaven. Sklaven zu Hunderten, Tausenden, schiffsladungsweise! Der Menschenhandel war jedoch niemals ein leicht zu verantwortendes

Geschäft. Es erforderte eine Rechtfertigung. So wurde der Neger zu einem Halbtier „gemacht“, zu einer Ware ...

(L. Frobenius 1933, nach FOHRBECK/WIESAND, 148)

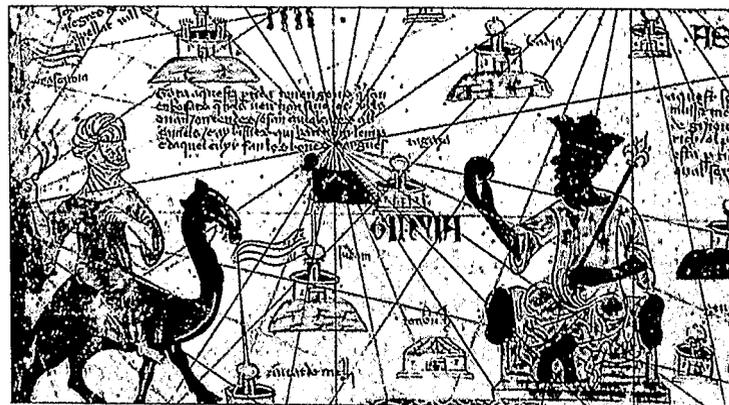
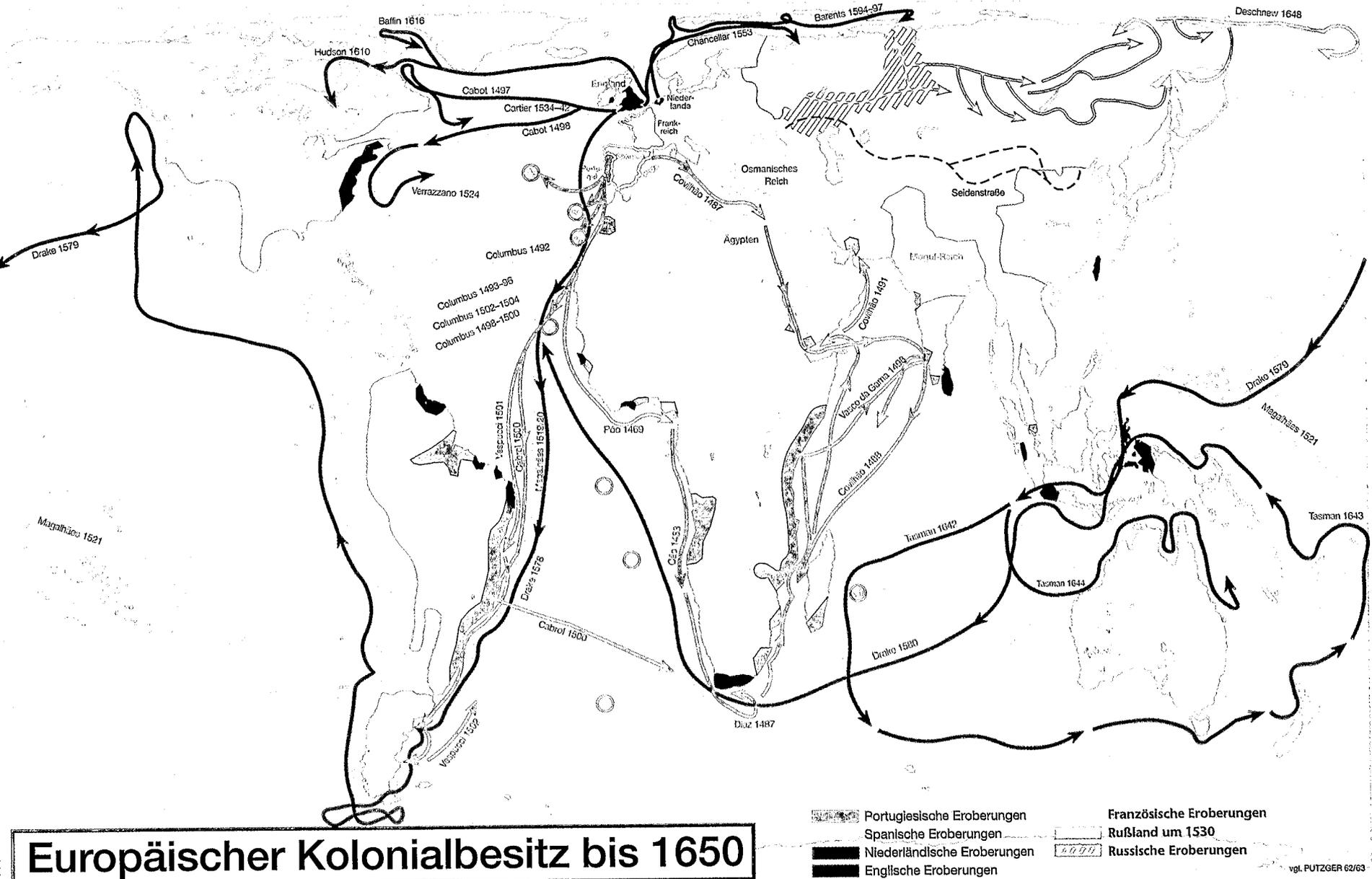


Abb. links: Afrikanische Landkarte (Ausschnitt aus Basil Davidson, Afrikanische Königreiche, Reinbek 1977. Aus FOHRBECK/WIESAND S. 148)



**Europäischer Kolonialbesitz bis 1650**

vgl. PUTZGER 62/63

## Strategien kolonialer Politik – das Beispiel Bengalen

Bangla-Desh ist uns aus den Medien über Berichte von Überschwemmungen und Hungerkatastrophen her bekannt. Es gilt heute als eines der ärmsten Länder der Welt. Mitte des 18. Jh. war das anders. Das damalige Bengalen wurde von englischen Besuchern als ein Land beschrieben, „in dem es Reis im Überfluß gibt“ und das „von außerordentlicher Schönheit“ ist. Dacca, die heutige Hauptstadt von Bangla-Desh, war ein Textilzentrum, „ausgedehnt, dicht besiedelt und reich wie die City von London“. Schon hundert Jahre später war die Einwohnerzahl von Dacca, dem „Manchester von Indien“, von 150.000 auf 30.000 gesunken und zu einer kleinen und verarmten Stadt geworden.

Welche Prozesse führten dazu, daß dieses fruchtbare und reiche Land so verarmte?

*„Britische Händler erwarben mit allen erdenklichen Schurkereien ... das Tuch von den Webern zu einem Bruchteil seines Wertes. Die Methoden zur Unterdrückung der armen Weber sind zahlreich und vielfältig ... Geldstrafen, Prügel und Einkerkungen, Erzwingung von Schuldscheinen usw.“*

Die Bevölkerung verarmte. „Die Knochen der Baumwollspinner färben die indischen Ebenen weiß“, schrieb ein Direktor der Handelskompanie 1835.

Mit der dauerhaften Inbesitznahme des Landes durch englische Siedler wurde die Kolonie fest an das Mutterland gebunden. Es entstand eine reiche Oberschicht, die britische Regierung kam in den Genuß von enormen Steuereinnahmen.

1770 liefen 50 Prozent des englischen Außenhandels über die Ostindische Handelskompanie. Die indische Industrie, die vor der Kolonialisierung weiter entwickelt war als die englische, wurde mit einem Einfuhrverbot für weiterverarbeitete Stoffe belegt.

Tauchten trotzdem die begehrten feineren und bedruckten Stoffe aus Indien auf englischen Märkten auf, wurden diese konfisziert, versteigert und reexportiert. Zum Schutze der in den Anfängen steckenden Textilindustrie um Paisley und Manchester wurde die indische hochentwickelte Textilverarbeitung blockiert. Indien wurde später gezwungen, minderwertigere, mit hohen Steuern belegte Ware aus England zu kaufen. Das gleiche geschah in der Metallverarbeitung, der Glas- und Papierverarbeitung, dem Schiffbau sowie im Handwerk.

Während England so die einheimische Industrie schützte und aufbaute, wurde aus dem ehemals hochmechanisierten und blühenden Bengalen bis zum Ende des 19. Jh. eine exportorientierte und ländliche Kolonie.

*„Daß in Bengalen der Handel darniederliegt, die Gewinne zurückgehen und der ganze Zustand so erbärmlich ist, liegt an der Unterdrückung und den Handelsmonopolen.“*

William Bolt, ein englischer Kaufmann, 1772

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs waren in den Landkarten der Kontinente die „weißen Flecken“ getilgt. Wo immer es sinnvoll und nötig erschien, zur Festigung der Vorherrschaft der europäischen Kolonialmächte durch Zerstörung der einheimischen politischen und sozialen Strukturen und durch Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile zu sichern, geschah dies mit brutaler Konsequenz. (siehe Abschnitte zu Guinea und Bengalen)

In dieser Geschichtsphase war „Internationalisierung“ tatsächlich keine Zunahme der weltweiten Verflechtung, sondern kriegerisches Neubestecken der jeweils beherrschten Territorien. Und doch wurde hier die Grundlage der ökonomischen Potenz gelegt, über die das heutige Europa in der Weltwirtschaft verfügt.

*„Die Historiker des 20. Jh. können davon ausgehen, daß es für gewöhnlich die Europäer waren, die gewaltsam in vordem relativ friedliche asiatische Handelssysteme eindringen. (...) Europäische Unternehmungen unterschieden sich von einheimischen Handelsnetzen in anderen Erdteilen vor allem dadurch, daß die Europäer ihren Handel in der Hauptsache entweder als Verlängerung des Staates ... oder als autonome Handelsgesellschaft organisierten, ... die mit vielen staatlichen Eigenschaften ausgestattet war.“*

James Tracy

### Einflußsphären, neu gesteckt

In Ansätzen schon seit 1917, vollends nach der Unterwerfung des Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Jahre 1989 entwickelten sich Ökonomie und Politik in der Welt im Zeichen der „Systemkonkurrenz“ und des „kalten Krieges“. Zwischen dem Comecon/RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) einerseits, der EWG, den USA und Japan auf der anderen Seite gab es zwar auch Handelsbeziehungen, sie konnten jedoch nie eine solche Rolle spielen, daß von einem offenen Weltmarkt hätte gesprochen werden können.

Bei aller ständigen Bedrohung des Weltfriedens hatte das für die Länder im Grenzbereich, insbesondere für die Bundesrepublik eine durchaus positive Folge: die Ausprägung der sozialen Marktwirtschaft hatte viel mit ideologischer Konkurrenz, mit dem Nachweis der Überlegenheit der westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu tun.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete zugleich das Ende der Kolonialherrschaft - wenngleich sich dieser Prozeß noch fast drei Jahrzehnte hinstreckte. Erst jetzt und am Beispiel der ehemaligen Kolonien wurde überdeutlich, daß selbst demokratisch gewählte Regierungen im Bund mit eigenem Zugang zu den Märkten der Welt allein nicht in der Lage waren, die jetzt selbständigen Länder aus Armut und Elend herauszuführen. Zu nachhaltig waren die zerstörerischen Wirkungen der Kolonialpolitik - wirtschaftlich, politisch, kulturell. Ein übriges tat die Entwicklungshilfe, wie sie für lange Zeit kennzeichnend sein sollte: keineswegs „Hilfe zur Selbsthilfe“, Unterstützung des Aufbaus ei-



1904: „Schutztruppen“ in Deutsch-Südwestafrika (aus: Chronik der Deutschen, Gütersloh/München 1995, Seite 698)

genständiger Infrastrukturen, sondern Hilfe im Almosensinne, die die Abhängigkeit beibehielt und sogar verschärfte, weil die „Hilfe“-Empfänger zu Schuldnern gemacht wurden.

### Die Triade

Mit dem Zerfall des RGW 1989 wurden dessen Ökonomien in den Weltmarkt einbezogen, Überlegenheit galt es nicht mehr unter Beweis zu stellen, sie war „bewiesen“. Nach den weißen Flecken waren auch die roten Flächen von der Landkarte verschwunden. In der einsetzen den Konkurrenz auf allen Märkten wurde die soziale Komponente der Marktwirtschaft zunehmend, wenn auch in unterschiedlichem Umfang geopfert.

1971 wurde der Dollar als Weltleitwährung aufgegeben, ebenso wie die 1945 in Bretton

Woods vereinbarten Wechselkurse zu Gold, nachfolgend wurden die festen Wechselkurse für Währungen nach und nach aufgegeben. Die bestimmenden Kräfte auf dem Weltmarkt wurden die USA, Europa sowie Japan und die asiatischen Schwellenländer. (vgl. auch Kapitel: „Alles nur ein Spiel?“)

### Literatur:

Karla Fohrbeck/ Andreas Johannes Wiesand „Wir Eingeborenen“, Reinbek bei Hamburg 1983

Eduardo Galeano „Die offenen Adern Lateinamerikas“, Wuppertal 1986

Noam Chomsky „Wirtschaft und Gewalt“, München '95

Hans-Peter Martin, Harald Schumann „Die Globalisierungsfalle“, Reinbek bei Hamburg, 1996

„Folglich ist es schwer vorstellbar, daß vor 100 Jahren von Globalisierung so wie heute hätte gesprochen werden können. Der Diskurs der Globalisierung ist ja auch von Wahrnehmungen und Informationen abhängig, und er ist in einer Gesellschaft ausgeschlossen, deren Leitbild Gartenlaube und adretter Uniformträger ist. Er beginnt - darauf verweist die Gruppe von Lissabon (1997) - nicht zufällig erst Anfang der 70er Jahre. Die Rede von der historischen Tradition der Globalisierung kann also von heute aus zurückprojiziert werden, sie wäre aber vor 100 Jahren gar nicht möglich gewesen, und es gab sie daher nicht. Der Vergleich mit der "Globalisierung" vor 100 Jahren, um die Relevanz des Begriffs zur Analyse heutiger Tendenzen zu relativieren, kann allenfalls mit der Faszination gerechtfertigt werden, die historische empirische Daten ausüben; er wird dadurch aber nicht sinnvoll.

Der am Ende des vorigen Jahrhunderts geläufige Begriff zur Analyse der Weltwirtschaft war derjenige des Imperialismus, und es ist keineswegs eine semantische Frage, daß der Begriff der Globalisierung unbekannt blieb. Denn die kapitalistische Expansion jener Epoche wurde vor allem als "Drang jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird" (Kautsky 1914), verstanden. Lenin bezieht sich positiv auf dieses Zitat (Lenin 1917) und

kritisiert lediglich, daß Kautsky von agrarischen Gebieten spricht und so die ökonomischen Beweggründe (vor allem Konzentration und Monopolisierung und die Rolle des Finanzkapitals) für die imperialistische Expansion fehlinterpretiere. Auch Hobson bemerkt, daß der "neue Imperialismus" durch die Sucht rivalisierender Imperien nach politischer Expansion und kommerziellem Vorteil charakterisiert sei. Rosa Luxemburg beschreibt den Imperialismus als "politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus" (Luxemburg 1913), wobei dieser Konkurrenzkampf mit militärischen Mitteln von seiten der Nationalstaaten gestützt werde. Der Imperialismus ist also ein Projekt von Kapitalen, die sich des Nationalstaats zur Überwindung der Krisen der Akkumulation und zur räumlichen Expansion in die "weißen Flecken", d.h. der "nichtkapitalistischen Milieus" bedienen. Es ist unvermeidbar, daß unter diesen Bedingungen die Nationalstaaten in politischen und letztlich militärischen Konflikt geraten.

Fernand Braudel (1986) hat bereits in seiner Analyse der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems zwischen Weltreichen und Weltmärkten unterschieden. Weltreiche hat es auch in vorkapitalistischen Epochen gegeben, den Weltmarkt hingegen nicht. Er bildet sich seit dem "langen 16. Jahrhundert" im Zuge der "great transformation" (Polanyi 1957)

heraus. Ohne sich dieser Unterscheidung zu bedienen und sie auf die Gegenwart zu beziehen, hat Luttwak (1994) zwischen dem Prinzip der "Geopolitik" und jenem der "Geoökonomie" unterschieden. Es ist ein Raum entstanden, in dem verschiedene Nationalstaaten nicht im traditionellen Sinne imperialistisch, sondern wie unternehmerische Einheiten in der größeren Geoökonomie um die wettbewerbspolitische Suprematie ihrer "Standorte" konkurrieren. Das Operationsgebiet staatlicher Politik wird mehr und mehr der große Weltmarkt, der Unterschied zwischen Innen- und Außenpolitik schwindet dahin. Damit ist auch die Zeit der binären Logik des Politischen vorüber, wie sie Carl Schmitt (1963) begründet hatte: Das Politische erweise sich an der Fähigkeit, zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können. In der Geoökonomie gibt es viele Konkurrenten, aber keinen Feind, der notfalls bis zum "totalen Krieg" bekämpft werden müßte. Luttwak hat ganz recht: Konkurrenz läßt zwar den Konkurs zu, schließt aber den Krieg aus. Es sind unterschiedliche, wenn auch kapitalistische Rationalitäten, die die Expansion am Ende des vorigen und am Ende dieses Jahrhunderts steuern. Das Problem, das sich aus der in der Tendenz stattfindenden Niveauverschiebung des Zugriffs auf die globalen Ökosysteme ergibt, wird dadurch allerdings überhaupt nicht entschärft."

die Weltlage

Blitzlichter auf

In diesem Kapitel werden Informationen und Daten aufgeführt, die in Diskussionszusammenhängen in der Globalisierungsdebatte von Bedeutung sind. Die wirtschaftliche und politische Situation in der Welt wird auf der Erscheinungsebene beleuchtet.

Diamanten für wenige, Glasperlen für viele

Der globale Wohlstand hat in den letzten 50 Jahren um das Siebenfache zugenommen. Jedoch haben Gruppen in der Weltbevölkerung sehr unterschiedlichen Anteil daran. Das gilt für verschiedene Weltregionen wie auch für Einkommensunterschiede in einzelnen Ländern selbst. Ein Fünftel der Menschheit – zumeist aus dem reichen Norden – verfügt über vier Fünftel des Welt-einkommens. Der Anteil der reichsten 20% der Bevölkerung stieg – nach Ländern – zwischen 1960 und 1991 von 70 auf 85% des globalen Gesamteinkommens; der Anteil der 20% Ärmsten schrumpfte von 2,3 auf 1,4 %.

Bezieht man in die Rechnung die Unterschiede in den Ländern selbst ein, so verfügen 20% der Reichsten über das 150-fache (!) des Einkommens der ärmsten 20%.

In Westdeutschland verdoppelte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1980 bis 1990 auf 1,8 Millionen Menschen (2,9 % der Bevölkerung). 1992 – nach der Vereinigung Deutschlands – waren 2,3 Mio. (2,9%) auf Sozialhilfe angewiesen.

„Das Konzept der menschlichen Sicherheit geht davon aus, daß jeder in der Lage sein sollte, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen: alle

Menschen sollten die Chance haben, ihre wichtigsten Bedürfnisse zu decken und ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Dies macht sie frei und stellt sicher, daß sie ihren vollen Beitrag zur Entwicklung leisten können – ihrer eigenen und der ihrer Gemeinschaft, ihres Landes und der ganzen Welt.“

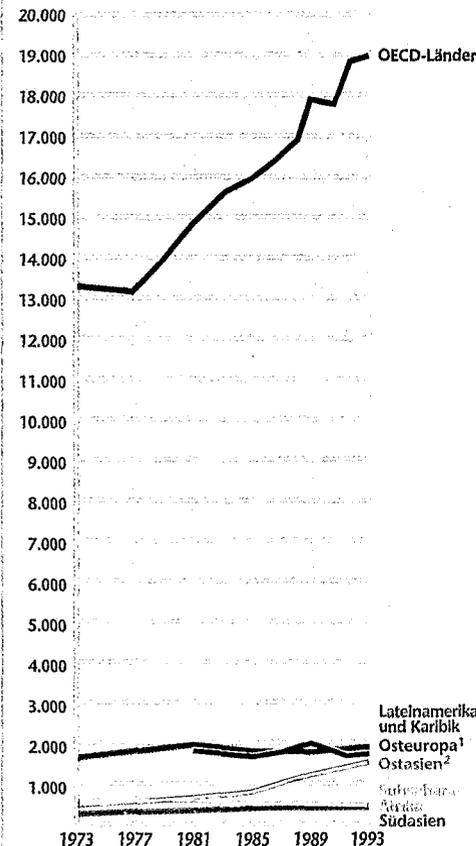
1994

„Menschliche Entwicklung ist ein Prozeß der Erweiterung menschlicher Möglichkeiten. Die wichtigsten ... sind, lange in Gesundheit zu leben, sich zu bilden und Zugang zu den Ressourcen zu haben, die für einen annehmbaren Lebensstandard nötig sind. Zu den weiteren Möglichkeiten gehören politische Freiheit, garantierte Menschenrechte und persönliche Selbstachtung.“

1990

UNDP/Entwicklungsprogramm (Zentrale Planungs-, Finanzierungs- und Koordinierungsagentur des UN-Systems in der technischen Zusammenarbeit.)

Brutto-Volkseinkommen pro Kopf in verschiedenen Weltregionen 1973 – 1993 in US-\$ (von 1987)



1 Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien  
2 Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Thailand  
Quelle: World Bank 1995 nach Globale Trend 1996, Seite 38

Einkommenskonzentration in ausgewählten Industrie- und Entwicklungsländern Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre Anteil der ärmsten 20% bzw. der reichsten 20% und 10% der Bevölkerung am gesamten Einkommen bzw. Konsum in %

	Ärmste 20%	Reichste 20%	Reichste 10%
<b>Industrie-länder</b>			
USA	4,7	41,9	25,0
Japan	8,7	37,5	22,4
Deutschland <sup>1</sup>	7,0	40,3	24,4
Frankreich	5,6	41,9	26,1
Groß-britannien	4,6	44,3	27,8
<b>Asien</b>			
Korea (Süd)	7,4	42,2	27,6
Malaysia	4,6	53,7	37,9
Thailand	6,1	50,7	35,3
Indonesien	8,7	42,3	27,9
Indien	8,8	41,3	27,1
<b>Lateinamerika</b>			
Mexiko	4,1	55,9	39,5
Chile	3,3	60,4	45,8
Brasilien	2,1	67,5	51,3
Guatemala	2,1	63,0	46,6
Nicaragua	4,2	55,3	39,8
<b>Afrika</b>			
Tunesien	5,9	46,3	30,7
Senegal	3,5	58,6	42,8
Simbabwe	4,0	62,3	46,9
Äthiopien	8,6	41,3	27,5
Tansania	2,4	62,7	46,5

<sup>1</sup> Nur Westdeutschland



Was könnten mögliche Triebkräfte für die wachsende Arbeitslosigkeit sein? Und welche Zusammenhänge könnten diese mit möglichen Globalisierungstendenzen haben? Stellt Hypothesen auf, die dann später genauer untersucht werden können.

## Ohne Arbeit – oder aber dazu gezwungen!

In den Industrieländern waren 1994 35 Mio Menschen arbeitslos (siehe Grafik auf dieser Seite), 15 Millionen haben nach Schätzungen die Suche nach Arbeit aufgegeben oder konnten nur eine Anstellung in Teilzeit finden. In der EG hat die Arbeitslosigkeit von Krise zu Krise zugenommen. In fast allen Ländern der OECD sinken die Reallöhne.

In den Entwicklungsländern ist das Problem noch gravierender, nach Schätzungen (ohne Transformationsländer) müßten 260 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

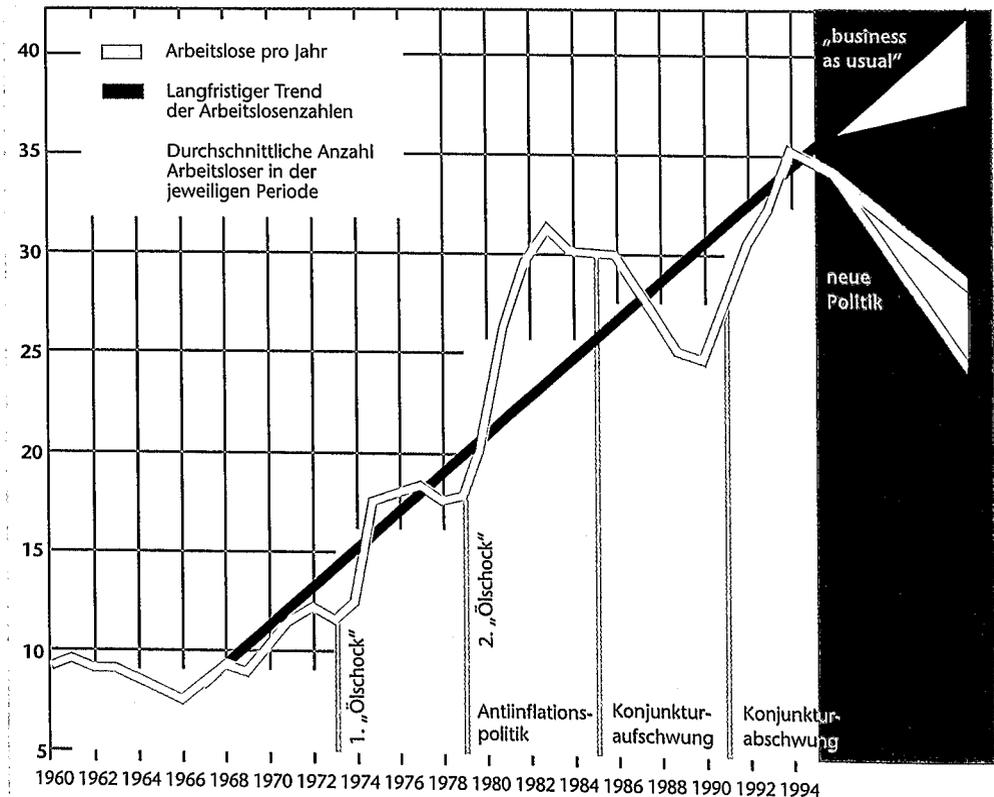
*„Kein anständiger Mensch kann es hinnehmen, daß heutzutage in Indien, Pakistan, Thailand, Indonesien oder auch Brasilien wie vor über hundert Jahren bei uns in Deutschland Kinderarbeit in der Textil- und Bekleidungsindustrie ein fester Bestandteil der wirtschaftlichen Kalkulation geworden ist. Es ist eine traurige Tatsache, daß heutzutage, während Arbeitslosigkeit in einem ungeheuren Maße in fast jedem Land der Welt herrscht, es offensichtlich nur einen Bereich gibt, in dem Arbeitskraft besonders nachgefragt wird: nämlich in dem Bereich der Kinderarbeit.“*

*Willi Arens, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil-Bekleidung*

In fast allen Teilen der Welt haben sich die Beschäftigungsprobleme verschärft, das betrifft sowohl die steigende Arbeitslosigkeit als auch den zunehmenden Anteil rechtlich ungeschützter Arbeitsverhältnisse, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wie auch das Einkommen.

Während immer mehr arbeitswillige erwachsene Menschen ohne Arbeit sind oder in schlechtere Arbeitsverhältnisse gedrückt werden, bleibt der Ausbeutungsgrad von Frauen und Kindern am höchsten.

## Arbeitslose in den Staaten der OECD 1960–2000 in Mio.



Quellen: OECD 1994, OECD Labour Force Statistics, Daten und Grafik nach: Globale Trends 1996, Seite 228

## Weltökonomie – Ungleichheit und Krise

Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern wächst. Insgesamt wird der Wettbewerb auf dem Weltmarkt härter.

Ein Grund für diese Entwicklung sind die nach wie vor ungerechten Austauschverhältnisse zwischen Nord und Süd (siehe Kasten nächste Seite). Zum anderen sind strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft zu beobachten, die insbesondere durch die starke Ausweitung des Dienstleistungssektors gekennzeichnet ist (siehe Grafik rechts).

Veranschaulicht man sich die Anteile der Weltregionen an der Weltproduktion und am Welthandel, so wird das Ungleichgewicht offenkundig.

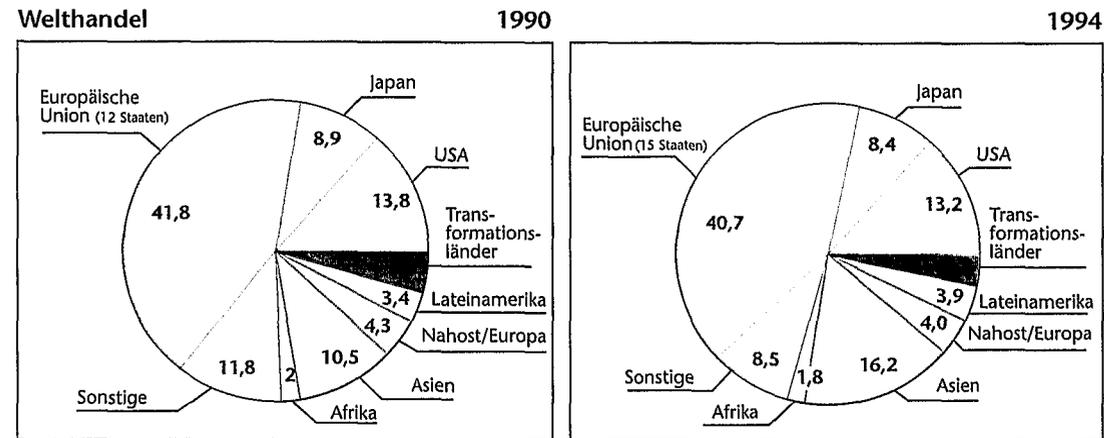
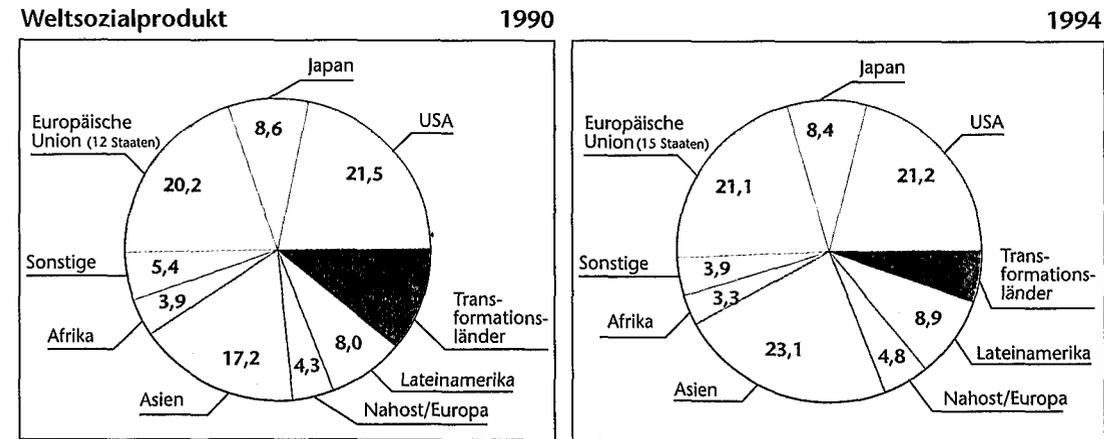
In der Industrieproduktion kommen allein die USA und Japan auf über 40% aller Industrieerzeugnisse der Welt. Die stärksten Wachstumsraten verzeichnen zur Zeit die asiatischen Länder Süd-Korea, Thailand und Malaysia. Die Staaten des ehemaligen RGW sind stark zurückgefallen.

Das weltweite Handelsvolumen ist von 1982 (1,88 Billionen US-\$) bis 1992 um fast das Doppelte (3,73 Billionen US-\$) gestiegen. Die größten Exportsteigerungen verzeichneten die asiatischen Länder u.a. aufgrund des günstigeren Verhältnisses von billigen Arbeitskräften und hohen Investitionen.

Auch im Dienstleistungsbereich ist der Gesamtwert aller exportierten Dienstleistungen 1992 auf um das Doppelte zu 1982 gestiegen (1 Billion US-\$). Die hohen Anteile der „Triade“

### Anteile am Weltsozialprodukt und am Welthandel 1990 und 1994

in % nach PPP-\$ (Purchasing Power Parity: Pro-Kopf-Einkommen im Verhältnis zu realer Kaufkraft)



Industrieländer
  Entwicklungsländer
  Transformationsländer

Quelle: GLOBALE TRENDS nach: IMF

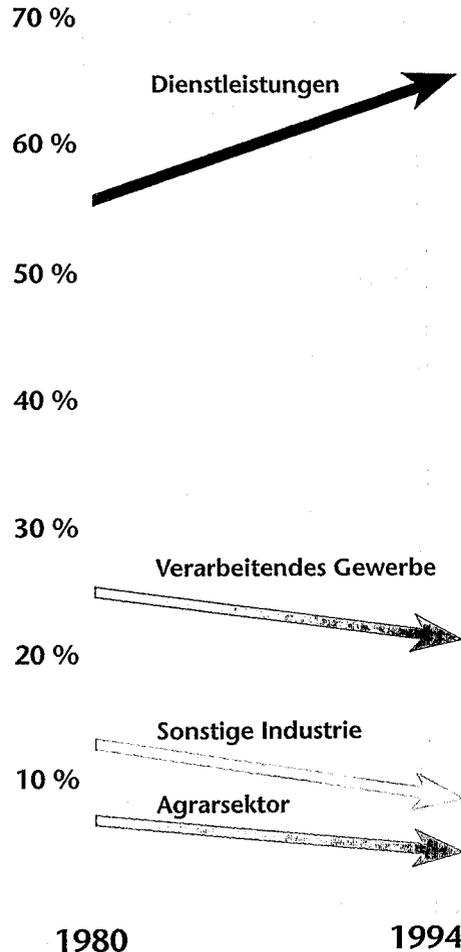


Welche Trends sind in der Weltwirtschaft zu beobachten? Was kennzeichnet das Verhältnis von Nord und Süd – den Industrieländern und den sogenannten Entwicklungsländern?

### Weltweiter Strukturwandel

(Vergleich 1980–1994)

Anteile am Welt-Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: nach iwd Nr.42 v. 17.10.1996

und der ostasiatischen Staaten ist darauf zurückzuführen, daß ein Großteil der Dienstleistungsexporte von und innerhalb der multi- bzw. transnationalen Konzerne – als Information, Bankgeschäfte, Finanzdienstleistungen, Versicherung u.ä. – getätigt wurden, die hier ihren Sitz haben.

Insgesamt haben die Triadeländer ihre Anteile am Weltsozialprodukt seit 1990 gehalten. Die Zugewinne der asiatischen Länder gingen vor allem auf Kosten der sogenannten Transformationsländer (ehemalige RGW-Staaten). Nur im Welthandel konnten sie den reichen Industrieländern Anteile abgewinnen.

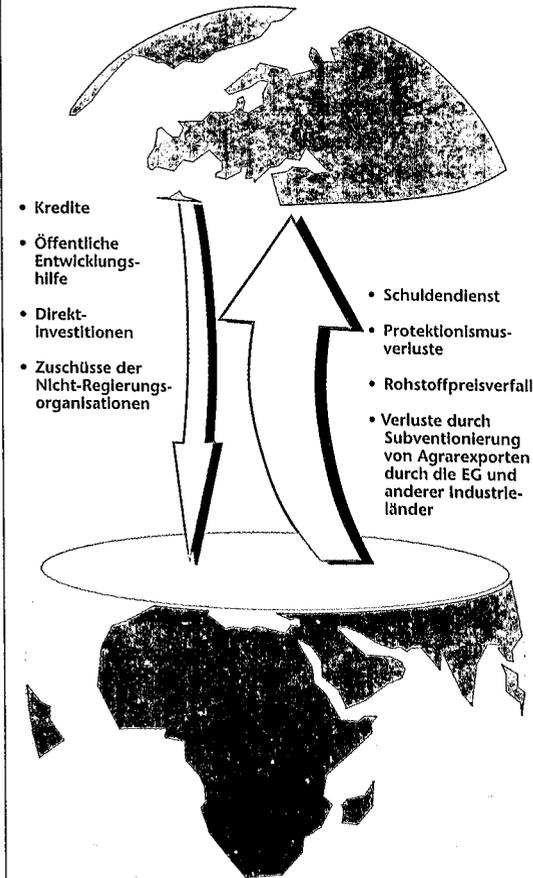
Betrachtet man die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den letzten 20 Jahren, wird deutlich, daß das wirtschaftliche Tempo des Wirtschaftswachstums sinkt. Wenn auch seit 1990 ein stärkeres Wachstum für die Entwicklungsländer als für die Industrieländer zu verzeichnen ist, so trifft dies wiederum nur für die ost- und südostasiatischen Länder zu, die auch in den 80er Jahren eine stetige Wirtschaftsexpansion verzeichneten. Während die osteuropäischen und mittelasiatischen Länder sowie ganz Afrika nur minimale oder fallende Wachstumsraten für sich verbuchen konnten.

Die Karten auf den nächsten Seiten, sowie die Daten danach, visualisieren wirtschaftliche Handels- und Investitionsströme in der Welt.



Welche Hypothesen kann man daraus bezüglich der Internationalisierung des Kapitals ziehen? Wer ist Gewinner, wer Verlierer in den aktuellen Strukturen?

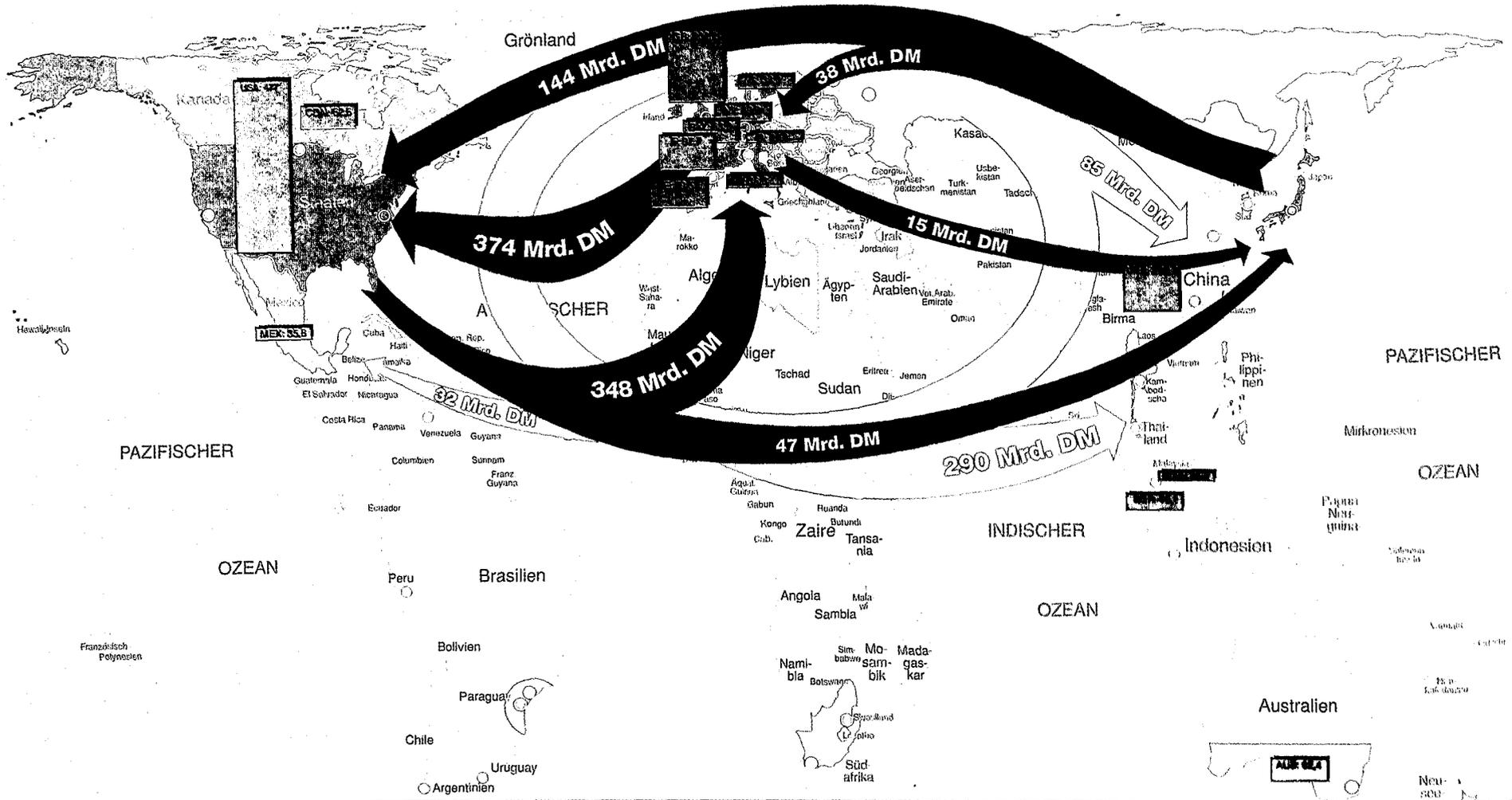
### Der Nord-Süd-Transfer



nach: Entwicklungspolitik 11/93, Seite 24

Keinem schwach kapitalisierten, gleichwohl in den Weltmarkt integrierten Land konnte es gelingen, seine ökonomische Entwicklung am Profitbedarf der Starken vorbeizuplanen. Der Überkapitalisierung in den Zentren stand so zunehmend eine Unterkapitalisierung in der Peripherie gegenüber. Was dort abgezogen wurde, häufte sich in den Metropolen als Wert an. Schlecht bezahlte Arbeitskräfte holen Mineralien aus den Böden und bestellen Plantagen für den Export in die Zentren. Um die Exportbasis zu sichern, mußten Maschinen, Chemikalien und Saaten zu drastisch erhöhten Preisen aus den reichen Ländern eingekauft werden. Die **Terms of Trade** schnürten den kapitalarmen Ländern die Kehle zu. Ein übriges erledigten die Zinspolitik gegenüber den verschuldeten Ländern, die Kapitaltransfers der Konzerne oder der Verbrauch nationaler Oberschichten. In welchem Umfang die Profitrate beispielsweise in der Bundesrepublik allein durch die Preisentwicklung aufgebessert wurde, zeigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Von 1980 bis 1992 verbesserten sich die Terms of Trade um 49 Prozent. Mit anderen Worten: Für die gleiche Exportmenge, die 1980 in die Dritte Welt ging, gab es 1992 fast 50 Prozent mehr Gegenleistungen in Form von Rohstoffen, Früchten oder lebenswichtigen Organen. (nach: Ebermann/Trampert, 25)



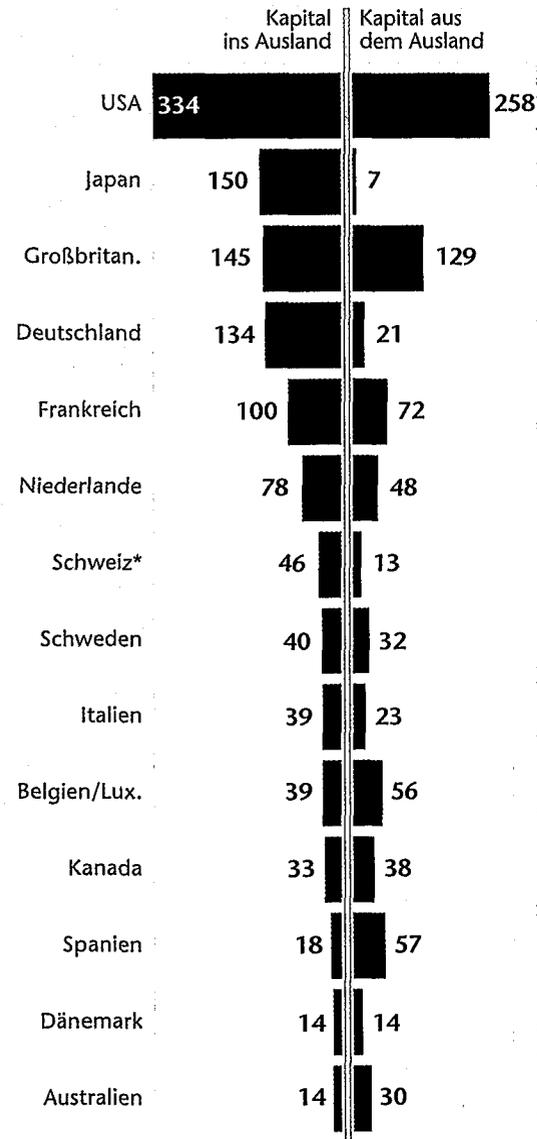


**Investitionsströme** (in Milliarden DM)

- Direktinvestitionen der drei großen Wirtschaftszentren USA, Europa, Japan (85% der weltweit getätigten Direktinvestitionen)
- Investitionen aus den Wirtschaftszentren in die Industrieregionen in Mexico, Südostasien und China
- Globale Wirtschaftszentren
- Zentren der Weltwirtschaft
- Lokale Wirtschaftszentren
- Kumulierte Auslandsinvestitionen (1985-95 in Mrd. US-\$)
- Zentren der Weltwirtschaft in die Weltwirtschaft eingebunden
- von der Weltwirtschaft ausgebeutet
- mit Wirtschaftssanktionen belegt

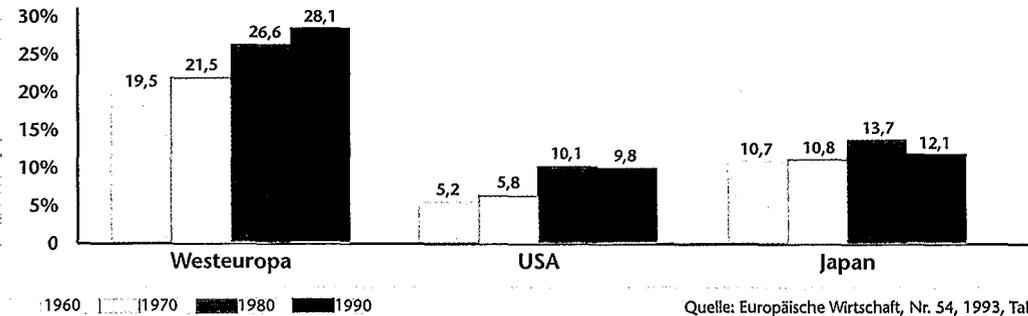
Quelle: Unctad, OECD, Weltbank, vgl. Abbildung in DIE WOCHE, 26. April 1997, Kum. Auslandsinv. In ZEITPunkte 1/97, S. 13

Direktinvestitionen 1990 – 1995 in Mrd. \$



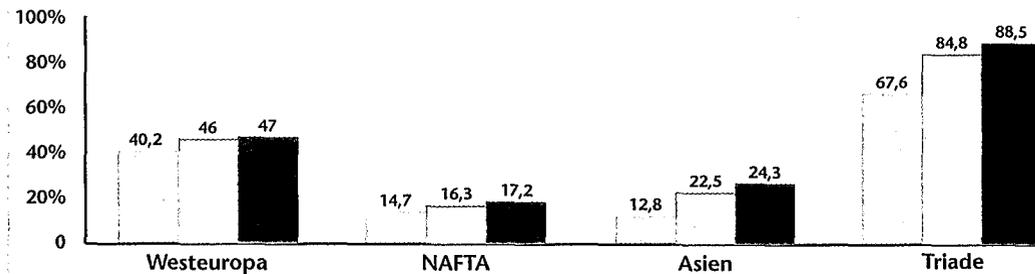
Exportquoten\* der großen Industriezentren

\* Anteil der Exporte von Waren und Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Preisen in %



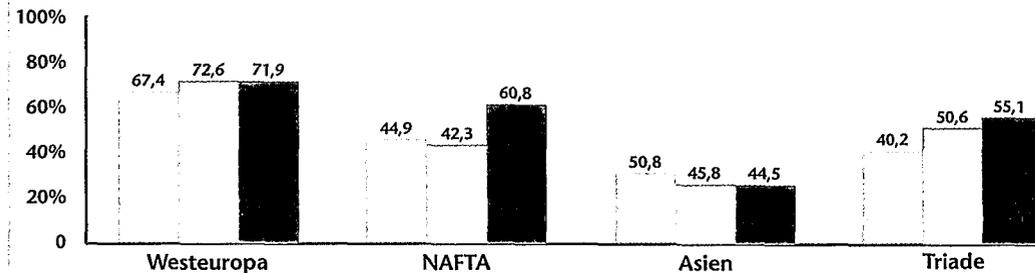
Quelle: Europäische Wirtschaft, Nr. 54, 1993, Tabelle 35

Anteil der Regionen am Weltexport in %

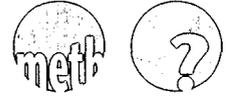


Quelle: Jörg Hufschmid „Globalisierung und Blockbildung“ in: Blätter für internationale Politik, Nr.8 1994, S. 1009

Anteil des intraregionalen Handels am gesamten Export (d. Region) in %



Quelle: Jörg Hufschmid „Globalisierung und Blockbildung“ in: Blätter für internationale Politik, Nr.8 1994, S. 1012



Auf dieser Seite ist weiteres Datenmaterial aufgeführt, das der vertiefenden Diskussion und Interpretation von Daten und Karten dienen kann: *Direktinvestitionen* geben Aufschluss über Aktivitäten von Kapital im Ausland. Welches Land ist wirtschaftlich stärker, jenes, in das von anderen investiert wird oder das, welches in andere Länder investiert?

*Exportquoten* geben Aufschluss über die Präsenz und „Wettbewerbsfähigkeit“ der jeweiligen Wirtschaft auf dem Weltmarkt. Aber auch die Größe des eigenen regionalen Marktes muß in die Bewertung einbezogen werden sowie die Frage, wer denn da mit wem austauscht!

Der Anteil der Regionen am Weltexport insgesamt zeigt, wie vorherrschend die Länder der Triade sind. Fast 90% aller Produkte und Dienstleistungen wurden zwischen den reichen Ländern ausgetauscht. Was bedeutet das für den Süden, und welche Erfahrungen machen wir mit diesem Fakt im eigenen Land? Der größte Anteil aller nationalen Exporte wird innerhalb der Regionen abgewickelt (*intra-regionaler Handel*). Ist die Globalisierung in Wirklichkeit ein Prozeß der Regionalisierung?



Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der zunehmenden Migration einerseits und zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen andererseits? Ist die Globalisierung Ursache oder Folge von Wanderungsbewegungen oder keines von beiden?

### Vertrieben oder ohne Perspektive – die „neue Völkerwanderung“

Auf über 120 Millionen Menschen schätzen internationale Organisationen die weltweite Migration (Wanderung von Personen oder Gruppen im geographischen Raum). Das ist ein Anstieg um 50 Millionen seit 1965. Davon – so die internationale Arbeitsorganisation (ILO) – sind 80 bis 95 Millionen Arbeitsemigranten und 26 Millionen Flüchtlinge (siehe dazu auch Kästen „Wer ist Migrant?“ und „Wer ist Flüchtling?“ auf der nächsten Seite)

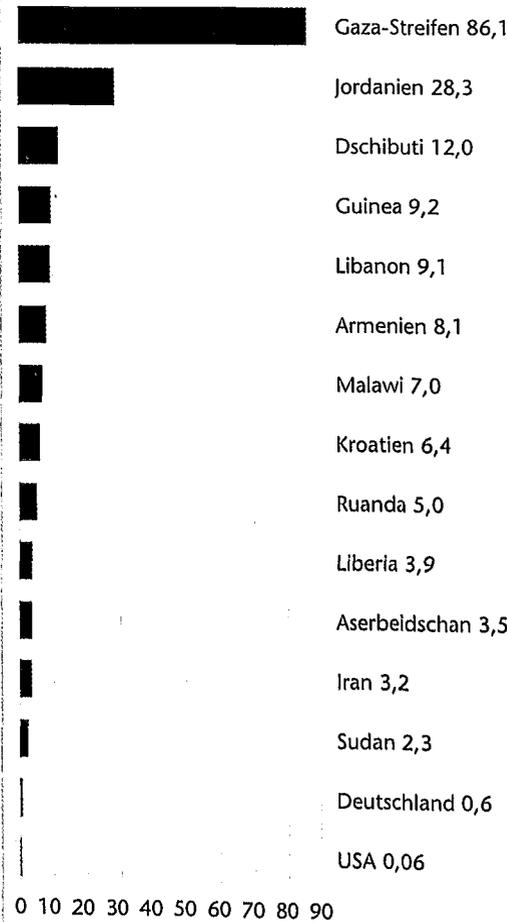
Westdeutschland wurde in den letzten 40 Jahren eines der größten Aufnahmeländer, begründet durch seine Aufnahme politik, die das „Deutsch-Sein“ über die Abstammung definierte. Etwa 14 Millionen Aussiedler und Vertriebene aus den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus Osteuropa wurden aufgenommen.

Jedoch sind nicht die Bundesrepublik Deutschland oder die Staaten Europas die großen Einwanderungsländer, sondern die Staaten Afrikas und Asiens. Hier konzentrieren sich 50 Millionen Flüchtlinge und Migranten sowie 500 Millionen Binnenmigranten (siehe Kasten in der Mitte dieser Seite).

Die Ursachen von Migration sind selten eindeutig, sondern Gründe vermischen sich. Aus dem Gemenge von Schub- und Sogfaktoren lassen sich einzelne Hauptursachen herausstellen:

- Die Brennpunkte des internationalen Fluchtgeschehens bilden Kriegsgebiete. Die Wurzeln dieser Kriege liegen in je besonderen

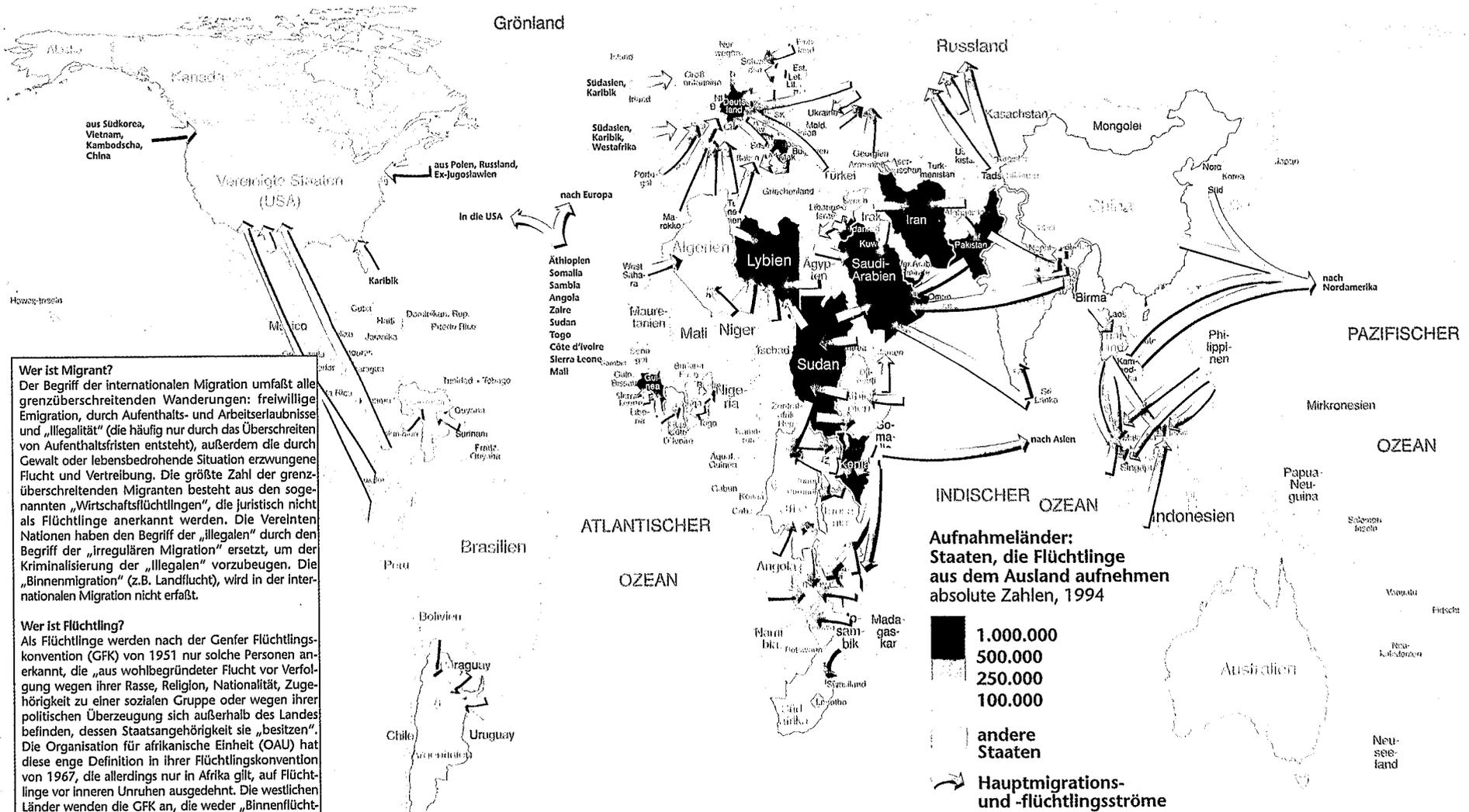
### Verhältnis von Flüchtlingen (1) zu Einwohnern 1993 in %



(1) nach UNHCR-Kriterien ohne „displaced persons“ und „B-Flüchtlinge“  
Quelle: nach Globale Trends 1996, Seite 125

Hinterlassenschaften des Kolonialismus (zum Beispiel in willkürlichen Grenzziehungen), in Integrationskrisen künstlich geschaffener Nationalstaaten, in Machtkämpfen um staatliche Pfründe oder aus Konflikten, die aus politischen Gewaltsystemen und ungerechten Gesellschaftsordnungen erwachsen. Dabei ist der Norden meist für Kriegs- und Fluchtgeschehen mitverantwortlich.

- Es zeichnet sich ab, daß die beschleunigte Umweltzerstörung und Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen die Lebenschancen von Millionen von Menschen bedroht und in die Migration treibt. Eine Studie der UNEP (UN-Umweltprogramm) kommt zu dem Ergebnis, daß sich 35% der weltweiten Landflächen in Wüstenbildung befinden (das betrifft in erster Linie den Gürtel der Tropen und Subtropen). Hier leben 850 Millionen Menschen!
- Das wachsende Nord-Süd-Gefälle – verbunden mit Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut – treibt die Menschen auf die Suche nach Arbeit und Brot. Die Schuldenkrise und die Auflagenpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben das Massenelend verschärft.
- Armut ist Hauptursache für das rapide steigende Bevölkerungswachstum. Der Bevölkerungsdruck trifft auf abnehmende Lebenschancen in ländlichen Gebieten. Bodenverknappung und Mechanisierungsprozesse treiben die Menschen vom Land in die Armutsmilieus der ausufernden Städte.



**Wer ist Migrant?**

Der Begriff der internationalen Migration umfasst alle grenzüberschreitenden Wanderungen: freiwillige Emigration, durch Aufenthalts- und Arbeitslaubnisse und „Illegalität“ (die häufig nur durch das Überschreiten von Aufenthaltsfristen entsteht), außerdem die durch Gewalt oder lebensbedrohende Situation erzwungene Flucht und Vertreibung. Die größte Zahl der grenzüberschreitenden Migranten besteht aus den sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“, die juristisch nicht als Flüchtlinge anerkannt werden. Die Vereinten Nationen haben den Begriff der „illegalen“ durch den Begriff der „irregulären Migration“ ersetzt, um der Kriminalisierung der „Illegalen“ vorzubeugen. Die „Binnenmigration“ (z.B. Landflucht), wird in der internationalen Migration nicht erfasst.

**Wer ist Flüchtling?**

Als Flüchtlinge werden nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 nur solche Personen anerkannt, die „aus wohl begründeter Flucht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie „besitzen“. Die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) hat diese enge Definition in ihrer Flüchtlingskonvention von 1967, die allerdings nur in Afrika gilt, auf Flüchtlinge vor inneren Unruhen ausgedehnt. Die westlichen Länder wenden die GFK an, die weder „Binnenflüchtlinge“ noch Kriegsflüchtlinge als „echte“ Flüchtlinge anerkennt. Sie unterscheiden in der Regel zwei Kategorien: die Asylberechtigten, die die Bedingungen der GFK erfüllen und die „De-facto-Flüchtlinge“ oder „B-Flüchtlinge“, die aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden. Wer aus welchen Gründen wie behandelt wird, bestimmt häufig staatliche Willkür.

Quelle: Globale Trend 1996, S. 123

**Migrations- und Fluchtbewegungen**

Quellen: Globale Trends 1996, Seiten 135ff; Wirtschaftswoche Nr. 16, 4.97, S. 46f; Fischer-Atlas zur Lage der Welt, Seite 102f



Wie ist eure Einschätzung: sind die Gewerkschaften eher Partner des internationalen Kapitals oder aber erklärter Feind? Braucht die Globalisierung die Gewerkschaften? Welche Tendenzen beobachtet ihr z.B. in Europa oder in Staaten der südlichen Hemisphäre?

Internationale Solidarität und/oder Standortpolitik, welche Diskussionen werden in euren Betrieben geführt und welche Position hat die Unternehmensleitung, welche eure Interessenvertretung und welche persönliche Einstellung hast du?

Zur Karte nächste Seite: Stellt auch Querverbindungen zu anderen Karten und Übersichten her. Gibt es Zusammenhänge zwischen Reichtum, Macht und Demokratie? Wenn ja, welche Rolle hat darin die Globalisierung?

### Herrschen ohne Widerrede

*„Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken ... und zum Schutze seiner Interessen Berufsvereinigungen zu bilden und solchen beizutreten“*, heißt es in der UN - Deklaration der Menschenrechte von 1948 (Art. 20.1 und Art. 23.4). Die globale Realität jedoch sieht anders aus. Der Bericht des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften für 1996 stellt fest, daß die Repression in der Welt nach dem Kalten Krieg zugenommen hat.

GewerkschafterInnen gehören zu den ersten unter den demokratischen Kräften, die von Staaten, die die Menschenrechte mißachten, verfolgt werden. Wenn sie sich öffentlich gegen soziale und politische Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen und Kritik an Unternehmensführungen oder Regierungsrepräsentanten üben, werden sie bedroht, festgenommen, mißhandelt,

*„Lang etablierte universelle Grundsätze der Vereinigungsfreiheit und der Tarifverhandlungen werden erneut in Frage gestellt oder ganz einfach in einer wachsenden Zahl von Ländern aller Kontinente ignoriert..“*

Bill Jordan,  
IBFG-Generalsekretär

gefoltert und – ermordet. Beliebte Methode ist auch, sie einfach „verschwinden“ zu lassen.

Täter sind in der Regel offizielle oder halb-offizielle militante Organe wie Polizei, Militär oder sogenannte „Todesschwadronen“. Um aktive Demokraten unter Druck zu setzen, machen diese „Ordnungshüter“ auch vor den Familien mißliebiger Personen nicht halt. Ehefrauen werden vergewaltigt, Kinder bedroht oder gar entführt, Geschwister zusammengeschlagen.

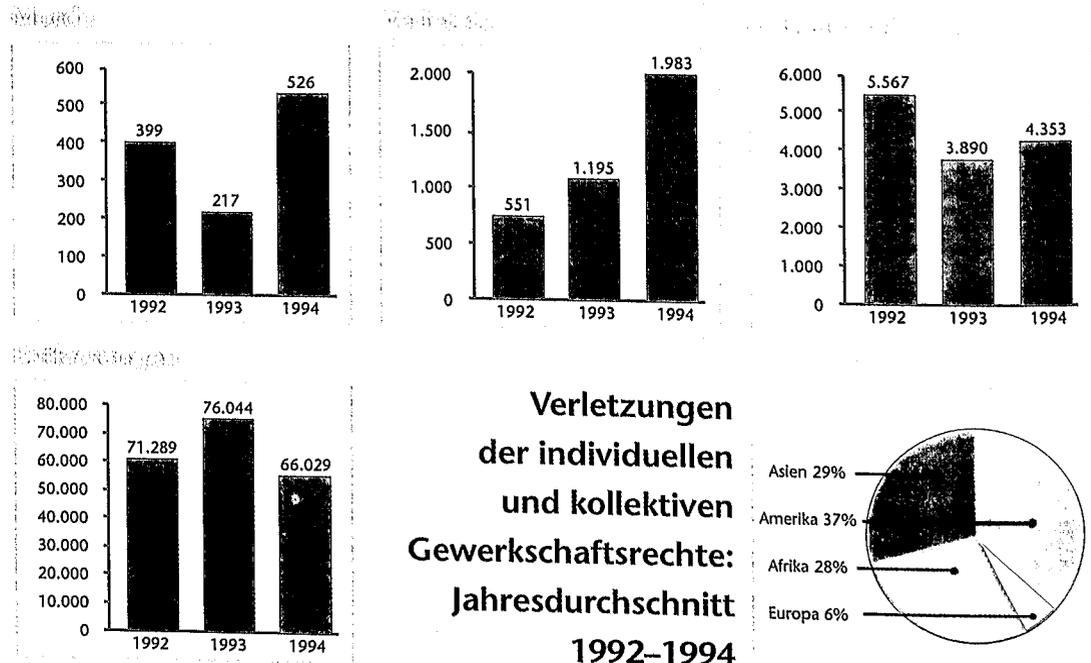
*„In Südkorea gilt*

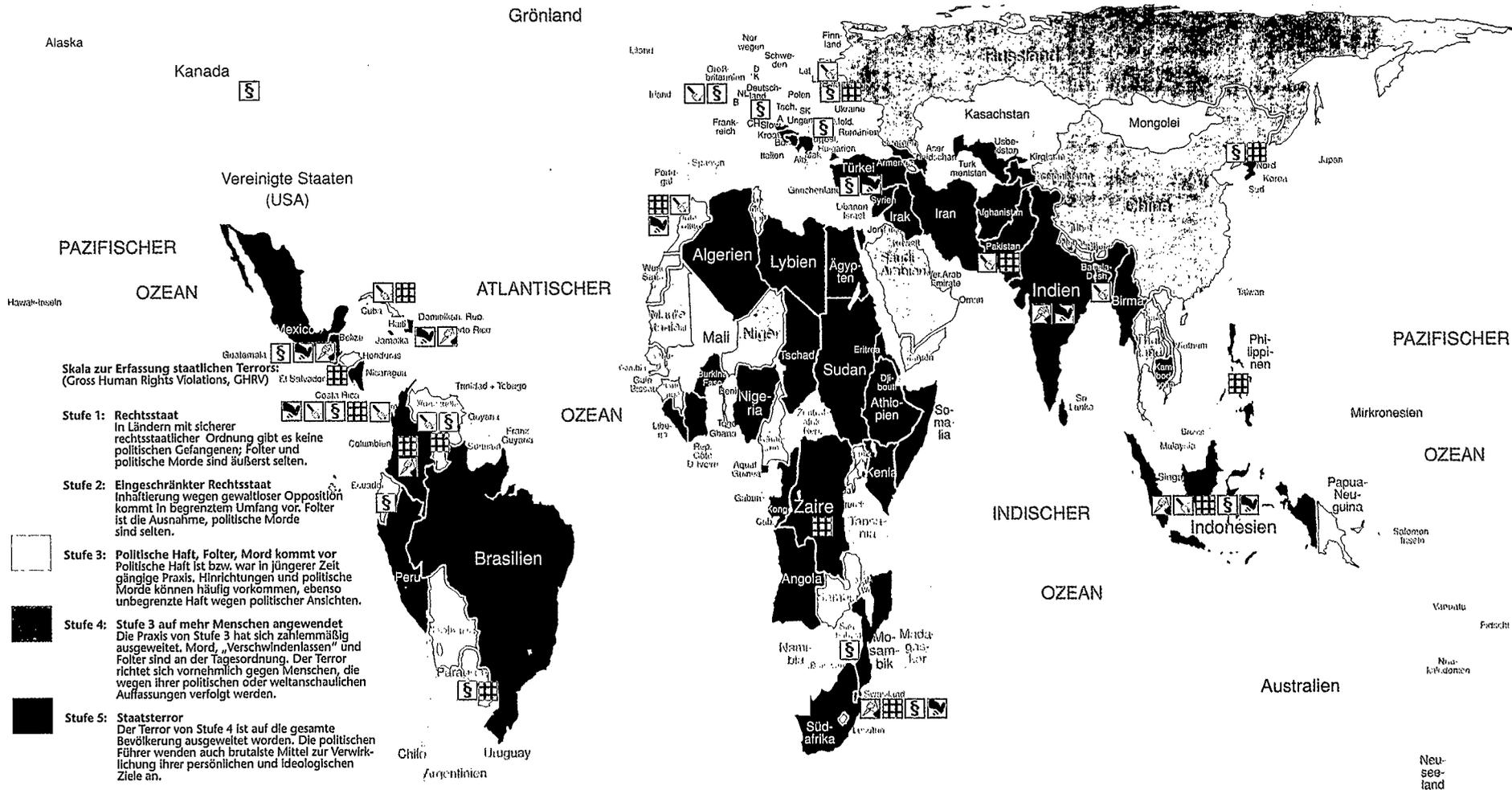
*immer noch das Arbeitsrecht aus der Zeit der Militärdiktatur.*

*Drei Gewerkschafter, die im Betrieb zusammenstehen, können da ganz schnell und völlig legal für zwölf Monate hinter Gitter verschwinden. Und bei Streiks stehen eins, zwei, drei staatliche Aufstandsbekämpfungseinheiten auf dem Firmengelände.“*

Robert Steiert,  
IG Metall-Vorstand

### Verletzung der individuellen Gewerkschaftsrechte weltweit





# Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung von GewerkschafterInnen

Quellen: Globale Trends 1996, S. 85ff; IBFC; jährliche Übersichten über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten, 1996



Die Telekommunikations- und Computertechnologie sind die Basis der 3. Industriellen Revolution. Wie begegnen wir diesen Technologien in unserem Arbeits- und Lebensalltag? Wer nutzt sie und wem nützen sie? Welche qualitativen Änderungen bewirken sie in unserem Alltag? Wie können wir die Neuen Medien demokratisch nutzen?

## Ruf' doch mal an – wenn du kannst!

Für die einen ist die Welt ein Dorf, für anderen ist ihr Dorf die Welt. Ein Beispiel für den weltweiten Technologisierungsgrad ist der Bereich Information und Kommunikation. Für einige ein großes Geschäft, während andere noch nicht mal wissen, was das ist.

Gegenwärtig liegt der weltweite Umsatz in der Telekommunikation bei 535 Milliarden US-\$ pro Jahr; davon entfallen 415 Mrd. auf die Telekommunikationsdienste und 120 Mrd. auf die Herstellerindustrie. Die jährliche Wachstumsrate liegt bei 16 Prozent. Der Telekommunikationsmarkt ist damit der aktuell dynamischste Wirtschaftssektor überhaupt und wird hart umkämpft. Bei den Marktanteilen steht die Europäische Gemeinschaft mit rund 36% an erster Stelle, gefolgt von Nordamerika (31%) und Asien (12%). Der Nahe Osten hat einen Anteil von 2%, Afrika, Australien und Lateinamerika jeweils rund 2%.

In der Chipherstellung – die Basistechnologie der Telekommunikation – war die USA 1980 mit 48% die größte Herstellernation. Inzwischen hat Japan – im Jahr 1980 lediglich mit 5% beteiligt – die führende Rolle übernommen (1990: Japan 40%, USA 16%).

Die Zukunft liegt jedoch nicht mehr in der Hardware, sondern im Software-Bereich (Programme), dessen Anteil an der Wertschöpfung sich von 1982 bis heute vervierfacht hat. Kundenzentrierte Software und kundennahe Dienstleistungen wie Teleberatung, Teleaußendienst, Teledrucken, Teledesign, Telekooperation, ist

das große Geschäft der Zukunft, in dem die USA gegenwärtig die Nase vorn haben.

Und doch gerade auch in diesem Bereich hat nur ein Teil der Erdbewohner Zugang zu diesen Technologien: Als der Wirtschaftsminister Rexroth auf dem letzten G7-Treffen in Brüssel sagte, daß der Vorteil der weltweiten Informationsgesellschaft darin bestünde, daß „die Menschen in aller Welt zu jeder Zeit miteinander kommunizieren könnten“, kommentierte Thabo Mbeki, der Vizepräsident Südafrikas, diese Aussage mit dem Hinweis, „daß die Hälfte der Menschheit noch nicht einmal einen Telephonhörer in der Hand gehalten hat.“

Neuere Studien über die 24 Millionen Nutzer des Internets der Vereinigten Staaten und Kanada zeigen, daß das Durchschnittseinkommen der US-Haushalte, die Zugang zum meistfrequentierten Teil des Netzes haben – dem World Wide Web –, bei 67.000 Dollar liegt; also den reichsten 20 Prozent der Bevölkerung entsprechen. Das gegenwärtig in Lateinamerika angebotene digitale Fernsehen, Direct TV, illustriert das gleiche Phänomen. Das transnationale Konsortium, an dem venezolanische, brasilianische, mexikanische und US-Firmen beteiligt sind, bietet über 100 Kanäle an, zu folgenden Kosten in (Mexiko): eine Subskription für 300 Dollar, 95 Dollar für die Technik und eine

monatliche Miete von 60 Dollar. Der gesetzliche Mindestlohn in Mexiko beträgt circa 60 Dollar, und etwa 70 Prozent der 100 Millionen Mexikaner verdienen im Monat zwischen Null und 120 US-\$. (Chomsky/Dieterich, 161)

Links zu Gewerkschaften:

- [www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)
- [www.ghk.de](http://www.ghk.de)
- [www.dgb.de](http://www.dgb.de) mit Links zu anderen Gewerkschaften
- [www.etuc.de](http://www.etuc.de)

E-mail-Adresse von Gewerkschaften weltweit über:

- [www.icftu.org/efgsaffi.html](http://www.icftu.org/efgsaffi.html)

Siehe auch DGB-Schwerpunktthema 1995/96 „Multimedia“

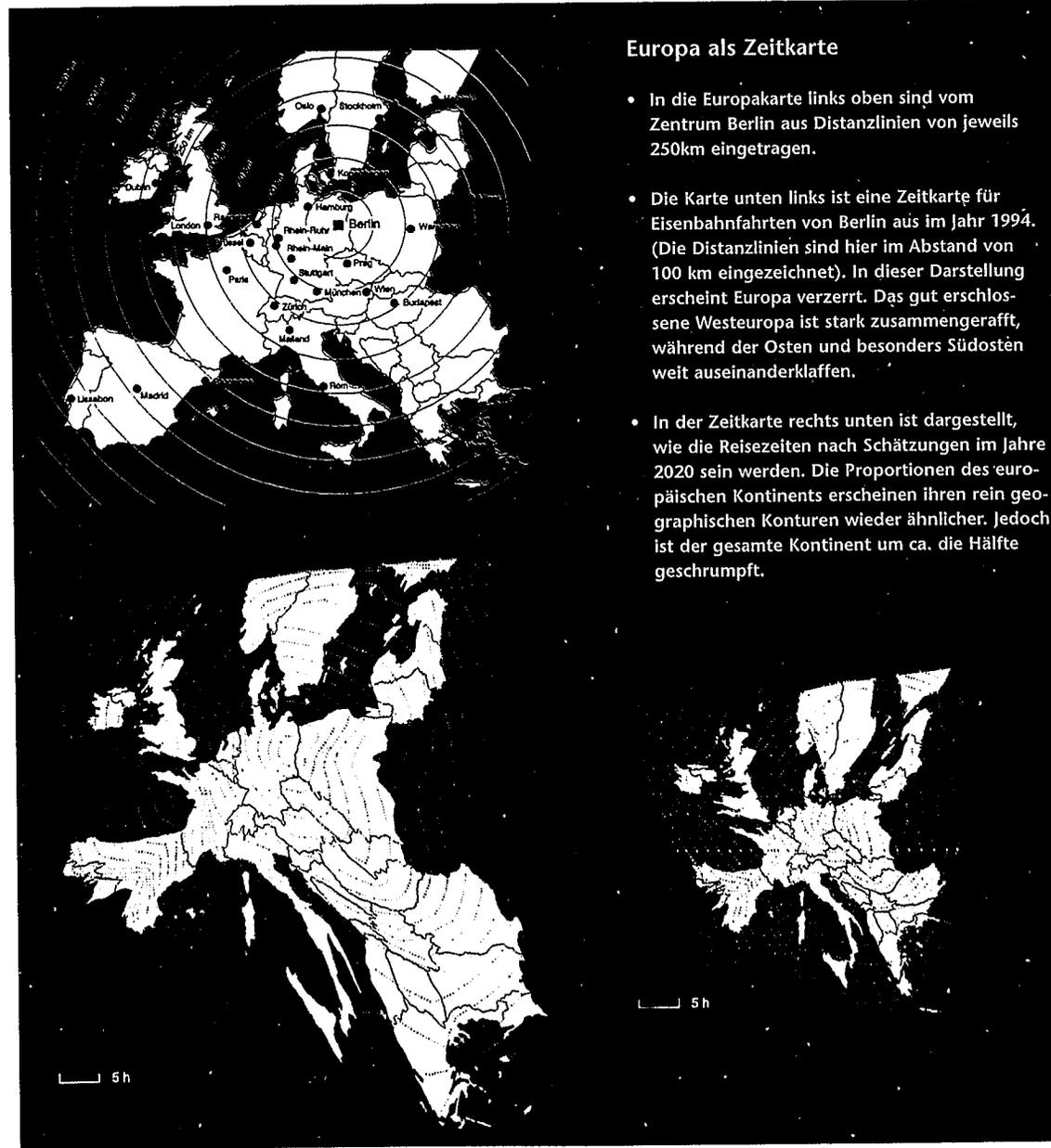
## Globalisierung der Kopfarbeit

*„VW bereitet zur Zeit einen rund um die Uhr arbeitenden, über Datennetz miteinander verknüpften weltweiten Verbund bei der Entwicklung von Fahrzeugkomponenten vor. Nach Vorstellungen des Audi-Managers Erich Schmitt, der im Auftrag des Konzernvorstandes an einer Konzeption für den weltweiten Entwicklungsverbund arbeitet, soll die Arbeit mit der Sonne um den Globus wandern: Wenn der Wolfsburger Ingenieur Feierabend macht, übernimmt sein Kollege von VW-Mexiko oder VW-Brasil seine Arbeit. Danach wird der Konstruktionsauftrag via Computernetz an ein Entwicklungszentrum nach Asien übertragen, von wo die Arbeit wiederum vor Arbeitsschluß an die Wolfsburger Entwicklungsabteilung weitergegeben wird. Auf diese Weise, so Schmitt, könnte durchgehend an einem Teil gearbeitet werden, und die Entwicklungszeiten könnten im günstigsten Fall um zwei Drittel verkürzt werden“*

## Von Zeiten und Räumen

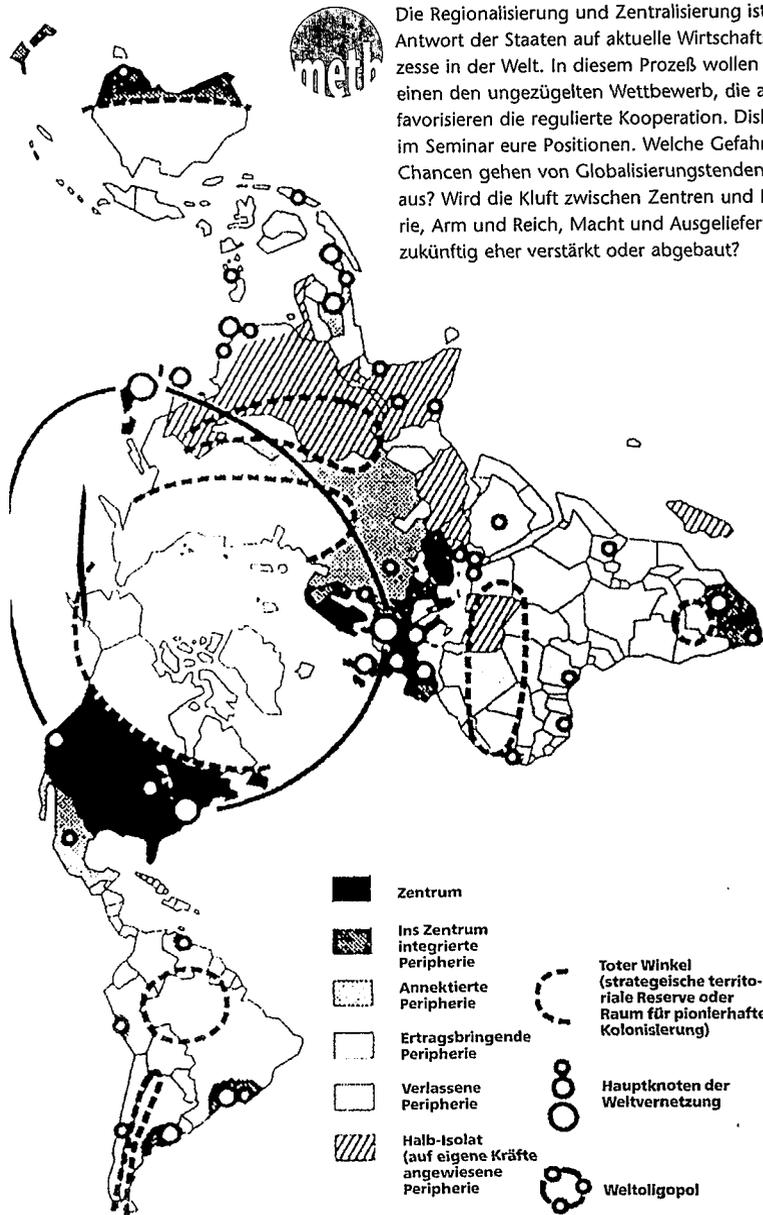
Die 3. Industrielle Revolution schafft die Voraussetzung für Globalisierungsprozesse: es ermöglicht denen, die Zugang zu den neuen Technologien haben, Kommunikation und Austausch von Daten rund um den Globus. Dies betrifft aber nicht nur die künstlichen Räume der Computernetze, den sogenannten *Cyber-space*. Auch die realen Räume, in denen menschliche Begegnungen und Bewegungen stattfinden, verändern sich: In Zusammenhang mit den schneller und billiger werdenden Transportmitteln verkürzen sich auch die Räume für Kommunikation, Arbeitsorganisation und Verteilung von Waren in den Regionen und darüber hinaus.

Das Beispiel rechts auf dieser Seite zeigt den Versuch, Raum-Zeit-Strukturen in Europa darzustellen. Für einen Bahnreisenden von Berlin aus verdichten sich Räume je schneller die Verbindung zum jeweiligen Zielort ist. Umgekehrt wird die räumliche Distanz größer, je langsamer die Verbindung ist.



Wie sind eure Reiseerfahrungen? Welchen Unterschied macht es, mit dem Flugzeug zu fliegen, mit der Bahn zu reisen oder zu wandern? Gibt es unterschiedliche Qualitäten des Reisens?

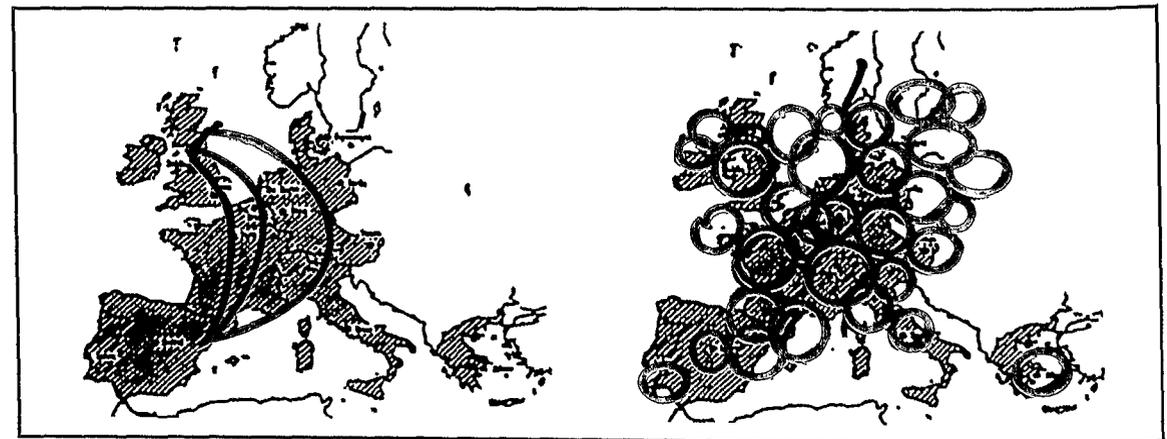
Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen hat der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsverbindungen in Europa/der Welt? Gibt es Gewinner, gibt es Verlierer?



## Zentren oder Regionen?

Ein Blick auf die Weltkarte auf der rechten Seite zeigt die Ballungszentren sowie die politische und wirtschaftliche Regionalisierung auf der Erde.

Überall auf der Welt treiben sinkende wirtschaftliche Chancen in ländlichen Gebieten und die Hoffnung auf bessere Möglichkeiten und Dienstleistungen in den Städten den Prozeß der Urbanisierung (Verstädterung) voran. Bei Fortsetzung dieser weiteren Entwicklung – vor allem in den ärmeren Ländern – wird im Jahr 2005 die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten leben. Im Jahr 2025 werden es bereits zwei Drittel der Weltbevölkerung sein.



Karte links:  
Zentren und Peripherien in der Welt (1992) – ein hierarchisiertes Netz  
(Quelle: das Buch zur documenta X)

Trotz aller Vorteile städtischer Gebiete im Hinblick auf Arbeitsplätze, Bildung und medizinische Versorgung werden die ökologischen Auswirkungen dieser Megastädte wahrscheinlich verheerend sein.

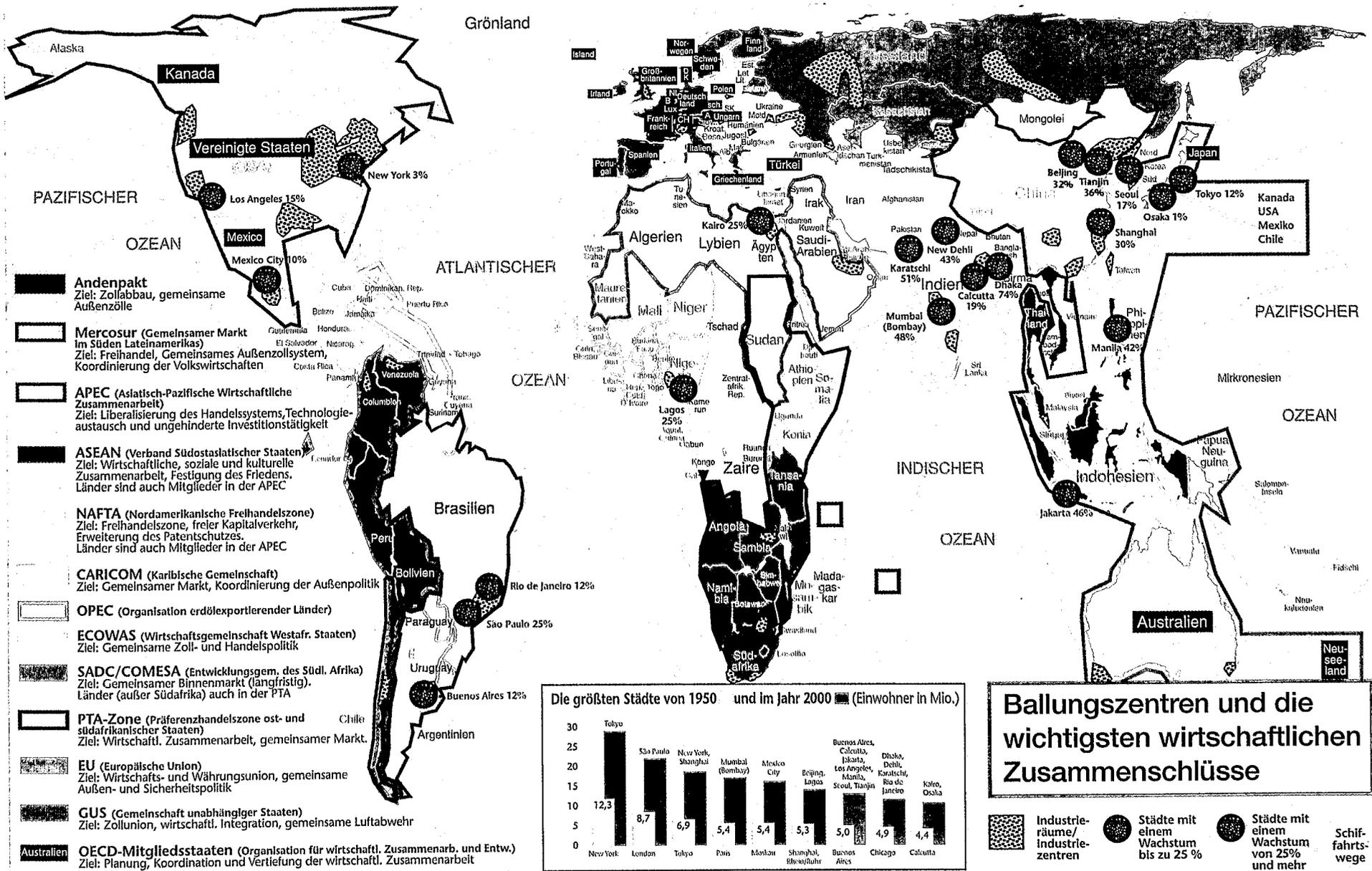
Ein anderer Trend ist der Zusammenschluß von Ländern zu Ländergruppen bis hin zu neuen Staatengebilden wie z.B. die EG es werden könnte. Insgesamt gibt es weltweit 300 Organisationen mit knappen 1.500 Unter-, Regional- und assoziierten Organisationen. Den wirtschaftlichen Zusammenschlüssen ist das Interesse gemein, nach innen Handelsgrenzen abzubauen und mit vereinten Kräften einen größeren Markt zu schaffen und eine stärkere Position in der Weltwirtschaft einzunehmen.

Europa-Karten oben:  
Banane oder Traube (nach: ARCH+ 3/97, Seite 33)



Folgt ihr dieser Ansicht von Welt oder nicht? Was spricht für diese Darstellung, was dagegen?

Die sogenannte „Blaue Banane“ ist der bildhafte Ausdruck für die auf Wettbewerb beruhende Konzentration der Raumentwicklung in einem zentralen Korridor in Europa (Abb. links). Die „Blaue Traube“ (Abb. rechts) steht für ein auf Kooperation zwischen europäischen Regionen und Städten beruhendes Leitbild.



Quelle: Fischer Atlas zur Lage der Welt, Seite 24/25; Fischer Weltatlas 1977, Seiten 819ff und XIV; Globale Trends 1996, Seite 112

## Globalökonomologiepolitik

Dieser Zungenbrecher ist eine neue Wortschöpfung mit der einzigen Aufgabe, die Komplexität von Ökologie zu versprachlichen.

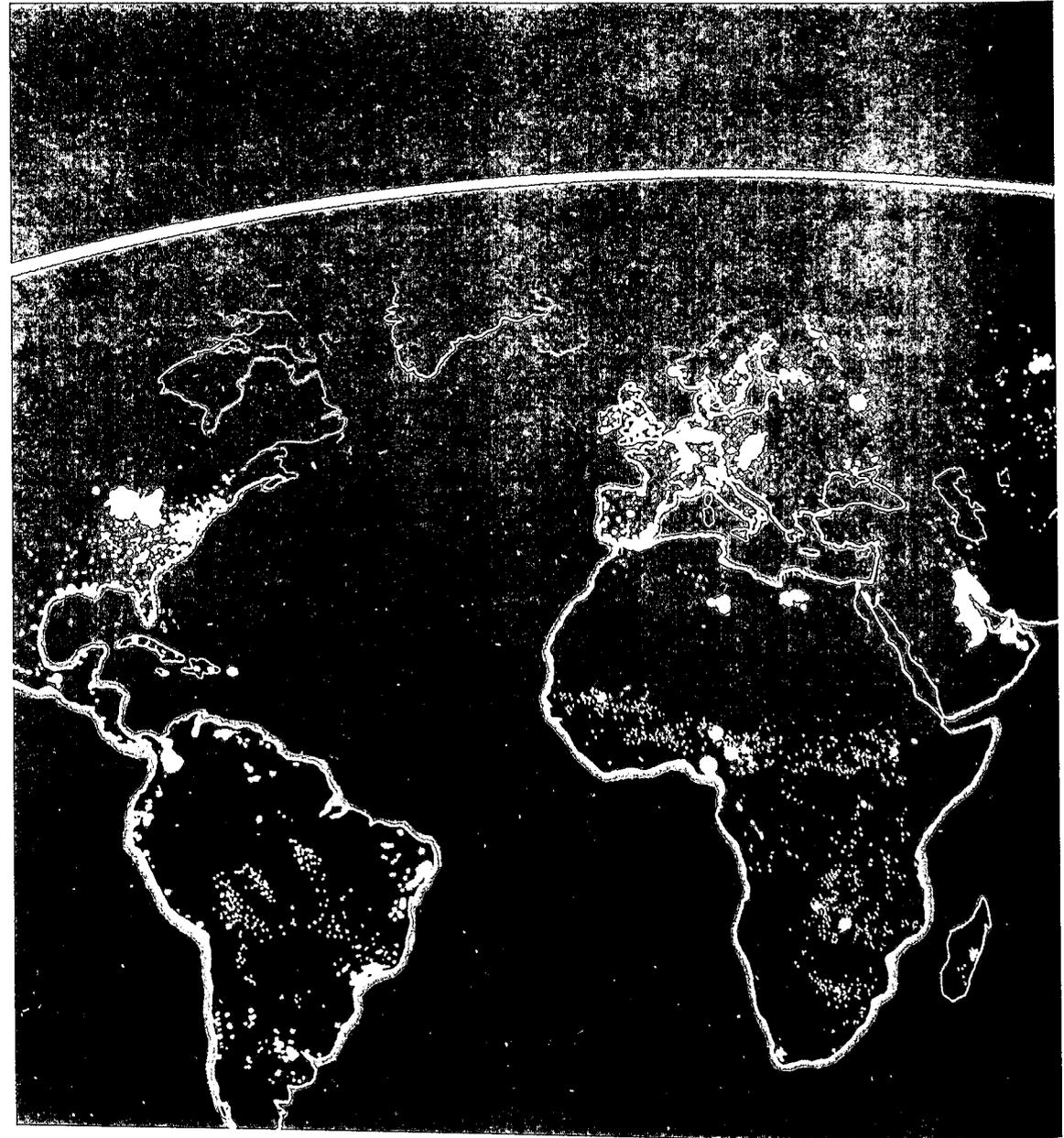
Dabei ist das Mensch-Natur-Verhältnis andererseits sehr einfach: die Erde ist unsere Lebensgrundlage, unser Reichtum. Unsere Arbeit ist die Art und Weise wie wir uns diese Reichtümer aneignen, die Politik wie wir sie verteilen.

Scheinbar schwierig bleibt die Frage: Was brauchen wir als einzelne, Gesellschaft und Gattung Mensch zum Leben oder nicht, und wie (über)leben wir auf diesem heute so überschaubar gewordenen Planeten – miteinander oder gegeneinander oder wie?

*Die Lichtpunkte auf dieser Graphik von George V. Kelvin spiegeln unmittelbar sinnfällig den tiefgreifenden Einfluß der menschlichen Zivilisation auf die Erde wider. Die Hauptlichtquellen sind städtische Ballungsräume (auf der Nordhalbkugel), Brandrodungen (in Südamerika), das Abbrennen von Grasland (in Afrika) und das Abfackeln von Erdgas (in Sibirien und am Persischen Golf).*

*Die Zeichnung beruht auf dem Mosaikbild „Die Erde bei Nacht“, das Woodruff Sullivan von der Universität von Washington in Seattle aus Satellitenaufnahmen zusammengestellt hat ... Es handelt sich um ein gemitteltes Bild – die Erde würde sich so nie darbieten. Zum einen ist nicht überall gleichzeitig Nacht, zum anderen schwanken jahreszeitlich viele Lichtquellen.*

(aus: Spektrum, Titelbild, vgl. Text auf Seite 2)



# 1972

# 1997

## Weltbevölkerung

3,84 Milliarden Menschen lebten auf der Erde. 72 Prozent davon in Entwicklungsländern. Die Weltbevölkerung wuchs jährlich um zwei Prozent.



Die Weltbevölkerung beträgt 5,85 Milliarden Menschen, 80 Prozent davon in Entwicklungsländern. Seit Rio sind 380 Millionen hinzugekommen. Wachstumsraten: 1,5 Prozent, 81 Millionen pro Jahr.

## Militärausgaben

Die Staaten der Erde gaben 836 Milliarden Mark für Waffen und die Unterhaltung der Armeen aus. Die Zahl der Flüchtlinge betrug nach Schätzungen rund drei Millionen.



Die Militärausgaben betragen 800 Milliarden Dollar – eine drastische Verminderung gegenüber 1992 (1.173 Milliarden). Die Zahl der Flüchtlinge ist wieder angestiegen; 1992: 15 Millionen, heute 26 Millionen.

## Atomkraft

Gut 100 Atomkraftwerke produzierten Strom in 15 Ländern. Nuklearkatastrophen hatte es nur in militärischen Atomfabriken, nämlich in Windscale (Großbritannien) und Tscheljabinsk (UdSSR) gegeben



Es gibt 443 Atomreaktoren in 31 Ländern, 15 kamen seit Rio hinzu, 36 sind im Bau. Der Atomstromanteil beträgt 17 Prozent. Katastrophen gab es in Harrisburg (USA, 1979) und Tschernobyl (Ukraine, 1986)

## Autos

Es gab 250 Mio. motorisierte Fahrzeuge, darunter 200 Mio. Autos. Die durch sie ausgelöste Umweltverschmutzung konzentrierte sich fast ausschließlich auf die Industrieländer.



Es gibt rund 500 Millionen Autos, weiterhin überwiegend in den Industrieländern. Doch die Entwicklungsländer holen auf. Folge: gefährliche Luftverschmutzung in den Städten.

## CO<sub>2</sub>-Emissionen

Der Ausstoß des wichtigsten Treibhausgases CO<sub>2</sub> betrug 16 Milliarden Tonnen. Die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre lag bei 327 ppm (Teile pro Million Teile Luft). Der vorindustrielle war 280 ppm.



Die CO<sub>2</sub>-Jahresfracht beträgt 23 Milliarden Tonnen. In Industrie- und Entwicklungsländern wächst der Verbrauch fossiler Brennstoffe, die CO<sub>2</sub>-Konzentration steigt weiter: 1992: 356 ppm; jetzt: 364 ppm.

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 17.6.97, Seite 27. Grafikelemente ebd.



1997 fand ein „Gipfeltreffen“ der

Staats- und Regierungschefs zur Ökologischen Frage statt. Fünf Jahre nach dem großen Erdgipfel in Rio de Janeiro, wo die große Trendwende versprochen wurde, erhielt dieses Treffen den Namen „Rio+5“ und fand in New York statt.

Wie steht's mit dem Trend, welche Daten und Fakten wurden den Chefs vorgelegt? Was passiert auf der Erde seit dem ersten Umweltgipfel 1972 in Stockholm?



Diskutiert die nebenstehende Gegenüberstellung. Welche Konsequenzen müsste man ziehen, welche kann „man“ ziehen und was passiert tatsächlich?

1972

**Ozonloch**  
Chlor zerstört die Ozonschicht, das UV-Schutzschild der Erde. 1972 wurde es noch nicht gemessen; 1975 betrug die Konzentration in der Atmosphäre 1,4 ppb. Vom „Ozonloch“ war noch nicht die Rede.



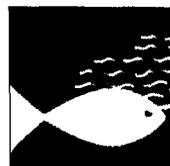
**Städte**  
38 Prozent der Weltbevölkerung lebten in Städten. Es gab nur drei Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern. Probleme dort: Müll, Verkehr und die Versorgung mit Lebensmitteln und sauberem Wasser.



**Tropischer Regenwald**  
Knapp ein Drittel des tropischen Regenwalds war zerstört. Vom Rest gingen jedes Jahr rund 0,5 Prozent verloren – etwa 100.000 Quadratkilometer, eine Fläche so groß wie Island.



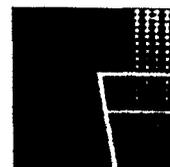
**Fischfang**  
Rund 58 Millionen Jahrestonnen Fisch wurden aus den Ozeanen geholt, nachdem die Hochseeflotten vergrößert worden waren. Überfischung führte 1974 dazu, daß die Nordsee-Heringsbestände zusammenbrachen.



**Elefanten**  
Die Zahl afrikanischer Elefanten – eine von Tausenden bedrohter Tier- und Pflanzenarten – betrug noch zwei Millionen. Der Artenschwund war so hoch wie nie zuvor seit dem Ende der Dinosaurier.



**Wasser**  
Weltweit wurden 2.600 Kubikkilometer Frischwasser verbraucht, der größte Teil davon für die Bewässerung.



1992

Die Chlor-Konzentration hat sich gegenüber den 70er Jahren mehr als verdoppelt: auf drei ppb. Der Spitzenwert wird um 2000 erreicht. Die Ozonschicht selbst wird sich aber erst um 2050 erholt haben.

Der Anteil der Stadtbewohner ist auf 47 Prozent gestiegen. Vor fünf Jahren gab es 13 Megastädte mit mehr als zehn Millionen Menschen. Heute sind es mindestens 18, davon 13 in Entwicklungsländern.

Zwischen 1990 und 1995 wurde nach Schätzungen pro Jahr 130.000 Quadratkilometer Tropenwald zerstört. Der Waldverlust im Amazonasgebiet ist seit Rio von 11.000 Quadratkilometer im Jahr auf 15.000 gestiegen.

Nach Jahrzehnten stetigen Wachstums scheint seit den 80er Jahren keine weitere Steigerung des Fischfangs mehr möglich. 1995 gingen 90,7 Millionen Tonnen ins Netz, sechs mehr als 1992, aber weniger als 1991.

Heute gibt es nach Schätzungen zwischen 286.000 und 580.000 afrikanische Elefanten. Weltweit gelten über 160 Säugetiere und ebenso viele Vögel als kritisch bedroht.

Der Frischwasserverbrauch ist um fast zwei Drittel auf 4.200 Kubikkilometer pro Jahr angestiegen – schneller als das Wachstum der Weltbevölkerung. 1,4 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu gutem Trinkwasser.



Willi Arens „Fairer Handel kontra Freihandel“ im DGB Bildungswerk „Mit Sozialklauseln den Welthandel regeln?“ Düsseldorf 1995

Noam Chomsky, Heinz Dieterich „Globalisierung im Cyberspace“ Bad Honnef 1996

Das Buch zur Documenta X = politics, poetics, Kassel 1997

Thomas Ebermann, Rainer Trampert „Die Offenbarung der Propheten“, Hamburg 1995

epd Dritte Welt Information in Kooperation mit dem Nord-Süd-Netz des DGB Bildungswerkes „Gewerkschafter leben gefährlich“, Frankfurt am Main 9/96

Gewerkschaftliche Monatshefte „Flucht“ 2/92

Mario von Baratta (Hrsg.) „Der Fischer Weltatlas 1997“, Frankfurt am Main, 1996

Michael Kidron und Ronald Segal „Der Fischer Atlas zur Lage der Welt“, Frankfurt am Main 1996

Nord-Süd-Netz „Entwicklungspolitik“, 11/93

Spektrum der Wissenschaft-Sonderheft 9 „Menschheit und Erde“

Stiftung Entwicklung und Frieden „Globale Trends 1996“, Frankfurt am Main 1995

Wirtschaftswoche, Nr. 16 vom 10.4.97

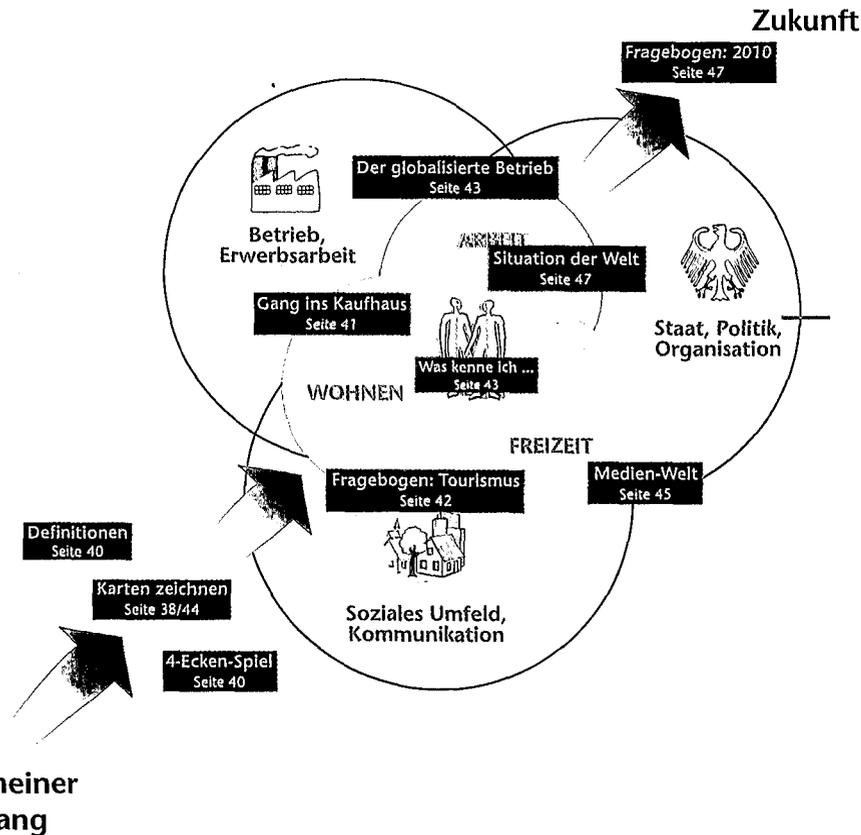
# Da ist schon

so viel da ...

... als schon Erfahrenes bei den KollegInnen, in dem alltäglichen Tun, als Erwartungen und Wünsche. Für Bildung im allgemeinen – für die Politische Bildung im besonderen – gilt: Nichts will gewußt werden, was nicht erfragt ist. TeilnehmerInnen, die sich mit dem Thema „Globalisierung“ und „Globalismus“ beschäftigen, haben bestimmte Vorerfahrungen und Einstellungen, die es auszutauschen gilt. Über das Gemeinsam-Zugänglich-Machen von Erfahrungen werden Fragen und Strukturierungswünsche deutlich, die erst die Grundlage für ein Seminar bilden. Wir bieten an dieser Stelle einige Methoden an, die am Anfang von Seminaren zu dem Themenkomplex „Globalisierungsdebatte“ stehen können.

Das Thema „Globalisierungsdebatte“ begegnet uns in allen Bereichen unseres Alltagslebens – sei es im Betrieb, im Wohnumfeld, in der Freizeit. In all diesen Bereichen lassen sich Zugänge zur inhaltlichen Erschließung des Themas finden. Die folgenden methodischen Handlungshilfen lassen sich unterschiedlichen Feldern zuordnen. Wir hoffen, sie werden in der Praxis durch weitere ergänzt.

## Übersicht über Handlungsfelder und methodische Vorschläge



### In eigener Sache:

Die methodischen Vorschläge, die hier im SPT 97/98-Themenheft „Globalisierung – zwischen Mythos und veränderter Wirklichkeit“ gemacht werden, stehen nur exemplarisch für viele andere, die möglich wären. Falls ReferentInnen in Seminaren weitere Ideen und Anregungen haben oder auch Praxisbeispiele dokumentieren können, wären wir dankbar für Berichte und Dokumente. So kann an zentralen Stellen eine Ideen- und Methodenbörse entstehen, von der die Seminarpraxis insgesamt profitieren kann.

### Adressen:

DGB-Bundesvorstand  
Abt. Gewerkschaftliche Bildung, z. Hd. J. Sandler  
Postfach 10 10 26  
400001 Düsseldorf

Für diejenigen, die über neue Medien wie Internet und E-mail verfügen: Der Autor des Themenbereiches „Ökologie“ in diesem Heft hat zum Zweck der Vertiefung und des Gedankenaustausches eine Homepage im Internet eingerichtet:

<http://home.t-online.de/home/awa-spt/einstieg.htm>



## Wir zeichnen eine Karte von der Welt/von Europa!

*Ziel:* Auch wenn immer wieder gesagt wird, die Welt sei heute ein Dorf, so haben wir doch alle eine unterschiedliche Landkarte von Welt im Kopf. Ziel der Methode „Karte zeichnen“ ist es, diese Perspektiven und Sichtweisen zu veröffentlichen und die Grundlagen für unsere Kenntnisse bzw. Unkenntnisse von Welt zu diskutieren.

Jeder hat in der Schulzeit das Fach „Erdkunde“ durchgenommen – was ist uns dort vermittelt worden? Tagtäglich hören und sehen wir in den Medien Berichte aus fernen Ländern – was scheint uns bekannt, wo sind nach wie vor „weiße Flecken“? Auch haben wir inzwischen Reisen unternommen – hat sich dadurch unser Bild von Welt verändert?

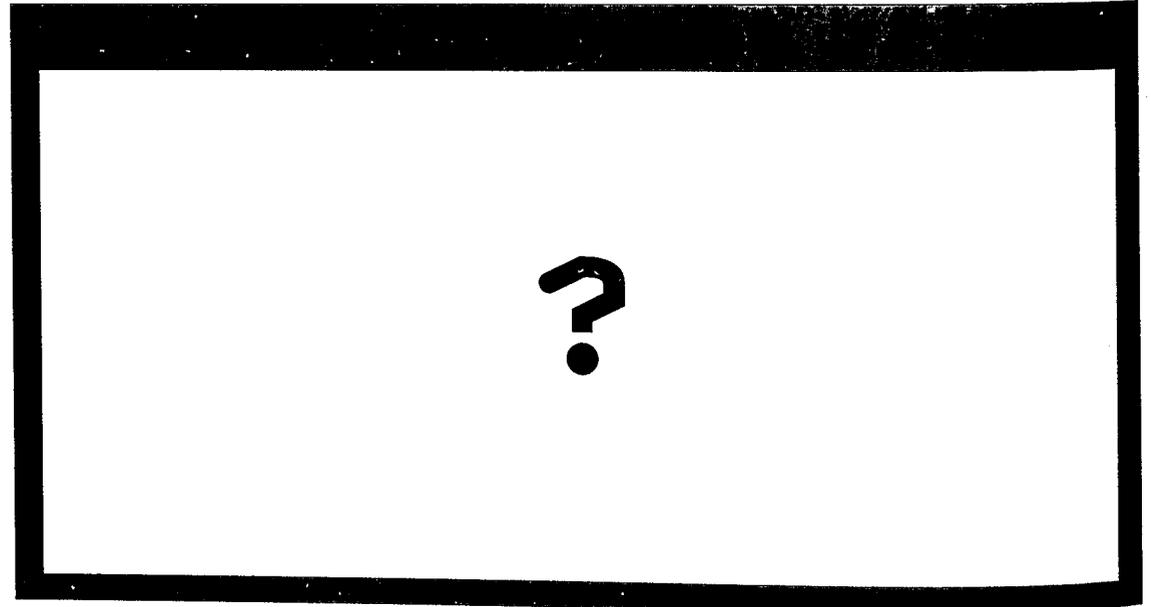
Es geht nicht in erster Linie darum, die „richtigen“ Dimensionen der Erdkarte zu vermitteln, sondern darum, Erfahrungen und subjektive Erlebnisse im „Wohnraum Erde“ auszutauschen.

### Variante 1: Weltkarte

*Sozialform:* Gruppenarbeit

*Aufgabenstellung:* „Zeichnet eine Weltkarte“  
Zwei Möglichkeiten der Erarbeitung:

1. Erst in Einzelarbeit auf einem leeren DIN-A4-Papier zeichnen, dann gemeinsamer Übertrag auf Wandzeitung in der Gruppe.
2. Kollektives Zeichnen auf WZ-Papier in der Gruppe



*Material:* Filzstifte, DIN-A4- und WZ- Papier

*Auswertung* (im Plenum): Betrachtung der jeweiligen Karten durch die TeilnehmerInnen, die sie nicht gezeichnet haben. Was wurde dargestellt, was weggelassen? Was ist in der Mitte? Wie sind die Größenverhältnisse der Kontinente? Was wurde detailliert ausgeführt, was grob und ungenau? Dann Bericht der Produzentengruppe: Wie war der Herstellungsprozeß? Wie waren die Erlebnisse beim Zeichnen, was wurde diskutiert?

Alle wesentlichen Aussagen und Thesen werden auf WZ in schriftlicher Form festhalten.

Im weiteren könnte der Artikel „Unser Bild von Welt“ in diesem Heft (siehe ab Seite 12) besprochen werden .

### Variante 2: Karte von Europa

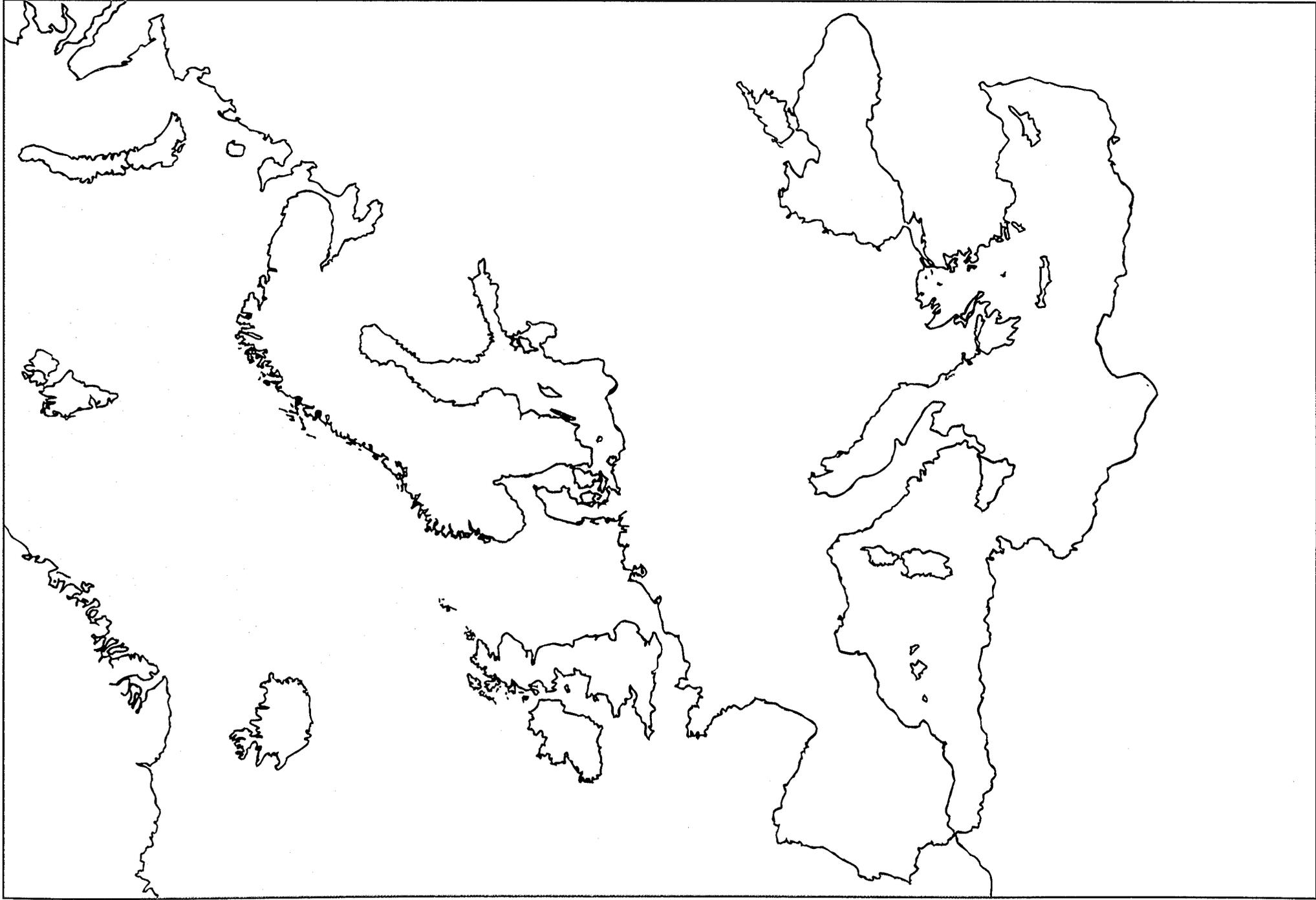
Diese Variante legt das Augenmerk stärker auf das eher vertraute Europa.

*Aufgabenstellung:* „Zeichnet die Staaten in Europa“ (Binnenstruktur)  
Zwei Möglichkeiten der Erarbeitung wie in Variante 1.

*Material:* Folie (Kopiervorlage rechte Seite), Foliestifte, Overhead-Projektor

*Auswertung:* wie Variante 1, hier nur bezogen auf Europa und dessen Staatengebilde.

Auflösung: Siehe Glossar im Anhang unter „Europa“

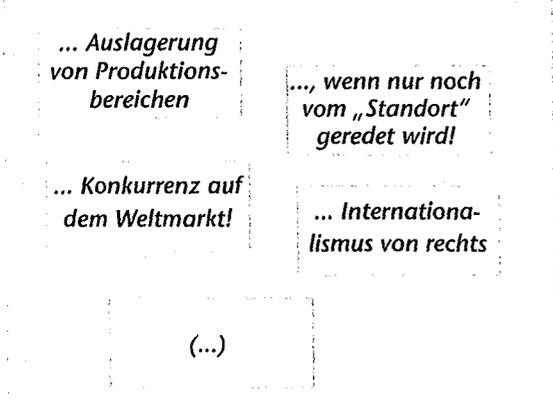




### Definitionen

*Ziel:* Die Globalisierungsdebatte ist zwar ein hochaktuelles, jedoch kein neues Thema. Spätestens seit dem Fall der Mauer taucht der Begriff in öffentlichen Diskursen auf. Wahrscheinlich haben die TeilnehmerInnen schon mehr oder weniger klare Vorstellungen von dem Wort „Globalisierung“. Diese gilt es zu erfragen. Je nach Diskussionschwerpunkten lassen sich an diese Sequenz Planungsorientierungen für das weitere Vorgehen im Seminar anknüpfen.

#### „Globalisierung“ ist ...



*Aufgabenstellung:* ReferentInnen schreiben an die WZ: „Globalisierung ist ...“. Die Teilnehmergruppe ist aufgefordert, Karten mit (kurzen) Definitionen zu beschreiben.

*Sozialform:* Einzelarbeit im Plenum oder Gruppenarbeiten mit vordiskutierter Wandzeitung.

#### Auswertung:

##### Variante 1: Diskussion und Planung

Kärtchen werden geclustert (nach Zusammengehörigkeit geordnet und mit Oberbegriffen versehen). Je nach Diskussionsintensität wird von ReferentInnen und Teilnehmergruppe gemeinsam die weitere Seminarplanung abgestimmt. Welche Themenbereiche sollen stärker gewichtet werden? Was ist darin von besonderem Interesse? ...

##### Variante 2: Streitgespräche

Alle Kärtchen werden durchgesprochen und bewertet. Sich widersprechende Aussagen werden besonders herausgestellt und auf gegenüberhängende Wandzeitungen verortet. TeilnehmerInnen stellen sich je nach ihrer Position zu der/den Wandzeitung(en). Nach kurzer Vorbereitungszeit beginnt ein Streitgespräch, in dem jede Gruppe „ihren Standpunkt“ vertritt. Die Diskussions-Ergebnisse können als Vorabannahmen (Hypothesen) Beweisdruck – also Motivation – für analytische Fragestellungen schaffen.

##### Variante 3: Zielscheibe

Die Kärtchen werden in einer Zielscheibe mit konzentrischen Kreisen verortet. Was in der Mitte steht, trifft auf breite Zustimmung in der Seminargruppe. Das, was eher außen steht, wird nur von wenigen vertreten. Auch diese Bewertung hat Hypothesen-Charakter.

Siehe in Zusammenhang mit dieser Methode auch den Artikel „Globalisierung – ein Unbegriff?“ ab Seite 8 in diesem Heft.



### Das „Vier-Ecken-Spiel“

*Ziel:* Auch das Vier-Ecken-Spiel fragt nach Vor-Einstellungen und -Urteilen der TeilnehmerInnen. Im Anschluß an diese Übung sind feinere, interessegeleitete Planungsabsprachen möglich.

*Aufgabenstellung:* Der Teilnehmergruppe werden folgende vier Thesen vorgestellt:

- ① Eine Arbeitnehmerin/ein Arbeitnehmer wie ich gehört zu den Verlierern der Globalisierung!
- ② Alle können gewinnen. Ich will dabei sein!
- ③ Die Globalisierung wird mich nicht berühren!
- ④ Ich habe die Chance/Aufgabe, an der humanen Gestaltung der Einen Welt mitzuwirken!

Dann wird jeder Raumecke im Seminar eine Aussage zugeordnet und die TeilnehmerInnen gebeten, sich jeweils einer – ihnen zuzugewandten – Aussage und Ecke zuzuordnen.

#### Auswertung:

1. Jedes Mitglied der jeweiligen Gruppe schreibt Begründungen in Stichworten auf Kärtchen auf. Diese Kärtchen werden unter die jeweilige Aussage auf Wandzeitung gebündelt übertragen.

2. Ein Streitgespräch zwischen den Gruppen.

Im Anschluß: Planung des weiteren Seminarvorgehens.



## „Mein Warenkorb“ oder „Ein Gang ins Kaufhaus“

**Ziel:** Ein Großteil unseres erworbenen Lohnes oder Gehalts geben wir wieder für unsere tägliche Versorgung aus. Woher kommen die Waren des alltäglichen Bedarfs, wo werden sie produziert, und wie sind die Handelsunternehmen und das dahinter stehende Kapital miteinander verflochten? Gerade die Lebensmittel- und die Bekleidungsindustrie sind in hohem Grade kontinental und international vernetzt und monopolisiert. Das Hinterfragen von Handels- und Eigentumsbeziehungen schafft rasch Bezüge zum Thema „Globalisierung“ und kann Interesse für eingegrenzte Themenfelder des internationalen Austausches (z.B. „Bananen-, Bekleidungs-, Kaffeehandel) eröffnen.

**Aufgabenstellung:** Was ist drin in unserem wöchentlichen Warenkorb? Wo kaufen wir diese Waren, wie kommen sie in das Kaufhausregal, und wo werden sie produziert?

**Sozialform und Orte:** Gruppenarbeit als „Trockenübung“ (also aus der Erinnerung im Seminarraum an einer Wandzeitung) oder als Recherche an einem typischen Ort des Kaufens. Letzteres Vorgehen hat den Vorteil, daß man anhand der Warenbezeichnung das Herstellungsland ablesen kann. Auch eine Befragung im Einkauf des Unternehmens kann Teil der Recherche sein.

**Auswertung:** Die Gruppenergebnisse lassen offensichtlich werden, inwieweit unser Alltag



schon von der Globalität des Handels bestimmt wird. Auch ökologische Fragestellungen drängen sich auf (z.B. welche Strecke hat mein Joghurt oder Tafelwasser zurückgelegt, bevor es in meinem Einkaufskorb landet?).



### Literaturempfehlungen:

Gewerkschaft HBV und das Umweltberatungsbüro Berlin: „**Hinter's Etikett geschaut – Umweltschutz und Umweltbildung im Einzelhandel**“, Düsseldorf 1997. Bezugsadresse: Gewerkschaft HBV Hauptvorstand, Abteilung Jugend, Kanzlerstraße 8, 40472 Düsseldorf

DGB-Bildungswerk e.V., Nord-Süd-Netz: „**Materialien zur Entwicklungspolitik**“, Düsseldorf. Bezugsadresse: DGB-Bildungswerk • Nord-Süd-Netz, Postfach 10 10 26, 40001 Düsseldorf

LAMUV-Verlag: **Schriftenreihe zu „Nord-Süd“**. Bezug über Buchhandel oder direkt beim Verlag: Lamuv-Verlag GmbH, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

# Fragebogen zum Thema „Tourismus“

1. Worauf freust Du Dich, wenn Du reist?

.....

2. Wer freut sich über Deine Reise?  
– zu Hause?

.....

– dort, wo Du hinreist?

.....

3. Möchtest Du auf Deinen Reisen etwas lernen? Wenn ja, was?

.....

4. Was für Menschen möchtest Du auf Deiner nächsten Reise kennenlernen:  
Wen wirst Du voraussichtlich kennenlernen?

.....

Was weißt Du von ihr/ihm?

.....

Was weiß sie/er von Dir?

.....

5. Wem nützt Deine Reise?

.....

Wem schadet sie?

.....

6. Welche Konflikte löst Deine Reise aus?

.....

Welche Konflikte löst sie?

.....

7. Was nimmst Du auf der Reise mit?

.....

Was bringst Du mit nach Hause?

.....

8. Kannst Du einschätzen, ob Du auf Reisen jemanden verletzt?  
– mit Deinem Fotoapparat oder anderen Aufnahmegegeräten?

.....

– mit Deinen Trinkgeldern und Geschenken?

.....

– mit Deinen Gewohnheiten?

.....

9. Wieviel Zeit verbringst Du in Städten, wieviel auf dem Land?

.....

Erlaubt Dein Terminkalender unvorhergesehene Besuche und Gespräche?

.....

Wieviel Zeit hast Du für Dich selbst?

.....

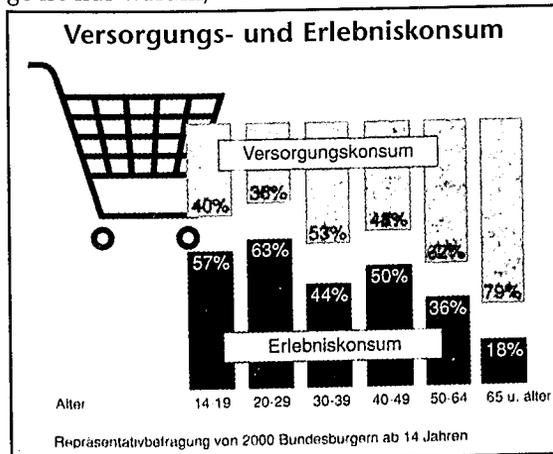
10. Kehrst Du gern nach Hause zurück? Wenn ja, warum?

.....

.....

## meth Fragebogen: Tourismus

*Ziel:* Neben dem Versorgungskonsum gibt es auch noch den Erlebniskonsum: So gibt es jedes Jahr zur Ferienzeit einen Reiseboom. Je jünger wir sind, umso mehr reisen wir. Die Frage ist nur warum, wohin und wie?



Quelle: R. Klopffleisch: Die Pflicht zur Faulheit. D'dorf, Wien, NY, 1991, S. 100

Tourismus ist ein großes Geschäft. Diese Methode will Reisewünsche und die Art und Weise des Reisens erfragen.

*Aufgabenstellung:* In Einzelarbeit wird der Fragebogen (Kopiervorlage vorherige Seite) ausgefüllt. Eine erste gemeinsame Auswertung erfolgt in Kleingruppen. Die Diskussionsergebnisse werden im Plenum vorgestellt.

*Auswertung:* Heute kann man billig zu jedem Punkt der Erde reisen – welchen Sinn macht das, was sind u. a. die ökologischen Folgen?

## meth Was kenne ich von der Welt?

*Ziel:* Ähnlich wie in der vorhergehenden Methode, geht es um Aneignungsweisen von Welt und Bewegungen in ihr. Gefragt ist aber nicht nur nach Reiseinteressen und -gewohnheiten, sondern auch nach konkreten Kontakten sowie durch Medien vermittelte Kenntnisse.

Wie wohnen wir in der Welt, wie eignen wir sie uns an, welche Ausschnitte kennen wir oder glauben wir von ihr zu kennen?

*Aufgabenstellung:* Arbeit in AGs. Jede Gruppe erhält eine vergrößerte Kopie der Weltkarte (Kopiervorlage siehe nächste Seite). Dazu verschiedenfarbige Punkte, die für Personen (rot), Reisen (grün) und Informationen über Medien (z.B Bücher, Fotos, TV-Berichte etc. – blau) stehen. Jedes Mitglied der Gruppe klebt seine Punkte in die Weltkarte. Es entsteht eine Kontakt- und Kenntniskarte der Gruppe. Wer und was ist wo bekannt? Wo sind weiße Felder? Was ist unbekannt? Was wenig bekannt?

*Material:* DIN-A0-Kopien der Weltkarte, farbige Punkte.

*Auswertung (im Plenum):* Die Gruppen berichten anhand ihrer Wandzeitungen. Welches gemeinsame Bild von Welt entsteht im Seminar? Je nach Diskussionsschwerpunkten können Themenfelder vertieft werden – in jedem Fall entstehen Spannungsbögen in der Triade: subjektive Erfahrungswelt – Medienwelt – reale Lebensverhältnisse in der Welt.

## meth Der globalisierte Betrieb

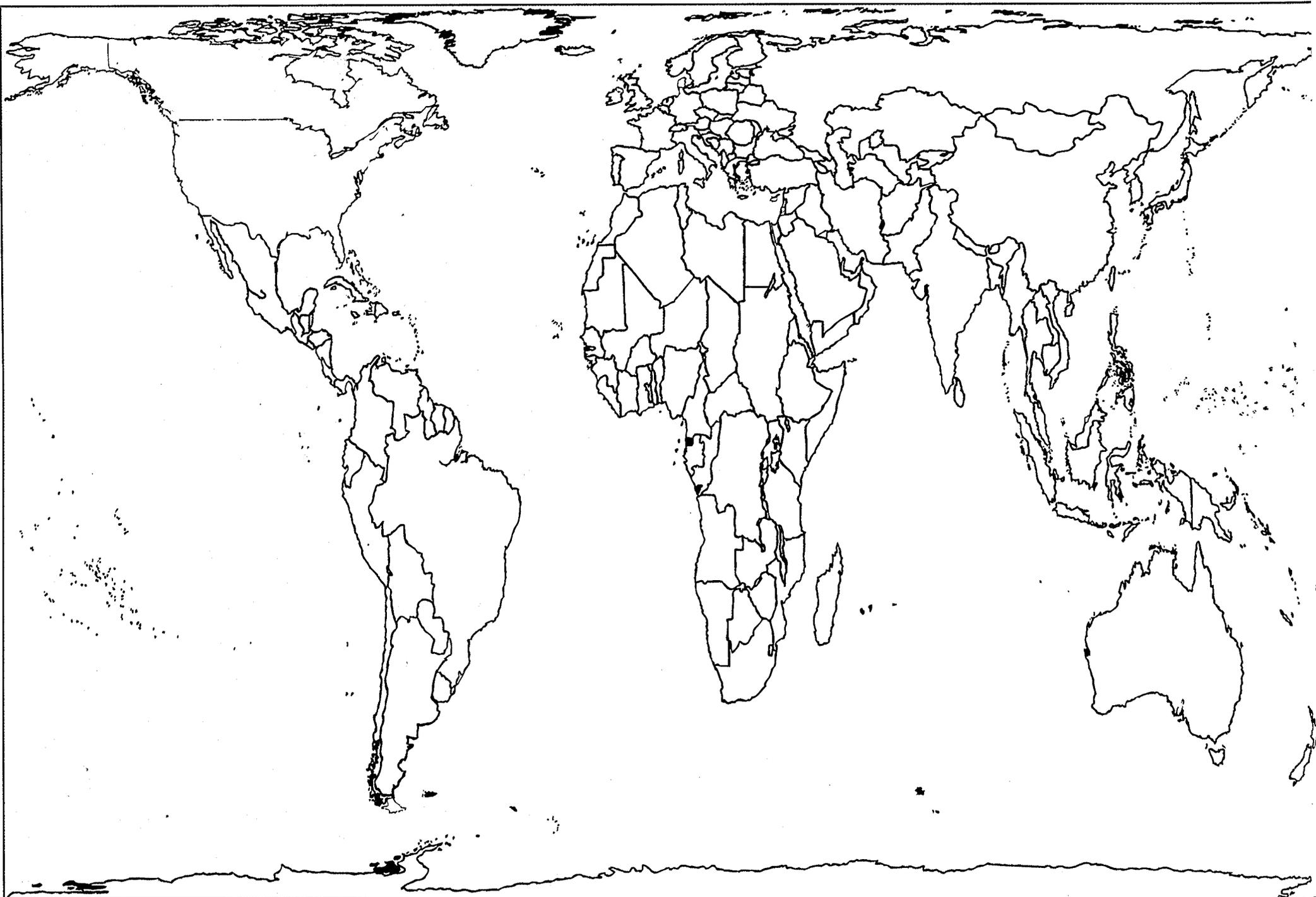
*Ziel:* Gerade KollegInnen aus Großbetrieben, aber auch aus mittleren Betrieben, vor allem unter den Zulieferern der Automobil- und Elektroindustrie, haben Kenntnisse und Überblickswissen über das europa- bzw. weltweite Agieren ihres Betriebes. Dieses Wissen und die Erfahrungen mit den betrieblichen Auswirkungen sollen mit dieser Methode öffentlich gemacht und gemeinsam bewertbar werden.

Direkte inhaltliche Verbindungen zum Themenkomplex „Arbeit“ werden möglich. Auch können die Ergebnisse dieser Seminarsequenz in der späteren „Analysephase“ weiter bearbeitet werden.

*Aufgabenstellung:* Arbeit in Gruppen – wenn möglich nach Betriebszugehörigkeit gebildet. Die KollegInnen zeichnen oder kleben vorbereitete Symbole in eine große Weltkarte ein: Wie verlaufen Zuliefer-, Produktions- und Handelsströme des jeweiligen Betriebes? Wo gibt es Störungsstellen? Sind in der nächsten Zeit Auslagerungen (oder Rückverlagerungen) geplant? Welche Fragen hat die Gruppe an den Themenkomplex „Globalisierungsdebatte“?

*Material:* DIN-A0-Kopien der Weltkarte, (evtl. vorbereitete Symbolkärtchen).

*Auswertung:* Gruppenberichte, Aufnahme der Fragen an einer Wandzeitung. Abgleich aller Fragen in der Gesamtgruppe, anhand derer weitere Seminarplanung entwickeln.





## Das Bild der Welt in der Medienwelt

### Variante 1

**Ziel:** Die Karte des Murdoch-Fernseh-Reiches zeigt, wie stark heute der Mediensektor globalisiert bzw. monopolisiert ist. Diese Übung will Gewohnheiten der TeilnehmerInnen im Medienkonsum ermitteln und Einblick in die globalisierte Medien-Landschaft verschaffen.

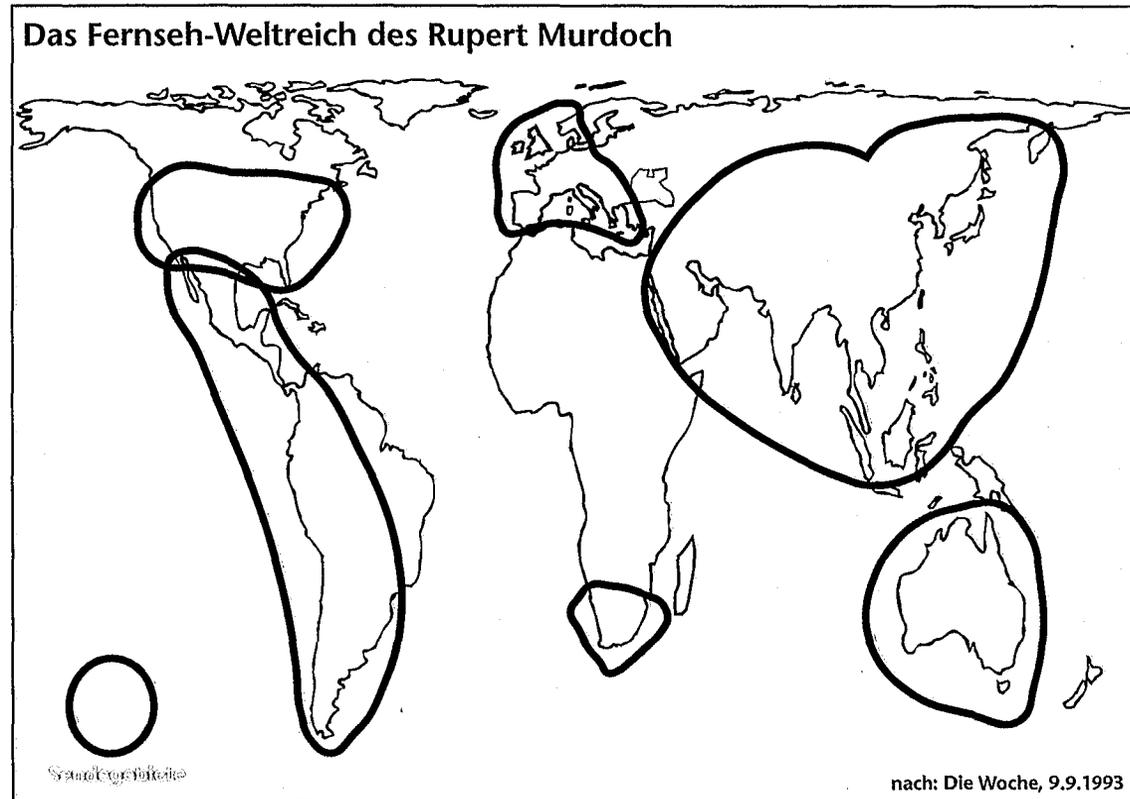
**Aufgabenstellung** (für Arbeitsgruppen): Welche Sendungen habt ihr in der letzten Woche im TV gesehen? Woher – aus welchem Land – kamen die Sendungen? Mit welchem Inhalt/Gegenstand? Tragt die Ergebnisse mit Zeiten und Symbolen in eine Weltkarte ein!

**Material:** A0-Weltkarte, Programmzeitschriften

**Auswertung:** Diskussion der Ergebnisse mit ökonomischen und politischen Bezügen zur Globalisierung. Diskussion des Begriffes „Titty-tainment“. Evtl. zur Vertiefung: DGB-SPT 1995/96 „Multimedia“, Baustein 2

### Variante 2

**Ziel:** Eine andere Variante ist, Zusammenhänge zwischen Inhalten (vor allem von Serien oder Gattungen von Kinofilmen) mit der weltwirtschaftlichen und -politischen Lage herzustellen. Dies gilt vor allem dann, wenn sich im Seminar Liebhaber bestimmter Serien und Filme



befinden, die damit gleichzeitig auch Experten der Filmgeschichte sind. Ein Beispiel einer solchen Analyse („Enterprise“-Serien und US-Außenpolitik) haben wir auf der nächsten Seite aufgeführt.

**Aufgabenstellung:** Tauscht euch über eure Erfahrungen mit dieser (bestimmten) Serie/Gattung aus und stellt – falls möglich – Zusammenhänge zwischen Aussage und Moral im Film und weltgeschichtlichen Fakten her. (Diese Methode braucht sehr viel Zeit und ist

daher nur in Wochenseminaren durchführbar).  
Produktorientierung: Zeitband – evtl. auch mit biographischen Bezügen.

**Material:** Filmlexika und Materialien zur Serie (bekommt man in Pressezentren), Bücher zur Weltgeschichte, die einen schnellen Überblick verschaffen (z.B. „Chronik“-Bände)

**Auswertung:** Ähnlich wie in der Variante 1 „Konsumgewohnheiten“, hier aber mit stärker inhaltlichen bzw. geschichtlichen Bezügen.

## Be on beam!

Am 08.09.1966 nahm die U.S.S. Enterprise erstmals Kontakt mit den US-Fernsehzuschauern auf. Das Raumschiffmärchen aus dem 23. Jh. hatte nichts mehr mit den Alltäglichkeiten aus der Zeit des gleichnamigen US-Flugzeugträgers zu tun. Kriege, Armut, Hunger und Rassendiskriminierung waren bestenfalls historische Stichworte. Die Menschheit des 23. Jh. lebte einfach auf ihrem Heimatplaneten und übte sich in freundschaftlichen Beziehungen zu ihren außerirdischen Nachbarn. Die Stammebelegschaft der Enterprise-Kommandobrücke führte dies dem fernsehenden Adressaten sinnfällig vor Augen: Ein Russe, ein Chinese, ein Schotte, eine Schwarze und ein Vulkanier waren die treuen Recken an der Seite Cpt. Kirks.

Der allwöchentliche Arbeitsauftrag der Enterprise-Crew („400 Mann stark!“) war klar, wenn auch nicht ganz einfach: „... fünf Jahre lang unterwegs, um neue Welten zu erforschen, neues Leben und neue Zivilisationen“. Dem westerngewohnten Fernsehzuschauer muß ein solcher Pioniergeist zuletzt bei der Eroberung des amerikanischen Westens untergekommen sein. So wie sich einst die braven Siedler im Planwagen ihren Weg durch den Kontinent bahnten, durchflog die Crew des 23. Jh. die Galaxis. Auch sie bekamen es mit feindlichen Rassen, Kriminellen und atmosphärischen Widrigkeiten zu tun. Aus Sioux und Huronen wurden Romulaner und Klingonen, der Bruch einer Wagenachse erhob sich zum Computerfehler und der Schneesturm in den Rocky Mountains mutierte zum Paralleluniversum – eine bedrohliche Umwelt.

Während außerhalb der TV-Wirklichkeit die Entlaubung Vietnams begann, die Bevölkerung My-Lais massakriert und Martin Luther King ermordet wurde, durften Crew und TV-Gemeinde zu einer verschworenen Gemeinschaft heranwachsen. Wohlwissend, daß die eigenen guten Absichten auch dann und wann mal mit Phaser und Photonentorpedos den neuen Zivilisationen nahegebracht werden müssen, schützte Cpt. Kirk die Besatzung vor äußeren und inneren Bedrohungen. Feindselige Aliens, gefährliche Viren, Kollaborateure und eine Bande weltraumreisender Hippies erhielten im Planwagen Hausverbot.

Der vorläufig letzte Bildschirmflug der Enterprise fand 1969 statt, zwei Wochen bevor Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat. Dennoch schwebte sie in endlosen Wiederholungen durch die Wohnzimmer der westlichen Welt. Vor dem Fernseher fing man an, sich spitze Ohren aufzusetzen.

zen, Küchengeräte zu Tricordern oder Kommunikatoren zu erklären und wollte endlich auch einmal gebeamt werden. Es dauerte zehn Jahre, bis sich die Enterprise in neuer Form zurückmeldete. 1979 – in London wird M. Thatcher Premierministerin und in Brüssel beschließt die NATO die Stationierung neuer Atomraketen in Europa – darf auch die Enterprise unter Führung ihres Haudegens Cpt. Kirk neuen Abenteuern entgegenfiebert. In den Kinofilmen „Star Trek I - VII“ kamen mit der Enterprise alte und neue Gegner genauso auf die Leinwand wie religiöse Mythen von Tod, Auferstehung und Gottsuche. Doch starker Wille und Frömmigkeit allein konnten die zunehmend von Falten und Fettleibigkeit gekennzeichnete Crew nicht vor dem Ruhestand bewahren; der letzte Kinofilm übergab den Staffelstab endgültig an die „Next Generation“.

Die nächste Generation – Fernsehstart 1987 – war weniger kantig. Das weiche Licht und die geschwungenen Rundungen der Bordarchitektur, Quartiere für Kleinfamilien in Sozialwohnungsgröße mit Yucca-Palme und freiem Blick ins All, Krankenstation, Schule, Holo-Decks und die Bar „Ten Forward“ ließen die neue Enterprise vom schnöden Raumschiff zu einer freundlichen und sauberen Kleinstadt werden. So etwas erfordert Ordnung – und die garantierte im postkirkschen Zeitalter immer weniger der Cpt. allein, sondern die gesamte Gemeinde. Die Uniformen saßen trotz aller Weichheiten straffer, und der Fernsehzuschauer konnte endlich auch in Nahaufnahme an der Zahl der Knöpfe am Stehkragen ablesen, welcher Dienstgrad ihm gerade gegenübertrat.

Der Auftrag der neuen Enterprise war eigentlich der alte. Nur die Welten und Lebensformen, die es zu entdecken galt, waren nicht mehr „neu“, sondern „fremd“ und „unbekannt“. Die Spannweite dieser Entdeckungen reichte von Ferengis (übelste Profitmacher vom Typ Waffenschieber), über Borg (Mensch-Maschine-Wesen, von einem Zentralcomputer zu kollektivem Bewußtsein genötigt) bis hin zu Q (körperlos und einfach übermächtig). Letzterer klagte die Menschheit als rücksichtslos und gewalttätig an. Nur durch die Belehrung Cpt. Picards, daß dies für frühere Zeiten vielleicht stimmen möge, aber im 24. Jh. nicht mehr zutrefte, konnte sich die Enterprise vor der Strafe des Überwesens retten. Picard hatte recht. Denn im Gegensatz zur Menschheit des späten 20. Jh., die sich Kriege via TV in Echtzeit ansehen konnte (sog. „chirurgische Eingriffe“), hatte die Menschheit des 24. Jh. die „Oberste Direktive der Föderation“, die es verbot, die Entwicklung fremder Zivilisationen zu beeinflussen. Die an die Aliens freundlich gerichtete Frage: „Können Sie kommunizieren?“ bildete oft den Anfang einer wunderbaren Freundschaft.

Den Unterdrückern fremder Völker war eine solch hohe Moral fremd. Sie sahen auch anders aus und hießen z.B. Cardassianer. Trotz aller Widerwärtigkeit, verdankt die TV-Gemeinde den Cardassianern seit 1993 die Star-Trek Reihe DS 9 - eine zeitgemäße, galaktische Blauhelmserie. Nach 40jähriger Gewaltherrschaft der cardassianischen Finsterlinge über die Bajoraner, wurde unter Mithilfe der Föderation Frieden geschlossen. Die im Orbit des Planeten Bajor gelegene Raumstation DS 9, wurde von den Cardassianern an die Friedensgaranten der Föderation und den Bajoranern übergeben.

Im Gegensatz zur Enterprise war DS 9 keine brave Kleinstadt –

keine Kleinstadt hätte diese Finsternis verdient. DS 9 war eine Endzeitbrache, das Innere hatte den Charme eines stillgelegten Stahlwerks. Mit der Entdeckung, daß DS 9 am Rande eines Wurmlochs (eine Art galaktische Raum-Zeit-Abkürzung) lag, hätte – angesichts der militär- und wirtschaftstrategischen Position – aus DS 9 mehr werden können. Doch lediglich organisierte Banden von Aliens aus allen Ecken der Galaxis – eher Söldnertypen und skrupellose Geschäftemacher als moralisch gesunde Humanoide – nutzten den Standortvorteil. Die Bedingungen der intergalaktischen Friedenstruppe um Cpt. Sisko, Recht und Ordnung herzustellen, waren nicht leicht. Es kam sogar zu Streitigkeiten innerhalb der Besatzung – auf der alten Enterprise undenkbar. Selbst als mit dem Dominion (eine im Gamma-Quadranten operierende, kriminelle Organisation) ein neuer übermächtiger Feind die Bildschirme ausfüllte, mußte das TV-Publikum um den Zusammenhalt seiner Führungsoffiziere bangen.

Es ist wahrscheinlich, daß sich die TV-Gemeinde auf DS 9 eher unwohl gefühlt hat, wie auf einem verlorenen Posten. 1995 war Schluß damit: Die U.S.S. Voyager ging auf große Fahrt. Und die ging erstmal gründlich in die Hose, besser gesagt in eine fremde Galaxis, wo man eigentlich gar nicht hin wollte – Lichtjahre von der Erde entfernt. Aus der Suche nach neuen/fremden Leben wurde die Suche nach der Erde, die Flucht in die Heimat. Das Rettungsfloß Voyager führte so eine Crew zusammen, in der neben diversen Aliens, auch ehemalige Rebellen und politische Gegner der Föderation mitmachen durften. Und während auf Kirks Enterprise Lt. Uhura noch eine brave Telefonistin war, übernahm mit Cpt. Janeway erstmals eine Frau die Kommandobrücke. Doch trotz aller zeitgemäßen Anpassungen wird man das Gefühl nicht los, in einigen Ecken der Voyager das After-Shave von Kirk zu riechen.

Ob es der Voyager-Crew und den Zuschauern letztlich gelingt, durch alle Gefahren hindurch zum Standort Heimat vorzubringen und wer noch alles im Turbolift zwischen Deck 5 und 6 steckenbleibt, ist auf den deutschen Bildschirmen derzeit noch nicht entschieden. Be on Beam!

Dieser Text wurde uns zur Verfügung gestellt von Uwe Koch, Braunschweig



Abbildungen auf dieser Seite aus: Star-Trek-Guide Seite 8+9





## Maske: Situation der Welt

**Ziel:** Die Zeichnung rechts gibt die Sicht eines Künstlers zum Thema „Globalisierung“ wieder. Auch die folgende Methode problematisiert den globalen Blick auf die Welt: Die TeilnehmerInnen treffen bildhaft-gegenständliche Aussagen zur Welt-Situation. Diese haben den Charakter von Hypothesen und können den weiteren Seminarverlauf strukturieren helfen.

**Arbeitsauftrag** (Einzelarbeit, Paare oder Dreiergruppen): Die sogenannte „Maskenmontage“ ist eine Methode, mit collagierendem Verfahren. Im Gegensatz zur Collage ist jedoch der Bildraum schon mit einer „Maske“, einem vorgefertigten Bild, bezeichnet – hier der Blick aus dem All auf die Erdkugel. Die TeilnehmerInnen werden aufgefordert Bild- und Satzteile in die „Maske“ einzukleben – wenn die Erdkugel ausgeschnitten wird, können Elemente auch hinterlegt werden.

**Material:** Fotokopierte Masken (A4, siehe Kopiervorlage auf der nächsten Seite), illustrierte Zeitschriften, Scheren, Klebestifte.

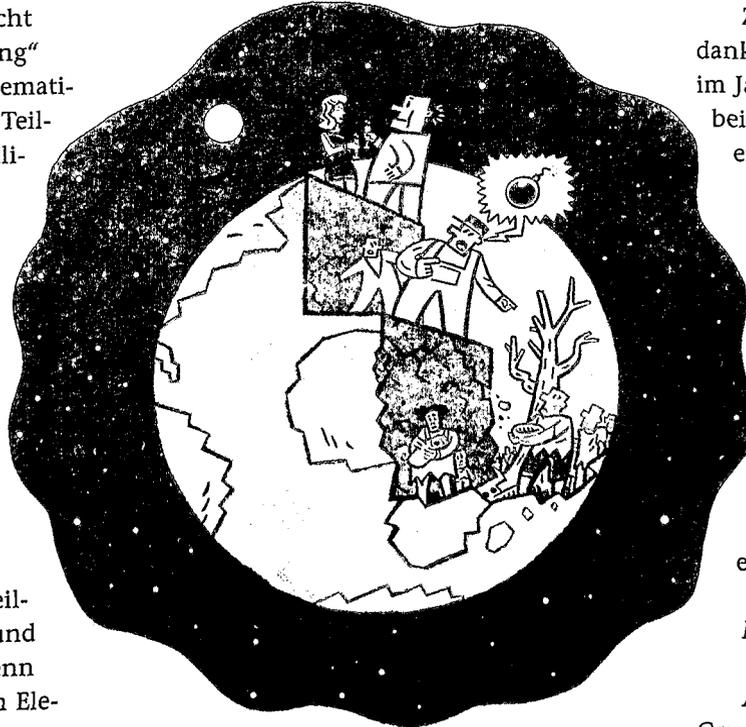
**Auswertung** (im Plenum):

**Variante 1** (ausführlich):

1. Bilder beschreiben lassen (genaue Wahrnehmung!)
2. Interpretation
3. **Stellungnahme der Produzentengruppe**

**Variante 2** (zügiger)

In Gruppen werden die Bilder vordiskutiert.



**Variante 3** (zügiger):

Im Plenum wird eine Ausstellung ausgehängt. Alle TeilnehmerInnen haben die Möglichkeit, Titel unter die jeweiligen Bilder zu schreiben.

**Variante 4** (zügiger):

Man kann die Montagen/Collagen clustern, d.h. inhaltlich/thematische Gemeinsamkeiten entdecken. Diskussionsthesen auf Wandzeitung festhalten und Oberbegriffe finden.

Siehe auch Masken-Methode: „Wohin geht's?“



## Fragebogen: Im Jahr 2010

**Ziel:** Diese Methode arbeitet mit einer gedanklichen Projektion in die Zukunft: Was wird im Jahr 2010 sein? Wie werde ich leben, wie arbeiten ...? So werden jeweilige Lebensentwürfe, Wünsche und Befürchtungen diskutierbar. Negative und positive Utopien geben dem Seminar Orientierungen, Fragestellungen werden entwickelbar.

**Aufgabenstellung:** JedeR TeilnehmerIn erhält einen Fragebogen (siehe Kopiervorlage auf der übernächsten Seite), mit der Bitte diesen auszufüllen. Die Ergebnisse werden in Arbeitsgruppen vordiskutiert und Gemeinsamkeiten, aber auch widersprüchliche Einschätzungen auf einer Wandzeitung festgehalten.

**Material:** Fragebogen, WZ-Papier

**Auswertung:** Im Plenum berichten alle Gruppen von ihren Diskussionsergebnissen. Gemeinsam werden Bearbeitungsstränge über Fragen festgelegt und das weitere Seminaregeschehen geplant.

Aus dieser Methode heraus können auch Szenarien, politisch-wirtschaftliche Beziehungsgeflechte, Gesellschaftsmodelle ... entwickelt werden.

Direkte Übergänge zu analytischen Seminarphasen können sich ergeben, insbesondere auch zu Themenkomplexen wie Gesellschaftliche Organisation, Lebensqualität, Ökologie.



hier  
ausschneiden!

# Fragebogen: „Mein Leben im Jahr 2010“

1. Wie alt bin ich?

.....  
.....

2. Wo und wie wohne ich?

.....  
.....

3. Wie/wo arbeite ich?

.....  
.....

4. Was besitze ich?

.....  
.....

5. Was brauche ich zum Leben?

.....  
.....

6. Welche Beziehungen werde ich zu anderen Menschen haben?

.....  
.....

7. Wie verbringe ich meine Freizeit?

.....  
.....

8. Was interessiert mich, was will ich lernen?

.....  
.....

9. Wie gestalte ich meinen Urlaub?

.....  
.....

10. Wie bewege ich mich fort?

.....  
.....

11. Wie hat sich meine Ernährung geändert?

.....  
.....

12. Worüber freue ich mich?

.....  
.....

13. Wovor habe ich Angst?

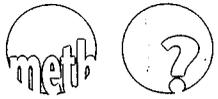
.....  
.....

14. Welche Probleme bewegen die Menschheit?

.....  
.....

## Einblicke - Mythos und

## Wirklichkeit der



Mit dieser Doppelseite leiten wir den analytischen Teil des Schwerpunktthemenheftes ein. Das Manifest der Kommunistischen Partei von Marx und Engels wurde vor 150 Jahren verfaßt und taucht in der Globalisierungsdebatte immer wieder als Zitat auf. Was macht diesen Text heute so aktuell? Bildet Arbeitsgruppen, lest diesen Text und diskutiert Zusammenhänge dieser Thesen mit der Globalisierung bzw. dem Globalismus.



Telecom-Werbung, 1997; aus: „stern“

**Karl Marx, Friedrich Engels:**  
**Manifest der Kommunistischen Partei**  
 London, Februar 1848 (Auszug)

*Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles, Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind gezwungen, ihre Le-*

*bensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.*

*Das Bedürfnis nach einem stets ausgehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.*

*Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation („Ausbeutung“, „Nutzbarmachung“ d. Red.) des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch neue Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe verar-*

## Kein Zuhause

## Die Multis kennen



Die Akteure der Globalisierung sind die Multinationals und Transnationalen Konzerne (MNCs und TNKs)! Was treibt diese Konzerne zum Handeln? Welche Handlungsspielräume haben sie, sind sie auch Zwängen unterworfen? Welche wirtschaftlichen und politischen Strategien verfolgen sie in der Produktion und im Handel?

*Der schwedische Automobilhersteller Volvo AB, Göteborg, wird seine neuen Mittelklassemodelle S40 und V40 von Herbst 1997 an mit neuen Direkteinspritzer-Motoren von Mitsubishi ausrüsten. Ein entsprechendes Abkommen soll in Kürze unterzeichnet werden.*

Handelsblatt, 17.9.1996

**Die Loyalität der multinationalen Konzerne zu ihren Ursprungsländern schwindet. Ihnen ist jedes Land gleich lieb, in dem Profite zu machen sind, schreibt Robert B. Reich, Professor an der Harvard University (USA) und zeitweiliger Arbeitsminister an der Clinton-Administration.**

Manchmal hat man Mühe, den Spielern zu folgen. 1990 kaufte die japanische Telefongesellschaft NTT Digitalschalter, die in der Fabrik der kanadischen Firma Northern Telecom in North Carolina (USA) gefertigt worden waren. 1990 nahm der japanische Autobauer Mazda in der Mazda-Fabrik von Flat Rock (Michigan) die Produktion des Fordmodells „Probe“ auf. Zum Teil wurde dieses Modell nach Japan exportiert und dort unter dem Markennamen von Ford verkauft. Ein von Mazda entworfener Kleintransporter wurde bei Ford in Louisville (Kentucky) gebaut und über das Mazda-Vertriebsnetz in den Vereinigten Staaten verkauft. Nissan indessen entwarf einen neuen Lieferwagen in seinem Konstruktionszentrum in San Diego (Kalifornien). Dieser sollte im Ford-Lastwagenwerk in Ohio unter Verwen-

dung von Karosserieteilen montiert werden, die im Nissan-Werk in Tennessee hergestellt waren, und dann von Ford und Nissan gemeinsam in den Vereinigten Staaten und Japan vermarktet werden.

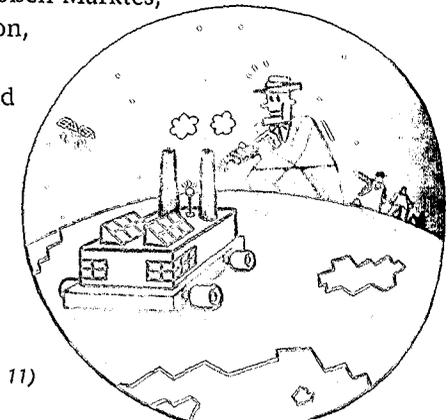
Welche Bedeutung hat da noch der Name Ford oder Nissan oder Mazda? Worin besteht der Unterschied zwischen einem „amerikanischen“ Unternehmen, das einen Großteil dessen, was es rund um die Welt verkauft, im Ausland herstellt und erwirbt, und einem „ausländischen“ Unternehmen, das seine Verkaufsartikel größtenteils in den Vereinigten Staaten erzeugt beziehungsweise einkauft? Und worin unterscheiden sich die beiden einzelnen Unternehmen von einem Joint-venture, in dem sie hier wie dort herstellen und einkaufen?

### Der Trend zum globalen Netz

Die „Champions“ aller modernen Industriestaaten verwandeln sich in globale Netze, ohne feste Bindungen an ein bestimmtes Land. Das amerikanische Unternehmen, das zunehmend im Ausland produziert oder kauft, und das ausländische Unternehmen, das zunehmend in den Vereinigten Staaten produziert oder kauft - beide globalen Netze werden sich immer ähnlicher - ungeachtet ihrer Nationalität.

Der gleiche Trend läßt sich bei den globalen Netzwerken anderer Länder beobachten: 1990 kündigte Daimler Benz, Deutschlands größter Industriekonzern, an, es werde seine geschäftlichen Verbindungen mit Mitsubishi, einem von Japans größten Unternehmen, ausweiten. Und Volvo in Schweden enthüllte Pläne, sich mit Frankreichs Renault zur viertgrößten Industriegruppe Europas zusammenzutun. Sogar das winzige Singapur stellte seine eigenen globalen Unternehmen auf die Beine. Weng Kok Siew, Präsident von Singapore Technologies, beschrieb die weltweite Strategie des Unternehmens in Worten, die gleichermaßen auf jedes andere globale Netzwerk angewandt werden könnten: „Wir haben vor, in jedes beliebige Land der Welt zu gehen, wo sich gerade ein Vorteil ergibt - nach Thailand, wo die Arbeitskosten niedrig sind, nach Deutschland wegen des großen Marktes, nach Boston, um Forschung und Entwicklung zu treiben.“

(Alle Texte auf dieser Seite aus: „IGM-Standpunkte“ S. 4; Abb. rechts: S. 11)



Die 25 größten Industrie-TNCs der Welt 1993				
TNC	Herkunftsland	Umsatz in Mrd. US-\$	Profit in Mrd. US-\$	Hauptaktivität
General Motors	USA	133,6	2.466	Fahrzeugbau
Ford Motor	USA	108,5	2.529	Fahrzeugbau
Exxon	USA	97,8	5.280	Öl
Shell	NL/GB	95,1	4.505	Öl
Toyota	Japan	85,3	1.474	Fahrzeugbau
Hitachi	Japan	68,6	605	Elektro
IBM	USA	62,7	8.101	Computer
Matsushita	Japan	61,4	227	Elektronik
Gen. Electric	USA	60,8	4.315	Elektro
Daimler-Benz	Deutschland	59,1	364	Fahrzeugbau
Mobil	USA	56,6	2.084	Fahrzeugbau
Nissan	Japan	53,8	806	Fahrzeugbau
BP	Großbritannien	52,5	924	Öl
Samsung	Republik Korea	51,3	520	Elektronik
Philip Morris	USA	50,6	3.091	Zigaretten
IRI	Italien	50,5	n. v.	Metall
Siemens	Deutschland	50,4	1.232	Elektro
Volkswagen	Deutschland	46,3	1.323	Fahrzeugbau
Chrysler	USA	43,6	2.551	Fahrzeugbau
Toshiba	Japan	42,9	113	Computer
Unilever	NL/GB	41,8	1.946	Nahrungsmittel
Nestlé	Schweiz	38,9	1.953	Nahrungsmittel
Elf Aquitaine	Frankreich	37,0	189	Öl
Honda	Japan	35,8	220	Fahrzeugbau
ENI	Italien	34,8	267	Öl

n. v. = nicht verfügbar

Quelle: ICDA 1995 aus: „Globale Trends 1996, Seite 164

Es sind die multi- und transnationalen Konzerne (MNK und TNK), die inzwischen rund ein Drittel der globalen Industrieproduktion kontrollieren – wobei ihr direkter Einfluß wahrscheinlich doppelt so hoch ist.

206.000 weltweite Tochterfirmen von TNKs – in den 60ern waren es erst 3.500 – verkaufen an Produkten und Dienstleistungen um mehr als 20% mehr als der Gesamtumsatz des restlichen Welthandels beträgt! Dabei fielen allein

auf den Intra-Konzern-Handel – also den Austausch von Gütern und Waren *innerhalb* der sich globalisierenden Unternehmen – ein Drittel des gesamten Welthandels. In den 70er Jahren machte dieser interne MNK- und TNK-Handel erst ein Fünftel des Welthandels aus.

Neben den schon seit Jahrzehnten operierenden Chemie-, Öl- und Agrarkonzernen, sind vor allem Unternehmen des Fahrzeugbaus, der Elektro- und der Kommunikationstechnologie

Die 15 größten Banken der Welt 1994 nach dem Gesamtanlagevermögen		
Rang	Bank	Land
1	Fuji Bank	Japan
2	Dai-ichi Kangyo Bank	Japan
3	Sumitomo Bank	Japan
4	Sakura Bank	Japan
5	Sanwa Bank	Japan
6	Mitsubishi Bank	Japan
7	Norinchukin Bank	Japan
8	Industrial Bank of Japan	Japan
9	Crédit Lyonnais	Frankreich
10	Industrial and Commercial Bank of China	China
11	Deutsche Bank	Deutschland
12	Tokai Bank	Japan
13	HSBC Holdings	Großbritannien
14	Long-Term Credit Bank	Japan
15	Credit Agricole	Frankreich
Weitere deutsche und US-Banken:		
26	Citicorp	USA
27	Dresdner Bank	Deutschland
31	BankAmerica Corp	USA
32	Westdeutsche Landesbank	Deutschland

Quelle: Financial Times, 20. 1. 1995  
aus: „Globale Trends 1996, Seite 165

Die Anzahl von Multi- und Transnationalen Konzernen (Unternehmen mit mehr als drei auswärtigen Betriebsstätten) der letzten 23 Jahre:

1970	8.000
1990	24.000
1993	ca 40.000

Sie realisieren

- 5 Billionen US-\$ Weltumsatz (1992)

Sie kontrollieren

- ca. ein Drittel der Weltproduktion
- Zwei Drittel des gesamten Welthandels – davon werden 50% konzernintern abgewickelt

Als echte sogenannte „global players“ mit transnationalen Liefer-, Produktions- und Vertriebsstrukturen gelten die 100 größten unter den MNKs.

Das Vermögen dieser größten TNKs wird mit 3,4 Billionen (!) US-\$ beziffert.

hinzugekommen und gehören momentan zur Spitze der TNK-Konzerne. (siehe Grafik auf der vorhergehenden Seite)

Auch die Banken sind zu transnationalen Akteuren geworden, die für die Infrastruktur der internationalen Finanzwelt (technische Vernetzung, Informationen und Dienstleistungen) sorgen als auch dafür, daß überall genug Geld zum internationalen Ausbau von Produktion und Handel bereitliegt.

Das TNK-Universum ist nicht nur groß, sondern auch hochgradig konzentriert.

*„Die Männer an der Spitze der globalen Unternehmen verfügen erstmals in der Geschichte der Menschheit über genügend Organisation, Technologie, Geld und Ideologie, um den erfolgversprechenden Versuch zu unternehmen, die Erde als integrierte Einheit in den Griff zu bekommen.*

*Der multinationale Konzern ist die erste Institution der menschlichen Geschichte, die sich bemüht, auf weitweiter Ebene zentralisiert zu planen. Da seine Hauptabsicht darin besteht, die wirtschaftlichen Aktivitäten auf der ganzen Erde so zu organisieren und zu integrieren, daß der globale Profit maximiert wird, ist der Weltkonzern ein organisches Gefüge, wo jedes Einzelteil dem Ganzen zu dienen hat. Deshalb mißt er seine Erfolge und Mißerfolge letztlich nicht an der Bilanz einer Tochterfirma oder an der Eignung spezieller Erzeugnisse oder an seinem sozialen Einfluß auf ein bestimmtes Land, sondern am Wachstum der globalen Profite und der globalen Marktanteile. Seine grundlegende Prämisse lautet, das Wachstum des Ganzen steigere das Wohlergehen aller Teile. Seine Hauptforderung heißt Effizienz..“*

*Richard J. Barnet und Ronald E. Müller in „Die Krisenmacher“*

Dabei gilt, je größer ein TNK ist, um so höher ist auch der

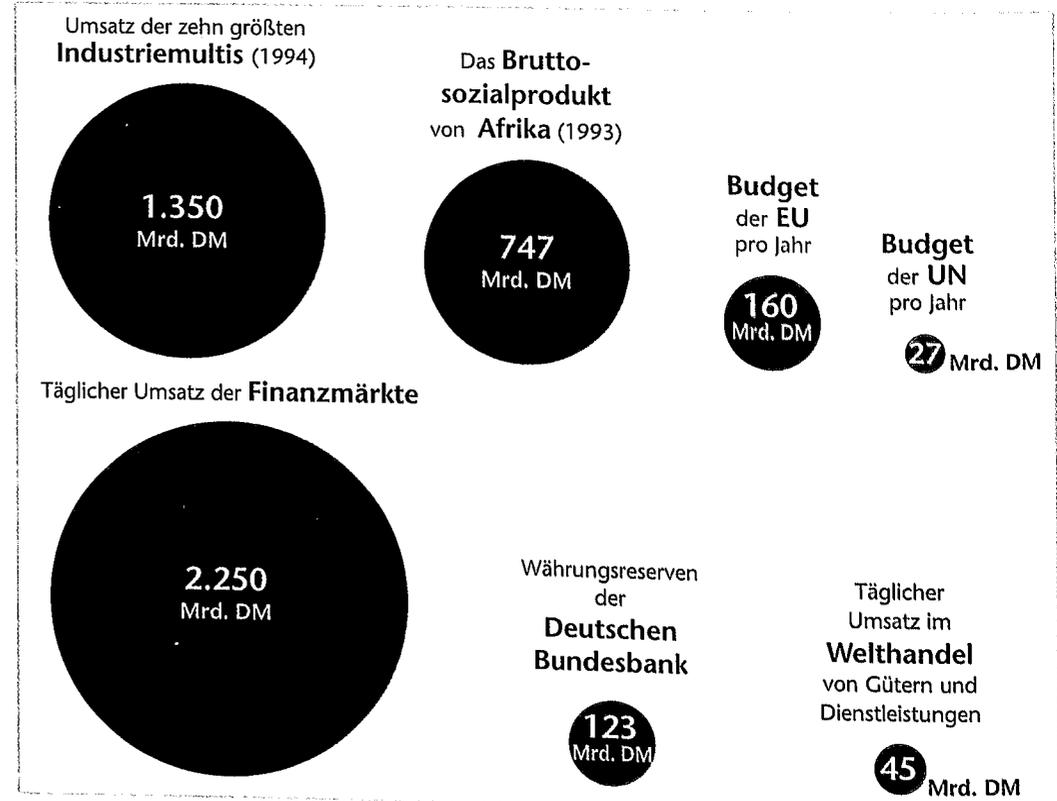
Grad seiner Konzentration und Internationalisierung. Ebenso ist die Regel, je größer der Konzern ist, desto höher ist auch der Anteil des Umsatzes, der im Ausland getätigt wird bzw. ist der Anteil der Anlagen, der sich im Ausland befindet. Die zehn größten transnationalen Unternehmen hatten beispielsweise 1990 annähernd 50% ihres Kapitals im Ausland. (Vgl.: „Globale Trends“, Seiten 164f)



Die Grafik „Finanz-Vergleiche“ zeigt, daß politische Institutionen wie die UN oder staatliche wie die Bundesbank gegenüber den heutigen Finanzmärkten oder Organisationen wie den Multis Finanz-Zwerge sind. Welche Bedeutung hat dieser Sachverhalt für nationale, europäische und weltweite Wirtschaft und Politik?

Rechte Seite: Welche Zusammenhänge seht ihr zwischen den jeweiligen Grafiken. Wie ist das Bild der Multis nach außen, und nach welchen inneren Leitbildern gestalten sie ihre Strategien?

### Finanz-Vergleiche



Quelle: nach „Die Woche“ vom 26.04.96

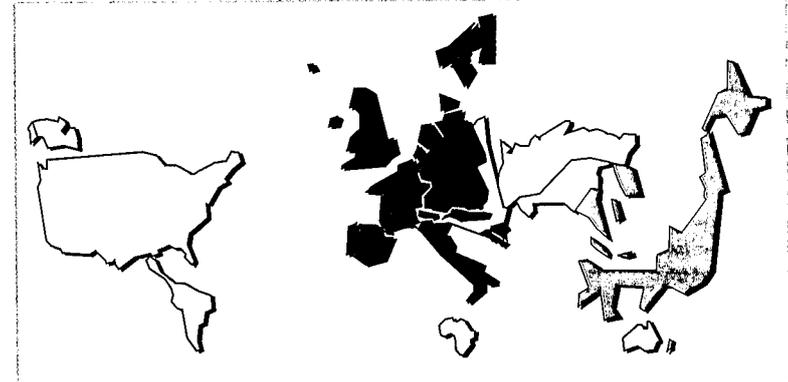
### Das „offizielle Bild“ (Beispiel SIEMENS)



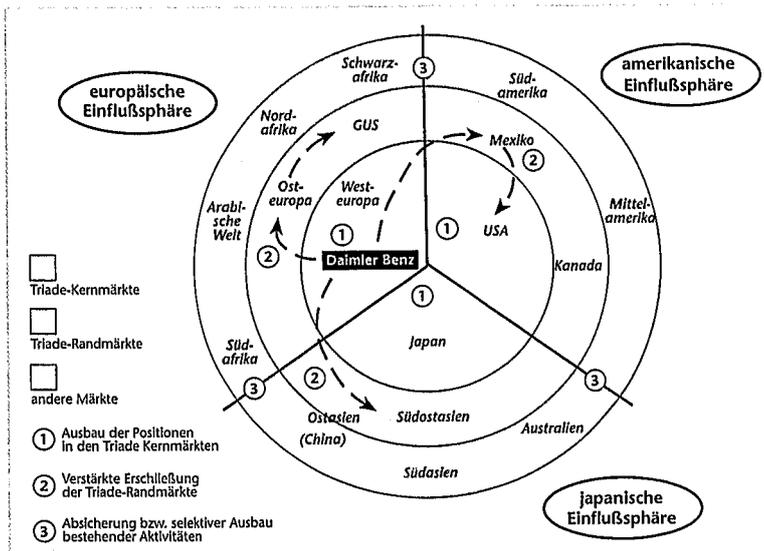
„Siemens ist von weltweit 193 in 189 Staaten vertreten. Die lokale Verankerung umfaßt dabei die Produktion von Hard- und Software ebenso wie Engineering, Service, Vertrieb und Entwicklung. Damit unterstreichen wir **unseren Willen zu einer langfristig angelegten Partnerschaft.**“

Quelle: „Siemens • Das Unternehmen“ 97  
Faltblatt des Unternehmens  
(Hervorhebung im Text v. d. Red.,  
die Karte ist nachgezeichnet

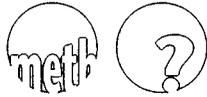
### „Inoffizielle Bilder“ (Beispiele SIEMENS und DAIMLER BENZ)



Weltkarte in den Größenordnungen des Weltelektromarktes von 1990 (Siemens)



Stoßrichtungen zu einer stärkeren Globalisierung des Konzerns (Daimler Benz)



Erörtert die Auffassung von Reich und die nachfolgenden Standpunkte zur Bedeutung Transnationaler Konzerne unter dem Gesichtspunkt der Handlungsmöglichkeiten, die Nationalstaaten und Gewerkschaften gegenüber den TNKs haben.

Welche Merkmale hat ein Multinationaler bzw. Transnationaler Konzern?

„Veränderbarkeit“ und „Mobilität“ von Unternehmen – wie schätzt ihr diese Faktoren in eurem Betrieb ein?

## Multinationale Konzerne und der Standort Deutschland

*Die globale Beweglichkeit und eine simple Drohung des Auswanderns verleiht den multinationalen Konzernen heute angeblich eine Position, die gegenüber Staat, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen immer bestimmender wird.*

### Verlagerungen und Verlagerbarkeit

Können multinationale Unternehmen tatsächlich ihre Produktion nach Belieben dorthin verlagern, wo die Kosten am niedrigsten sind?

Diese Frage ist bedauerlicherweise nicht Gegenstand der bisherigen Untersuchungen zur Globalisierung von Unternehmen. In deren Zentrum steht vielmehr der erreichte Stand

der wirtschaftlichen Globalisierung, der in der Regel am Grad der Internationalisierung der Unternehmen selber festgemacht wird.

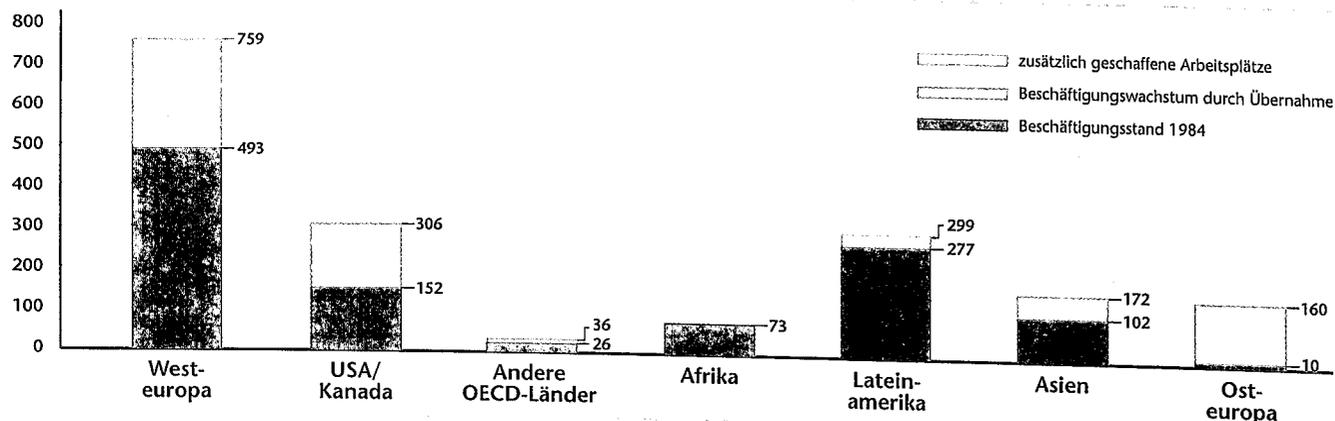
Dabei stimmt eine Vielzahl von Autoren darin überein, daß es bis heute kaum global organisierte Unternehmen gibt, sie seien aber im Entstehen begriffen. Das Ideal eines globalen Unternehmens sehen die Autoren erstens in einer gleichmäßigen Verteilung der verschiedenen Wertschöpfungsaktivitäten (nicht nur Vertrieb und Produktion, sondern z.B. auch Forschung und Entwicklung) über die wichtigsten Regionen der Weltwirtschaft. Zweites Kriterium ist eine netzwerkartige Verflechtung der einzelnen Betriebsstätten des Konzerns, so daß keine eindeutige Konzernzentrale mehr auszumachen ist...

Darüber, wie weit die Unternehmen auf dem Weg zur Globalisierung fortgeschritten

sind, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. So halten manche Autoren die Globalisierung der Unternehmen für weit fortgeschritten. Ihre These wird gestützt durch Indikatoren wie der starke Anstieg der Direktinvestitionen in den achtziger Jahren oder die Zunahme des konzerninternen Handels von 20% des gesamten Welthandels zu Beginn der siebziger Jahre auf 33% zu Beginn der neunziger Jahre (UNCTAD 1995). Andere betonen zum einen, daß die überwiegende Zahl der multinationalen Konzerne ihre Wertschöpfung nach wie vor zum allergrößten Teil in ihren Heimatländern oder bei europäischen Konzernen – in ihren Heimatregionen konzentriert hat. Zum anderen weisen sie darauf hin, daß der heutige Grad der Internationalisierung durch Direktinvestitionen (und Handel) bereits vor dem Ersten Weltkrieg erreicht war.

Die Frage nach dem Grad der Internationalisierung der Unternehmen ist für das Verhältnis von Nationalstaat und multinationalem Unternehmen bei weitem nicht so wichtig, wie dies zunächst vielleicht erscheinen mag. Denn das Problem ist nicht die Struktur der Unternehmen, sondern deren Veränderbarkeit. Dabei läßt sich die Mobilität der Unternehmen nicht ausschließlich an den bereits vollzogenen Verlagerungen festmachen. Entscheidender ist unter Umständen das Potential an Mobilität, über das Unternehmen verfügen. Da es über letzteres bisher freilich keinerlei gesicherte Erkenntnisse gibt, konzentrieren wir uns an dieser Stelle auf die Analyse bereits vollzogener Verlagerungen, wobei auch hier die Forschung noch in den Anfängen steckt.

## Beschäftigungsentwicklung 1984–1994 bei deutschen Multinationalen Konzernen (nur verarbeitende Industrie in 1000)



Quelle: Deutsche Bundesbank, FAST e.V. nach „Mitbestimmung“ Mai 5/97, Seite 22

Die einzige uns bekannte, methodisch brauchbare, quantitative Untersuchung ist eine Studie des Bureau du Plan des belgischen Wirtschaftsministeriums. Sie untersucht die Ursachen für „kollektive Entlassungen“: Bei 24% der Fälle war dies eine Verlagerung ins Ausland. Betroffen waren nicht nur die typischen sogenannten Run-away-Industrien, wie Textil, Bekleidung und Leder (über ein Viertel aller Verlagerungen), sondern durchweg alle Branchen der verarbeitenden Industrie. An der Spitze der Länder, in die verlagert wurde, stand Deutschland (13%), gefolgt von Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien. Insgesamt entfielen knapp zwei Drittel der Verlagerungen auf klassische Industrieländer und gut ein Drittel auf Niedriglohnländer (Osteuropa, Asien, Mittelmeerraum). Bei den Investitionsmotiven waren Fusionen, Restrukturierungen oder Verlagerungen an modernere Standorte deutlich wichtiger als die Lohnkosten.

Auch wenn sich diese Ergebnisse nicht bruchlos auf Deutschland übertragen lassen, so bleibt die Schlußfolgerung, daß Verlagerungen ins Ausland eine durchaus bedeutsame – wenn auch keineswegs die wichtigste – unmittelbare Ursache für den Abbau von Arbeitsplätzen in Unternehmen der verarbeitenden Industrie darstellen. Dabei spielen Verlagerungen, mit dem Ziel, die Lohnkosten zu reduzieren, eine eher untergeordnete Rolle; die Mehrzahl der Verlagerungen findet von einem Hochlohnland in ein anderes Hochlohnland statt. (siehe auch Grafik auf der vorhergehenden Seite)

Quelle: Michael Wortmann, Christoph Dörrenbacher: Multinationale Konzerne und der Standort Deutschland (aus: Jahrbuch Arbeit und Technik 1997, Kürzungen durch Red.)

## Exkurs zur Theorie multinationaler Konzerne

*Während Deutschland bei der Qualität der (bestehenden) Arbeitsplätze bei ausländischen Unternehmen besser abschneidet als Großbritannien, scheint Deutschland bei der Quantität der durch ausländische (japanische) Investoren neu geschaffenen Arbeitsplätze schlechter abzuschneiden. Die Frage stellt sich, ob ein Land beides zugleich sein kann: ein günstiger Standort für mobile Produktion und ein innovativer Standort mit höchster Produktivität?*

*In den fünfziger und sechziger Jahren waren die USA in den meisten Industriezweigen technologisch führend und hatten deshalb auch ein im internationalen Vergleich hohes Lohnniveau. Dies zwang die US-amerikanischen Konzerne, mehr und mehr zumindest der standardisierten Produktion ins Ausland zu verlagern, um neue Märkte zu beliefern und zugleich die im Ausland niedrigeren Produktionskosten zu nutzen. Mit der weitgehenden Angleichung der technologischen Niveaus zwischen den USA und vielen europäischen Ländern sowie Japan scheint es nur konsequent, wenn Konzerne aus diesen Ländern zunehmend dem US-amerikanischen Muster folgen und ausländische, insbesondere überseeische Märkte auch durch eine Produktion vor Ort beliefern. Bei einer Auslandsinvestition kombinieren Unternehmen eigene Fähigkeiten, die sie den internationalen Wettbewerben überlegen machen (Firmenvorteile) mit besonderen Qualitäten, die ein anderes Land als Standort bietet (Standortvorteile). Standortvorteile (oder auch -nachteile) stehen allen Unternehmen, die dort investieren, zur Verfügung: Qualifikation und Preis der Arbeitskräfte, Steuersystem, Infrastruktur, sozia-*

*les Klima, aber auch der Markt, wenn dieser nicht ohne weiteres durch Importe beliefert werden kann. Firmenvorteile dagegen „gehören“ einer Firma: Produkt- und Produktionstechnologien oder anderes Know-how in den Bereichen Management, Marketing, Vertrieb, etc. Diese Firmenvorteile entstehen zwar an spezifischen, zumeist an „teuren“ Standorten, bleiben aber nicht unbedingt an diese gebunden und können – zumindest teilweise – an andere Standorte transferiert werden.*

*In einer mehr oder weniger offenen Weltwirtschaft haben Länder mit einer hohen Produktivität also immer auch das Problem, daß „ihre“ Unternehmen ihre Firmenvorteile teilweise ins Ausland transferieren – soweit dies technisch und organisatorisch möglich und rentabel ist – und von dort der Wirtschaft ihres Ursprungslandes auch als Konkurrenten entgegentreten, ohne daß dies durch entsprechende Produktionsverlagerungen durch ausländische Unternehmen in das eigene Land ausgleichbar würde. Denn die hohe durchschnittliche Produktivität nützt potentiellen ausländischen Investoren wenig, da die Produktivität ihrer Neugründungen wesentlich durch Firmenvorteile bestimmt wird, die sie selbst mitbringen müssen. Sie läßt sich also zumeist an mehreren Standorten erreichen, soweit diese gewisse Mindestanforderungen erfüllen.*

Quelle: Michael Wortmann, Christoph Dörrenbacher: Multinationale Konzerne und der Standort Deutschland

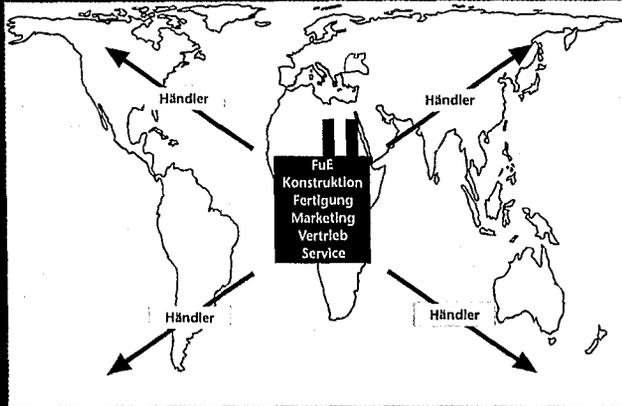


Erörtert ein mögliches Interesse eurer Unternehmensleitung an neuen Standorten.



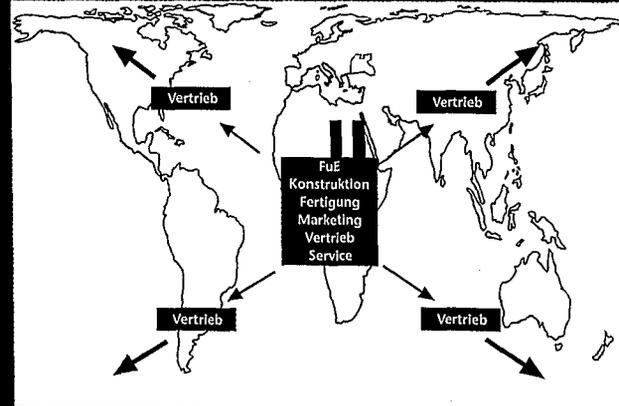
Zum Text linke Spalte: Immer wieder wird behauptet, die hohen Lohnkosten brächten Unternehmen dazu, Betriebsteile zu verlagern – was sagen die Autoren zu diesem Argument?

## Fünf Stufen der Globalisierung nach McKinsey



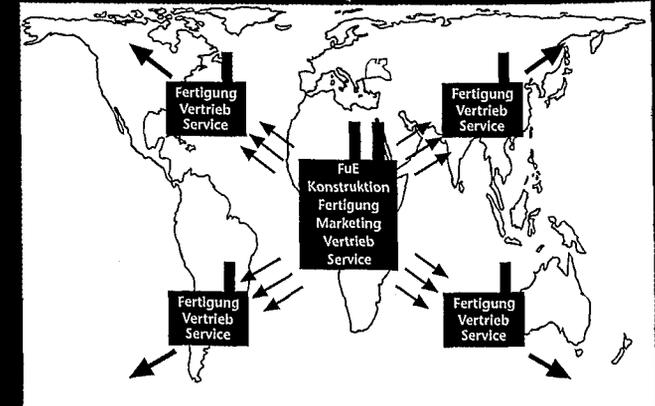
### Phase I: Export

Händler vertreiben die Produkte aus Märkten außerhalb des Heimatlandes.



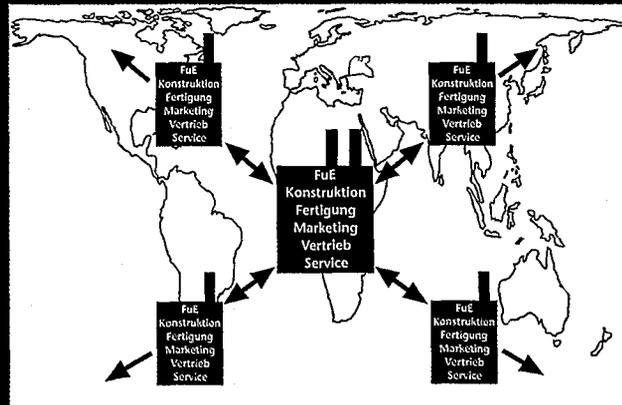
### Phase II: Präsenz vor Ort

In allen (überseeischen) Ländern mit wichtigen Märkten werden eigene Vertriebsstätten gegründet.



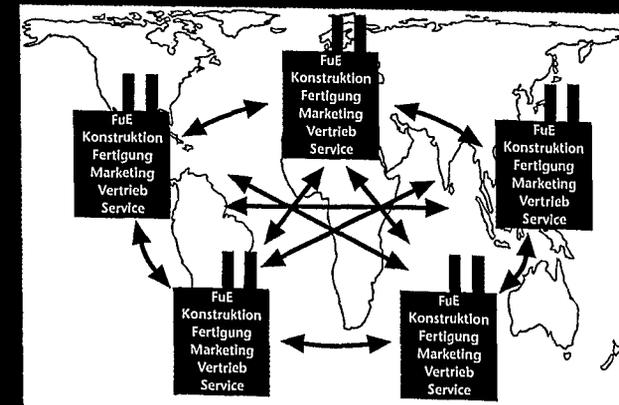
### Phase III: Aufnahme lokaler Produktion

Produktionsstätten mit eigener Fertigung sowie eigenem Vertrieb und Service werden aufgebaut.



### Phase IV: Autonome Landesgesellschaften

In den Ländern entstehen autonome Gesellschaften innerhalb des Konzernverbundes mit allen Bereichen der Wertschöpfungskette vor Ort.



### Phase V: Globale Integration

Alle Gesellschaften sind global integriert. Das Personal ist international. Gemeinsam ist Forschung und Entwicklung, ein Wertesystem sowie die Corporate Identity.

„Das globale Unternehmen in den USA oder Europa ist mit einer Umsatzverteilung präsent, die dem jeweiligen Marktpotential entspricht; es hat in jedem Land sein Geschäftssystem optimal auf die Bedingungen der lokalen Absatz- und Beschaffungsmärkte ausgerichtet (mit allen Funktionen von Forschung und Entwicklung bis zum Vertrieb); es ist polyzentrisch organisiert, und sein Management ist international besetzt.“ (Henzel zit. in „Mitbestimmung“ Januar 1997, Seite 34+35, Grafische Ideen entlehnt ebd.)

## Globalisierung ist mehr als die Internationalisierung des Kapitals

Die Formen, die der Globalisierungsprozeß annimmt, unterscheiden sich von der traditionellen Internationalisierung des Kapitals (Handel; Kapitalexport) dadurch, daß die Multinationalen Konzerne (MNK) nun zum wichtigsten Organisationsmodus der Weltwirtschaft aufgestiegen sind. Der globale Charakter ihrer Strategien hat sich endgültig durchgesetzt. Da sich, als Folge dieser Tatsache der Wettbewerb (oft bis hin zum Wirtschaftskrieg zwischen Staaten und Regionen) dramatisch verschärft und auf diese Weise die Lebensdauer des Produktzyklus seit 15 Jahren halbiert hat, müssen sie (inzwi-

schen auch mittlere und sogar kleine Unternehmen) ihre Strategien, ihre interne Organisation und Arbeitsteilung ständig verändern, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Dem Preiskampf, den Währungsschwankungen und dem Erfordernis größtmöglicher Marktnähe versuchen sie durch „joint ventures“ und massive Delokalisierungen zu begegnen. Dabei sind die neu geschaffenen Unternehmenseinheiten klein, flexibel und, vor allem im Gegensatz zur traditionellen Internationalisierung mit ihrer konzerninternen funktionalen Arbeitsteilung, selbständig (von der Entwicklung bis zum Vertrieb) und untereinander in ein „Netzwerk“ eingebunden. Um die permanent steigenden Entwicklungskosten zu bewältigen, müs-

sen Synergieeffekte v.a. mit Hilfe „Strategischer Allianzen“ und „Aquisitionen“ in vielfältigen Formen angestrebt werden. Globalisierung geht also Hand in Hand mit Lokalisierung. Im Endergebnis kommt die Transnationalisierung ganzer Wertschöpfungsketten zustande. Die Weltwirtschaft ist nicht mehr die Summe von Transaktionen zwischen Volkswirtschaften, sondern stellt eine originäre Reproduktionsebene dar. Folgerichtig nimmt der Anteil des im Ausland erzeugten Umsatzes in so gut wie allen MNKs zu. Inzwischen sind 30 bis 40% des Welt-handels Intra-Konzernhandel.

Quelle: Gilbert Ziebura: Globale Wirtschaft - globale Arbeit

## Die Rolle des Staates und die TNKs

◦ Erstens als Arbeitgeber: Die Anzahl der Privatisierungen stieg weltweit zwischen 1985 und 1990 um das Fünffache, und diese Zahl steigt rasch an in den vormals geschützten Wirtschaften wie in Indien als auch in bürokratisch kollektivistischen Wirtschaften wie in China, Vietnam oder Kuba und in den ehemaligen kommunistischen Ländern in Ost- und Zentral-europa und in der Mongolei, die sich den Investitionen transnationaler Konzerne öffnen. Auch in den industrialisierten Ländern der OECD-Gruppe wütet die Privatisierung. Privatisierungen steigern nicht nur Umfang und Macht der TNK, sondern sie berauben den Staat auch seiner wirtschaftlichen Druckmittel und schwächen daher seine Fähigkeit, die Wirtschaftspoli-

itik und, in seiner Rolle als Arbeitgeber, die Arbeitsmarktpolitik zu beeinflussen.

◦ Zweitens erweist sich der Staat mehr und mehr außerstande, die internationalen Kapitalbewegungen zu kontrollieren; dies vermindert seine Fähigkeit, Kapital zu besteuern, was sein Steuereinkommen, die Basis für öffentliche Dienste und Sozialprogramme, verringert, manchmal drastisch. Damit wurde der soziale Konsens, der von der Fähigkeit des Staates abhängt, die Schwachen zu schützen, weiterhin unterminiert.

Außerdem fördern die freien Kapitalvereinbarungen das sich im Wettbewerb Unterbieten bei Besteuerungen, Normen und Maßstäben zwischen den Nationalstaaten. Dies führte bereits zu bedeutenden Senkungen des Anteils der Unternehmenssteuern bei den Gesamteinnahmen

der OECD-Länder; auf gleiche Weise kann jegliche Regulierung Ziel des Marktdruckes nach unten werden, einfach aufgrund der Tatsache, daß die TNK Steuern als einen Kostenfaktor sehen.

Insbesondere GATT hat den TNK viel größere Freiheiten eingeräumt und hat Vorschriften erlassen, nach denen Staaten bestraft werden können, welche versuchen, eine größere Kontrolle über die Konzerne auszuüben. Die neue Welt-Handelsorganisation schützt die Freiheit des internationalen Handels; sie schützt keine anderen Freiheiten (kürzliche Versuche, eine Sozialklausel als Teil internationaler Handelsvereinbarungen einzuführen, wurden durch den Widerstand konservativer Regierungen abgewehrt) und ist daher ein Faktor, der zu einem grundsätzlichen Ungleichgewicht in der globalen Gesellschaft beiträgt.

Dan Gallin



Diskutiert diesen Text mit der Übersicht „Fünf Stufen der Globalisierung“ auf der linken Seite.



Welches Interesse haben Nationalstaaten an Privatisierung? Was bedeutet das für uns, welches Interesse haben wir?

Da ihre stärkste Einwirkung die Förderung der Beweglichkeit des Kapitals ist, sollten Abmachungen wie die der *Uruguay Round* des GATT angemessener Freikapital- anstatt Freihandels-Vereinbarungen genannt werden. Diese Vereinbarungen sind Instrumente, welche staatliche Gesetze, politische Zielsetzungen und Sitten und Gebräuche, welche der TNK-Tätigkeit in der globalen Marktwirtschaft im Wege stehen, ändern oder abschaffen. Freikapital-Vereinbarungen verengen den Umfang demokratischer Kontrolle über Wirtschafts- und Sozialpolitik, übertragen die Autorität zu solchen Angelegenheiten wie die Bedingungen, zu denen Firmen von ausländischen Anlegern aufgekauft, verkauft oder geschlossen werden, von Regierungen, die demokratisch Rechenschaft schuldig sind, auf transnationale Konzerne, die nur ihren Aktionären Rechenschaft schuldig sind.

◦ Drittens bringt die wachsende Unfähigkeit des Staates, Kapital innerhalb der eigenen

Landesgrenzen durch Gesetzgebung oder andere politische Maßnahmen zu kontrollieren, einen entsprechenden gleich großen Verlust an Einfluß aller Einrichtungen, die innerhalb nationaler Grenzen tätig sind: Parlamente, politische Parteien, Gewerkschaftsbünde – mit anderen Worten: aller Instrumente demokratischer Kontrolle (wo es sie überhaupt gibt). Deswegen wird es schwierig, zwischen politischen Parteien der Linken und der Rechten zu unterscheiden; deswegen empfinden sich die Staatsbürger als hilflos und sind zynisch angesichts von Einrichtungen, die nicht länger ihre Aufgaben erfüllen können. Wir sehen uns einer Krise der Demokratie gegenüber, die durch die wachsende Bedeutungslosigkeit demokratischer Einrichtungen, die innerhalb der Grenzen eines Nationalstaates tätig sind, geschaffen wurde.

Quelle: Dan Gallin: Über die Rolle des Staates, Redemanuskript, 1996

## Eine Welt ohne Grenzen?

Gegen Ende der 60er Jahre war die globale Vorherrschaft der US-amerikanischen multinationalen Konzerne schlichtweg unanfechtbar ...

Die Konzentration der US-Auslandsinvestitionen auf Westeuropa kann durch vier Faktoren erklärt werden:

- das hohe Zinsniveau in Europa
- das Entstehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
- für alle Auslandsinvestitionen günstige Steuergesetzgebung der USA und
- die vergleichsweise geringen Kosten qualifizierter Arbeitskräfte in Europa.

Die verantwortungsvolle Aufgabe der Lenkung der Weltordnung für den Westen lag noch immer bei der US-Regierung mit ihren militärischen und politischen Hilfs- und Interventionsprogrammen.

Ungefähr um 1970 entstanden als Konkurrenz zu den amerikanischen rasch europäische und japanische transnationale Konzerne (TNKs), deren ehrgeiziges, primäres Ziel die hochstehenden Fertigungsindustrien der Vereinigten Staaten selbst waren. Dieses verwegene Vorhaben läßt sich durch verschiedene wirtschaftliche Entwicklungen erklären.

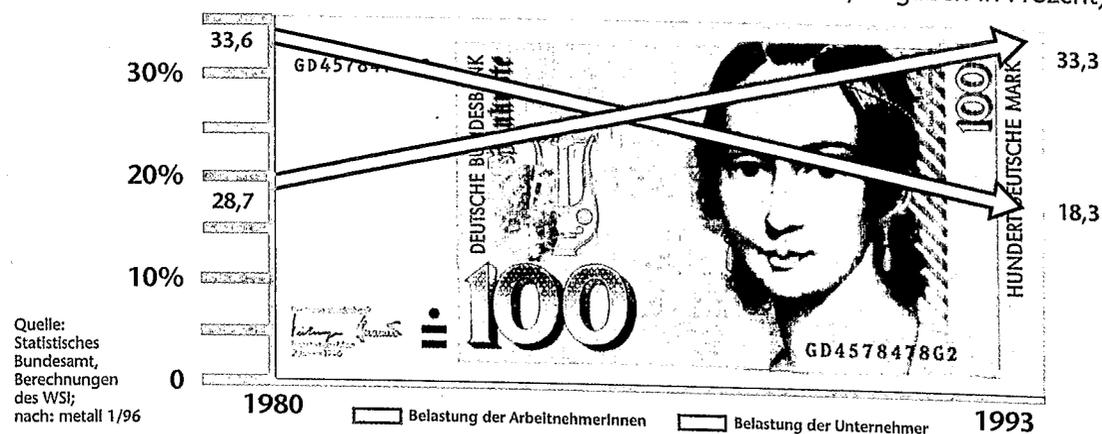
1. wurde der amerikanische Dollar abgewertet, als die Nixon-Regierung 1971 Löhne und Preise einfrore und die Goldkonvertierung des Dollars aussetzte, was die USA für Auslandsinvestitionen attraktiv machte.

2. wurde der amerikanische Markt nach der politischen Instabilität und Unsicherheit in



Diskutiert die Rolle des Staates und die Frage, ob der Staat Opfer oder Mitakteur der Globalisierung ist, in Zusammenhang mit dem Teil „Alles nur ein Spiel“ in diesem Heft. Dort geht es um die neuen Finanzmärkte.

Steuern und Abgaben auf das Bruttoeinkommen (Alte Bundesländer, Angaben in Prozent)



der übrigen Welt als Folge des vierten Nahostkriegs 1973 („Yom-Kippur-Krieg“, Red.) und des daraus resultierenden Ölembargos wieder attraktiv.

3. erlaubte es die nachhaltige Erholung der europäischen und japanischen Industrien, intensiv in den Vereinigten Staaten zu investieren. Und schließlich wuchsen mit der Zeit auch die wirtschaftlichen Differenzen, so daß europäische und japanische Hersteller einen Vorteil sahen, Fabriken direkt im US-Markt zu errichten.

1985 handelten die USA beim G5-Treffen in New York eine Dollar-Abwertung aus. Durch das Plaza-Abkommen verlor der Dollar gegenüber dem Yen die Hälfte seines Wertes, so daß sich der Wert der japanischen Währung um 100 Prozent erhöhte. Diese Maßnahme zielte zwar auf eine Erhöhung der amerikanischen Exporte nach Japan und eine Senkung der japanischen Exporte in die USA ab, zeigte jedoch nicht die gewünschte Wirkung. Außerdem erkannten die japanischen transnationalen Konzerne binnen kurzem die Möglichkeiten des gestärkten Yen und benutzten diese zu aggressiven Investitionsaktivitäten, während sie gleichzeitig die Preise so weit wie möglich senkten, um ihre Weltmarktanteile zu halten.

Diese Stufe der multinationalen Entwicklung wird, neben den anhaltenden Investitionen in den USA, von einer generellen Konzentration auf vier Zielgebiete gekennzeichnet:

- auf Steuerparadiese (zum Beispiel das zu den niederländischen Antillen gehörende Curaçao),
- die OPEC-Nationen,

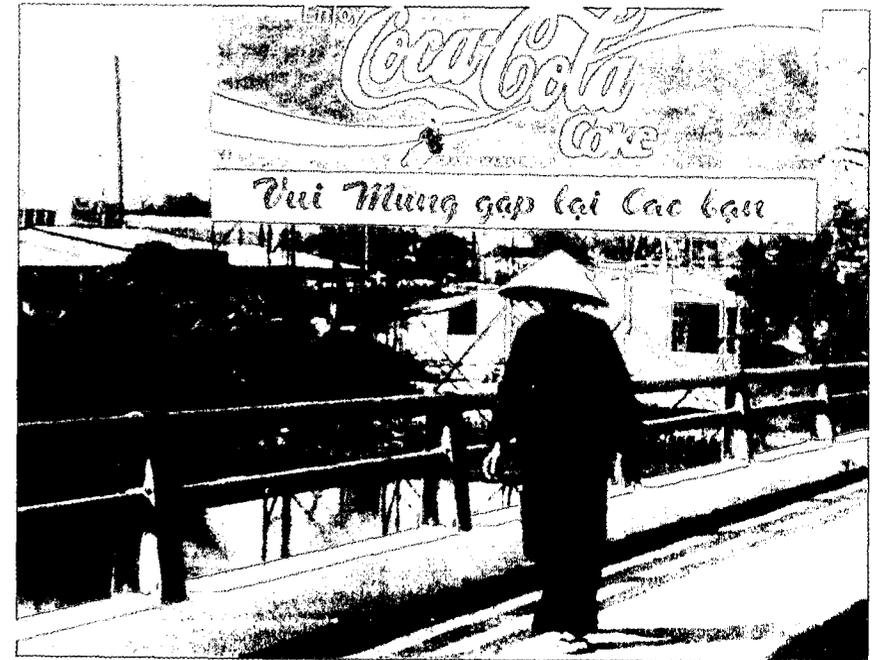
- die neu industrialisierten Staaten Asiens (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) und
- die ASEAN-Länder (Thailand, Malaysia, Indonesien, die Philippinen, Singapur und Bornei).

In vielen dieser Länder herrschten autoritäre Regimes, die Gewerkschaften und Oppositionsparteien verboten und so politische „Stabilität“ gewährleisteten – eine Mindestvoraussetzung für ein umfangreiches Engagement transnationaler Konzerne.

Auch unter den OPEC-Staaten, den asiatischen Schwellenländern, Mexiko und Indien ist eine allmähliche Entwicklung von TNKs zu beobachten, die in die jeweils anderen Länder wie auch in die Vereinigten Staaten investieren. Zudem gingen kleinere Unternehmen (mit einem Kapitalaufwand zwischen 100 und 500 Millionen Dollar) sowohl in den Industriestaaten als auch in den weniger industrialisierten Ländern daran, ihre Operationen auf eine transnationale Basis zu stellen. Diese Koexistenz von TNKs verschiedenen Ursprungs (einschließlich Joint-ventures) gestaltet die Analyse der wirtschaftlichen Hegemonie letztlich so komplex und schwierig.

Aus all diesen Faktoren entwickelt sich ein immer dichteres Netz multinationaler Investitionen zwischen den Ländern der EU, Nordamerikas und Ostasiens, in dem sich die Konzerne immer mehr zu transnationalen Konzernen verwandeln.

Das System des internationalen Handels kann anhand seiner Entwicklung erklärt wer-



Coca-Cola-Werbung in Vietnam

den. Zuerst betreiben inländische Firmen einfach normale Export-/Importaktivitäten und kooperieren mit örtlichen Händlern. Danach übernehmen die Firmen den Auslandsvertrieb und führen Fertigung, Marketing und Verkauf im Ausland durch. Zuletzt denationalisieren transnationale Konzerne ihre Operationen, indem sie das ganze Geschäftssystem, einschließlich des Kapitals, des Personals und der Forschung und Entwicklung verlagern. Diese letzte Stufe ist erreicht, wenn ein Unternehmen unter seinen Aktionären, Angestellten und Kunden um Loyalität für sich selbst anstatt für sein Ursprungsland oder seine Gastgeber wirbt.



In diesem Text werden Multi- und Transnationale Konzerne unterschieden. Kennt ihr Beispiele für multinational oder transnational organisierte Unternehmen?

Somit ist ein multinationaler Konzern (MNK) einer, der sein Hauptquartier in einem bestimmten Land hat und in mehreren Ländern tätig ist. Sein oberstes Management setzt sich zum Großteil aus Menschen aus seinem Ursprungsland zusammen, und die Loyalität des Unternehmens gilt, wiewohl zunehmend autonom, letztlich dem Mutterland.

Ein wirklich transnationaler Konzern andererseits muß nicht mehr einem Ursprungsland verpflichtet sein, sondern ist ungebunden und mobil – bereit, sich überall niederzulassen und jeden beliebigen Staat, auch den eigenen, auszunutzen, solange diese Verbindung seinen eigenen Interessen dient ...

Eine klare Unterscheidung zwischen einem TNK und einem MNK ist unmöglich, da der genaue Grad der Denationalisierung eines Konzerns nicht exakt feststellbar ist.

MNKs sind genauso eigennützig wie TNKs, doch ist in letzter Zeit eine Tendenz zu einer geringeren nationalen Identifikation und einem größeren Eigeninteresse der Konzerne spürbar. Mit anderen Worten, multinationale Konzerne befinden sich trotz einer anhaltenden Abhängigkeit vom Staatsapparat (zum Beispiel von der Armee) in einem Prozeß der Denationalisierung und Transnationalisierung ...

Wie auch immer man zur Praxis der TNKs steht: Sie sind keinen Nationalstaaten verpflichtet, sondern verfolgen ihre eigenen Interessen und Profitziele auf der ganzen Welt. Sie repräsentieren weder ihre Ursprungsländer noch ihre Gastländer, sondern nur sich selbst.

Neue Produktionsmethoden ermöglichen es den TNKs, ihre Fabriken an jeden beliebigen



Inwiefern begünstigen neue Produktionsmethoden und effiziente Transportmöglichkeiten Globalisierungsprozesse? Kennt ihr konkrete Beispiele?

## Globalisierer unter sich – eine Gesprächsrunde mit begrenzter Redezeit

*John Gage, Topmanager bei der US-Computerfirma Sun Microsystems, stößt die Debattenrunde über „Technologie und Arbeit in der globalen Wirtschaft“ an. Sein Unternehmen gilt als ein neuer Star der Branche, es entwickelte die Programmiersprache „Java“, der Aktienkurs von Sun Systems bricht an der Wall Street die Rekorde.*

*„Jeder kann bei uns so lange arbeiten, wie er will, wir brauchen auch keine Visa für unsere Leute aus dem Ausland“, erklärt Gage knapp. Regierungen und deren Vorschriften für die Arbeitswelt seien bedeutungslos geworden. Er beschäftigt, wen er gerade brauche, derzeit bevorzugt „gute Gehirne aus Indien“, die so lange arbeiten, wie sie können.*



*Aus allen Erdteilen erhalte die Firma per Computer Bewerbungen, die für sich sprächen. „Wir stellen unser Leute per Computer ein, sie arbeiten am Computer, und sie werden auch per Computer wieder gefeuert.“*

*Noch 30 Sekunden“, signalisiert ihm die Tafeldame. „Wir holen uns ganz einfach die Cleversten. Mit unserer Effizienz konnten wir den Umsatz seit unserem Beginn vor 13 Jahren von null auf über sechs Milliarden Dollar hochjagen.“ Selbstzufrieden wendet sich Gage an einen Tischnachbarn und schmunzelt: „Das hast du längst nicht so schnell geschafft, David.“ Die Sekunden, die ihm bis zum ‘Stop’-Schild bleiben, genießt Gage den kleinen Seitenhieb.*

*Der Angesprochene ist David Packard, Mitbegründer des High-Tech-Riesen Hewlett-Packard. Der greise Self-made-Milliardär verzieht keine Miene. Mit hellwachem Verstand stellt er lieber die zentrale*

*Frage: „Wie viele Angestellte brauchst du wirklich, John?“*

*„Sechs, vielleicht acht“, antwortet Gage trocken.*

*„Ohne sie wären wir aufgeschmissen. Dabei ist es völlig gleichgültig, wo auf der Erde sie wohnen.“ Jetzt hakt der*

*Diskussionsleiter, Professor Rustum*

*Roy von der Penn-*

*sylvania State University nach: „Und wie viele Leute arbeiten derzeit für Sun System?“ Gage: „16000. Sie sind bis auf eine kleine Minderheit Rationalisierungsreserve.“*

Quelle: Martin, Schumann: „Globalisierungsfalle“ Seite: 11 + 12

Ort zu verlegen, der qualifizierte sowie anlernbare billige Arbeitskräfte bietet, solange es dort steuerliche Anreize, politische Stabilität, eine entsprechende Infrastruktur und keine strengen Umweltschutzbestimmungen gibt. Ein geringes Bürgerrechtsbewußtsein einschließlich eines unterentwickelten Gewerkschaftswesens. Feminismus ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung; die weibliche Arbeitskraft wird zwar auf der ganzen Welt ausgebeutet, doch der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist in der Dritten Welt – dem Zielgebiet der TNKs – noch am höchsten.

Das globale Transportsystem ist so effizient, daß die Arbeitsteilung über Grenzen hinweg heute eine gegebene Tatsache ist. Verschiedene Teile werden an vielen verschiedenen Orten gefertigt und dann – in Abhängigkeit von besonderen Zollbestimmungen, Arbeitsbedingungen und anderen Faktoren – an einem Ort montiert, der sich in strategisch günstiger Position zum Zielmarkt befindet. Es gibt zahllose Joint ventures. Banken und andere Finanzinstitutionen werden ebenfalls durch immer weniger Hemmnisse am Überschreiten von Grenzen gehindert.

Bei diesen MNK/TNK-Aktivitäten werden die Waren jedenfalls weltweit beworben und vertrieben und nur mit dem Markennamen und nicht mit ihren Ursprungsländern identifiziert. Das Ursprungsland verliert sogar mehr und mehr an Bedeutung ...

Quelle: Masao Miyoshi, Eine Welt ohne Grenzen?. In: politics – poetics – das Buch zur documenta X (Auszüge und Umstellungen durch die Red.)



## Die Multinationalen Konzerne und die Freien Produktionszonen (FPZ)

Die Freien Exportzonen sind eng mit der Multinationalisierung der Wirtschaft verknüpft: Wie ein Bericht der IAO feststellt, „können zwar örtliche Unternehmer in den FEZ tätig sein, aber ohne die Multis gäbe es keine Freien Exportzonen“.

1986 hingen über zwei Drittel der 1,5 Mio. Arbeitsplätze in den FEZ von multinationalen Konzernen ab. Man trifft in diesen Zonen auf Namen und Marken aus dem 'who is who?' der Weltökonomie wie Sony, Sara Lee oder Hew-

lett-Packard, aber nicht allein die großen Gruppen investieren in diesen Zonen: mehr und mehr mittlere Unternehmen wagen das, was für sie sehr oft die erste Produktionserfahrung in einem Entwicklungsland ist.

Das Angebot ist in der Tat verlockend: statt ein Land erforschen und sich unzureichenden Infrastrukturen und häufig sehr komplexen Rechtsvorschriften anpassen zu müssen, bieten die Freien Exportzonen ein modernes, über-



Wie kontrolliert man global agierende Unternehmen und ihre Leitungen, die nicht auf Gesellschaften, sondern ausschließlich auf Profit ausgerichtet sind?

Und ist die Art und Weise der Produktion und des Handels, wie sie die MNKs und TNKs praktizieren überhaupt wünschenswert? (siehe dazu auch den folgenden Artikel zu den „Freien Produktionszonen“)

Welche Alternativen gäbe es?



- Elmar Altvater, Brigitte Mohnhaupt "Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts" in: Widerspruch, 31/96
- Noam Chomsky, Heinz Dieterich „Globalisierung im Cyberspace“, Unkel/Rhein und Bad Honnef 1996
- Documenta- und Museum-Fridericianum-Veranstaltungs-GmbH (Hrsg.) „Das Buch zur Documenta X - politics-poetics“, Kassel 1997
- Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik "epd Dritte Welt-Information" 1/2/97
- Dietger Hahn „Controlling-konzepte“, Wiesbaden 1994
- IGM-Standpunkte „Weltweite Solidarität organisieren“, Nr. 5, November 1996
- Hans-Peter Martin, Harald Schumann „Die Globalisierungsfalle“, Reinbek bei Hamburg 1996
- Hans-Peter Müller „Heimatlose Weltbürger“; in: Mitbestimmung, 1/97
- Stiftung Entwicklung und Frieden „Globale Trends 1996“ Frankfurt am Main 1995
- Michael Wortmann, Christoph Dörrenbacher s. S. 57
- Michael Wortmann „Kaufen und konzentrieren“; in: Mitbestimmung, 5/97
- Gilbert Ziebura "Globale Wirtschaft – Globale Arbeit" Vortrags-schrift Braunschweig 1997

schaubare und berechenbares Umfeld und gebrauchsfertige Infrastrukturen. „*Sie ist für den unerfahrenen ausländischen Investor das, was die organisierte Reise für den vorsichtigen Urlauber ist*“, bemerkt ein Bericht der IAO mit einem gewissen Humor.

### Moderne Freie Produktionszonen – eine irische Erfindung

Bis Ende der 50er Jahre landeten Propellermaschinen zum Auftanken auf dem Shannon-Flughafen im äußersten Westen Irlands, bevor sie zum Sprung über den Nordatlantik in die USA und Kanada ansetzten. Als Düsenflugzeuge die Propellermaschinen ablösten, wurde der Zwischenstopp überflüssig. Der Niedergang des Flughafens schien unaufhaltsam. Viele Arbeitsplätze waren in der wirtschaftlich schwachen Region gefährdet. Dann aber kam den Iren die rettende Idee: Sie verwandelten den Flughafen und das umliegende Gebäude in eine Freihandelszone, um ausländische Investoren zum Bau von Herstellungsbetrieben anzulocken. Die Rechnung ging mehr als auf. Zwischen 1960 und 1975 entstanden in den neuen Industriebetrieben 3.800 Arbeitsplätze, und die Zahl der Flughafenbeschäftigten kletterte von 1.250 auf 2.200.

Die irische Freihandelszone am Shannon war zunächst für einige Jahre ein Unikum in der Welt. Erst Mitte der 60er Jahre – 1965 nahe Bombay in Indien, 1966 in Kaohsiung in Taiwan – wurden die ersten Freien Produktionszonen (FPZ) in Entwicklungsländern in Betrieb genommen. Zur selben Zeit richtete die mexikanische Regierung eine 20 Kilometer breite

Sonderzone entlang der US-amerikanischen Grenze ein, und auch in der Karibik entstanden die ersten Wirtschaftsenklaven. Die irische Idee war von der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) und der UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) aufgegriffen worden und wurde den Entwicklungsländern als erfolgversprechendes Instrument zur Industrialisierung empfohlen.

Zu Beginn der 70er Jahre entstanden dann die ersten FPZ in Mittelamerika, auf den Philippinen, in Südkorea und Malaysia. Etwa 20 FPZ in zehn Entwicklungsländern gab es damals. In den Enklaven der marktnahen Billiglohnländer siedelten sich zunächst arbeitsintensive US-amerikanische, japanische und westeuropäische Textil- und Bekleidungsunternehmen an. Später folgten einzelne hochtechnisierte Arbeitsbereiche der Elektronikbranche.

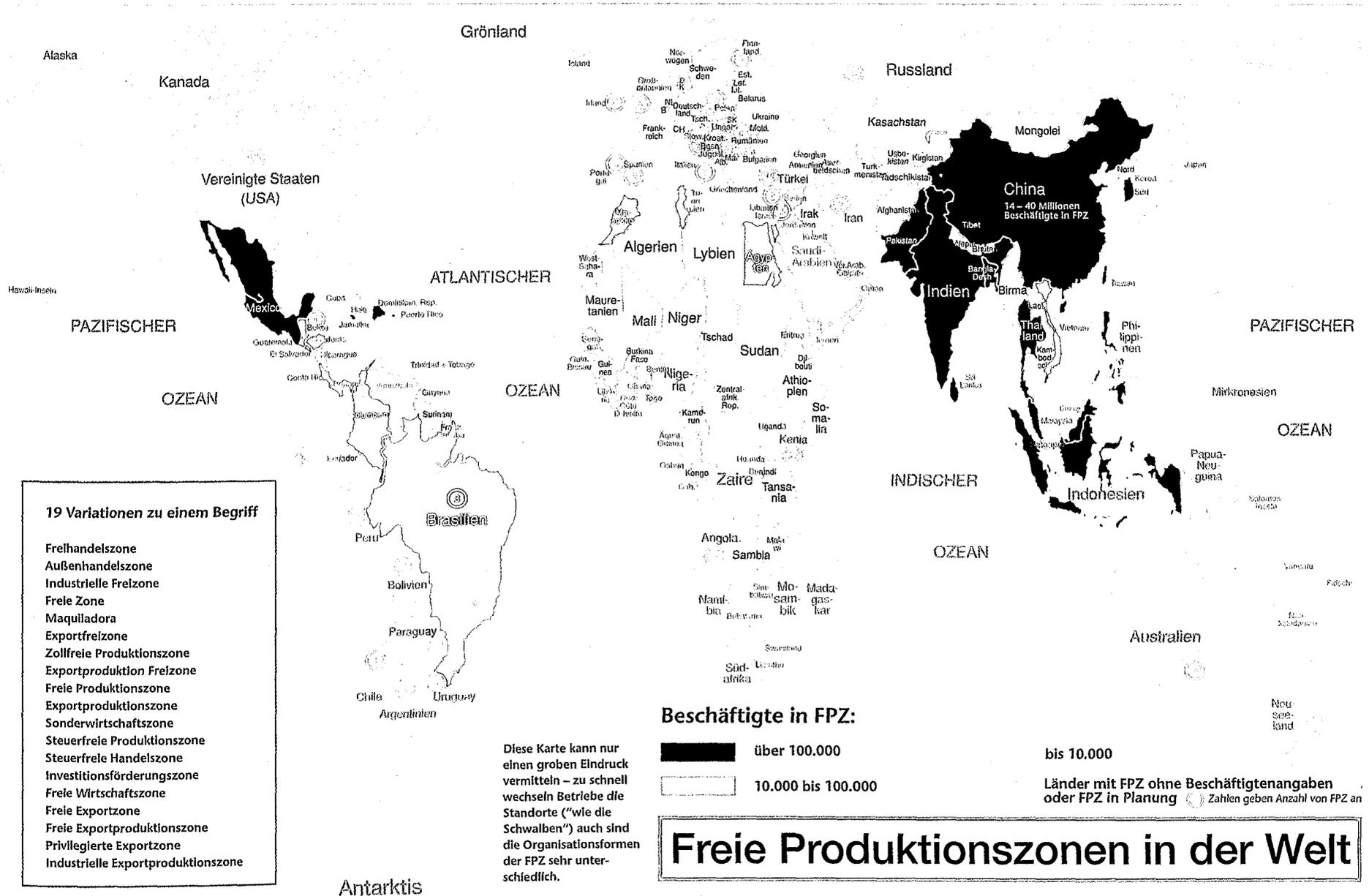
Freie Produktionszonen (FPZ) – dieser Begriff hat sich durchgesetzt und wird heute allgemein verwendet – sind räumlich eingegrenzt Freihandelszonen im Zoll- und Handelsbereich eines Landes, wo ausländische Hersteller unter Gewährung erheblicher fiskalischer Vorteile in erster Linie für den Export produzieren. Es werden langjährige – zwischen zehn und 15 Jahren – vollkommene Unternehmenssteuerbefreiungen gewährt, Einkommenssteuern gibt es nicht, Kapital und Rohstoffe können zollfrei eingeführt werden, und Gewinntransfers sind erlaubt. Um „scheues“ Kapital zu ködern, stellen die Entwicklungsländer darüber hinaus in den Sondergebieten eine kostenlose Infrastruktur. Neben Straßen, Wasser- und Elektroversorgung werden Betriebsgebäude zu minimalen

Mieten und Unterkünfte für die Beschäftigten geboten, hinzu kommen die obligatorischen Einzäunungen und Wachmannschaften für das quasi exterritoriale Gelände. (aus: DGB Bildungswort „Freie Produktionszonen - grenzenlose Gewinne!“)

Die Vordenker der FEZ argumentierten, daß die Anreize nach einigen Jahren abgeschafft werden könnten und daß die Enklave dann in die eigentliche Volkswirtschaft des Landes integriert werden könnte. Die Anreizpakete wurden im Gegensatz hierzu jedoch immer umfangreicher, und immer mehr Zonen wurden in anderen Ländern geschaffen. Da wurde es immer schwieriger, den Investoren ihre Sondervergünstigungen wieder zu nehmen.

Was bedeuten die Freien Produktionszonen für die dort arbeitenden Menschen? Hinter den an Konzentrationslager erinnernden hermetischen Abriegelungen verletzen skrupellose Arbeitgeber die Grundrechte vorwiegend junger Arbeitnehmerinnen. In einigen Ländern gelten in den Zonen die grundlegenden Arbeitsgesetze und die wesentlichen Arbeitnehmerrechte nicht. In anderen Ländern hat die Direktion solcher Zonen ganz einfach eine Ausweiskontrolle eingeführt und schließt gewerkschaftliche Organisatoren und Beschäftigte, die versuchen, eine Gewerkschaft zu gründen, aus. Viele der übelsten dieser sogenannten „freien Zonen“ räumen den Arbeitgebern die Freiheit ein, völlig ungehindert Beschäftigte auszubeuten, schränken aber das grundlegende Recht der Beschäftigten auf Vereinigungsfreiheit ein.

(IBFG)





Die Chicagoer Optionsbörse am Ende eines Tages, nachdem 438.000 Geschäfte getätigt wurden. Quelle: „Ein Tag im Leben von Amerika“, München 1988, Seite 157

# Alles nur

# nur ein Spiel?

*Seit Mitte der 80er Jahre hat sich das Handelsvolumen auf dem internationalen Finanzmarkt beinahe verzehnfacht. Tagtäglich wechseln Währungsbestände von 1.500 Milliarden US Dollar den Besitzer. Diese Summe entspricht etwa dem, was die gesamte deutsche Wirtschaft innerhalb eines Jahres erwirtschaftet. Im folgenden werden in Beispielen – mit Hauptaugenmerk auf den Devisenhandel – verschiedene Aktions- bzw. Handelsformen auf den Finanzmärkten dargestellt.*

## Operation „Peso Shield“

Die Krise um den mexikanischen Peso, die im Januar 1995 ihren Höhepunkt erreichte, wird als bisher größte Finanzkrise der Nachkriegszeit bezeichnet. Ende Dezember 1994 gab die mexikanische Regierung bekannt, erstmals seit 7 Jahren den Pesos abzuwerten. Nachdem von privaten Anlegern weit über 50 Milliarden US-\$ in mexikanische Staatsanleihen, Aktien und Schuldverschreibungen investiert worden waren, brach unter den Verwaltern dieser Gelder nach der Abwertung des Peso Panik aus. Das führte dazu, daß, wer konnte, Gelder aus

Mexiko abzog und in stabilen Währungen – Yen und Mark – anlegte. Der Peso verlor somit nicht, wie durch die Abwertung beabsichtigt, nur 15 sondern 30 Prozent seines Gegenwertes in Dollar. Damit stand eines der wichtigsten Projekte der Regierung Clinton vor dem Exodus: im Wahlkampf zur ersten Amtsperiode hatte Clinton geworben, das südliche Nachbarland international zu integrieren und für dessen wirtschaftliche Stabilität Sorge zu tragen. Die Folge: Clinton sagte nach zähen Verhandlungen mit dem mexikanischen Staatspräsidenten Zedillo Soforthilfe in Höhe von 40 Milliarden US-\$ zu. Doch dieses Versprechen führte nicht zu einer Entspannung der Lage, sondern spitzte sie noch weiter zu: die Anleger bekamen nun die Gewißheit, daß in Mexiko „etwas nicht stimmte“ und stießen noch mehr mexikanische Anlagen ab, zumal es unwahrscheinlich war, daß Clinton mit dem Plan zur Soforthilfe auch im ihm feindlich gesonnenen von den Republikanern dominierten US-Kongress bestehen konnte.

Die mexikanische Notenbank kaufte täglich für eine halbe Milliarde Dollar Pesos, um den Kurs zu stützen: ohne Erfolg.

Ab dem 12. Januar 1995 begannen auch andere Währungen an allen wichtigen Börsenplätzen der Welt immens an Wert zu verlieren. Sowohl der polnische Zloty, der thailändische Bath als auch der ungarische Forinth sanken in gleichem Maße. In allen europäischen und asia-

tischen Schwellenländern stießen Anleger Aktien ab. Und weil sie die Erlöse sofort in die „Hartwährungen“ Yen, Schweizer Franken, Dollar und Mark umtauschten, sanken eben auch die jeweiligen Währungen der Länder, aus denen das Geld abgezogen wurde.

Ab dem 20. Januar ging auch der Dollar auf Talfahrt.

Am 30. Januar erreichte die Krise ihren Höhepunkt, als erstens der mexikanische Präsident Zedillo Clinton mitteilte, daß die Dollarreserven seines Landes erschöpft seien und Mexiko de facto zahlungsunfähig war und zweitens der Oppositionsführer im US Kongreß Newt Gingrich verlauten ließ, daß der Kredit an Mexiko auf absehbare Zeit keine parlamentarische Unterstützung bekommen würde und daß die Verantwortung für das Desaster allein bei Clinton liege.

Daraufhin starteten Clinton und seine Berater den sogenannten „Plan B“. Zum einen wurde der mit 20 Milliarden US-\$ ausgestattete Krisenfonds – der dem US-Präsidenten im Notfall zur freien Verfügung steht – ausgeschöpft, zum anderen wurde beim IWF und der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) angefragt, ob Gelder freigegeben würden. Die Präsidenten der beiden letztgenannten Institutionen entschieden daraufhin eigenmächtig, insgesamt 20 Mill. US-\$ freizustellen – eine beispiellose Entscheidung, denn sie wurde ohne jegliche

## Wie funktioniert der internationale Finanzmarkt?

**Devisenhandel:** Der Handel mit verschiedenen Währungen an einer Börse. Einheiten einer bestimmten Währung werden zu einem bestimmten Kurs gekauft und dann möglichst gewinnbringend wieder verkauft, sprich: in eine andere Währung eingetauscht. Anders als beim Sortenhandel sind Privatpersonen von dieser Handelsform ausgeschlossen. Im Gegensatz zum Handel mit Waren oder Dienstleistungen, also greifbaren Gütern, wird – seitdem 1973 der US Dollar seine Funktion Leitwährung verloren hat (siehe „Bretton Woods“), im noch größeren Maße als schon zuvor mit Devisen – also konkret mit Geld – gehandelt.

**Geschichte:** In der BRD wurde am 4. Mai 1953 die Frankfurter Devisenbörse nach dem Zweiten Weltkrieg wiedereröffnet. Nachdem anfänglich nur vier Währungen gehandelt wurden – der belgische und französische Franc, der niederländische Gulden und der Schweizer Franken –, wuchs die Zahl der gehandelten Währungen in den folgenden Jahren auf 17. Unter anderem kam 1969 der japanische Yen hinzu. Mittlerweile gibt es in der BRD vier weitere Devisenbörsen, in Berlin, Hamburg, Düsseldorf und München, wobei der Frankfurter Devisenbörse die Rolle der Leitbörse zukommt. An den anderen vier Börsen werden lediglich Kauf- und Verkaufsaufträge zusammengefaßt und nach Frankfurt weitergeleitet; ausschließlich in Frankfurt sind Vertreter der Bundesbank am Handel beteiligt, und auch der amtliche Kurs – das „Fixing“ – wird hier festgestellt.

### Was hat es mit „Bretton Woods“ auf sich?

In dem Abkommen von Bretton Woods, einem Ort in den USA, wurde der US-Dollar als Leitwährung, an der die westlichen Währungen gemessen wurden, festgelegt. Die Parität für die D-Mark wurde im September 1949 bei 4,20 DM pro Dollar festgesetzt. Doch dieses System der festen Wechselkurse war in der sich ständig verändernden Weltwirtschaft der Nachkriegszeit zum Scheitern verurteilt. Immer wieder rußten die Paritäten angepaßt werden. So stand die D-Mark 1961 bei 4 DM je Dollar, 1969 bei 3,66 je Dollar, 1971 bei 3,2225 DM und 1973 bei 2,9003 DM je Dollar. Nach heftigen Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten im Zuge der Finanzkrise der USA nach dem Vietnamkrieg brach das System völlig zusammen und wurde 1973 aufgehoben. Damit begann die Ära der frei schwankenden Wechselkurse und so auch die Ära der Devisenspekulanten.

Schon ab 1970 bauten viele westliche Nationen die Markt- und Handelsschranken für den internationalen Kapitalverkehr ab. Dadurch kamen andere Länder, die noch an den alten Kontrollen festhielten, unter Druck: Die Unternehmen beschwerten sich, daß sie keinen Zugang zu zinsgünstigem ausländischen Kapital hatten, und daraufhin fielen 1979 in Großbritannien und ein Jahr später in Japan die letzten Schranken.

Die „größte Deregulierungsaktion der Wirtschaftsgeschichte“ (EG-Kommissar Peter Schmidbauer) war jedoch die auf dem Glauben an „Wohlstand für Alle“ durch grenzenlose Wirtschaftsfreiheit begründete Einrichtung des Europäischen Binnenmarktes 1988, nach der auch Frankreich und Italien ihre

Grenzen für den internationalen Geld- und Kapitalverkehr öffneten, gefolgt von Portugal und Spanien, die noch bis 1992 „durchhielten“.

Die Regierungen der Nationalstaaten haben also selbst den Hintergrund geschaffen und gesetzlich verankert, vor dem die internationalen Händler und Devisenspekulanten – der staatlichen Kontrolle weitestgehend entzogen – ihre milliardenschweren Geschäfte abwickeln, und somit haben diese Regierungen auch den „Dämon“ in die Welt gesetzt, dessen sie jetzt kaum noch Herr werden können: den global sich immer weiter integrierenden Finanzmarkt.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) tat ebenfalls seinen Teil dazu, indem die Kredite, die in den letzten zehn Jahren vergeben wurden, an die Auflage gebunden waren, die jeweilige Landeswährung des Kreditnehmers „[...] konvertibel zu machen und das Land für den internationalen Kapitalverkehr zu öffnen.“ (Martin/Schumann, 1996)

Übrigens: In den Aufsichtsgremien des IWF haben die G-7 Staaten das Sagen!

### Der internationale Währungsfonds (IWF)

Der IWF ist eine Institution mit Sitz in Washington D.C., die ihre Mittel aus Kapitaleinlagen reicher westlicher Geberländer bezieht und zur Unterstützung wirtschaftlich schwacher Länder Kredite vergibt. Wann immer ein Land einen Kredit braucht, wendet es sich an den IWF. In langen Verhandlungen müssen sich die „Bittsteller“ beispielsweise zu drakonischen Sparmaßnahmen innerhalb ihres Landes verpflichten, erst dann werden die Verträge über die zinsbegünstigten Millardenkredite den Geberländern zur Abstimmung vorgelegt. Nach einem positiven Bescheid gibt der Präsident des IWF, Michel Camdessus, das Geld mit seiner Unterschrift frei.

Die Frage, warum Nationen wie – allen voran – die USA, Japan und die BRD dem IWF große Mengen an Geld zur Verfügung stellen sollten, ist leicht zu beantworten: Mit dem Geld aus den IWF-Krediten werden zumeist Auslandsschulden an die Erste-Welt-Länder zurückgezahlt (oder zumindest deren Zinsen) oder Waren von diesen Ländern gekauft. Somit bleibt das Geld „in der Familie“, und die Kredite sind im Grunde nichts anderes als eine lukrative Einnahmequelle für die „Geberländer“, da zum einen durch die Schuldzinsinsen Profit erwirtschaftet und zum anderen der Export angekurbelt wird.

### Wie funktioniert Devisenhandel?

An der deutschen Devisenbörse werden die Kurse „direkt“ notiert. Das heißt, daß der DM-Preis für eine, hundert oder tausend Einheiten der Fremdwährung festgestellt wird, im Gegensatz zur „indirekten“ oder „Mengen“-Notierung, wo man von einer Einheit der eigenen Währung ausgeht und ermittelt, wie viele Einheiten der Fremdwährung dafür aufzubringen sind. Wenn Angebot und Nachfrage ausgeglichen sind, ähnlich wie beim Wertpapierhandel, „steht“ der Kurs. Morgens des Börsenbeginns kann lediglich eine „Kurstaxe“ – sprich: Eine Spanne, in der der Kurs liegen wird – ange-

geben werden. An dieser Spanne orientieren sich die Händler und geben neue Aufträge oder ändern bereits vorhandene. Das endgültige Fixing erfolgt in der Regel zwischen 13 und 14 Uhr, wobei immer zuerst der Dollarkurs bekanntgegeben wird.

**Sortenhandel:** Im Gegensatz zum Devisenhandel werden fremde Währungen auch als Sorten gehandelt. An dieser Form können sich auch Privatleute beteiligen. Als Sorten werden fremde Banknoten und Münzen – wie z.B. Geld in der Reisekasse – bezeichnet. Wo also der Devisenhandel bargeldlos vonstatten geht und die Ergebnisse nur in veränderten Kontoständen zu erkennen sind, werden beim Sortenhandel täglich Millionen in Geldtransportern oder per Post von einem Ort zum anderen geschafft. Da der Transport wiederum mit Kosten verbunden ist (z. B. Versicherung) bestehen deutlich größere Unterschiede zwischen dem Geldkurs (Kaufkurs) und dem Briefkurs (Verkaufskurs) als beim Devisenhandel. Kostet der Dollar beispielsweise am Devisenmarkt beim Kauf 1,4913 DM und beim Verkauf 1,4993 DM, zahlt der/die Reisende am Wechselschalter am selben Tag 1,55 DM und erhält beim Verkauf nur 1,44 DM, und selbst diese Spanne kann von Institut zu Institut noch variieren. (vgl: Erlenbach, Erich/Gotta, Frank 1997)

### Was ist Termin- bzw. Derivathandel?

Beim Terminhandel bzw. Handel mit Derivaten wird nicht mit „realen“ Wertpapieren oder Devisen gehandelt, sondern mit Erwartungen, zu welchem Kurs oder Zins diese Anlagen in der Zukunft ge- oder verkauft werden können. Unterschieden werden muß im wesentlichen zwischen „Futures“ und „Optionen“:

Eine **Option** ist ein Kontrakt, der das Recht – nicht aber die Pflicht – beinhaltet, nach einer bestimmten Laufzeit ein vertraglich festgesetztes Angebot zu einem vorher fixierten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Der Verkäufer erhält vom Käufer eine Optionsprämie für dieses Recht.

Optionen kann man auf Aktien, Devisen, Anleihen und Rohstoffe erwerben.

**Futures** hingegen implizieren die Verpflichtung, die Anleihen, Aktien, Devisen nach Ende der vereinbarten Laufzeit auch tatsächlich zu kaufen. „Vorteile“ für die am Vertrag Beteiligten sind, daß zum einen der Käufer bis zur Fälligkeit sein Geld zinsbringend anlegen – oder anderswo spekulieren – und der Verkäufer die Erträge aus den Papieren (Zinsen, Dividenden) noch voll ausschöpfen kann. (Erlenbach/Gotta: 1997)

Dieses Handeln mit Erwartungen an die Zukunft hat beinahe unüberschaubare Dimensionen erreicht. Regelmäßig kommen neue Formen des Handelns bzw. neue „Produkte“ auf den Markt. Inzwischen wird mit Optionen auf Optionen gehandelt. Und diese Form des Wirtschaftens ist es, die den internationalen Finanzmarkt krisenanfällig und unberechenbar macht, da Aktionen auf der einen Seite des Globus völlig unbeabsichtigte Folgen auf der anderen haben können.

Absprache oder Rückfrage bei den „Geberländern“ gefällt und somit auch außerhalb jeglicher parlamentarischen Kontrolle.

Am nächsten Tag begann Bill Clinton seine Rede vor der Jahresversammlung der US-Gouverneure mit einer Sensation: „Mit Hilfe des IWF, der BIZ und der kanadischen Regierung [...] stehe dem krisengeschüttelten Nachbarland Soforthilfe von über 50 Milliarden Dollar zur Verfügung. Mexiko werde alle seine Schulden bezahlen können.“ (Martin/Schumann: 1996)

Die Initiatoren rechtfertigten diesen Coup mit der Bedrohung durch „... die erste große Krise der neuen Welt der globalisierten Märkte,“ (ebd.) und ähnlichen Superlativen. Doch die Kritik fiel ebenso hart aus. So nannte Willem Buiter, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Cambridge die Aktion „... ein Geschenk der Steuerzahler für die Reichen.“ (ebd.)

Beiden Seiten muß Recht gegeben werden: Einerseits war die Abwendung dieser drohenden weltweiten Finanzkrise die „kühnste Katastrophenabwehr“ der Wirtschaftsgeschichte, andererseits ein „ein dreister Raubzug gegen die Steuerkasse der zahlenden Länder zugunsten einer vermögenden Minderheit.“ (ebd.)

### Wie ist das mit der Macht?

Vor dem Hintergrund, daß immer mehr Finanzunternehmen ihre Geldgeschäfte in „Offshore“-Finanzplätze verlagern, sind die Regierungen der Nationalstaaten erpreßbar geworden.

Offshore-Finanzplätze sind die sogenannten „Steuerparadiese“ wie z. B. Liechtenstein, Luxemburg und die Cayman Inseln in der Kari-

bik. Dort haben an die 500 Geldunternehmen – darunter auch die zehn größten deutschen Geldinstitute –, Filialen eingerichtet, um den Einkommens-, Umsatz- und Kapitalsteuern im eigenen Land zu entfliehen. So paradox es klingen mag: Banken können hohe Gewinne aus dem Handel mit Staatsanleihen erwirtschaften, hinterziehen die Steuer, indem die Geschäfte über einen der Offshore- Plätze abgewickelt werden, und letzten Endes haben die Staaten dann Schulden bei den Unternehmen, die sie um ihre Steuern betrügen.

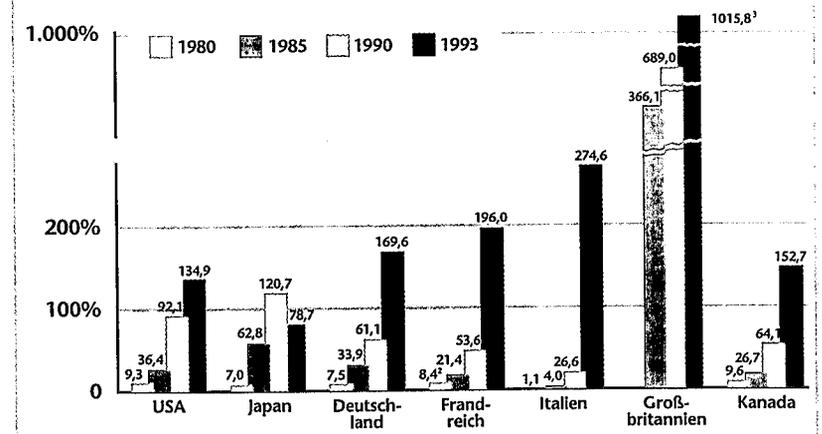
Die Steuerfahndung steht diesen Vorgängen machtlos gegenüber, da die Finanzindustrie ihre Geschäfte einfach an andere Orte verlagert, sobald sie unter Druck gerät. Ein Beispiel: Anfang 1996 startete aufgrund des ansteigenden Haushaltsdefizites die deutsche Steuerfahndung bei einigen großen Banken Durchsuchungsaktionen. Als „Antwort“ darauf legte die Deutsche Bank kurz darauf ihren Jahresbericht vor, in dem die zweithöchste Gewinnbilanz ihres Bestehens dargestellt war (4,2 Milliarden Mark), gleichzeitig sanken jedoch die Abgaben an den Fiskus um 377 Millionen Mark. Den Nationalstaaten bleibt angesichts dieser „Fluchtmöglichkeiten“ des Kapitals wenig anderes übrig, als sich nach dem Diktat der Finanzindustrie zu richten (Steuerbegünstigungen, Deregulierung, etc.).

Der Anschluß an das internationale Finanzsystem kommt für viele Staaten einem „faustischen Pakt“ (Martin/Schumann: 1996) gleich. Zwar haben sie dadurch Zugang zu den weltweit verfügbaren Geldreserven und können hohe Kredite zu günstigen Konditionen aufnehmen, unterwerfen sich aber gleichzeitig den Mächten,

die das Geschick der (Finanz-)Welt lenken und doch im Unsichtbaren verborgen bleiben.



### Grenzüberschreitender Handel mit Obligationen und Aktien (in Prozent des Bruttoinlandsproduktes)

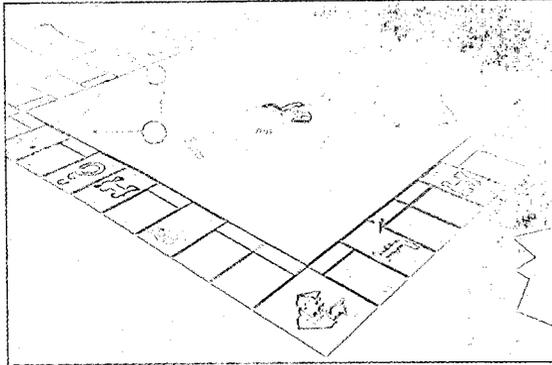


1) Bruttowertschriftenkäufe und -verkäufe zwischen Gebietsansässigen und -fremden  
2) 1982, 3) 1991. Die Zeitreihe wurde seither nicht fortgeführt.



„Geld muß arbeiten!“ – was heißt das eigentlich? Wie wird aus Geld mehr Geld?

Die Macht der großen Investmentfonds oder auch von Banken beruht auf den kleinen Anlegern und Sparern. Wie sieht es bei euch im Seminar aus – wie „legt ihr euer Geld an“? Gibt es in eurem Seminar Aktienbesitzer?



### Zum Beispiel: Moody`s

Die machtvollste dieser Agenturen ist „Moody`s Investors Service“ mit Sitz in New York. Sie ist die weltgrößte und gefragteste Bewertungsagentur für Kapitalanlagen. Die Analysen, die die Mitarbeiter von Moody`s über die Finanzanlagen von Staaten erstellen, gleichen an Geheimhaltung und Wichtigkeit den Geheimdienstberichten der Regierungen. Daß Vincent Truglia, Vizepräsident von Moody`s, betont, daß keine moralischen oder politischen Urteile über ganze Nationen gefällt werden, ist eine Aussage, die zwischen „Understatement und Heuchelei!“ schwankt (Martin/ Schumann:1996).

Was in Truglias Abteilung – er ist Chef der Abteilung für die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Nationen – erarbeitet wird, entscheidet über Wohl und Wehe der Nationen auf dem internationalen Finanzmarkt. Die Regierungen bestellen die Mitarbeiter von Moody`s – die, um Bestechungen vorzubeugen, immer zu zweit reisen – und lassen diese ihre Finanzen prüfen. Die höchste „Auszeichnung“, das „Aaa“ erhal-

ten nur die Länder wie die USA und Japan und die wirtschaftlich stabileren EU-Länder wie die BRD und Österreich.

Argentinien z.B. als das Land mit der stabilsten Währung Südamerikas muß sich nach wie vor mit der Einstufung als „B-“ Land abfinden, was dazu führt, daß die Regierung in Buenos Aires 4,8 Prozent mehr Zins als „Risikozuschlag“ auf Anleihen entrichten muß. Obwohl Moody`s betont, nur im Interesse der Investoren zu handeln, haben die Bewertungen immense politische Auswirkungen:

Als der sozialdemokratische Ministerpräsident Schwedens, Persson, öffentlich vorschlug, die Unterstützung für Arbeitslose und Kranke wieder auf 80 Prozent heraufzusetzen, kommentierte Moody`s, daß die Stabilisierung des schwedischen Staatshaushaltes unzureichend sei. Einen Tag später fielen die Kurse für Aktien und Renten um bis zu 100 Punkte, und auch der Wert der Krone begann auf dem internationalen Markt zu sinken. Persson verlor beinahe die Wahl und mußte sein Programm umstellen.

Als Moody`s 1996 den Kreditstatus Australiens zur Nachprüfung ansetzte – wieder kurz vor Wahlen – trat dies eine innenpolitische Lawine los, und die Australische Labour-Partei verlor die Wahl.

Ein Trend scheint klar erkennbar: Je unsozialer eine Regierung versucht, ihren Staatshaushalt zu stabilisieren, desto besser ist die Bewertung von Moody`s, und damit können auf dem internationalen Markt günstiger Kredite aufgenommen werden. Der soziale Faktor gerät in diesem „Spiel“ der Mächtigen im Finanzwesen immer mehr ins Hintertreffen, und die Politik

scheint dem macht- oder willenlos gegenüber zu stehen

Solange nicht neue internationale Regulationsmechanismen eingesetzt werden, verlieren die Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränität an die internationale Spekulation.

### Zum Verhältnis von Finanzmarkt und „realer“ Wirtschaft

Die steigende Beeinflussung der Zinsen und Preise durch spekulative Aktionen institutioneller und privater Anleger hat negative bzw. hemmende Wirkung auf die Produktion und damit auch auf den Handel mit Waren und Dienstleistungen.

In Aussicht auf lukrative Spekulationsgewinne wird vorhandenes Geld eher in Devisen investiert als für die Produktion eingesetzt. Das Schlagwort der Zeit lautet „Casino-Kapitalismus“.

Man kann aufgrund der Explosion des Handelsvolumens auf den Finanzmärkten in den letzten 20 Jahren davon ausgehen, daß erstens genügend Finanzkapital weltweit vorhanden ist, es jedoch nicht gelingt, dieses in die Produktion und in Beschäftigungsprogramme zu lenken – eine Option, die sich die Regierungen mit ihrer deregulierenden Wirtschafts- und Steuerpolitik selbst verbaut haben.

Zweitens belastet diese Entwicklung, wie erwähnt, die Produktionswirtschaft und damit auch die Arbeitsmärkte: es scheint nicht möglich, das entstandene und sich vermehrende Finanzkapital in effektive Nachfrage umzuwandeln, da sich die Geldgeschäfte fernab von der

„realen“ Wirtschaft bewegen, Finanz- und Sachkapital also relativ losgelöst voneinander sind.

Drittens steigt durch diese Entkopplung die Gefahr von Wirtschaftskrisen weltweit, wie durch die Krisen der letzten Jahre bestätigt wird.

Viertens belastet die Überhandnahme der spekulativen Momente und damit die Sprunghaftigkeit der Wechselkurse insofern, als daß aufgrund einer wachsenden „Erwartungslastigkeit“ (Hickel 1996) die Empfindlichkeit der Wirtschaft rapide zunimmt und geringe Kapitalverschiebungen oder Interventionen große oder gar unüberschaubare Auswirkungen auf den Finanzmarkt haben können.

Als die Notenbanken der USA, Japans und der BRD den Dollarkurs durch eine Intervention einmal leicht „korrigieren“ wollten, verursachten sie einen chaotischen Kurseinbruch von 30 Prozent. Die genannten Banken verkauften eine größere Menge Dollar, um den Kurs leicht abzusenken, was aber dazu führte, daß Devisenhändler einen Kurseinbruch erwarteten und in noch größerem Maße Dollars schlagartig abstießen.

### Was ist die Tobin tax?

James Tobin ist ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, der in den siebziger Jahren ein Konzept zur Besteuerung von Devisengeschäften entwickelte. Dieser Plan besagte, daß alle Devisentransaktionen mit einem Prozent besteuert werden sollten. Das hätte einen direkten Einfluß auf die Spekulation mit den unterschiedlichen Zinssätzen der Länder und würde diese nur noch in Ausnahmefällen lohnenswert machen. Um z. B. niedrig verzinste D-Mark in Dollar anzulegen, müßte der Investor zwei Prozent seines Anlagekapitals an den Fiskus abgeben, weil er ja zweimal tauschen müßte. Rein

rechnerisch würde sich dieses Geschäft – bei einer gängigen Laufzeit von drei Monaten – erst lohnen, wenn der Zinsunterschied zwischen der BRD und den USA, aufs Jahr bezogen, acht Prozent betrüge, was ein unwahrscheinliches Szenario ist. Bei einer längeren Laufzeit würde sich zwar der Gewinn erhöhen, jedoch ist auch das Risiko größer, daß die Zinsdifferenz und damit der Wert der Anlage wieder sinkt.

Der sofortige Vorteil für die Realwirtschaft wäre, daß die Notenbanken der Länder wieder ihrer ursprünglichen Aufgabe nachkommen könnten – der Regulierung der nationalen Zinssätze – ohne Attacken von Spekulanten befürchten zu müssen. Die (steuerbefreiten) Stützungskäufe der Notenbanken hätten wieder mehr Gewicht, weil viel weniger Geld im Umlauf wäre.

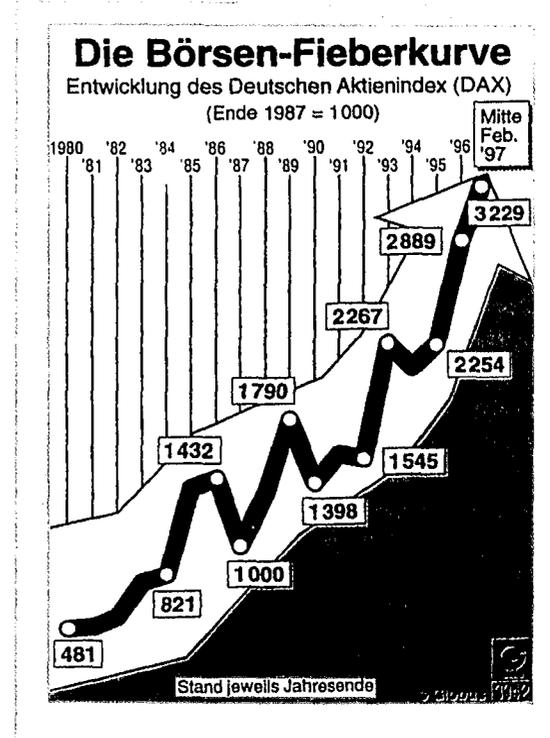
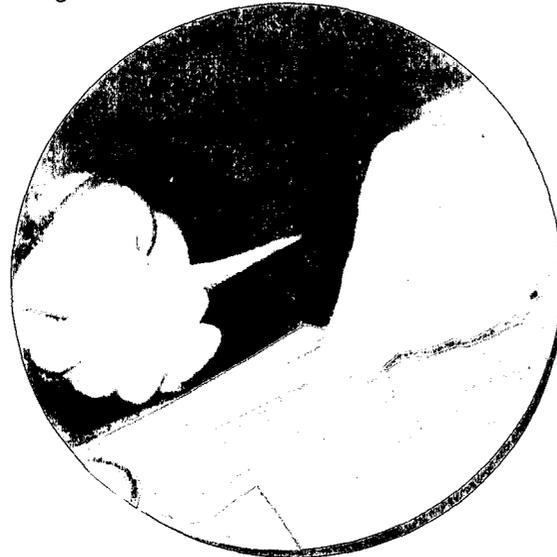
Ein weiterer Vorteil einer solchen Besteuerung wäre der finanzielle Ertrag: Je nach Höhe

des Steuersatzes könnten so 150 bis 720 Milliarden Mark zugunsten der Staatshaushalte erwirtschaftet werden. „Es wäre auch eine `Tax on Wall Street` und ausnahmsweise mal keine `Tax on Main Street`,“ schreibt der Bremer Ökonomieprofessor Jörg Huffschmid.

Ein Problem ist natürlich die Durchsetzung einer solchen Steuer. Sobald ein Land nicht mitmacht, ziehen die Banken und Anleger in dieses Land, um dort – wieder steuerfrei – ihre Geschäfte zu tätigen (siehe Offshore-Finanzplätze).

1995 brachte Tobin eine neue Studie heraus, in der er darstellte, daß Länder – und ins-

Der *Quantum-Fonds* ist ein Renten Fonds, in den Privatpersonen in Hoffnung auf Vermehrung ihres Geldes einzahlen. Die Fondsmanager spekulieren in großem Stil auf dem internationalen Finanzmarkt.



Im November 1997 hätte die nebenstehende Kurve an der Spitze einen scharfen Knick nach unten. Börsenkrähe und Bankzusammenbrüche in Asien belegten drastisch die Gefahren völlig unkontrollierter Finanzmarktbebewegungen.

besondere die Europäische Union – auch allein vorgehen könnten: die Länder müßten noch einen Schritt weitergehen und die Ausleihung ihrer Währungen – sowohl an ausländische Banken als auch an Auslandsfilialen ihrer inländischen Banken – besteuern. Wer also gegen die D-Mark spekulieren wolle, müßte sich erst einmal Mark kaufen und egal wo auf der Welt das passiert, würde ein Teil des Kapitals an den Fiskus abgeführt werden. Diese Art der Besteuerung würde die Spekulationen an ihrer Quelle treffen: bei den zur Finanzierung der Geschäfte aufgenommenen Krediten. Damit wäre auch die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs teilweise wieder aufgehoben.

Zwar sieht der Maastricht- Vertrag im Notfall eine Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen vor, doch gilt bei marktorthodoxen Kräften eine solche Regulierung nach wie vor als „böartige Häresie“ (nach Martin/Schumann 1996).

Doch die Kritik am unkontrollierbaren Kapitaltransfer wächst – auch in den politischen Eliten der Nationalstaaten. Finanzminister und Notenbankchefs verschiedener Länder fordern Maßnahmen, um den entfesselten Finanzmarkt wieder an die Kandare zu legen. Bislang wurden jedoch alle Reformvorhaben zurückgewiesen bzw. zurückgehalten, weil sich keine Regierung wirklich traut, sich mit diesen Mächten anzulegen. Es ist abzusehen, daß bald etwas passieren muß, und eine staatliche Kontrolle der Finanzgeschäfte muß wieder eingeführt werden: „Denn die chaotische Eigendynamik der Finanzwelt wächst auch den Akteuren über den Kopf. In ihrem Cyberspace aus Millionen vernetz-

ten Computern akkumulieren sich Risiken, die denen der Atomtechnik vergleichbar sind.“  
(Martin/ Schumann 1996)

### Der Kasino-Kapitalismus

Durch welche politischen Entscheidungen also wurden die Volkswirtschaften den Finanzmärkten

ausgeliefert? Es sind drei Entscheidungen, die von den führenden Finanzplätzen der westlichen Welt - New York, London, Frankfurt - und den dazugehörigen Regierungen ausgingen.

Erstens: Unter dem Schlagwort „Deregulierung“ sollte die „Einmischung“ des Staates in die Wirtschaft beseitigt werden. Der in der Demokratie selbstverständliche Primat der Politik sollte an die

### Zusammenfassung: Internationale Finanzmärkte

- Seit 1985 haben sich die Umsätze im Devisen- und internationalen Wertpapierhandel mehr als verzehnfacht.
- Während eines durchschnittlichen Handelstages wechseln heute Währungsbestände im Wert von rund 1,5 Billionen Dollar den Besitzer. Diese Summe entspricht etwa dem Gegenwert der gesamten Jahresleistung der deutschen Wirtschaft.
- Auf die Finanzierung des „realen“ internationalen Handels mit Waren und Dienstleistungen entfallen davon lediglich 1-2 Prozent. Der überwiegende Anteil entspringt den spekulativen Absichten privater und institutioneller Anleger.
- In der gleichen Größenordnung bewegen sich die Umsätze mit Aktien, Konzernanleihen, staatlichen Schuldtiteln und unzähligen, bis vor kurzem völlig unbekanntem Spezialkontrakten – den sog. Derivaten.
- Diese Entwicklung hochspekulativer, hochgradig computergesteuerter Finanzmärkte hat die weitgehende Entkopplung von Finanz- und Sachkapital zur Folge und stellt damit ein nicht mehr zu beherrschendes Risiko für die (reale) Wirtschaftsentwicklung dar.
- Die Herausbildung internationalisierter Finanzmärkte ist jedoch kein „naturwüchsiger“ Prozeß, sondern das Resultat finanzpolitischer Deregulierung und Liberalisierung.



Was haben Devisengeschäfte mit Arbeitslosigkeit zu tun? Und zu welchen Verbesserungen könnten die Vorschläge von Hickel führen?  
(s. S. 70/71)

Wirtschaft, insbesondere an die Banken als Betreiber der Finanzmärkte übergehen. Begründung: Die von gesetzlichen Vorschriften soweit wie möglich zu befreienden Finanzmärkte sollten das Kapital zum besten Wirt bringen, sollten im System flexibler Wechselkurse über den Wert der Währungen ebenso entscheiden wie über die Politik insgesamt. Konsequenz: Die Banken wurden zum Schiedsrichter über die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

**Zweitens:** Nach den weltweiten Inflationschüben konzentrierte sich Politik auf Preisstabilisierung und geriet in die Fänge des sogenannten Monetarismus, der möglichst autonomen Notenbanken mit der Geldversorgung die Schlüsselrolle in der Wirtschaftspolitik zuweist. Die Notenbank setzt die Bedingungen für Wachstum und Einkommen. Nicht etwa demokratisch legitimierte Regierungen.

**Drittens:** Durch Kostensenkung bei Löhnen, Steuern, Sozial- und Umweltabgaben wetteiferten die Regierungen darum, ihre Länder zu attraktiven Produktionsstandorten zu machen.

Während etwa Frankfurter Notenbanker bei öffentlichen Auftritten noch immer auf die deregulierenden Finanzmärkte als die entscheidende globale Regelungsinstanz für Wechselkurse und lohnende Standorte setzen, erklärt Joseph Stiglitz, der Chefvolkswirt der Weltbank: "Nur auf einen Minimalstaat, Liberalisierung und den Abbau von Defiziten im Staatshaushalt und im Außenhandel zu setzen, ist eine zu einfache Formel." Und: "Es

"Es sind nicht fehlende Finanzmittel, die im volkswirtschaftlichen Durchschnitt in Deutschland die Sachinvestitionen behindern, sondern die 'Zweckentfremdung' der erwirtschafteten Eigenmittel."

Rudolf Hickel  
1996

geht nicht um Deregulierung, sondern darum, die richtige Regulierung zu finden." Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die in Fernost ausgebrochene Zerrüttung der Devisen- und Finanzmärkte fügt der Mann hinzu: "Der Konsens darüber, daß ohne wirksame Aufsicht die Liberalisierung der Finanzmärkte alleine nicht mehr für Wachstum sorgt, wird gefestigt."

von Claus Noé, aus: DIE ZEIT Nr. 46,  
vom 7. Nov. 1997



## Auswirkungen des Kapitalmarktes auf betriebliche Steuerung und Strategie: Der „Shareholder Value-Ansatz“

Seit den 80er Jahren fordern Unternehmensführungen von ihren Abteilungen und MitarbeiterInnen immer höhere Gewinnmargen. Bereiche und Abteilungen werden „durchgerechnet“, zu „Kostenstellen“ gemacht. Interne Abrechnungsverfahren werden eingeführt und, falls der Preis außerhalb der Werkstore billiger ist, werden Aufträge nach außen gegeben. Mit dem „Shareholder-Value-Ansatz“ wird eine stärkere Kapitalmarktorientierung von Unternehmensführung gefordert.

Wir zitieren im folgenden aus Texten des Diplom-Betriebswirtes Arno Prangenberg und stellen einige seiner grafischen Übersichten dar:

### Der Shareholder-Value-Ansatz als unternehmerisches Steuerungsinstrument

„Beim Shareholder-Value-Ansatz handelt es sich um ein Instrument zur Steuerung eines Unternehmens oder eines Konzerns. Die Bewertung kann dabei sowohl das gesamte Unternehmen bzw. den gesamten Konzern als auch einzelne (Geschäfts-)bereiche und Investitionsobjekte zum Gegenstand haben. So gesehen findet die Shareholder-Value-Analyse auf mindestens zwei Ebenen statt: Werden einzelne Geschäftsbereiche bewertet, so verhält sich die darüber angesiedelte Unternehmensleitung wie ein Aktionär, der eine Mindestrendite fordert. Wird das gesamte Unternehmen bewertet, so unterstellt die Unternehmensleitung dem externen Aktionär,

„Sharholder Value“ wörtlich übersetzt heißt: „Aktionärswert“ und meint, unternehmerische Entscheidungen daran zu messen, ob durch sie der Wert des Unternehmens für seine Aktionäre gesteigert wird.



Habt ihr im Seminar Erfahrungen mit „Kostenstellen“ im Betrieb/Verwaltung? Wenn ja, was hat sich nach Einführung in der Arbeit und ihrer Organisation verändert?

daß er bei für ihn unzureichender Verzinsung kein (weiteres) Kapital zur Verfügung stellt.“

Ein Management, das sich die Maximierung des Aktionärswertes zum Ziel gesetzt hat, muß sich einen Überblick über alle Faktoren der Wertschöpfung und deren Zusammenwirken verschaffen („Konzernportfolio“), um seine strategische Planung zu systematisieren. (siehe Überblick „Systematisches Management des Konzernportfolios“)

„Das wiederum setzt die Bildung strategischer Geschäftseinheiten voraus, die, unabhängig von einer Verselbständigung in eigener Rechtsform, klar abgegrenzt und für sich selbst funktionsfähig sein müssen. Außerdem müssen sie im Hinblick auf notwendige In- und Outputs Marktfähigkeit besitzen. Das heißt, sie müssen in der Lage sein, Marktpreise auch bei konzerninternen Leistungen zu zahlen bzw. in Rechnung zu stellen.“

„Die Annahme, daß es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Marktanteil und Wertposition der Geschäftseinheit gibt, begründet ... die Übertragbarkeit der Überlegungen sogenannter „Produktionszyklen“ auf die Wertentwicklung ganzer Geschäftseinheiten. Wird kein Wertbeitrag mehr erbracht, so sind diese Geschäftseinheiten nach dieser Lesart zu veräußern.“ (siehe Abb. „Marktanteils-Marktwachstums-Portfolio der BCG“)

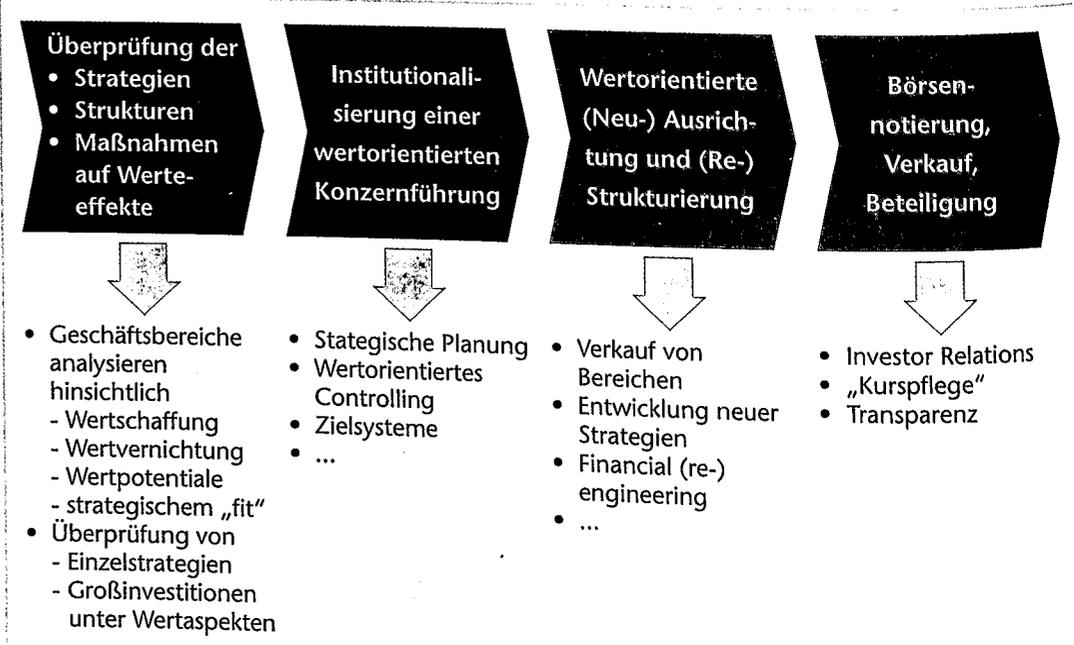
Prangenberg weist auf zwei, der Kapitalverwertung immanente Probleme hin:

1. Der Shareholder-Value Ansatz denkt in Kerngeschäften und vernachlässigt Ressourcen (z.B. Forschung und Entwicklung, Qualifikation von MitarbeiterInnen). So kann es zu Verlust von „Kernkompetenzen“ kommen, die der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens längerfristig Schaden zufügen können.

2. Es besteht die Gefahr des „Bereichsegoismus“. Das heißt, das jeweilige Bereichsmanagement sieht nur noch die eigene Gewinnträchtigkeit, hat aber die Entwicklung des ganzen Konzerns nicht mehr im Auge. Positive sogenannte „Synergieeffekte“ (das Zusammenwirken von Bereichen oder Unternehmen) können so verunmöglicht werden.

(vgl. Seite 17 und 18)

### Systematisches Management des Konzernportfolios

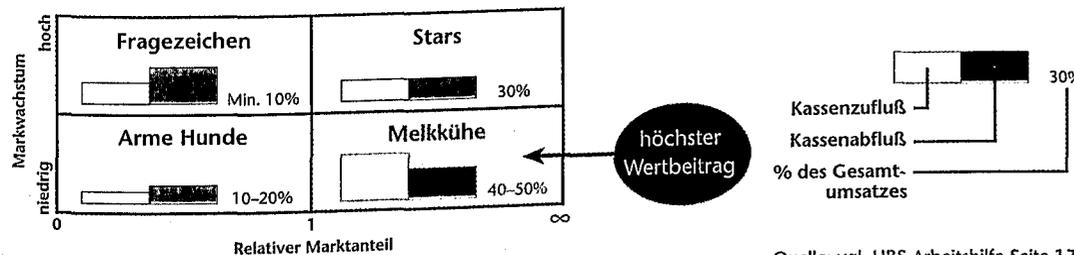
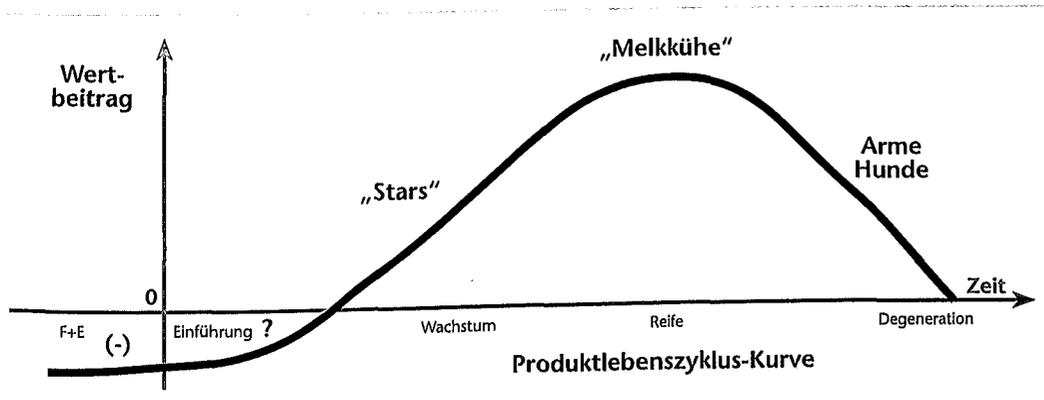


### Shareholder-Value-Orientierung gegen Stakeholder-Value-Orientierung

Das Shareholder-Value-Konzept kommt ursprünglich aus den USA. Es entstand dort vor gänzlich anderen Rahmenbedingungen auf dem Kapitalmarkt. In den USA werden Unternehmen überwiegend mit Eigenkapital (der Aktionäre) finanziert. In Kontinentaleuropa dagegen sind Unternehmen überwiegend fremdfinanziert (insb. durch Banken). Während in den USA das vorrangige Ziel der Unternehmen ist,



### Marktanteils-Marktwachstums-Portfolio der Boston Consulting Group



Quelle: vgl. HBS-Arbeitshilfe Seite 17

Aktionärsinteressen zu befriedigen, verstehen sich europäische Unternehmen als „Koalition“ von Interessengruppen. Der Shareholder-Value-Ansatz könnte zu US amerikanischen Verhältnissen führen: Regulierte Märkte und soziale Sicherungssysteme erscheinen als Störfaktoren. Vor diesem Hintergrund ist das zentrale Problem des Shareholder Value zu sehen, „daß hier auch ein „Kampfbegriff“ kreiert wurde.“ (Siehe Kasten „Die Auseinandersetzung um einen Kampfbegriff“) So liegt hier – und nicht in der Auseinandersetzung mit einem betriebswirtschaftlichen Steuerungskonzept – der Schwerpunkt in der Diskussion: Die Unternehmen hätten primär dafür zu sorgen, daß der Wert, den ein Unternehmen für seine Eigentümer habe, erhöht würde. Dabei gibt es doch auch andere Gruppen (Arbeitnehmer, Kunden, Lieferanten, Gemeinde/Staat, Umwelt etc.), die etwas eingesetzt, „at the stoke“, haben. Beim sogenannten Stakeholder-Value-Ansatz gilt es, alle Gruppen, die Ansprüche an das Unternehmen haben, angemessen zu befriedigen. Die „Shareholder“ sind dabei nur eine Gruppe unter den sogenannten „Stakeholdern.“ (siehe auch Übersicht „Shareholder-Value-Orientierung versus Stakeholder-Value-Orientierung“)



Diskutiert die beiden Ansätze: „Shareholder Value“ und „Stakeholder Value“. (Insbesondere auch die Positionen im Kasten „Die Auseinandersetzung ...“). Welche Position ist euch am nächsten? Warum?



Beide Ansätze sind Konzepte von Kapitalfraktionen? Gibt es Positionen/Konzepte jenseits der beiden Value-Ansätze? Wenn ja, welchen „Wert“ vertreten diese?

## Die Auseinandersetzung um einen Kampfbegriff

„Wer den Aktionär stärkt, bricht verfestigte Strukturen auf – beim Management wie bei der Arbeitnehmer-Lobby.“

(Kadan, Managermagazin)

„Es ist ja gut, daß der Aktionär wiederentdeckt wird. Aber es bereitet mir Unbehagen, wenn man sich so einseitig auf den Shareholder fixiert.“

(Franz, Siemens)

„Es gibt noch andere Bereiche, um die sich ein Unternehmen kümmern muß: um Kunden und Mitarbeiter zum Beispiel.“

(Kopper, Deutsche Bank)

„Wer in der zunehmenden Orientierung deutscher Unternehmen am Shareholder-Value (...) Verrat an der sozialen Marktwirtschaft sieht, ist ein Klassenkämpfer, ein Sozialist geblieben, ....“

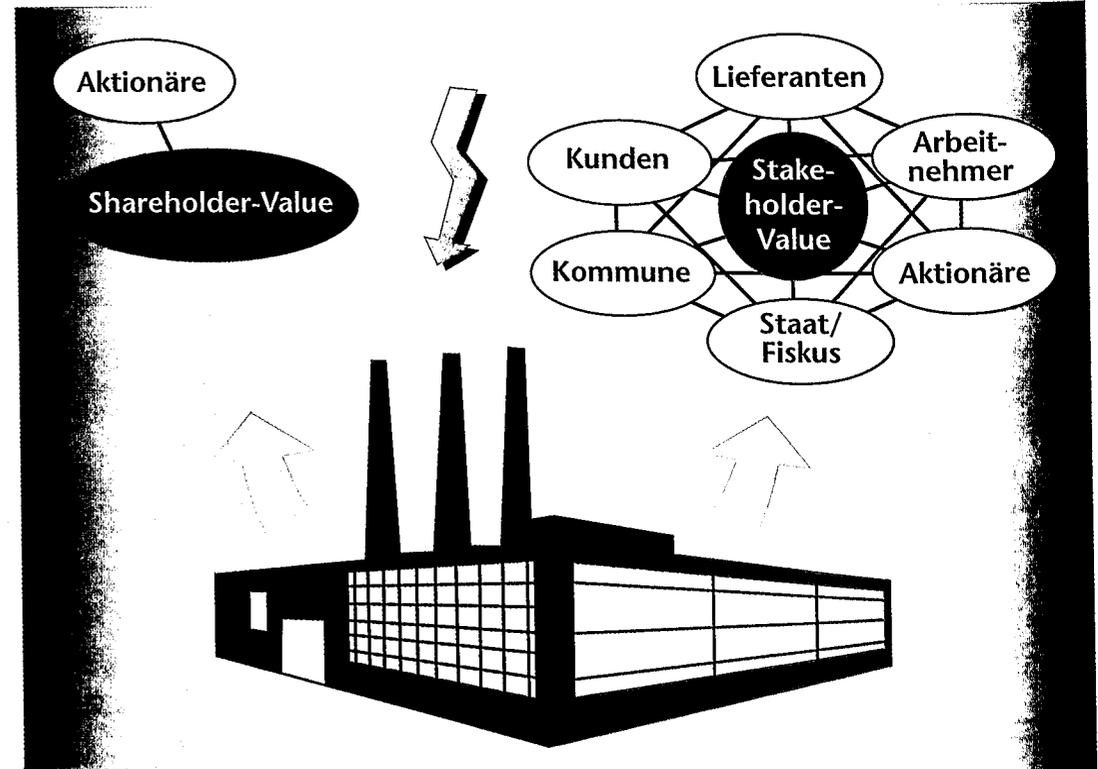
(Baron, Wirtschaftswoche)

„Was in den USA mit ihrer stärker kapitalistischen Orientierung (...) noch Sinn machen mag, wirkt in Deutschland, mit seinem Betriebsverfassungsgesetz, den mitbestimmten Aufsichtsräten und dem völlig anderen gesetzlichen Gläubigerschutz schlichtweg abwegig. Hierzulande kann niemand Werte nur für den Aktionär schaffen.“

(Weber, Handelsblatt)

Quelle: HBS-Arbeitshilfe, Seite 18

## Shareholder-Value-Ansatz versus Stakeholder-Value-Ansatz



Quelle: HBS-Arbeitshilfe Seite 19



### Literatur

- Erlenbach, Erich/Gotta, Frank: „So funktioniert die Börse/ Aktien, Zinsen, Derivate, Euro.“ Societätsverlag, Frankfurt/Main: 1996.
- Arbeitshilfen für Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten: „Der Shareholder-Value-Ansatz“ von Arno Prangenberg. Zu beziehen beim Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Abt. Mitbestimmungsförderung, Bertha-von-Suttner-Platz 3, 40227 Düsseldorf

- Hicel, Rudolf: Quantensprung bei der Internationalisierung der Finanzmärkte: Gefahren für Produktion und Arbeitsplätze“ In: Internationalisierung – Finanzkapital – Maastricht II: aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen ; Frankfurt/Main: 1996.
- Hübner, Kurt: „Rien ne va plus? Anmerkungen zu Casino-Kapitalismus und Entkopplung von realer und monetärer Akkumulation.“ In: iz3w; blätter des informationszentrums dritte welt. Heft 218. Freiburg: Dez.1996. Seiten 27-31.

- Kritische Aktionäre der Deutschen Bank (Hrsg.): „Macht ohne Kontrolle – Bericht über die Geschäfte der Deutschen Bank.“ Stuttgart: 1990.
- Keynes, John Maynard: „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes.“ Berlin: 1983.
- Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald: „Die Globalisierungsfalle - Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand.“ Reinbek bei Hamburg: 1996. Seiten 63- 137.

# Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

## Beschäftigungsperspektiven

**Der Start des Euro als gemeinsamer Währung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (1999) naht, allenthalben herrscht Unsicherheit.**

Vorbereitend vorausgegangen war auf Beschluß des Europäischen Rates im Jahre 1979 das Europäische Währungssystem. Sein Ziel war die Förderung der Währungsstabilität und der finanziellen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union, Hauptbestandteil ein freiwilliges System halb festgelegter Wechselkurse, basierend auf der künstlichen Währungseinheit (European Currency Unit) ECU.

Die EWWU kann als Versuch regionaler Stabilisierung gegenüber und innerhalb der globalen Wirtschaft gesehen werden.

Die geteilte Meinung in der Öffentlichkeit ist gekennzeichnet von meist unzureichenden finanz- und währungspolitischen Kenntnissen und häufig von der Furcht, der Euro könnte schwächer sein als die „harte“ Deutsche Mark. Welche Bedeutung grundsätzlich den Austauschbedingungen einer Währung zukommt, wurde im Abschnitt über die Finanzmärkte,

über die wechselseitige Abhängigkeit von Devisen- und Aktienmärkten bereits deutlich. In diesem Heft wollen wir uns nicht mit dem nationalen finanzpolitischen Für und Wider befassen, sondern mit der Position der Gewerkschaften und ihren hauptsächlichen Erwägungsgründen.

### Der DGB und die Gewerkschaften stehen der EWWU grundsätzlich positiv gegenüber

Maßgeblich sind vor allem die folgenden Gründe:

- Die EWWU kann die Bedingungen für ein demokratisches und soziales Europa verbessern. Ein solches Europa beinhaltet die historisch positive Überwindung des Nationalismus, ist Ausdruck internationaler politischer Kooperation.
- EWWU, europäische Sozialunion und Demokratisierung der EU gehören zusammen
- Die Währungsunion bedeutet nicht nur, daß innerhalb der EU währungsbedingte Wettbe-

*„Aufgabe der Gemeinschaft ist es,...ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern.“*

EG-Vertrag in der Fassung von Maastricht

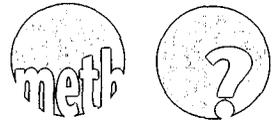
werbsverzerrungen ein Ende haben, sondern auch eine Einschränkung spekulationsbedingter Kursschwankungen auf dem Weltfinanzmarkt.

### Beschäftigung und Globalisierung der Wirtschaft

Im Mittelpunkt der Beratung im Ausschuß stand die Initiativstellungnahme zu Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Globalisierung der Wirtschaft. Im Zusammenhang mit dieser Stellungnahme gab es erhebliche Kontroversen, insbesondere zwischen der Gewerkschaftsgruppe und der Arbeitgebergruppe.

In seinem analytischen Teil weist der Ausschuß darauf hin, daß die Globalisierung sich insbesondere in Form der internationalen Arbeitsteilung in grenzüberschreitend agierenden Unternehmen realisiert, die Produktions- und Vertriebsstätten getrennt vom Sitz der Geschäftsleitungen besitzen. Diese Unternehmen sind aufgrund der gesunkenen Transaktionskosten in der Lage, Produktions-, Handels- und Dienstleistungsprozesse weltweit dort anzusiedeln, wo sie die für sie besten Bedingungen vorfinden. Unterstützt wird diese Entwicklung durch einen globalisierten Finanzmarkt.

In dem Maße wie die Globalisierung voranschreitet, lockert sich die Assoziation einer nationalen Volkswirtschaft mit ihren „heimi-



Frage vorab:

Habt ihr (im Betrieb oder in anderen Zusammenhängen) die Frage der Einführung des Euro diskutiert ?

Was waren die wichtigsten Gesichtspunkte ?

Methodischer Hinweis

Erörtert die nachfolgenden Stellungnahmen unter dem Gesichtspunkt der möglichen Auswirkungen auf eine europäische Beschäftigungspolitik.

schen“ Unternehmen. Immer mehr steht der Standort selbst in Konkurrenz zu anderen Standorten in der Welt. Die transnationalen Unternehmen verlieren zunehmend den Bezug zu ihren „heimischen“ Standorten, da sie weltweit investieren können.

Neben dem Motiv, in unmittelbarer Nähe ihrer jeweiligen Absatzmärkte zu produzieren, sucht sich das Kapital aufgrund gesunkener Transaktionskosten zunehmend diejenigen Standorte zur Produktion des Gutes oder Realisation eines Produktionsschrittes, an denen das Produkt oder die Dienstleistung am profitabelsten erstellt werden kann.

Der Ausschuß äußert in seiner Stellungnahme die Meinung, daß sich die Globalisierung tendenziell asymmetrisch vollzieht. Während einerseits die Unternehmen international agieren, verbleibt die Wirtschaftspolitik weitgehend national. Bestehende supranationale Organisationen haben dazu beigetragen, daß die Transaktionskosten von Unternehmen gesenkt werden, aber gleichzeitig versäumt, auch die wirtschaftspolitische Regelung dieses Prozesses international zu koordinieren.

Diese Asymmetrie, mit der sich die Globalisierung vollzieht, birgt die Gefahr, daß die „Global Players“ ihre Marktmacht ausbauen können, ohne allgemein anerkannte Wettbewerbsmechanismen. In der Konkurrenz um die



Ansiedlung von Produktionsprozessen unterbieten sich ausserdem die einzelnen Regionen gegenseitig, um transnationalen Unternehmen die besten Angebotsbedingungen zu ermöglichen. Wirtschaft, Staat und Regionen versuchen durch Druck auf Löhne sowie soziale und umweltbezogene Kosten, ihren Standort wettbewerbsfähiger zu machen.

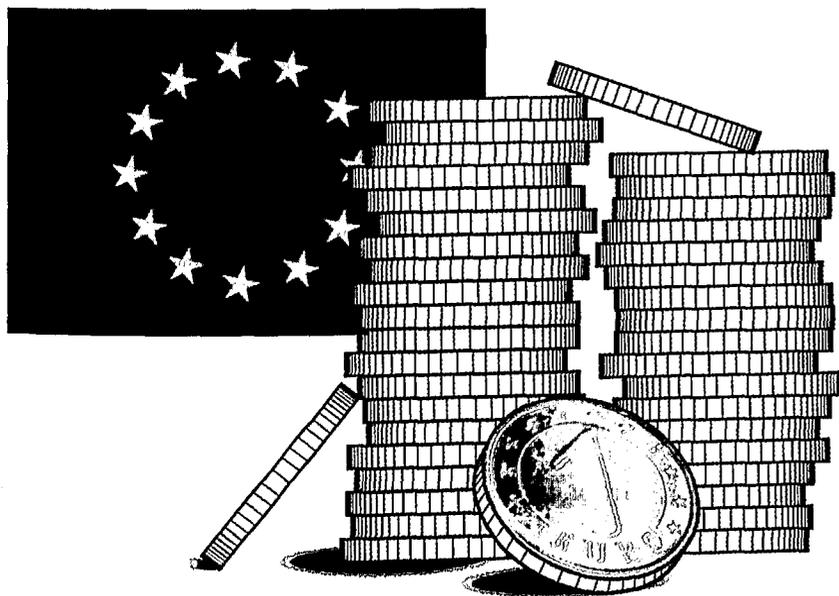
Niedrigere Löhne und überzogene Kürzungen der Staatsausgaben bedeuten aber gleichzeitig Einkommensausfall, Kaufkraftverlust und Nachfragerückgang. Nicht die Globalisierung an sich, aber ihre asymmetrische Entwicklung bewirkt dann eine nach unten gerichtete Harmonisierung von Arbeits-, Sozial- und Umweltbedingungen.

Eine langfristig angelegte europäische Politik der internationalen Wettbewerbsfähigkeit muß versuchen, diese Abwärtsspirale zu wenden, indem sie transnational ausgerichtet wird. **Ziel dieser Bemühungen sollte es sein, letztendlich internationale Äquivalente zu nationalen Vorschriften wie Kartellverbot, Verbraucher- und Umweltschutz und Sozialverpflichtung des Vermögens zu schaffen.** Weltweite grundlegende Mindeststandards für Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte müssen

etabliert werden. Die internationalen Organisationen müssen mit legitimierten wirtschaftspolitischen Kompetenzen ausgestattet werden. Um das Verhandlungsgleichgewicht wieder herzustellen, werden international handlungsfähige Kollektivverhandlungsstrukturen und Formen des sozialen Dialogs aufzubauen sein.

Im Wettbewerb mit Drittländern sollte die Europäische Union im Sinne einer Strategie der nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung auf die endogenen Wachstumskräfte setzen. Durch die dynamische Fortentwicklung des europäischen Sozialmodells, verbunden mit der Erhöhung des Humankapitals, wird ein stabiler Rahmen geschaffen, in dem das Potential des Binnenmarktes genutzt werden kann. Der gesteigerte Ausbau der Infrastruktur, wie z.B. den transeuropäischen Netzen, wird insbesondere für die KMU eine Atmosphäre schaffen, in der sie ihre Beschäftigungswirkungen entfalten können. Die Bereitstellung von Risikokapital fördert Unternehmenspioniere, technischen Fortschritt und Innovation.

Aufgrund dieser endogenen Wachstumskräfte Europas kann eine Erhöhung der Gesamtproduktivität bei gleichbleibenden Kosten erreicht werden, was eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit mit positiven Beschäftigungseffekten bedeutet. Die zu erwartenden Wachstumseffekte bewirken dabei ebenfalls, daß arbeitssparender technischer Fortschritt nicht zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führt.



## Währungsunion ja - aber auf die Ausgestaltung kommt es an!

Gewerkschaftliche Thesen zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

### These 1

Schwankende Wechselkurse und DM-Aufwertungen haben der deutschen Exportwirtschaft geschadet und zu Wachstums- und Beschäftigungsverlusten geführt.

### These 2

Die Wirtschafts- und Währungsunion (und der Binnenmarkt) führen zu Wohlstandsgewinnen. Die personelle und regionale Verteilung der Wohlstandsgewinne sowie die Beschäftigungs-

wirkungen hängen entscheidend von den politischen Rahmenbedingungen ab.

### These 3

Der mit der Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften (auch ohne Währungsunion) bedingte Verlust an nationalem wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum muß auf europäischer Ebene wieder zurückgeholt werden. Die europäische

Wirtschafts- und Währungsunion schafft hierfür eine notwendige Voraussetzung.

### These 4

Eine Verschiebung der Währungsunion wegen mangelnder punktgenauer Erfüllung der finanzpolitischen Kriterien widerspricht nicht nur dem Vertrag, sondern wäre auch beschäftigungspolitisch verhängnisvoll.

### These 5

Die Wirtschafts- und Währungsunion bietet keine Garantie für mehr Beschäftigung - sie schafft jedoch bessere Handlungsspielräume. Diese gilt es auszufüllen.

DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 3/1997

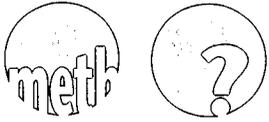
Zwei Positionen des ÖTV- und des IG Metall-Vorsitzenden:

## Gewerkschaftliche Politik im Zeichen von Globalisierung

Markt und Wettbewerb sind nie Selbstzweck. Sie müssen politisch und sozial reguliert werden, damit sie nicht ihre eigenen Grundlagen, die Natur und das soziale Gemeinwesen zerstören. Deshalb müssen der unbegrenzte Freihandel, vor allem die volle Liberalisierung der Geldmärkte und die Logik ungehemmter Standortkonkurrenz, in Frage gestellt werden. Soziale Gemeinwesen können sich nicht der alleinigen Logik der Kapitalbewegungen und des Profits ausliefern. Das wäre Selbstaufgabe.

Die politische Fortentwicklung der EU und die Bildung der Europäischen Währungsunion ist eine europäische Antwort mit dem Ziel, diesen Wirtschafts- und Lebensraum konkurrenz-, aber auch lebensfähig zu erhalten, ihn politisch umzugestalten, um ihn gerade nicht dem Selbstlauf der Ökonomie zu überlassen.

Die Idee Europa lebt aus der freiwilligen Aufgabe von Teilen der nationalstaatlichen Souveränität und ist historisch gesehen auch eine politisch gewollte Konsequenz der Staaten und Völker aus den leidvollen Erfahrungen vieler Kriege. Daß an die Stelle von Abgrenzung und Krieg, denen immer auch ökonomische Interessen mit zugrunde lagen, Zusammenwachsen, Verträge und Übereinkünfte treten, daß Demokratie und Sozialstaatlichkeit sich



In und mit Europa soziale und menschenrechtliche Standards setzen.

Diskutiert die nachfolgenden Aussagen:

Aktionen gegen die Entwertung der Arbeit, die „Billig wie Dreck“ werden soll, bedeutet mehr als das Arbeitnehmer sogenannte „soziale Besitzstände“ für sich sichern wollen.

Denn: Erst wenn alle arbeiten können, die dies wollen (und damit ist eben viel mehr als Erwerbsarbeit gemeint), kann die Gesellschaft ihren zum Gemeinwohl verfügbaren Reichtum mehren und es wachsen die finanziellen und ökonomischen Ressourcen, um weltweit Verpflichtungen für wirkliche Entwicklungshilfe, die Durchführung von Gesundheitsprogrammen, die Bildung von Menschen und eine Entwicklung der Weltökonomie zur Nachhaltigkeit zu fördern. Was wir in Deutschland unter dem Druck der Globalisierer zu erkämpfen vermögen spornt andere Arbeitnehmer an.

Unsere eigene Organisation der Arbeit erhält dann das Vertrauen und Zulauf von den Kollegen, wenn wir kämpfen, nicht wenn wir zurückweichen.

festigen und ausbreiten, sollte uns wichtig genug sein. Daß schließlich Deutschland europäisch eingebettet wird, ist darüber hinaus eine deutliche Absage an neuen Nationalismus und daraus drohende Konfliktpotentiale.

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung, der Zivilgesellschaft Westeuropa, hat auflösend gewirkt auf die verbliebenen Diktaturen in Europa, im Westen zum Beispiel in Spanien, Portugal, Griechenland, wie im Osten, bei den staatssozialistischen Modellen. Ohne diese Anziehungskraft des vereinigten Westeuropa hätten wir wohl auch keine Einigung Deutschlands erreicht.

Es wird in diesem gemeinsamen Europa eine Angleichung von Rechten und Gesetzen geben, von Innen- und Außen-, von Rechts- und Steuer-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie von Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechten, in der mit Sicherheit unsere deutschen Standards neu reguliert werden. Die Lohn- und Sozialschraube nach unten zu drehen, kann dabei nicht Ziel sein.

Das Wohlstandsniveau der westlichen Industrienationen läßt sich wegen begrenzter ökologischer Ressourcen und aus wirtschaftlichen Gründen nicht auf die ganze Welt ausdehnen. Die Europäerinnen und Europäer werden Abstriche hinnehmen müssen, damit anderswo Menschen erstmals oder verstärkt an einem relativen Wohlstand teilhaben können. Diese Seite der Internationalisierung müssen wir auch in den Blick nehmen und anerkennen. Aber das kann nur behutsam und im breiten gesellschaftlichen Konsens wirksam werden, wenn verhindert werden soll, daß soziale

Konflikte die europäische Idee schwer beschädigen.

Herbert Mai, 1. Vorsitzender der ÖTV, GMH 5/97

## Ein Europa der Stabilität und Solidarität: Gewerkschaftliche Forderungen zur Europäischen Währungsunion

Die Währungsunion ist ein Meilenstein auf dem Weg von der Wirtschaftsunion zur politischen Union.

Sie muß mit der Weichenstellung zur Sozial- und Beschäftigungsunion verbunden werden.

Mit der endgültigen Festschreibung der Wechselkurse in der EWWU werden die spekulationsbedingten Schwankungen des Dollarkurses eingeschränkt.

Mit der Einführung des Euro werden währungsbedingte Wettbewerbsverzerrungen unter den Mitgliedsländern der Währungsunion ausgeschlossen.

Notwendig ist eine angemessene wirtschaftspolitische Strategie der EU.



Sie muß die gewollten währungspolitischen Konsequenzen, den Wegfall der Wechselkursrisiken, erhalten.

Sie muß die ungewollten beschäftigungs- und finanzpolitischen Konsequenzen, verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze und Gemeinschaftsmittel, eindämmen und vermeiden helfen.

Ein stabiler Euro ist wichtig.

Die neue Währung soll mit dem Vertrauen der Kapitalanleger und der Verbraucher ausgestattet werden. Da strengen sich Bundesregierung und Bundesbank gewaltig an.

Ein stabiles Europa aber ist noch wichtiger.

Das Übel der Arbeitslosigkeit muß endlich bekämpft werden. Dem stehen Bundesregierung und Bundesbank im Wege.

Die EU kann und darf keine Insel bleiben und keine Festung werden.

Europäische Integration und weltwirtschaftliche Koordination bedingen sich gegenseitig.

Dazu dient erstens der Ausbau der währungspolitischen Kooperation.

Sie muß den weltweiten Spekulanten zusätzliche Grenzen setzen.

- Hier darf eine sogenannte Spekulationssteuer, eine Steuer auf internationale Devisentransaktionen nicht zum Tabu gemacht werden.

- Hier muß mit einer abgestimmten Zins- und Wechselkurspolitik der führenden Industrienationen Ernst gemacht werden, die nicht dem Auftrieb der Aktienkurse, sondern dem Aufschwung der Arbeitsmärkte verpflichtet sind.

Dazu bedarf es zweitens der Begrenzung handelspolitischer Konflikte. Hier sind Weichen gestellt mit dem Ausbau des Welthandelsabkommens und dem Aufbau einer Welt handelsorganisation.

Ich sage ganz klar:

Gemeinsame Vorleistungen der wirtschaftlich stärkeren Industrieländer müssen den wirtschaftlich schwächeren Drittländern erst die Teilhabe an der internationalen Arbeitsteilung ermöglichen.

Das verlangt vor allem die Öffnung der Märkte in den Industrieländern, aber auch die Senkung der Zinsen und die Stabilisierung von Rohstoffpreisen auf Dauer.

Auf dieser Basis aber müssen sich alle Beteiligten auf Sozialklauseln und Umweltklauseln verpflichten:

Sie verbinden die Liberalisierung des Welthandels mit der Garantie von elementaren Menschen- und Gewerkschaftsrechten.

Sie binden die Expansion des internationalen Warenverkehrs an die Einhaltung von internationalen Umweltvereinbarungen,

Klaus Zwickel, 1. Vorsitzender der IG Metall auf dem DGB-Beschäftigungsgipfel, 09.04.1997



# Arbeit am Standort und international

## Geht uns die Arbeit aus?

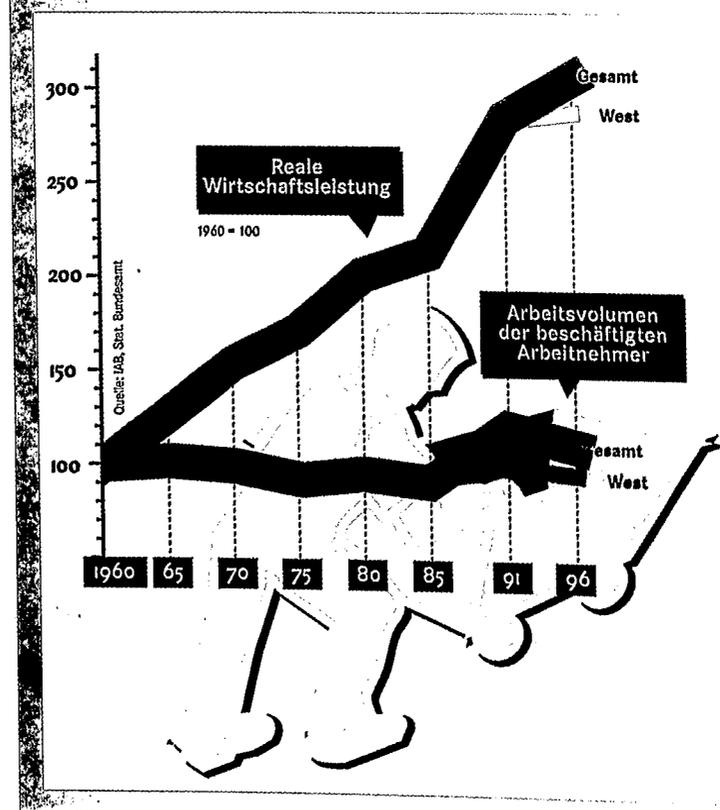


Nachgefragt ist kapitalistische Erwerbsarbeit. Diese Frage wird auch in den Medien diskutiert. Rechts im Kasten ist eine Grafik dargestellt, die mit dem danebenstehenden Text verbunden wurde. Untersucht die Schlußfolgerung des Kommentars zur Grafik



Wo gibt es Arbeit? Für wen gibt es welche Arbeit? Was ändert sich für die Arbeit auf den verfügbaren Arbeitsplätzen?

### Gesellschaftlicher Reichtum durch höchste Arbeitsproduktivität?



### Weniger Arbeit – mehr Leistung

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen Politiker und Ökonomen noch immer vor allem auf ein beständiges Wirtschaftswachstum. Die Statistik zeigt jedoch, daß allein mit diesem Instrument der grassierenden Unterbeschäftigung kaum noch beizukommen ist.

Die Wirtschaftsleistung hat sich seit 1960 allein im Westen nahezu verdreifacht, doch die Zahl der Stunden, die die beschäftigten Arbeitnehmer dafür schaffen mußten, ist zurückgegangen. Der Grund ist die drastisch gestiegene Produktivität. Das allein wäre für den Arbeitsmarkt noch kein Beinbruch, wäre nicht gleichzeitig auch die Zahl der Arbeitssuchenden kräftig gestiegen, etwa durch geburtenstarke Jahrgänge, einer größeren Erwerbsneigung der Frauen und durch Zuwanderung. Daß die Zahl der Erwerbstätigen trotz des geringeren Arbeitsvolumens von 1960 bis 1995 von 26,1 Millionen auf 28,5 Millionen gestiegen ist, liegt vor allem an der kürzeren Arbeitszeit: Sie sank im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 2152 auf 1559 Stunden im Jahr. Das Dilemma der Arbeitsmarktpolitiker: Nur bei wachsender Produktivität sind die Unternehmen wettbewerbsfähig und können Jobs schaffen. Wachstum ist auch künftig notwendig, aber die Beschäftigungskrise ist nur zu meistern, wenn zugleich das bestehende Arbeitsvolumen umverteilt wird.

### Lohndruck durch kostengünstige Arbeit im Ausland?

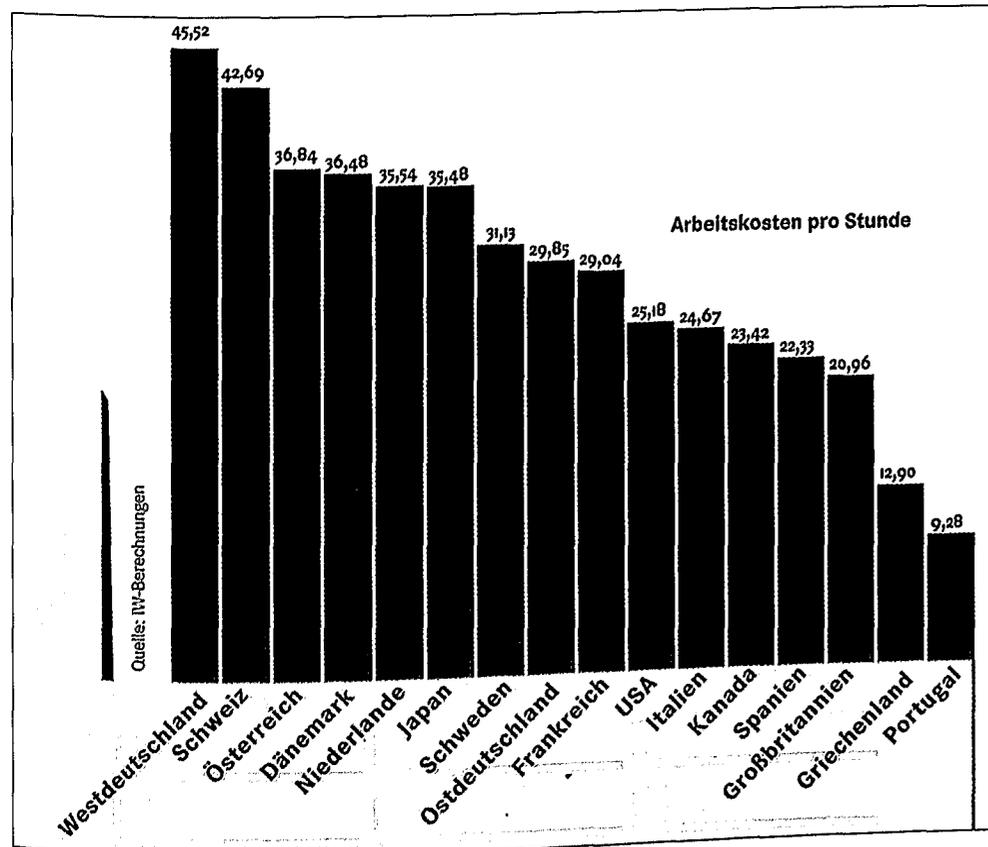
Wo und weshalb deutsche Unternehmen im Ausland investieren

Zunächst – zwei Sichtweisen:

#### Arbeitskosten

Mit diesen Zahlen argumentiert die Arbeitgeberseite; ihr Vorteil: es können Vergleiche mit den Lohn- und Lohnnebenkosten anderer Länder für sich genommen werden, die Produktivität der Arbeit bleibt außer Betracht (leider ist dies häufig auch die Sichtweise von Wirtschaftsinstituten)

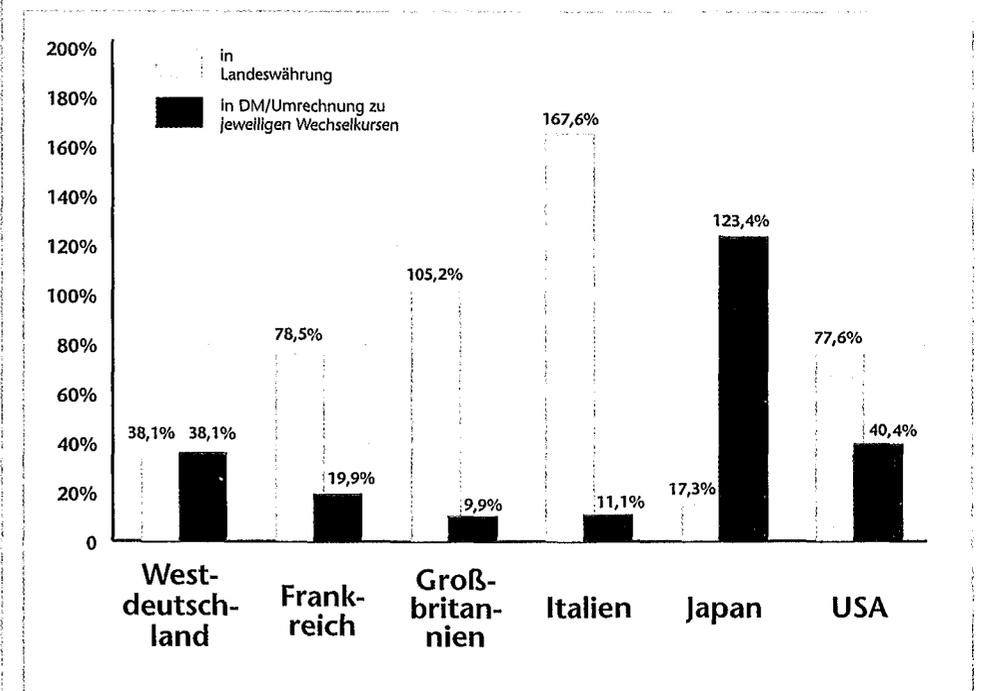
(Siehe Grafik unten links)



#### Lohnstückkosten

Anders in dieser Betrachtungsweise; hier werden nicht nur Lohnhöhe und Produktivität zusammen betrachtet, es wird auch die Möglichkeit mitgesehen, daß die Lohnstückkosten durch Veränderungen des Verhältnisses einzelner Währungen zueinander steigen, ohne daß dies im Land selbst wesentlich beeinflußt werden kann. (Siehe Grafik unten rechts)

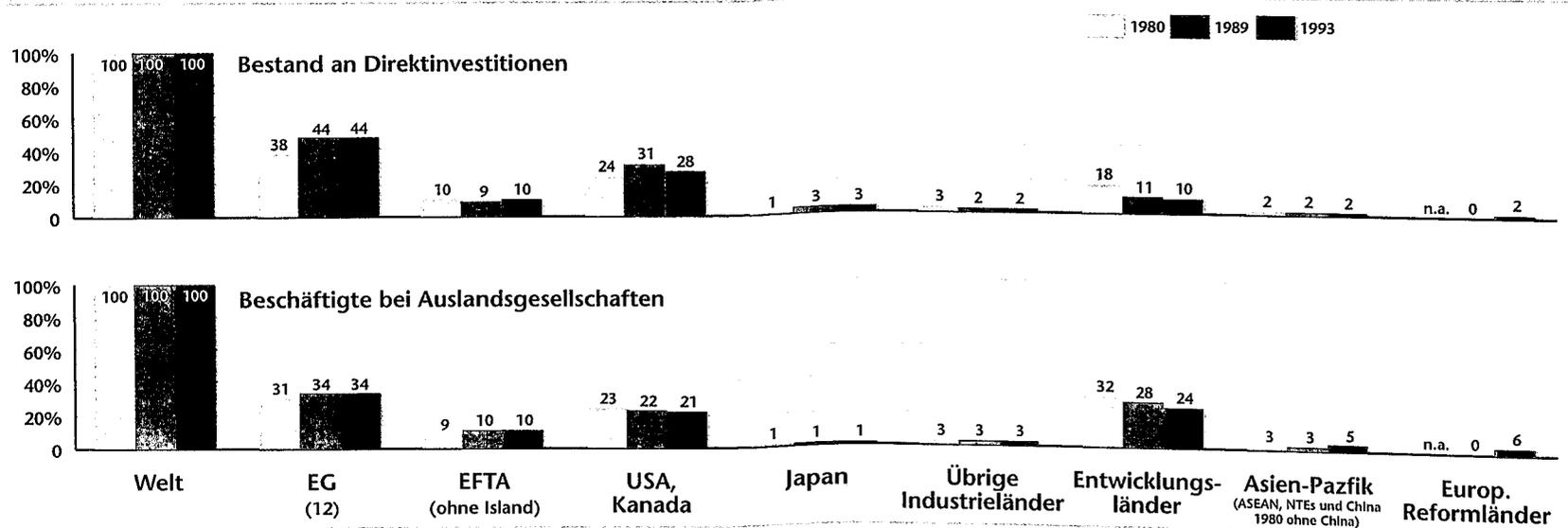
### Entwicklung der Lohnstückkosten\* in der Gesamtwirtschaft 1980 – 1995 in v.H.



\* Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer im Verhältnis zum BIP in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen

aus: ZEITpunkte 1/97 S.13

## Regionalstruktur deutscher Direktinvestitionen 1980 – 93



## Relativierung der Lohnkosten als Standortfaktor

Zunächst ist festzuhalten, daß die Standortfaktoren als Kriterien für Investoren weit mehr umfassen als nur Produktionskosten, die nach Expertenmeinung - geäußert im Kontext der Binnenmarktvollendung auf einer Tagung der Bundesanstalt für Arbeit - nur eine Gewichtung von rund 26 % ausmachen, sondern auch institutionelle Rahmenbedingungen (Gewichtung 35 %), kapital-, arbeits- und haushaltsorientierte Infrastruktur (Gewichtung 25 %) und die Qualifikationen der Arbeitskräfte (Gewichtung 14 %). Folgt man dem alljährlichen Bericht über die internationale Konkurrenzfähigkeit

(Global Competitiveness Report), der vom World Economic Forum herausgegeben wird, dann findet man acht Kategorien (Offenheit der Ökonomie, öffentlicher Sektor und Staat, Finanzen, Infrastruktur, Technologie, Management, Arbeitsmarkt und Rechtssystem) mit insgesamt 150 Kriterien, die als Faktoren der Konkurrenzfähigkeit für inzwischen 49 Länder herangezogen werden ... (Siehe Grafik „Die Suche nach dem besten Standort“ auf der nächsten Seite, vgl. auch Karte „Direktinvestitionen“ auf Seite 24)

Auch die verbreitete Version, daß die Direktinvestitionen hauptsächlich in Niedriglohnländern fließen, ist – zumindest bisher – falsch. Insgesamt orientieren sich die Transnationalen Konzerne, die dieses Geschäft hauptsächlich betreiben, bei der Neuaufteilung der Märkte

weniger an den Lohnkosten als an der Präsenz auf Absatzmärkten bzw. an der Erschließung neuer Vertriebskanäle, an der Verdrängung von Konkurrenten durch Fusionen sowie an der Sicherung gegen Kursrisiken....

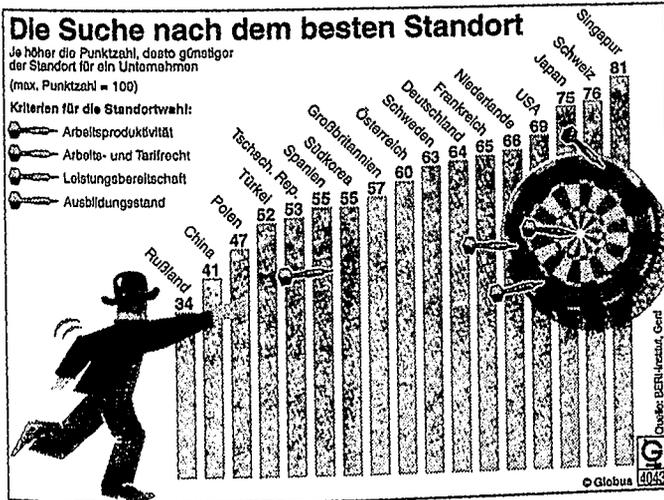
Die Bundesbank kommt zu dem Ergebnis: „Motor für das beträchtliche deutsche Auslandsengagement waren vor allem Direktinvestitionen in den industrialisierten Ländern, mit den Schwerpunkten im EG-Raum und in Nordamerika“ (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2/96, S. 74). Die Übernahme kostengünstiger Produktionsstätten in Niedriglohnländern spielte dagegen nur eine marginale Rolle. „Alle Niedriglohnländer zusammengenommen, stellten mit 7,5 % der industriellen Auslandsproduktion im Jahre 1993 bisher und auch für absehbare Zeit nur

### Die Suche nach dem besten Standort

Je höher die Punktzahl, desto günstiger der Standort für ein Unternehmen (max. Punktzahl = 100)

Kriterien für die Standortwahl:

- Arbeitsproduktivität
- Arbeits- und Tarifrecht
- Leistungsbereitschaft
- Ausbildungsstand



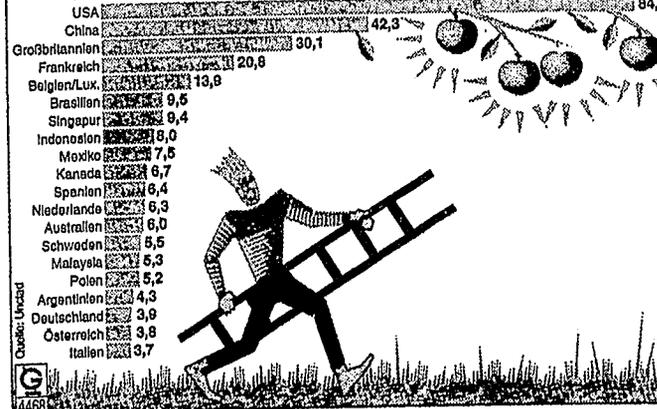
### Blick über die Grenzen

Wenn Unternehmen Investitionen planen, rechnen sie mit dem spitzen Bleistift. Das gilt nicht nur für die Anschaffung neuer Maschinen oder für die Einstellung neuer Mitarbeiter. Das gilt auch, wenn ein neuer Produktionsstandort für ein Zweigwerk oder eine Niederlassung gesucht wird. Insbesondere Unternehmen, die für den Weltmarkt produzieren, schauen sich bei der Wahl eines neuen Standortes auch jenseits der eigenen Landesgrenzen um. dabei geht es aber nicht nur um die schlichte Frage: Was kostet die Arbeitsstunde? Ebenso wichtig ist: Wieviel wird in einer Stunde produziert? Wie leistungsbereit sind die Arbeitnehmer? Wie gut ist ihre Ausbildung? Wie sieht das arbeits- und tarifrechtliche Umfeld aus? Berücksichtigt man alle diese Standortfaktoren, so schneidet nach Berechnungen des Genfer BERI-Instituts der aufstrebende asiatische Industriestaat Singapur am besten ab.

Globus. Statistische Angaben: BERI-Institut, Genf

### Kapital sucht Rendite

Zielländer für Direktinvestitionen 1996  
Anlagen in Milliarden Dollar



### Zukunftsmarkt China

Der kräftigste Magnet für ausländisches Kapital ist immer noch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten – die USA. Im Jahr 1996 investierten Ausländer dort fast 85 Milliarden Dollar in Industrieanlagen und Handelshäuser, Niederlassungen und Beteiligungen. Verwunderlich ist die Vorliebe für die USA nicht; denn kaum ein Weltunternehmen kann es sich leisten, den amerikanischen Markt mit seiner geballten Kaufkraft außer acht zu lassen. Ähnliches gilt für den aufstrebenden Riesen China. Viele ausländische Kapitalanleger sehen in China mit seinen 1,2 Milliarden Verbrauchern den lohnendsten Markt des nächsten Jahrhunderts. Deutschland scheint dagegen auf ausländisches Kapital, das auf Suche nach Rendite ist, nur wenig Reiz auszuüben. Direktinvestitionen aus dem Ausland addieren sich 1996 zu insgesamt 3,9 Milliarden Dollar. Damit liegt Deutschland auf der Liste der 20 erfolgreichsten Investitions-Zielländer nur auf dem 18. Platz.

Globus. Statistische Angaben: Unctad

einen kleinen Ausschnitt der Internationalisierung dar. In Relation zum Gesamtumsatz der deutschen Industrie liegt die Produktion in Niedriglohnländern bei unter 2 %“ (Otto G. Mayer : Standort Deutschland - neue Herausforderungen angesichts veränderter Wettbewerbsbedingungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/96, S. 12)

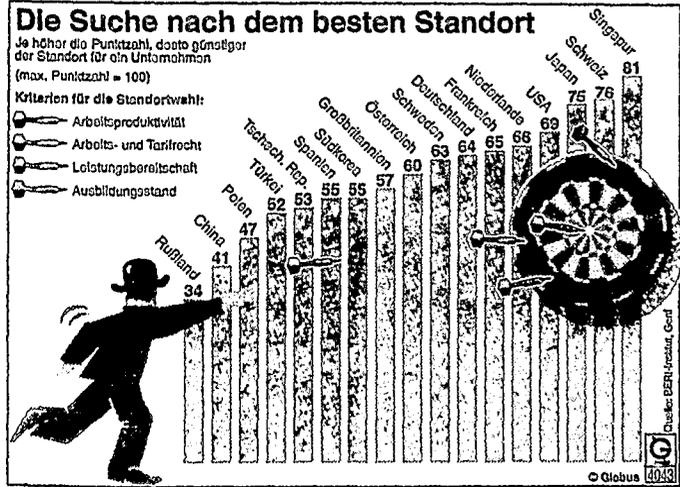
aus einem Referat von Prof. Dr. Dieter Eißel bei der ÖTV  
Lahn-Dill, 1997

Die Vorteile deutscher Unternehmen liegen eher in den humankapitalintensiven vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen und in der von Produktionsabläufen unter Hochlohnbedingungen als in der Organisation arbeitsintensiver Wertschöpfungsstufen unter Niedriglohnbedingungen.

Institut für Wirtschaftsforschung (HWWA)



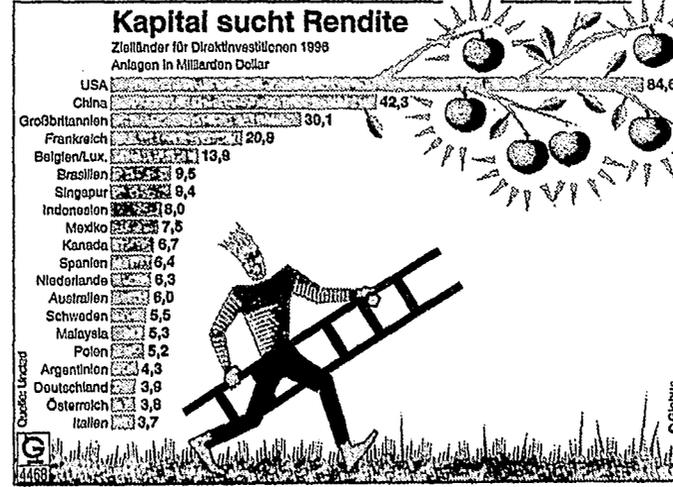
Wenn ihr alle Text- und Grafikbausteine miteinander vergleicht, zu welcher Schlußfolgerung kommt ihr?



### Blick über die Grenzen

Wenn Unternehmen Investitionen planen, rechnen sie mit dem spitzen Bleistift. Das gilt nicht nur für die Anschaffung neuer Maschinen oder für die Einstellung neuer Mitarbeiter. Das gilt auch, wenn ein neuer Produktionsstandort für ein Zweigwerk oder eine Niederlassung gesucht wird. Insbesondere Unternehmen, die für den Weltmarkt produzieren, schauen sich bei der Wahl eines neuen Standortes auch jenseits der eigenen Landesgrenzen um. dabei geht es aber nicht nur um die schlichte Frage: Was kostet die Arbeitsstunde? Ebenso wichtig ist: Wieviel wird in einer Stunde produziert? Wie leistungsbereit sind die Arbeitnehmer? Wie gut ist ihre Ausbildung? Wie sieht das arbeits- und tarifrechtliche Umfeld aus? Berücksichtigt man alle diese Standortfaktoren, so schneidet nach Berechnungen des Genfer BERI-Instituts der aufstrebende asiatische Industriestaat Singapur am besten ab.

Globus. Statistische Angaben: BERI-Institut, Genf



### Zukunftsmarkt China

Der kräftigste Magnet für ausländisches Kapital ist immer noch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten – die USA. Im Jahr 1996 investierten Ausländer dort fast 85 Milliarden Dollar in Industrieanlagen und Handelshäuser, Niederlassungen und Beteiligungen. Verwunderlich ist die Vorliebe für die USA nicht; denn kaum ein Weltunternehmen kann es sich leisten, den amerikanischen Markt mit seiner geballten Kaufkraft außer acht zu lassen. Ähnliches gilt für den aufstrebenden Riesen China. Viele ausländische Kapitalanleger sehen in China mit seinen 1,2 Milliarden Verbrauchern den lohnendsten Markt des nächsten Jahrhunderts. Deutschland scheint dagegen auf ausländisches Kapital, das auf Suche nach Rendite ist, nur wenig Reiz auszuüben. Direktinvestitionen aus dem Ausland addieren sich 1996 zu insgesamt 3,9 Milliarden Dollar. Damit liegt Deutschland auf der Liste der 20 erfolgreichsten Investitions-Zielländer nur auf dem 18. Platz.

Globus. Statistische Angaben: Unctad

einen kleinen Ausschnitt der Internationalisierung dar. In Relation zum Gesamtumsatz der deutschen Industrie liegt die Produktion in Niedriglohnländern bei unter 2 %“ (Otto G. Mayer : Standort Deutschland - neue Herausforderungen angesichts veränderter Wettbewerbsbedingungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/96, S. 12)

aus einem Referat von Prof. Dr. Dieter Eißel bei der ÖTV  
Lahn-Dill, 1997

Die Vorteile deutscher Unternehmen liegen eher in den humankapitalintensiven vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen und in der von Produktionsabläufen unter Hochlohnbedingungen als in der Organisation arbeitsintensiver Wertschöpfungsstufen unter Niedriglohnbedingungen.

Institut für Wirtschaftsforschung (HWWA)



Wenn ihr alle Text- und Grafikausteile miteinander vergleicht, zu welcher Schlussfolgerung kommt ihr?

## Krasse Unterschiede in den Sozialstandards weltweit



**15.000 Menschen  
in absolute Armut gestoßen**

*Immerhin, bei der letzten Entlassungswelle im Werk Campinas hat das Management den 920 Betroffenen vorher Bescheid gesagt und ihnen die Versetzung ins rund 120 Kilometer entfernte Hauptwerk nach São Bernardo angeboten – allerdings ohne jede Hilfe für Umzug und Wohnungssuche. Einige wurden von einem auf dem Werksgelände befindlichen Zulieferer übernommen.*

taz 21.4.97, Seite 11

### Rauswurf für die A-Klasse

**Betriebsräte aus deutschen Mercedes-Werken besuchen ihre Kollegen in Brasilien und sind schockiert über das brutale Vorgehen des Unternehmens**

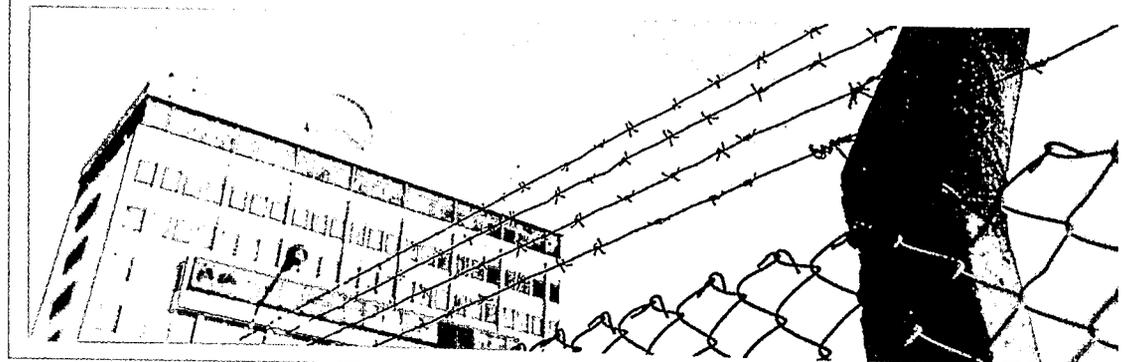
Weitab von der holprigen Landstraße zwischen Alambari und Itapetininga im brasilianischen Bundesstaat São Paulo klammern sich rund hundert armselige Hütten an einen grünen Hang, schwarze Plastikplanen über kunstvoll vertäuten Bambusgerüsten. Der steinige Feldweg, die einzige Zufahrt zu diesem einsamen Dorf der letzten Hoffnung, endet hier. Im Bus breitet sich ein beklauntes Schweigen aus, als ein Vertreter der brasilianischen Landlosenbewegung MST verkündet: „Wir sind da.“

Die Gruppe der deutschen Mercedes-Betriebsräte und Vertrauensleute war von Kollegen der Metallgewerkschaft in Campinas, einer Millionenstadt etwa hundert Kilometer nordwestlich der brasilianischen Megametropole São Paulo, auf

diesen Besuch vorbereitet worden. Aber was sie sehen, verschlägt den Gästen dennoch die Sprache. „Das darf doch nicht wahr sein“, stammelt einer der Deutschen angesichts der von Armut und Arbeit gezeichneten Männer und Frauen, der Kinder in zerschlissenen T-Shirts und Gummilatschen. „Rund 500 Familien“, erklärt der MST-Aktivist den Besuchern, haben die ungenutzten Ländereien einer Großgrundbesitzerin besetzt, um sich hier eine neue Existenz aufzubauen.

Die Landbesetzer von Alambari und anderswo sind nicht allein. Die brasilianischen Gewerkschaften unterstützen die Landlosenbewegung und haben gemeinsam mit vielen anderen, zum Teil kirchlichen Organisationen die Agrarreform zum politischen Schwerpunkt erklärt. Die Metaller aus Campinas erklären ihren deutschen Gästen, warum: Rund 30 Millionen Menschen sind in diesem Riesenland, der achtgrößten Industrienation der Welt, völlig aus dem ökonomischen Prozeß ausgeschlossen, ohne jede Chance auf einen normalen Job, ohne jede soziale Absicherung.

aus: taz 21.4.97, Seite 11



## Ein Besuch im Fairmont-Hotel

Drei aufwühlende Herbsttage in San Francisco, Ende September 1995: Die Machtelite der Welt, 500 führende Politiker, Konzernchefs und Wissenschaftler, diskutiert hinter verschlossenen Türen das 21. Jahrhundert. Die Einschätzung der Weltenlenker ist verheerend: Nur mehr ein Fünftel aller Arbeitskräfte werde in Zukunft benötigt. Der überwältigende Rest-80Prozent-müsse mit „tittytainment“ bei Laune gehalten werden, einer Mischung aus Entertainment und Ernährung am Busen („tits“) der wenigen Produktiven.

Mit beängstigender Geschwindigkeit nähern sich die bisherigen Wohlstandsländer dieser Schreckensvision: Allein in Deutschland finden mehr als sechs Millionen Arbeitswillige keine feste Anstellung. Kein Job scheint mehr sicher, nach den Fabrikarbeitern bei VW, Philips oder Olivetti bängen in Europa jetzt Millionen Ingenieure, Bankangestellte, Telecombeschäftigte und sogar Computerspezialisten um ihre Arbeitsplätze. Allerorten ist die Klage zu hören: China, Indien und Europas Oststaaten seien mit ihren Billiglöhnen die neuen Konkurrenten am Weltmarkt, man müsse sich an ihnen orientieren...

Die Zukunft verkürzen die Pragmatiker am Fairmont auf ein Zahlenpaar und einen Begriff: „20 zu 80“ und „tittytainment“.

20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten. „Mehr Arbeitskraft wird nicht gebraucht“, meint Magnat Washington SyCip. Ein Fünftel aller Arbeitsuchenden werden genügen, um alle Waren zu produzieren und die hochwertigen Dienstleistungen zu erbringen, die sich die Weltgesellschaft leisten könne. Diese 20 Prozent werden damit aktiv am Leben, Verdienen und Konsumieren teilnehmen – egal, in welchem Land. Das eine oder andere Prozent, so räumen die Diskutanten ein, mag noch hinzukommen, etwa durch wohlhabende Erben.

Doch sonst? 80 Prozent der Arbeitswilligen ohne Job? „Sicher“, sagt der US-Autor Jeremy Rifkin, Verfasser des Buches „Das Ende der Arbeit“, „die unteren 80 Prozent werden gewaltige Probleme bekommen.“ Sun-Manager Gage legt noch einmal nach und beruft sich auf seinen Firmenchef Scott McNealy: Die Frage sei künftig, „To have lunch or be lunch“, zu essen haben oder gefressen werden.

aus: H.-P. Martin/H. Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek 1996.

*Importbeschränkungen für Produkte, die von Hungerlöhnern hergestellt werden, sind nichts Unanständiges.*

Das Buch des Wiener „Spiegel“-Korrespondenten Hans Peter Martin („Die Globalisierungsfalle“) eröffnet in Österreich eine Diskussion, die international schon seit längerer Zeit geführt wird: Haben heimische Unternehmen, wenn wir das hierzulande gewohnte Wohlstandsniveau einigermaßen erhalten wollen, gegen chinesische, südostasiatische und südamerikanische Konkurrenten eine realistische Überlebenschance?

Auch wenn man dem Buch in manchen Passagen Effekthascherei vorwerfen mag – eine seiner Kernthesen ist nicht von der Hand zu weisen: Der internationale Konkurrenzkampf wird immer mehr zu einem Krieg mit ungleichen Waffen. Alle Asien-Experten sind sich einig, daß die südostasiatischen Staaten nicht im Traum daran denken, sich an westliche Spielregeln zu halten. Die meisten der Mächtigen dort (und auch in vielen anderen Entwicklungsländern) haben – schon aus ihrer kulturellen Tradition heraus – weder Demokratie im Sinn noch Umweltschutzaufgaben, Sozialstandards oder gesetzliche Mindestlöhne. Und zwar auch nicht für den Fall, daß ihre Länder irgendwann westeuropäisches Wohlstandsniveau erreichen sollten.

Es bleiben somit ernüchternderweise nur zwei Möglichkeiten: Entweder es gelingt, durch politischen Druck, durch Verträge im Rahmen der WTO oder durch welche Maßnahmen auch immer die Entwicklungs- und Schwellenländer von der Sinnhaftigkeit gewisser Sozial- und Umweltschutzstandards zu überzeugen. Oder wir müssen bei der weiteren Liberalisierung des Welthandels einen Gang zurückschalten, in Einzelfällen auch Handelsschranken gegen Billigimporte aus Hungerlöhnländern errichten.

Aus: *Industriemagazin* 10.96, Leitartikel

## Was „global players“ sagen: „20 zu 80“ und „tittytainment“!

„Wenn es nicht anders geht, werden wir eben ein bißchen weniger sozialen Frieden haben.“

Gesamtmittel-Chef  
Werner Stumpfe  
igm-direkt 7/96

„Wohlstand nur durch Lohnverzicht. Wir müssen für gleichen Lohn länger arbeiten.“

Gesamtmittel-Chef  
Werner Stumpfe  
Magdeburger Volksstimme  
21.07.1996

„Ohne eine große Zahl von Billigjobs können wir nicht überleben. Wir müssen den Unternehmen erlauben, vorübergehend 20% weniger als den Standardlohn zu zahlen.“

Lothar Späth  
Vorstandsvorsitzender  
Jenaoptik

Freihandel ist kein Selbstzweck...

...und

*Es geht also ums Ganze:  
„Mit der Subpolitik Globalisierung wird ... eine Attacke eingeleitet, den historischen Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit, der die Konfliktdynamik der ersten Moderne stillgelegt hatte, auszuhebeln...“*

Ulrich Beck



Vergleicht die beiden Textpassagen miteinander.

*„Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung mußte also die Voraussetzung dafür schaffen, daß ... damit zugleich auch endlich das Ressentiment zwischen „arm“ und „reich“ überwunden werden konnte ...*

*Immanenter Bestandteil ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen ...*

*Es erscheint mir mißlich, wenn die Arbeitgeber niemals von sich aus eine Aktivität zugunsten einer an sich möglichen Lohnerhöhung ergreifen, sondern immer erst dann tätig werden, wenn die Gewerkschaften darauf drängen. Gerade in den Phasen einer ruhigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung würden die Arbeitgeber volkswirtschaftlich richtig und psychologisch klug handeln, wenn sie die Löhne entsprechend der Produktivitätsverbesserung aus eigener Initiative anzuheben bereit wären, womit natürlich nicht der für Preissenkungen verfügbare Spielraum ganz aufgezehrt werden darf.“*

Ludwig Erhard

Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957  
S. 7-9, 137, 219-223

**Thomas Schmidt: Das Leben hört irgendwie auf**

**Erfahrungen eines Betriebsrates mit den Auswirkungen der Globalisierung auf den betrieblichen Alltag:**

„Ich arbeite in einem großen Versandhaus in Frankfurt am Main, das 5000 Leute beschäftigt... Seit Jahren arbeite ich dort als Verpacker in einem Leistungslohnsystem... Die Internationalisierung ist bei uns eine sehr greifbare, alltägliche Erfahrung. Unser Unternehmen besitzt Filialen in verschiedenen europäischen Ländern... Wir haben Waren aus der ganzen Welt, meistens aus Südostasien und aus der Türkei. Es gibt fast nichts im Textilbereich, was in der Bundesrepublik produziert wurde. Jeden Tag gehen ungefähr 300.000 Einzelteile bei uns raus. Diese Waren haben fast alle schon 10.000 Kilometer hinter sich. Man kann das an den Kisten und Schachteln sehen. Es ist unglaublich, wo die alle herkommen.... Alles geht sehr international zu. Du hast irgendwie gar nicht den Eindruck, daß du in Deutschland bist. Nicht nur die Waren, die bei uns eingelagert werden, kommen aus aller Herren Länder - international sind auch die Kolleginnen und Kollegen. Bei uns arbeiten Leute aus über 50 Nationen... Und im gewissen Sinne gehören auch die Thüringer zu der internationalen Gruppe...Jeden Tag fahren Busse von Eisenach nach Frankfurt und zurück. Die KollegInnen aus Thüringen sitzen jeden Tag fünf Stunden im Bus, um bei uns für nicht einmal 2.000 DM netto zu arbeiten. Dies vermittelt eine Vorstellung davon, unter welchem Druck die Kollegen in Eisenach offensichtlich leben, daß sie einen solchen Job zu so schlechten Bedingungen annehmen müssen...“

Ein weiteres Problemfeld ist die Flexibilisierung. Es gibt sie in jedem Betrieb, und bei uns wird sie zur Zeit verstärkt im Handel durchgeführt. Das sieht so aus, daß immer mehr flexible Teilzeitkräfte eingesetzt werden. In den letzten drei Jahren sind fast überhaupt keine Leute mehr im gewerblichen Bereich angestellt worden, die Vollzeitverträge haben - nur noch welche mit Teilzeitverträgen. Es funktioniert so: Man sagt, du bekommst erst einen Jahresvertrag, und dann geben wir dir eine Beschäftigungsgarantie zwischen acht und zehn Monaten. Du mußt dann acht Monate kommen, und den Rest der Zeit bleibst du zu Hause, aber du kriegst jeden Monat anteilmäßig dein Geld. Du hast also ein Jahr lang einen gewissen Prozentsatz deines Lohnes, wenn du einen Achtmonatsvertrag hast. Hauptsache, du bist abrufbar. Der Betriebsrat ist dann dafür da, die Abrufzeiten zu verlängern. Das ist unsere „sozialverträgliche“ Aufgabe, und man ist stolz, wenn die Geschäftsführung fünf Tage vorher anrufen muß und die Kollegen fünf Tage bleiben dürfen. Manchmal denkt man: Den Kollegen hast du jetzt sehr lange nicht gesehen, der ist bestimmt schon weg. Dann kommt er plötzlich wieder. Man weiß sehr oft gar nicht, mit wem man arbeitet. Die Beziehungen mit KollegInnen die du unterhältst, wenn du einen Arbeitsplatz hast, gehen so langsam verloren, weil man nicht mehr weiß wo man hingehört und wer morgen mit dir Seite an Seite die Arbeit bewältigen muß.

Auslagerung (Outsourcing) existiert, wie überall, natürlich auch bei uns. Es gibt, obwohl wir sehr niedrige Löhne haben, offensichtlich Leute, die es immer noch billiger machen. Unglaublich, aber es funktioniert. Irgendwelche Leute werden

durch diese Zeitarbeitsfirmen angekarrt, machen zwei, drei Wochen mit und sind dann wieder weg.

Im Rahmen der Flexibilisierung ging es auch um Sonntagsarbeit. Sie sagen uns, daß aus Wettbewerbsgründen unbedingt Sonntagsarbeit gebraucht wird, denn an den Sonntagen des Jahres kämen 270.000 Anrufe. Diese Kunden dürfe man nicht verlieren. Nun gibt es in Deutschland Bundesländer, die erlauben Sonntagsarbeit - und andere, wie Hessen, nicht. Das ist unser großes Problem. Sie erpressen dich einfach, indem sie dich vor die Alternative stellen: Arbeitsplätze in Frankfurt oder in Berlin? Selbst das Verbot von 610-DM-Verträgen durch die Hessische Landesregierung führt nur dazu, daß sie sagen: Dann gehen wie lieber nach Berlin oder nach Nordrhein-Westfalen, dort kriegen wir die Arbeitskräfte billiger. Da bist du als Betriebsrat in einer wahnsinnigen Zwangssituation. Du sagst: Auf keinen Fall 610-DM-Verträge, auf keinen Fall Sonntagsarbeit. Aber irgendwo findet sich immer noch eine Firma, die vielleicht gar keinen Betriebsrat hat oder wo sie es - wie auch immer - dann machen können. Entsprechend gehen die Diskussionen natürlich auch unter den Kollegen los...Auf jeden Fall müssen wir Arbeiterinnen und Arbeiter jetzt ganz schön rennen. Und du siehst es an den älteren Kolleginnen und Kollegen. Ganz viele sind durch den Druck, der entsteht, so geschlaucht, daß sie abends um acht Uhr schon im Bett liegen. Das Leben hört irgendwie auf. ...In der Regel sind es ausländische Kolleginnen, die am Wochenende oft noch eine Nebenbeschäftigung haben. So arbeiten die meisten meiner Kolleginnen in der Woche 70, 80 Stunden.

Es wird heute häufig von Armut trotz Arbeit gesprochen. Ich denke dabei an eine Kollegin, die schon 24 Jahre bei uns arbeitet und nach 24 Jahren 681 Mark monatliche Rente bekommt... Wir haben bei uns Kollegen, die haben einen ganz normalen Vollzeitjob, und dennoch gelten sie nach den Kriterien in Frankfurt am Main als arm. Sie sind entweder Alleinerziehende oder haben ein Kind, das noch nicht in den Kindergarten gehen kann...Der Tariflohn im hessischen Einzelhandel beträgt monatlich 2.699 DM. Wir bekommen 110 Mark dazu. Über die Zulage streiten wir schon jahrelang. Wir wollen sie tariflich anerkannt haben, doch das wollen die nicht. So kommen wir LagerarbeiterInnen ... bei uns auf einen Lohn von 2.809 DM brutto im Monat. Je nach der Lohnsteuerklasse bleiben stets weniger als 2.000 Mark netto übrig... Wer Frankfurt kennt, kann vielleicht nachvollziehen, was es heißt, von 2000 DM in Frankfurt mit einem Kind zu leben.... Und alle Leute, die Teilzeit arbeiten, fallen ohnehin unter die Armutsgrenze. Es ist schlimm, daß man heute nicht mehr sagen kann: Gott sei Dank, du hast Arbeit, du bist aus dem Gröbsten raus. Bei uns jedenfalls nicht. Es gibt Leute, die gehen nach der Arbeit auf das Sozialamt. Sie beantragen Wohngeld, die beantragen Kleiderbeihilfe und so weiter.

Mit dem Thema Arbeitslosigkeit hängt ein weiteres Problemfeld zusammen. Wenn man bei uns im Betrieb aus dem Fenster guckt, sieht man nur sterbende Betriebe ... Es ist ein irrsinniges Gefühl, wenn man jeden Morgen früh mit der Straßenbahn fährt - da kennt man mittlerweile seine Leute - und die Kollegen von Messer-Griesheim fahren nicht mehr hin. es ist schon leer geworden in der Straßenbahn. Und wenn die Jade-Leute



Wie ist die Situation in eurem/ deinem Betrieb? Was bedeutet für die gewerkschaftliche Interessenvertretung Flexibilisierung, Auslagerung, Arbeitslosigkeit ...

Welche Erfahrungen habt ihr mit Arbeitskämpfen (z.B. jüngst bei ... gegen die Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) und Demonstrationen gemacht?



Erkundet tatsächliche oder vermeintliche Folgen der Globalisierung bezogen auf euren Alltag und eure Arbeitswelt. Schreibt selbst darüber für eure Gewerkschaftspresse.

nicht mehr fahren, und wenn die Casell-Leute nicht mehr fahren, dann sind wir als einziger großer Betrieb im Osten der Main-Metropole übriggeblieben. Das beschäftigt uns alle im Betrieb sehr stark. Es hängt damit zusammen, daß arbeitslose Leute bekanntlich nicht soviel kaufen können – und das trifft auch den Versandhandel. Dann tritt das Dominanzprinzip ein. Man schätzt, daß zwischen acht und zehn Prozent der Arbeitsplätze im Handel in Frankfurt verloren gehen, weil immer mehr Leute arbeitslos werden. Das nagt an allen, und du hörst es immer mehr. Eigentlich macht es einem ganz schön Angst. Dies ist so eine Grundstimmung, die bei uns herrscht, denn es gibt fast niemanden, der nicht in seiner Familie, in seinem Bekanntenkreis ein oder zwei Arbeitslose hat – eine Alltagserfahrung für jeden. Es gibt Aushilfen, die mal zwei, drei Monate kommen. Ihr Leben reduziert sich: Immer mal kurz dazugehören dürfen, ein bißchen über Wasser kommen, dann wieder raus und es im nächsten Jahr wieder versuchen. Es gibt so eine oszillierende Schicht von Leuten, rein und raus, die noch nicht völlig abgedrängt sind. Eine Situation, von der du – wie viele Kollegen auch – denkst, daß es keinen Ausweg gibt. Es existiert Wut, es existiert Angst, und es existiert vor allem viel Ohnmacht. Das bedrückt einen manchmal sehr.

Die Angst wächst. Natürlich, man muß sich nichts vormachen, es wird mehr über Box-Champions wie Henry Maske und Axel Schulz gesprochen oder über Formel-Eins-Schumacher, das ist ganz klar. Nicht, daß wir jeden Tag über Politik reden, das interessiert in diesem Sinne niemanden. ... man hört immer öfter von der Angst, und sie ist in einer neuen Qualität da. Es gibt Wut bei

den Kollegen, die einfach sagen: Wie werden behandelt wie Schweine, wie Maschinen. Wir arbeiten nach dem MTM-System – einem amerikanischen System, in dem alle Bewegungen genaustens abgepaßt werden. Da ist die Erfahrung, daß jede Millisekunde bemessen wird, daß sie darüber



—SCHICHTWECHSEL—

diskutieren, wenn du mal eine Zigarette rauchen gehen willst und du abstecken mußt, damit ja die fünf Minuten Produktivität nicht verloren gehen. Das schafft im Alltag eine richtige Wut.... Aber die Wut artikuliert sich selten politisch. Sie schlägt oft um in Resignation.

1995 haben wir erstmals seit Bestehen dieses Unternehmens gestreikt. Es war ein Ur-Erlebnis. Alle haben gefragt: „Wie macht man das?“ Ich sagte: „Ich weiß auch nicht, wir bleiben am besten alle mal draußen stehen, dann entscheiden wir weiter.“ Und es hat funktioniert. Es war das erste Mal, daß ich bewußt gesehen habe: Nicht der bekannte Metaller mit Blaumann und IG-Metall-Fahne, sondern griechische und türkische Kolleginnen waren dabei. Sie hatten keine großen Fahnen, sie sind einfach draußen im strömenden Regen stehen geblieben und haben gesagt: „Jetzt ist Schluß“. Wir haben von 5.500 Leuten Belegschaft 350 Leute in der HBV ... organisiert, also ein ganz beachtlicher Schnitt. Und die Kollegen, auch die Unorganisierten, haben gesagt: „Wir bleiben draußen stehen.“

Es ist eine riesige Herausforderung, als Gewerkschafter und als Betriebsräte die Wut und die Angst so zu kanalisieren, daß dieser Streik wenn nötig erneut möglich wird. Ein Streik ist die beste Gewerkschaftsschule... Er ist eine Chance, wo wir lernen können, wie wir uns wehren, wie unsere Wut einen politischen Ausdruck bekommt. Es nützt ja nichts – du kannst ihnen von allen möglichen Dingen erzählen: Wir müssen das praktisch lernen. Aber es ist schwierig, sehr sehr schwierig.

Mein Eindruck ist, daß viele traditionelle gewerkschaftliche Wege bei uns in Westdeutschland nicht funktionieren. Manche Dinge muß man neu erfinden. Aber dies wird eine Aufgabe bleiben, damit es nicht bei der Wut bleibt, die sich nur auf unseren Magen niederschlägt.

## Die Standortschlacht, so begonnen schon verloren ?

### Plädoyers für den „Standort Deutschland“:

**Hans-Olaf Henkel (BDI):** Die nahezu unbegrenzte Mobilität des Kapitals sowie der Wunsch von mehreren hundert Millionen Menschen nach Arbeitsplätzen und einem höheren Lebensstandard haben zum Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte um Investitionen geführt. Der Wettbewerbsdruck trifft nicht mehr nur Unternehmen, sondern ganze Volkswirtschaften und ihre Arbeitsmärkte. Entwicklungs- und Schwellenländer, die vor ein paar Jahren noch kaum in die internationale Arbeitsteilung integriert waren, konkurrieren nun mit den alten Industrieländern um Kapital und Marktanteile, damit um Beschäftigung. Sich diesem Wettbewerb nicht zu stellen, heißt Verzicht auf Arbeitsplätze. Das Ziel der „wettbewerbsfähigen Gesellschaft“ wird vor diesem Hintergrund zu einem drängenden Auftrag an uns alle.

Deutschland ist stärker in die Weltwirtschaft integriert als andere große Industrieländer. Die deutsche Exportquote liegt bei 24,3 Prozent, während die amerikanische bei 11,5 Prozent und die japanische bei elf Prozent liegt. Ein beträchtlicher Teil unseres Wohlstands wird im Außenhandel erwirtschaftet. Seit geraumer Zeit verliert die deutsche Exportwirtschaft jedoch Marktanteile. Auch die Bilanz der Direktinvestitionen zeigt, daß sich die Rahmenbedingungen in Deutschland in den letzten Jahren verschlechtert haben. Während deutsche Unternehmen 1995 rund 48 Milliar-

den DM im Ausland investierten, flossen umgekehrt nur rund 14 Milliarden DM nach Deutschland zurück. Die „Schere“ zwischen beiden Werten hat sich seit Beginn der neunziger Jahre immer weiter geöffnet.

Dies ist um so dramatischer, als damit einerseits Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, andererseits aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem findet auch der mit ausländischen Investitionen in Deutschland verbundene Wissens- und Technologietransfer immer weniger statt. Umgekehrt reist das Know how deutscher Unternehmen als „blinder Passagier“ bei Investitionen ins Ausland mit. Zwar sind die Erschließung und Erhaltung von Absatz- und Beschaffungsmärkten wichtige Motive für deutsche Unternehmen, um im Ausland zu investieren, jedoch hat in den letzten Jahren das Kostenmotiv klar an Bedeutung gewonnen. Nicht nur im Hinblick auf die Arbeitskosten, sondern auch bei der Steuer- und Abgabenlast schneidet der Standort Deutschland unbefriedigend ab. Inzwischen nutzen auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen die Nähe der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten für das „Outsourcing“, das heißt, die Auslagerung von Vorproduktionen.

**Dr. Dieter Hundt (BDA):** In diesem Jahrzehnt – und mit Sicherheit auch in absehbarer Zukunft – wächst der Welthandel schneller als das Weltbruttosozialprodukt. Noch stärker gewachsen sind die Verflechtungen bei den Direktinvestitionen, am schnellsten verknüpfen sich die internationalen Kapitalmärkte. Die Weltwirtschaft strebt nach einer größeren Arbeitsteilung; jedes Land spezialisiert sich auf das, was es kann. Dieser wertschöpfungssteigernde Prozeß wird Globalisierung genannt. Die Tatsache, daß der Welthandel wächst, zeigt, daß alle Länder von der Globalisierung profitieren können – sie ist daher eine positive Entwicklung.

Neu für Deutschland ist, daß viele unserer Konkurrenten im Ausland - vor allem in den Industrieländern - inzwischen mit den Regeln einer internationalen Marktwirtschaft besser zurecht kommen als wir. Wir lassen uns bisweilen vormachen, daß die Spielregeln daran schuld sind. Den USA, England, Schweden, den Niederlanden ging es vor mehr als einem Jahrzehnt recht ähnlich. Diese Länder haben den Strukturwandel deshalb auch schon früher bewältigt als wir - nicht mit Protektionismus, sondern mit einer klaren Politik, die an der Schaffung von Arbeitsplätzen ansetzte.

Das Schlagwort Globalisierung hat bei vielen Menschen in Deutschland einen negativen Beigeschmack, weil es uns daran erinnert, daß wir die bittere Medizin, die unsere Nachbarländer konsequent eingenommen haben, ebenfalls schlucken sollten. Je früher wir mit der Therapie beginnen, desto weniger schmerzhaft wird sie sein. Wenn wir den Standort Deutschland



Einheitlicher Grundtenor der Standortdebatte ist die These: die Globalisierung ändere die Spielregeln der Wirtschaftsordnung – nur durch die Sicherung des Standortes können „wir“ weiter an diesem Spiel teilnehmen.

Was ist dran an dieser These?

wieder zu dem Globalisierungsgewinner machen wollen, der er in früheren Jahren war, müssen wir vier Lehren, die unsere Mitbewerberländer bereits gezogen haben, beherzigen.

1. Wir brauchen mehr Markt und weniger Staat. Nur der Markt entscheidet, in welchen Bereichen die Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen werden. Solange wir mit Milliarden-subventionen alte Strukturen künstlich am Leben erhalten, fehlt uns das Geld, die neuen Zukunftstechnologien aufzubauen.

2. Die Politik muß die Unternehmen in die Lage versetzen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Die sozialen Sicherungssysteme belasten den Faktor Arbeit erheblich. Sie machen die deutsche Arbeitsstunde zur teuersten in der Welt. Der Trend nach oben ist ungebremst. Wir brauchen echte Einsparungen, die den Faktor Arbeit entlasten und den Beitragszahlern durch Beitragssenkungen zugute kommen. Staats- und Steuerquote müssen zurückgeführt werden. Das ist sozial, weil es Arbeitsplätze schafft und den Arbeitnehmern die Möglichkeit gibt, private Vorsorge zu treffen.

3. Wir müssen auch unsere Arbeitsmärkte wieder als Märkte begreifen. Der Strukturwandel erfordert mehr Qualifikation, mehr Flexibilität, mehr Mobilität. Die Tarifpolitik muß vorrangig das Beschäftigungsziel im Auge haben.

4. Neue Beschäftigung entsteht durch Innovationen, neue Produkte und neue Märkte. Unternehmen müssen also mehr forschen, entwickeln und verkaufen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Hier ist jeder an seinem Platz im Unternehmen gefordert.

## Reaktion der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften werden durch die Debatte der Unternehmerverbände direkt her-

### Anpassen oder Untergehen

Viele sind der Auffassung, daß ohne Gewerkschaften ein wirklich effizientes System industrieller Beziehungen nicht möglich ist. Erst jüngst hat sich sogar die Weltbank dieser Einschätzung angeschlossen. Blickt man allerdings auf ihre Mitgliederstatistiken, kommen Zweifel auf, ob die Gewerkschaften heute überhaupt noch eine Zukunft haben. Manche sagen ihren Untergang voraus und bringen ihn mit dem Strukturwandel unserer Arbeitsgesellschaft in Zusammenhang. Die Gewerkschaften hätten diesen Strukturwandel nicht mitvollzogen, das belege nicht zuletzt die unübersehbare gewerkschaftliche Organisationslücke im Bereich der privaten Dienstleistungen und der sogenannten neuen Arbeitnehmergruppen in der Industrie.

Ich teile die Ansicht, daß die Gewerkschaften – so ihnen eine Weiterentwicklung ihrer Politik nicht gelingt – an Einfluß verlieren werden. Aber um Klarheit zu schaffen, zunächst eine Richtigstellung vorweg. Es gibt eine These, die besagt, Gewerkschaften seien Kinder des „Fordismus“, also der extrem arbeitsteiligen Massenproduktion, und mit dem Ende des Fordismus seien auch die Gewerkschaften am Ende ihrer Geschichte angelangt. Ich halte diese These für falsch. Gewerkschaften sind entstanden als Selbsthilfeorganisationen von Handwerkern und qualifizierten Facharbeitern, denen

ausgefordert. Wie reagieren sie auf diese Herausforderung? Es folgen exemplarisch drei Positionen.

es als unselbständig Beschäftigten zunächst um die Stärkung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung in einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft ging. Der Erfolg, insbesondere der deutschen Gewerkschaften besteht darin, daß es ihnen gelungen ist, für ein stabiles Ausbildungssystem, differenzierte Entgeltstrukturen und für starke betriebliche Mitbestimmungsrechte zu kämpfen. Um dies zu erreichen, haben sich die Gewerkschaften konstruktiv auf die Gestaltung der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft eingelassen, mit einer auf Produktivitätssteigerung setzenden Tarifpartnerschaft und Betriebsverfassung.

### Neue Arbeitskultur - neue Formen der Konfliktregelung

Daraus ziehe ich den Schluß: Auch wenn sich mit der Überwindung des Fordismus in vielen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes eine neue Kultur mit einem veränderten Managerbewußtsein für die qualitative Bedeutung menschlicher Arbeitsleistung herausbildet, benötigt unsere Arbeitsgesellschaft zur Austragung von Konflikten verbindliche Regulierungsinstrumente und starke Interessenvertretungen. Allerdings – und hieraus ergeben sich die Eckpunkte der künftigen Gewerkschaftspolitik – werden sich die Gewerkschaften dem Wandel in der Arbeitsgesellschaft stellen müssen – oder untergehen.

DGB, Dieter Schulte



Zum Text rechts:  
Worauf gründet sich Dieter Schultes Hoffnung auf ein Überleben der Gewerkschaft?  
Welche Politik empfiehlt er?

## Auslaufmodell?

*Das westdeutsche Hochlohnmodell sicherte der Bundesrepublik noch zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung nicht nur den Platz Nummer eins auf der internationalen Erfolgsskala der wirtschaftsstärksten Länder, sondern auch eine hohe soziale Ausgewogenheit zwischen den Erwerbseinkommen. Schon seit längerem wird dieses Modell jedoch durch eine sich öffnende Schere der Ungleichheit gegenüber einer konstant hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen unterminiert. Steht es nun angesichts schwindender Wettbewerbsfähigkeit auf globalisierten Märkten und der außergewöhnlichen Belastungen durch die deutsche Einheit vor dem Aus? Dieser Frage geht Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, in einem Aufsatz nach, dessen zentrale Thesen die Redaktion im folgenden zusammengefaßt hat.*

Der Wettbewerbserfolg einer institutionalisierten Hochlohnökonomie wie der deutschen ist zwangsläufig prekär und ungewiß, da sie gleichzeitig internationale Märkte bedienen und internen Forderungen nach Ausgleich und sozialem Zusammenhalt genügen muß. Drei schwer zu realisierende Voraussetzungen bedingen diesen Erfolg:

1. Die weltweiten Produktmärkte für in der Qualität konkurrenzfähige Produkte müssen groß genug sein, um Vollbeschäftigung in einer Volkswirtschaft zu ermöglichen, die sich selbst davon ausgeschlossen hat, preiskompetitive Märkte zu beliefern. Das Nachfragevolumen, das eine qualitätskompetitive Volkswirtschaft auf sich ziehen kann, ist abhängig von der historischen Entwicklung der Gesamtnachfrage generell, der Wettbewerbsfähigkeit anderer Volkswirtschaften, erfolgreicher inländischer Produktinnovation, die die qualitative anstelle der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erhöht; und davon, daß die inländischen Produktionskosten nicht den Punkt überschreiten, an dem die Preisdif-

ferenz zwischen qualitäts- und preiskompetitiven Produkten für zu viele Abnehmer zu groß wird.

2. Die Produktinnovation muß schnell genug sein, um der Wirtschaft eine ausreichende Nachfrage auf Qualitätsmärkten zu sichern. Dies erfordert einen ständigen hohen Investitionsaufwand für Forschung und Entwicklung. Der qualitative Vorsprung des Produktangebots hängt auch von der kulturell verwurzelten Struktur der Wissensproduktion und -weitergabe ab sowie von Management, Technologie-nutzung, Arbeitsorganisation und Qualifizierung - Faktoren, die sich an sich laufend verändernde Marktgegebenheiten und Technologien anpassen müssen.

3. Das Arbeitskräfteangebot der Volkswirtschaft muß in Umfang und Charakter den Anforderungen qualitätskompetitiver Märkte Rechnung tragen und all jene Qualifikationen bereitstellen, die notwendig sind, solche Märkte zu bedienen und einen sozial akzeptablen Beschäftigungsstand auf hohem und relativ wenig differenziertem Lohn- und Qualifikationsniveau zu sichern. Dies erfordert unter anderem, daß nur einige wenige Beschäftigte aus dem Arbeitskräftepotential des Landes nicht für relativ hochqualifizierte Tätigkeiten eingesetzt werden können. Nur wenn es sich bei diesen um nicht sehr viele handelt, können sie gegebenenfalls aus dem Arbeitsmarkt heraus- und von einem Wohlfahrtsstaat übernommen werden, der sich aus den reichen Erträgen von Wettbewerbsfähigkeit auf hoher Qualitätsebene finanziert.

Wolfgang Streeck



Wie will der Autor die westdeutsche „Hochlohnökonomie erhalten, ohne gewaltige soziale Ungleichheiten zu produzieren? Worauf stützt sich seine Skepsis, daß diese Maßnahmen greifen? Sieht er Auswege?

## Standortkapitalismus – nein danke!

*Das Bündnis für Arbeit steht an der Schwelle zum „Bündnis für Armut“.*

Jetzt geht es darum, das gewerkschaftliche Prinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu sichern, das Konkurrenzverhalten unter den Beschäftigten einzugrenzen, damit nicht weiter Nationalismus und Rassismus, soziale Spaltung und Entsolidarisierung gefördert werden. Vor allem in den Betrieben besteht verstärkt die Notwendigkeit, über arbeitsplatzschaffende Maßnahmen und das Bündnis für Arbeit zu diskutieren und Konzepte zu entwickeln, die die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise überwinden helfen. Im übrigen muß aus den Betrieben heraus deutlich werden, daß dem neoliberalen Marktradikalismus solidarische „volks“-wirtschaftliche Lösungen unter Einbeziehung nachfragesteigernder Elemente entgegensetzen sind. Es geht um Richtungsentscheidungen: um die Frage, ob „innerhalb der Klasse“ geteilt wird oder „zwischen den Klassen“ und um Verteilungs-, Reichtums-/Armutfragen insgesamt.

Das Starren des Kaninchens auf die Schlange muß überwunden werden. Wer sich dem „Globalisierungs-Killerargument“ beugt, daß man die Bedingungen für Unternehmer verbessern müsse, um Abwanderung ins Ausland zu verhindern, kapituliert. Außerdem würden damit unternehmerische Verzinsungs- und Renditeerwartungen zur zentralen Klammer, der sich alle, auch die Gewerkschaften unterzuordnen hätten. Das aber wäre ein Selbstmordprogramm für die Zukunft der Gewerkschaften und für die Zukunft der Erwerbsarbeit.

Zunächst würden die „Noch-Arbeitenden“ ärmer und kaufkraftschwächer, die Arbeitslosigkeit würde noch mehr angeheizt. Weitere Folgen wären noch mehr Verlagerungen in reine Finanzspekulationen weltweit und mittel- bis langfristig die Beerdigung von lebendiger Arbeit und Produktion zunächst in Deutschland. Ohne deutliche Auseinandersetzungen wird keine Bewegung erzeugt werden können. Unternehmer werden nicht altruistisch auf mögliche Gewinnmitnahmen verzichten, um Beschäftigung zu sichern. Sie werden nur zu „überzeugen“ sein, wenn sie erkennen müssen, daß der begonnene Standortkapitalismus nachhaltig so viel Ärger und Unruhe unter den Betroffenen bringt, daß es letztendlich rentabler ist, lebendige Arbeit in den Betrieben zu lassen.

In Umbruchsituationen ist es von hoher Bedeutung, möglichst effektiv einzugreifen, um die Richtung der Änderung mitzugestalten. Die Risiken für abhängig Beschäftigte werden tagtäglich vorgeführt. Kein Tag vergeht ohne Arbeitsplatzverlustmeldungen. Die massiven Bedrohungen für Arbeitende und Arbeitslose beinhalten im Kern aber auch Chancen, Chancen dann, wenn es gelingt, ein breit angelegtes Bündnis zu schließen zwischen Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Verbänden und gesellschaftlichen Einrichtungen, um Unternehmer und Bundesregierung unter Druck zu setzen. Massenproteste sind notwendig, um den Mächtigen zu zeigen, daß Schluß ist mit dem neoliberalen Standortkapitalismus.

Gisbert Schlemmer (Gewerkschaft Holz und Kunststoff)



Welche Gefahren sieht Schlemmer in der Akzeptanz der Standortlogik?

Worauf gründet sich sein Unbehagen mit dem „Bündnis für Arbeit“? Welche Alternativen schlägt er vor?



Aufgabe:

Müssen und können wir die Standortlogik grundsätzlich ablehnen? Sind mit ihr grundsätzliche Gefahren für unser gewerkschaftliches Handeln verbunden? Oder brauchen wir eine von den Gewerkschaften initiierte bzw. mitgetragene „alternative Standortpolitik“?



## Was ist los am „Standort Korea“?

### Die ArbeiterInnen kämpfen um ihre Rechte

Am 26. Dezember 96, um 6 Uhr in aller Frühe, verabschiedete die Mehrheitspartei des Präsidenten Kim Young-Sam bei Abwesenheit der Opposition im Parlament ein neues Arbeitsgesetz und die Verschärfung des "Nationalen Sicherheitsgesetzes". Nach sieben Minuten war der Spuk bereits beendet, und die Politiker durften, nachdem sie insgesamt 11 mal die Hände gehoben hatten, wieder nach Hause zurückfahren. Um 6 Uhr 30 forderte Kwon Youg-Kil, der Vorsitzende der KCTU, in einem landesweiten Aufruf die Arbeiterschaft in Südkorea auf, sofort in den Streik zu treten und dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Die Durchsetzung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Gesetzes wurde mit der Notwendigkeit, den Wirtschaftsstandort Korea zu sichern begründet. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes beinhalten:

- Erweiterung der Flexibilität der Wochenarbeitszeit von 44 auf 56 Stunden ohne Überstundenzuschläge.
- Beseitigung des Kündigungsschutzes und somit die Erleichterung der Entlassungen.
- Den unmittelbaren Einsatz von Streikbrechern im Falle von Arbeitskämpfen.
- Gleichzeitig soll auch die KCTU, die junge kämpferische Gewerkschaft, bis zum Jahr 2002 weiterhin verboten bleiben.

Diese Provokation rief den heftigsten Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter hervor: Hunderttausende traten in den Streik und demonstrierten auf den Straßen. Sie lieferten sich heftige Straßenkämpfe mit der Polizei und forderten den Rücktritt des Kim Young-sam Regimes. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Streikenden und gegen



die Tausende von Menschen vor, die sich zu Protestmärschen in Bewegung gesetzt hatten und schoß mit Tränengas in die Menge ...

**Zum ersten Mal seit 1946 gibt es einen Generalstreik**

## Konservative Rezepte: Roman Herzog in Berlin

Ich komme gerade aus Asien. In vielen Ländern dort herrscht eine unglaubliche Dynamik. Staaten, die noch vor kurzem als Entwicklungsländer galten, werden sich innerhalb einer Generation in den Kreis der führenden Industriestaaten des 21. Jahrhunderts katapultieren. Kühne Zukunftsvisionen werden dort entworfen und umgesetzt, und sie beflügeln die Menschen zu immer neuen Leistungen. Was sehe ich dagegen in Deutschland? Hier herrscht ganz überwiegend Mutlosigkeit, Krisenszenarien werden gepflegt. Ein Gefühl der Lähmung liegt über unserer Gesellschaft ...

Was ist los mit unserem Land? Im Klartext: Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise ...



### Diskussionen werden zur Unkenntlichkeit verzerrt

... Mit dem rituellen Ruf nach dem Staat geht ein – wie ich finde – gefährlicher Verlust an Gemeinsinn einher. Wer hohe Steuern zahlt, meint allzu leicht, damit seine Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft abschließend erfüllt zu haben. Vorteilssuche des einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft ist geradezu ein Volkssport geworden ...

Wir leiden darunter, daß die Diskussionen bei uns bis zur Unkenntlichkeit verzerrt werden ... Solche Debatten führen nicht mehr zu Entscheidungen, sondern sie münden in Rituale, die immer wieder nach dem gleichen Muster verlaufen ...

... Ich vermisse bei unseren Eliten in Politik, Wirtschaft, Medien und gesellschaftlichen Gruppen die Fähigkeit und den Willen, das als richtig Erkannte auch durchzusetzen ... Unser Land befindet sich aber in einer Lage, in der wir es uns nicht mehr leisten können, immer nur den Weg des geringsten Widerstands zu gehen ...

### Pflichtwerte gewinnen wieder an Bedeutung

Ich meine, wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag zugunsten der Zukunft. Alle, wirklich alle Besitzstände müssen auf den Prüfstand. Alle müssen sich bewegen. Wer nur etwas vom anderen fordert – je nach Standort von den Arbeitgebern, den Gewerkschaften, dem Staat, den Parteien, der Regierung, der Opposition – der bewegt gar nichts ...

... Durch Deutschland muß ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von lieb gewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen ...

(aus: taz vom 28.4.97, Seite 5 – Auszüge)

INFORMATIONEN AUS DER POLITIK

# Journal

## für Deutschland

Februar/März 1997

Osteuropa in Goethe

JUGEND '97

# Frech, fleißig, treu, cool

<http://www.bundesregierung.de>  
Infos der Bundesregierung im Internet

So sieht die Bundesregierung die Jugend '97 in Deutschland: frech, fleißig, treu, cool, ganz bereit für die Teilnahme am Standortrennen.

(Titelbild „Journal“, 3.97)



Deutschland und Korea im Vergleich. Setzt alle Text- und Grafikbausteine auf diesen Seiten und der folgenden Seite miteinander in Verbindung. Diskutiert die Zusammenhänge zwischen Ideologie und Fakten. Zu welcher Einschätzung kommt ihr?

**Prima Klima!**

Lust auf Leistung. Zufrieden mit dem Boß. In keinem anderen Land der Europäischen Union sind die Arbeitnehmer/innen so motiviert wie bei uns. Vom Arbeitsplatz bis hin zu den Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im Unternehmen - acht von zehn Berufstätigen (79 Prozent) bewerten das Klima in ihrer Firma positiv! Nur 31 Prozent der Franzosen dagegen glauben zum Beispiel, daß ihr Chef die persönliche und berufliche Entwicklung unterstützt. Das haben jetzt Meinungsforscher des Bielefelder Emnid-Instituts und der Sofres-Gruppe in einer repräsentativen Umfrage (5143 Männer und Frauen) ermittelt.

Was deutsche Arbeitnehmer besonders loben:

- ihren gut ausgestatteten Arbeitsplatz
- ihre Meinung zählt im Betrieb
- die Entlohnung stimmt
- ihre Leistung wird anerkannt
- Zukunftsperspektive ist gut.

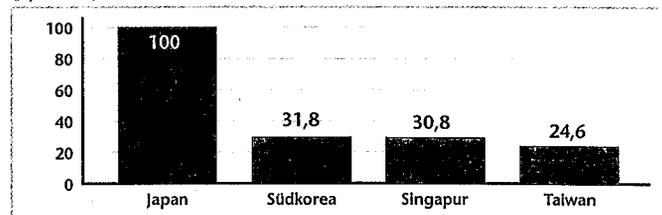
56 Prozent fühlen sich vor allem in ihrer persönlichen und beruflichen Entwicklung unterstützt. Auf Rang zwei der europaweiten Vergleichsstudie über „Arbeitszufriedenheit und soziales Klima“ folgen die Spanier. Schlußlichter sind die Arbeitnehmer in Italien, Großbritannien und Frankreich hier werden vor allem fehlendes Lob und zu wenig Lohn beklagt. 66 Prozent der Franzosen glauben sogar, daß ihre berufliche Situation die Firma nicht interessiert.

aus: Journal für Deutschland (Presse- und Informationsamt d. Bundesregierung)

**Noch ein Blick auf die asiatische Region:**

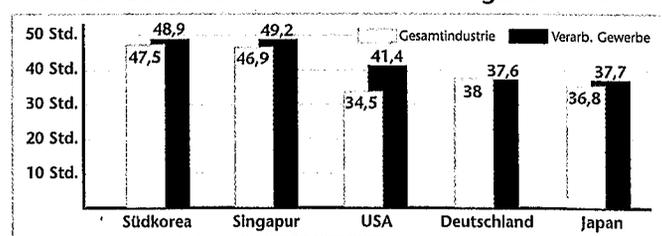
**Stundenlöhne in der verarbeitenden Industrie 1995**

(Japan: 100)



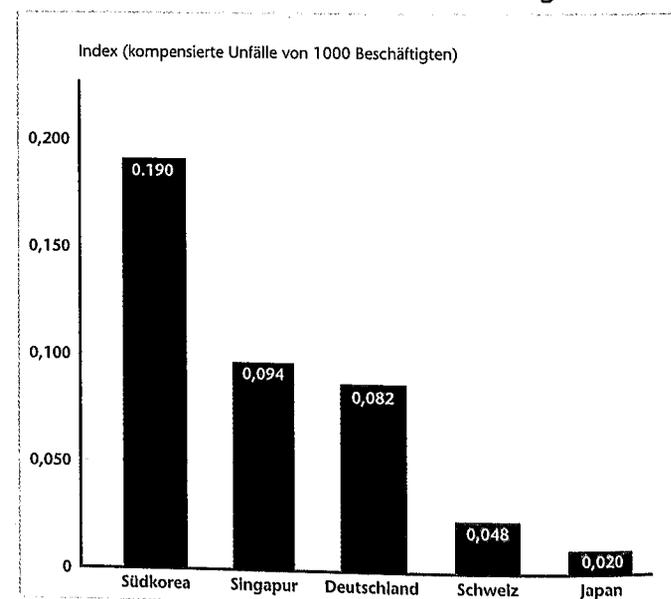
Quelle: US Labor Statistics

**Wochenarbeitszeit im internationalen Vergleich 1993**



Quelle: Labor Statistics

**Schwere Arbeitsunfälle im internationalen Vergleich 1992**

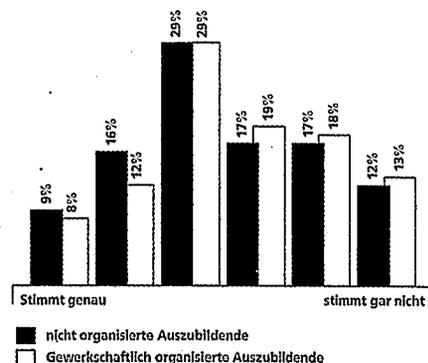


Quelle: Labor Statistics

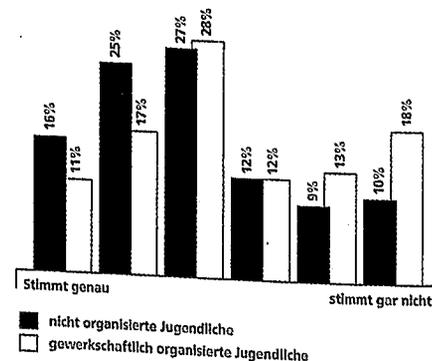
aus: SOLIKOR (Hrsg): Minju Nochong. Berlin Januar 1997. Seite 14, 16 und 17

**Was antworten Jugendliche in der Bundesrepublik:**

Unser Wirtschaftssystem ist mitverantwortlich für die Armut in anderen Ländern...



Manche Produkte aus Entwicklungsländern werden bei uns zu billig angeboten. Für solche Produkte wäre ich bereit einen höheren Preis zu zahlen, wenn der Erzeuger dafür einen gerechten Lohn erhalten würde...



aus: R. H. Hahn, H.-W. Horn: Eine neue rechte Jugend? IGM-Vorstand, Ffm 1997, Seite 30 und 31

## Arbeit ist für alle da

Im Januar 1996 versicherte der Bundeskanzler, die gegenwärtige Arbeitslosigkeit um rund zwei Millionen bis zum Jahr 2000 zu halbieren.

Daß die Bundesregierung ihren Beteuerungen selbst nicht glaubt, geht aus den Ergebnissen der Zielprojektionen des Bundeswirtschaftsministers vom Juli 1996 hervor. In dieser die Finanzpläne der Bundesregierung berücksichtigenden Projektion wird selbst noch im Jahr 2000 mit einer registrierten Arbeitslosigkeit von 3,5 Millionen Menschen in Deutschland gerechnet.

DGB-Bundesvorstand, Inf. zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 7.96

### Vollbeschäftigung verwirklichen

Die Gewerkschaften wollen diese Ziele mit Hilfe einer sozial-ökologischen Reformstrategie erreichen. Sie soll die Arbeitslosigkeit überwinden und Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang bringen. Die sozial-ökologische Reform grenzt sich bewußt ab von der Vorstellung, der Anschluß an die Weltmärkte sei zu erhalten, wenn auf nationale Reformen, vor allem in der Sozial- und Umweltpolitik, verzichtet werde. Wir wollen Reformfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sinnvoll miteinander verknüpfen.

Ein Wettlauf mit den Ländern, die niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen und ökologische Standards vorzuweisen haben, kann weder Vollbeschäftigung wiederherstellen, noch die Wettbewerbsfähigkeit steigern. Die Gewerkschaften plädieren statt dessen für einen Wettbewerb, der sich auf die Qualifikation und Kreativität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf ökologisch verantwortbare und gesellschaftlich nützliche Güter stützt. Unser Motto lautet: Wettbewerb durch Innovation auf der Grundlage fairer Wettbewerbsbedingungen.

Der Sozialstaat muß Arbeit und Beschäftigung wieder in den Mittelpunkt stellen und seine Finanz- und Steuerpolitik darauf ausrichten. Neue Akzente sind in der Wirtschafts- und Strukturpolitik erforderlich. Dem industriellen Sektor, der Grundlage des Wirtschaftsstandortes Deutschland, muß eine dauerhafte Perspektive gegeben werden.

Bildung, Forschung und Technologie sind Schlüsselfaktoren im weltweiten Wettbewerb und damit im Kampf um Vollbeschäftigung. Die Gewerkschaften setzen sich für eine langfristig orien-

tierte, staatlich geförderte Innovationsoffensive ein. Sie soll auf zusätzliche Arbeitsplätze ausgerichtet sein, neue Märkte und Wachstumsfelder erschließen und die nachhaltige Entwicklung fördern. Wir fordern die Sicherung der vorhandenen Infrastruktur, etwa im Wasser- und Abwasserbereich und ihren weiteren Ausbau, insbesondere im Energie-, Verkehrs-, Telekommunikations- und sozialen Bereich. Im Verkehrsbereich müssen umwelt- und ressourcenschonende Verkehrssysteme weiter ausgebaut werden. Die Forschungs- und Technologiepolitik hat die Ziele einer sozial-ökologischen Reformstrategie vorrangig zu unterstützen. Die Fördermittel hierfür müssen kräftig aufgestockt werden. Dies ist sowohl notwendig, um eine sozial-ökologische Reformstrategie zu initiieren, als auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Kleine und mittlere Unternehmen brauchen gezielte Unterstützung.

Auch in Zukunft bleibt es notwendig, öffentliche Kredite gezielt für Zukunftsinvestitionen zu verwenden. Sie zahlen sich längerfristig durch neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuer- und Beitragseinnahmen aus.

Wachsende Bedeutung für die Vollbeschäftigung messen die Gewerkschaften der Politik auf europäischer Ebene bei. Wir unterstützen die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und eine gemeinsame europäische Währung. Sie muß aber mit einer Wirtschafts- und Strukturpolitik verknüpft werden, die konsequent am Vollbeschäftigungsziel ausgerichtet ist und durch eine aktive europäische Sozial- und Umweltpolitik mit dem Ziel einer europäischen Sozialunion begleitet sein.



## Arbeitsorganisation ILO fordert Wachstumsprogramm von G-7

In einer heute in Genf veröffentlichten Stellungnahme zur Beschäftigungs-Konferenz der in der Gruppe der G-7 zusammengefaßten Staaten die USA, Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien – in Lille heißt es: „Die G-7 hat eine führende Rolle bei der Lösung der Beschäftigungskrise zu spielen – nicht nur für sich selbst, sondern auch zum Wohl der Gesellschaften weltweit.“

Zudem müsse dies von den Bemühungen der Sozialpartner – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Regierungen – unterstützt werden, ein stabiles Verhältnis zwischen Lohnerhöhungen und Gewinnen herzustellen und zu bewahren.

Nach den Angaben stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1979 und 1994 in den Ländern der G-7 von 13 auf nahezu 24 Millionen. Hinzu kämen weitere vier Millionen, die es aufgegeben hätten, nach einer Stelle zu suchen.

Zudem hätten sich 15 Millionen mit einem Teilzeitjob zufrieden gegeben, obwohl sie eigentlich eine Ganztagsbeschäftigung suchten. Die Zahl der arbeitsfähigen Menschen in der G-7 sei in diesem Zeitraum von 273 auf 322 Millionen gestiegen.

aus: Germany live, 04 1996

## USA: Jobwunder oder ...

### Die USA stehen im Wirtschaftsvergleich blendend da

US-Präsident Clinton empfiehlt bei der Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels die Nachahmung der amerikanischen Strategie

► DENVER (dpa). „Wir sind zu einer Zeit Gastgeber für unsere Partner, in der die US-Wirtschaft die gesundeste seit einer Generation ist.“

Der amerikanische Präsident Bill Clinton rief bei der Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels in Denver zu einer Nachahmung der amerikanischen Strategie auf. Er sagte, die USA seien die einzige Nation, die in den letzten vier Jahren einen Anstieg der Wirtschaftswachstumsrate erlebt hat. Clinton sagte, die USA seien die einzige Nation, die in den letzten vier Jahren einen Anstieg der Wirtschaftswachstumsrate erlebt hat. Clinton sagte, die USA seien die einzige Nation, die in den letzten vier Jahren einen Anstieg der Wirtschaftswachstumsrate erlebt hat.

Clinton scheute sich angesichts „der niedrigsten Arbeitslosenquote seit 24 Jahren“, mehr als 12 Millionen neuen Arbeitsplätzen, einem rasanten US-Investitionsanstieg und einem Haushaltsdefizit, das in diesem Jahr nach Schätzungen nur noch 1,1 Prozent des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts betragen wird, nicht davor, seinen Kollegen die Nachahmung der US-Wirtschaftsstrategie der letzten vier Jahre zu empfehlen. Die Wirtschaftserfolge der USA stehen tatsächlich in krassem Gegensatz zu den Konjunktur-, Arbeitslosen- und Haushaltsdefizitproblemen in Kontinentaleuropa und Japan.

Clinton führt die eigenen Wirtschaftserfolge auf die drastische Reduzierung der roten Zahlen im US-Haushalt, auf mehr Geld für Schul- und Universitätsausbildung und auf eine gezielte Welthandelsöffnung mit mehr als 200 begleitenden bilateralen Handelsabkommen zurück. Dies sind nach Meinung des US-Regierungschefs die drei Erfolgskomponenten, die er auch den anderen Nationen zur Erneuerung ihrer Volkswirtschaften empfiehlt.

Aus: „Die Rheinpfalz“ vom 21.01 1997

„Tütenpacker Judas Perdomo aus Kalifornien hat keine Krankenversicherung, nur 13 Tage Urlaub – aber einen Job, von dem er leben kann. Wenn die Deutschen bereit wären, diesen Preis zu zahlen, könnten auch hierzulande fünf Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.“

stern



Vergleichen Sie den oben abgedruckten Zeitungsartikel, das „stern“-Zitat links und den Text aus der „metall“ auf der nächsten Seite miteinander. Zu welchen Schlußfolgerungen kommt ihr?

## ... Flop Wunder?

### Eine Gesellschaft bricht auseinander

Das amerikanische „Job-Wunder“ erweist sich als Flop. Neue Arbeitsplätze wurden vor allem im Dienstleistungsbereich geschaffen, sogenannte „Mc-Jobs“, von denen eine Familie nicht leben kann.

Hinter den unbestreitbar positiven Meldungen vom Arbeitsmarkt über die Gesamtzahl der Arbeitsplätze verbirgt sich eine epochale Entwicklung: Zwischen 1979 und 1995 sind in den USA über 40 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen. Die meisten davon aus dem Bereich der gutbezahlten Facharbeiter, Handwerker und Angestellten. Im gleichen Zeitraum wurden zwar mehr Arbeitsplätze geschaffen als aufgegeben wurden. Aber diese neuen Arbeitsplätze siedeln entweder im Niedriglohn-Bereich oder aber in den hochbezahlten Etagen der Ingenieure, Manager und High-Tech-Spezialisten. Nun ist es

nicht jedermanns Sache, von einem Facharbeiter- oder Ingenieurposten für einen Hungerlohn in die Küche von McDonalds zu wechseln. Viele melden sich gar nicht erst auf dem Arbeitsmarkt, halten

sich mit Ersparnissen und Gelegenheitsarbeit über Wasser und warten ab, ob sie nicht doch irgendwo eine ihrer Qualifikation angemessene Arbeit finden. Der renommierte Ökonom Lester Thurow ist deshalb überzeugt, daß die offizielle Arbeitslosen-zahl von 7,5 Millionen (5,3 %) ganz und gar nicht die Wirklichkeit wiedergibt.

Er geht eher von einer Arbeitslosenquote von 14 Prozent aus. Zu den offiziell Gemeldeten müssen nach seinen Berechnungen fünf bis sechs Millionen hinzugerechnet werden, die durch die amerikanische Arbeitsmarktstatistik nicht erfaßt werden.

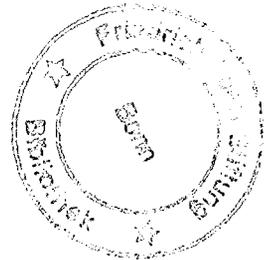
aus: „metall“ 9/96, Seite 16f, Abb.: Titelbild



## Armut trotz Arbeit

Heute jedoch ist Arbeitslosigkeit nicht mehr das Hauptproblem. In den 70er und 80er Jahren entstanden in den Vereinigten Staaten über 25 Millionen neue Arbeitsplätze, davon 18,2 Millionen allein in den 80er Jahren. Natürlich wohnen die Menschen nicht immer da, wo die Jobs sind: viele Jobs in Imbißgaststätten in den Vororten bleiben unbesetzt, weil es für innerstädtische Jugendliche schwierig ist, dorthin zu gelangen. Und periodisch kühlt die US-Bundesbank die Konjunktur ab, um die Inflation zu bekämpfen, und diesem Kampf fallen dann jedesmal Tausende gerade derjenigen Amerikaner zum Opfer, die es sich am wenigsten leisten können. Doch all diesen Hemmnissen zum Trotz ist es Tatsache, daß im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts fast alle Amerikaner, die arbeiten wollen, auch einen Arbeitsplatz finden können. Und weil sich das Bevölkerungswachstum verlangsamt hat, wird in den nächsten Jahren die Nachfrage nach Arbeitskräften wohl eher noch steigen. Gouverneure und Bürgermeister machen sich weiterhin jedesmal Sorgen, wenn eine Fabrik schließt und gratulieren sich, wenn sie neue Arbeitsplätze in ihren Amtsbereich gelockt haben. Doch auf lange Sicht kommt es auf die Qualität der Arbeitsplätze, nicht auf deren Zahl an.

In den 90er Jahren gibt es viele Jobs, die ihren Mann (oder ihre Frau) nicht mehr ernähren. Mehr als die Hälfte der 32,5 Millionen Amerikaner, deren Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze lag, lebten in Haushalten mit wenigstens einem arbeitenden Familien-



mitglied. Dies ist eine viel höhere Rate der „Armut trotz Arbeit“ als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Von 1978 bis 1987 (zwei Jahre mit vergleichbaren Phasen im Konjunkturzyklus) stieg die Zahl der verarmten arbeitenden Amerikaner um nahezu zwei Millionen oder 23 Prozent. Unter den ganzjährig tätigen Vollzeitkräften stieg die Zahl der Armen sogar noch steiler an - nämlich: um 43 Prozent. Im Durchschnitt rutschten Familien mit zwei Elternteilen, von denen einer in Vollzeit arbeitete, sogar noch tiefer unter die Armutsgrenze als jeder andere Familientyp, einschließlich alleinerziehender Elternteile, die von der Sozialfürsorge lebten.

Die Lohnkluft hat sich sogar innerhalb des amerikanischen Kernunternehmens vertieft (oder, genauer gesagt, in jedem Teil des globalen Netzwerks, der formell Amerikanern gehört und von ihnen gemanagt wird). 1990 lagen die durchschnittlichen Stundenlöhne amerikanischer Arbeiter ohne Aufsichtsfunktion in amerikanischen Unternehmen inflationsbereinigt niedriger als in irgendeinem Jahr seit 1965. Ma-

nager der mittleren Ebene standen etwas besser da, obwohl ihre Gehälter inflationsbereinigt

nur wenig über dem Niveau der 70er Jahre lagen.

„Jobs der Zukunft“, Seite 227 und 228

### Ausstand soll Familien stärken

Zu den zehn Streikposten in Glenarden gehört auch Sheree Brewington, 25, die seit sechs Jahren bei UPS als Fahrerin arbeitet. Zunächst hatte sie acht Stunden am Tag gearbeitet und fiel abends fast aus ihrem Laster. Das Manövrieren im Washingtoner Verkehrschaos war es nicht, das ihr damals die letzten Kräfte raubte, sondern die Menge und das Gewicht der Pakete. Sheree (sprich: Chérie) ist eine kleine Person, und man stellt sich vor, wie sie kaum vorgucken kann hinter den Büchersendungen, die sie ausliefern mußte. Heute arbeitet sie für die sogenannte Air Delivery, die Auslieferung eiliger Sendungen, die nicht unbedingt per Luftpost kommen, deren Zustellung aber je nach Preis und Zustellungsklasse bis acht oder zehn Uhr morgens garantiert ist. Ihr Arbeitstag be-

ginnt um sechs Uhr. Um elf kann sie meist schon ausstempeln. Sie verdient aber nur 12.50 Dollar die Stunde, kaum genug, um selbständig davon leben zu können. Wäre sie noch full-time beschäftigt, bekäme sie für die gleiche Arbeit 20 Dollar. Zwei Drittel der 300.000 UPS-Arbeitnehmer arbeiten unter so prekären Bedingungen. Das ist einer der Hauptgründe für den Streik. Die UPS-Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand wollen endlich ihren ganzen Lebensunterhalt mit einem Job bestreiten können. Von den 43.000 Jobs, die UPS seit 1993 geschaffen hat, sind nur 8.000 full-time. 2.500 zusätzliche Vollzeitstellen jährlich verlangen die Teamsters vom Unternehmen. Doch UPS-Chef James Kelly will trotz des von ihm selbst auf 300 Millionen Dollar geschätzten Streikschadens nur 200 Vollzeitstellen zusätzlich im Jahr zugestehen.

Peter Tautfest, taz 13.08.97



Foto: Paul Glaser  
aus: Taz vom 28.02.97, S. 3



Diskutiert die Möglichkeiten, die ihr zu Arbeiten im tertiären Sektor, zur Verbesserung der Umweltsituation und zu einer anderen Verteilung der Arbeit sieht.

## Arbeitszeit verkürzen – Arbeit verteilen

### Überstunden kontra Arbeitsplätze

Die Zahl der Überstunden in Deutschland ist immer noch viel zu hoch. 1995 wurden allein in der deutschen Metallwirtschaft 253,3 Millionen Überstunden geleistet, das sind etwa 50 Millionen mehr als im Vorjahr. Diese Größenordnung entspricht rechnerisch etwa 160.000 Arbeitsplätzen. In der Gesamtwirtschaft sank die Mehrarbeit 1996 zwar um zehn Prozent auf knapp 1,8 Milliarden Stunden. Doch entspricht selbst dies rechnerisch noch immer gut einer Million Arbeitsplätzen. Die DGB-Gewerkschaften fordern deshalb einen Abbau der Mehrarbeit und den Ausgleich der Überstunden durch Freizeit. Durch den Verzicht auf Mehrarbeit könnten in der Wirtschaft realistisch bis zu 750.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit wäre man dem Ziel, die Arbeitslosigkeit zu halbieren, einen guten Schritt näher gekommen. Spitzenreiter beim Abbau von Überstunden war im vergangenen Jahr der öffentliche Dienst.

metall 2/97

*„...weder mit noch ohne Lohnausgleich denkbar. Sollte die IG Metall ab 1999 tatsächlich diese Forderung erheben, dann läutet sie die Totenglocke für den Flächen-Tarifvertrag.“*

metall 08/97

(Aus der Erklärung von Gesamtmetall)

### Lohnender Einsatz

Kampf für kürzere Arbeitszeit bedeutete monatelang für unsere Funktionäre die längsten und schwierigsten Arbeitstage. Das erzielte Leber-Schlichtungsergebnis war nicht nur der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, sondern auch Startschuß für die betriebliche Fortsetzung des Tarifkampfes bei der Umsetzung der Zeitmodelle.

Die positiven Erfahrungen überwiegen. Die 35-Stunden-Sonne wurde zum positiven Image-Träger in unserer Region wie kaum etwas anderes. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen wird nicht mehr bestritten, die Kostengespenster aus Unternehmerkreisen haben sich in Wohlgefallen aufgelöst. Mehr als 2.500 Arbeitsplätze konnten in der Mannheimer Metall- und Elektroindustrie seither per Arbeitszeitverkürzung nachweislich gesichert werden. Darum hat sich der Einsatz gelohnt!

Peter Toussaint, Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim

### Falscher Weg

Die Einführung der 35-Stunden-Woche in der deutschen Metall- und Elektroindustrie ist für unsere ausländische Konkurrenz ein Anlaß zum Jubeln. Die Tatsache, daß wir Weltmeister in der Kürze der Arbeitszeit sind, muß teuer bezahlt werden. Die tarifliche Arbeitszeit eines Metall-Arbeitnehmers ist hierzulande im Jahr 410 Stunden kürzer als in Japan und 360 Stunden kürzer als in USA. Dies ist ein wesentliches Handicap bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte sowie bei der Herstellung von Gütern. Die etappenweise Verkürzung der Arbeitszeit, die mit vollem Lohnausgleich stattfand, hat die Arbeitskosten nach oben getrieben. Diese Tatsache hat massenhaft Arbeitsplätze aus Deutschland vertrieben.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen, müssen die bestehenden Regelungen bezüglich der flexiblen Gestaltung der Arbeitszeiten weiter ausgebaut und Festlegungen getroffen werden, die langfristig kostenentlastend wirken. Sonst wird sich der Trend der Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland noch verstärken.

Dieter Hundt

Ab 1999 die generelle 32-Stunden-Woche und die individuelle 4-Tage-Woche – der Vorschlag des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel auf dem DGB-Beschäftigungsgipfel provozierte eine neue Arbeitszeit-Diskussion in der Öffentlichkeit und in der IG Metall.

Den Vorstoß sieht Zwickel als Teil einer „beschäftigungspolitischen Vorwärtsstrategie“, deren Ziel die Halbierung der Arbeitslosigkeit in 4 Jahren ist. Damit steht in der IG Metall ein 2-Stufen-Konzept zur Diskussion (siehe Grafik). Bis Ende 1998 sollen die laut Manteltarifverträgen der Metallindustrie gültigen Arbeitszeit-Bestimmungen so beschäfti-

gungswirksam wie möglich ausgeschöpft werden. Ab 1999, nach deren Auslaufen, soll die „32“ generell durchgesetzt werden.

Zwickels Vorschlag: differenzierter Lohnausgleich gegen mehr Beschäftigung. „Ein vollständiger Lohnverzicht ist kaum zumutbar.“ Eine denkbare Formel dafür wäre: Je geringer der Beschäftigungseffekt aus der Arbeitszeitverkürzung, desto höher der Lohnausgleich. Neben dem Beschäftigungseffekt kann auch nach Einkommensgruppen (die noch näher bestimmt werden müssen) differenziert werden: voller Lohnausgleich im unteren Einkommensdrittel, teilweiser oder halber im mittleren

Bereich, kein Ausgleich im oberen Drittel. Andere Variante: Weitere Kostenträger werden herangezogen: z.B. könnte die Bundesanstalt für Arbeit einen Ausgleichsanteil zuzahlen, weil sie aufgrund der geringeren Arbeitslosenzahl Geld einspart. Damit wird in der IG Metall ein Modell aus dem „Bündnis der Arbeit“ für die ostdeutsche Metallindustrie von 1996 wieder aufgegriffen, als ebenfalls eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 3 Stunden zur Diskussion stand. Die Idee ist ein Dreitemix: 1 Stunde finanzieren die Arbeitnehmer selbst, 1 Stunde bezahlen die Unternehmen, 1 Stunde die Bundesanstalt für Arbeit.

aus: metall 08/97

## Anders arbeiten, anders leben; über die Zukunft der Arbeit in der Weltgesellschaft

Zukunftsprojekte interessieren nicht nur die jungen Kollegen, aber wenn wir über die Zukunft der Gesellschaft nachdenken, ist es wichtig zu wissen wie sich die junge Generation mit der Gegenwart arrangiert. Und Jugend wird ja politisch für oder gegen die Folgen der Globalisierung in Anspruch genommen.

Ist die Jugend realistischer als die älteren Generationen oder einfach nur angepaßter?

Zu Zukunftsaussichten und der Hauptsorge Arbeit der nachfolgende Text:

### Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht

Shell Jugendstudie zeigt aber auch: Jugendliche sind durchaus engagementbereit.

Jung sein 1997 – das ist keine unbeschwerter Verlängerung der Kindheit mehr. Schon Schüler fühlen sich heute vom Problem der Arbeitslosigkeit bedroht. Die Befürchtung, eines Tages ohne Job dazustehen, rangiert bei den 12- bis 24jährigen inzwischen vor allen anderen Ängsten. Prinzipiell durchaus engagementbereit, fehlt es den jungen Menschen an geeigneten Organisationen und Strukturen, in denen sie etwas bewirken können. Sie halten sich daher vielfach an ihre eigenen Stile und jugendspezifischen Kulturen, die – einem gesamtgesellschaftlichen Trend folgend – immer diffuser und flexibler werden. Konfrontiert mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit und mit dem Eindruck, von der Politik im Stich gelassen zu sein, blickt die Jugend heute mit sehr gemischten Gefühlen in die Zukunft. Den politischen Institutionen traut die junge Generation eine Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme nicht zu. Sie fühlt sich einflußlos und entwickelt ihre eigenen Mechanismen zur Problembewältigung. Die herkömmlichen Deutungen ihres Verhaltens als „unpolitisch“, „übertrieben individualistisch“ und „egoistisch“ werden den tatsächlichen Gegebenheiten – einem individuell zugeschnittenen, teilweise sehr zielstrebigem Engagement – nicht gerecht..

Zu diesen Ergebnissen kommt die 12. Shell Jugendstudie „Jugend '97 – Zukunftsperspektiven – Gesellschaftliches Engagement – Politische Orientierungen“, die am 13. Mai in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Autoren, Arthur Fischer vom Institut Psydata, Frankfurt am Main und Prof. Dr. Richard Münchmeier von der Freien Universität Berlin, haben mit einem Wissenschaftlerteam anhand von 2.100 mündlichen Befragungen 60 Tiefeninterviews und 19 biografischen Porträts untersucht, wie es um das gesellschaftliche und politische Engagement der 12- bis 24-jährigen Jugendlichen in Deutschland bestellt ist. *„Es wurde vermieden, vorab zu definieren und festzulegen, was unter gesellschaftlichem oder politischem Engagement zu verstehen sei, wer als engagiert oder desengagiert zu gelten habe. Vielmehr sollten die Jugendlichen größtmögliche Chancen haben, ihr Verständnis selber zu äußern“*, beschreiben die Autoren das Konzept ihrer Forschungsarbeit. Sie bedienen sich dabei – der Tradition der Shell Jugendstudien folgend – nicht der bloßen Meinungsbefragung, da diese keine Prognosen über das Verhalten Jugendlicher zuläßt.



Welche Erfahrungen macht ihr im Gespräch mit der jungen (bzw. älteren) Generation?  
Über welche Fragen führt Ihr Diskussionen?

### Was bringt das Jahr 2030?

Meine Schlußfolgerung lautet: Falls es zu keinen größeren Kriegen und zu keinem bedeutenden Bevölkerungswachstum kommt, könnte das ökonomische Problem gelöst werden, zumindest aber könnte es innerhalb von hundert Jahren einer Lösung ganz nahe kommen. (...) Das ökonomische Problem, der Kampf um die menschliche Subsistenz, war bis jetzt das wichtigste, das drängendste Problem der menschlichen Gattung (...). Wenn das ökonomische Problem gelöst ist, werden die Menschen ihrer traditionellen Zweckbestimmung beraubt sein (...). Damit wird der Mensch erstmals seit seiner Schöpfung vor sein eigentliches, sein ewiges Problem gestellt sein: vor die Frage, wie er seine Freiheit von drängenden ökonomischen Sorgen nutzen soll, wie er die Freizeit ausfüllen soll, welche wissenschaftlichen und umfassenden Interessen ihm zugute kommen sollen, damit er ein besonnenes und angenehmes und gutes Leben führen kann. Auf viele Generationen hinaus wird der alte Adam in uns noch so stark sein, daß noch jeder um seiner persönlichen Befriedigung willen auf irgendeine Arbeit angewiesen ist (...). Drei Stunden pro Tag oder eine 15 Stunden-Woche werden dieses Problem für einen längeren Zeitraum beilegen können. (...)

Auch in anderen Sphären müssen wir mit Veränderungen rechnen. (...) Wir werden es uns leisten können, den Mut zu haben, das Geldmotiv nach seinem wahren Wert zu beurteilen. Die Liebe zum Geld als Besitz - um es von der Liebe zum Geld als Mittel zum Genuß des Lebens und seiner Möglichkeiten zu unterscheiden – wird man als das erkennen, was es ist: als ein irgendwie abstoßendes Laster, eine jener halb kriminellen, halb pathologischen Neigungen, die man mit leichtem Schaudern an die Spezialisten für Geisteskrankheiten überweist.

J. M. Keynes

## Kapitalismus ohne Arbeit

Das Volumen der Erwerbsarbeit schwindet rapide. Wir laufen auf einen Kapitalismus ohne Arbeit zu – und zwar in allen nachindustriellen Ländern der Welt.

*Drei Mythen schirmen die öffentliche Debatte gegen die Einsicht in diese Lage ab.*

*Erstens: Alles ist sowieso viel zu kompliziert – der Undurchschaubarkeits-Mythos;*

Es geht längst nicht mehr um die Umverteilung von Arbeit, sondern um die Umverteilung von Arbeitslosigkeit – eben auch verdeckt in den neuen Mischformen von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, weil diese offiziell als „(Voll-)Beschäftigung“ gelten (befristete, geringfügige, Teilzeit-Arbeit usw.).

*zweitens: Der bevorstehende Aufschwung der Dienstleistungsgesellschaft wird die Arbeitsgesellschaft retten – der Dienstleistungs-Mythos;*

*drittens: Wir müssen nur die Lohnkosten in den Keller fahren, dann löst sich das Problem der Arbeitslosigkeit in Luft auf – der Kosten-Mythos.*

Daß alles mit allem zusammenhängt (wenn auch schwach) und insofern undurchschaubar ist, gilt sicher auch für die Entwicklungen des Arbeitsmarktes unter Globalisierungszwang.

Danach ist über Generationen hinweg der Faktor Arbeit ständig aufgewertet worden. Mitte der siebziger Jahre tritt eine Zäsur ein. Seitdem ist überall ein Schwund der Erwerbsarbeit zu beobachten, entweder direkt durch Arbeitslosigkeit (wie in Deutschland) oder verdeckt durch exponential wachsende „hünzte Beschäftigungsformen“ (wie in den USA und Großbritannien). Die Nachfrage nach Arbeit sinkt, das Angebot an Arbeit steigt (auch durch Globalisierung). Beide Indikatoren für zunehmende Abnahme der Erwerbsarbeit - Arbeitslosigkeit und Nicht-Normarbeit - stehen auf Alarm.

Politiker, Institutionen, auch wir selbst denken in der fiktiven Begriffswelt der Vollbeschäftigung. Sogar Bausparkassen, Versicherungen treffen ihre Abschlüsse in der Annahme, daß Menschen, die „beschäftigt“ sind, ein dauerhaftes Einkommen haben. Das sich rapide ausbreitende Weder-Noch – weder arbeitslos noch sicheres Einkommen – paßt nicht in diese Stereotype.

Viele glauben, hoffen und beten, daß die Dienstleistungsgesellschaft uns retten möge vor dem bösen Drachen Arbeitslosigkeit. Das ist der Dienstleistungs-Mythos. Rechnungen und Gegenrechnungen haben ihren Zukunftstest noch vor sich.

Die Schlüsselillusion der laufenden Debatte ist allerdings der Kosten-Mythos. Mehr und mehr Menschen werden angesteckt von der oft

schon militant eingeklagten Überzeugung, daß nur eine radikale Absenkung der Arbeitskosten und -löhne aus dem Jammertal der Arbeitslosigkeit herausführe. Hier leuchtet der „amerikanische Weg“.

Immer weniger gut ausgebildete, global austauschbare Menschen können immer mehr Leistungen und Dienste erbringen. Wirtschaftswachstum setzt also nicht mehr den Abbau von Arbeitslosigkeit in Gang, sondern genau umgekehrt den Abbau von Arbeitsplätzen voraus – jobless growth.

Doch niemand täusche sich: Der Nur-noch-Eigentümer-Kapitalismus, der auf nichts als Gewinn zielt und die Beschäftigten, den (Sozial-) Staat und die Demokratie ausgrenzt, hebt seine eigene Legitimität auf.

Wenn der globale Kapitalismus in den hochentwickelten Ländern den Wertekern der Arbeitsgesellschaft auflöst, zerbricht ein historisches Bündnis zwischen Kapitalismus, Sozialstaat und Demokratie. Die Demokratie ist in Europa und den USA als „Arbeits-Demokratie“ auf die Welt gekommen - in dem Sinne, daß die Demokratie auf der Beteiligung an Erwerbsarbeit beruht. Der Citizen mußte so oder so sein Geld verdienen, um die politischen Freiheitsrechte mit Leben zu füllen. Erwerbsarbeit hat stets nicht nur die private, sondern auch die politische Existenz begründet. Es geht also gar nicht „nur“ um Millionen Arbeitslose. Es geht auch nicht nur um den Sozialstaat. Oder um die Verhinderung von Armut. Oder um die Ermöglichung von Gerechtigkeit. Es geht um uns alle. Es geht um die politische Freiheit und Demokratie in Europa.

Die westliche Verbindung von Kapitalismus mit politischen, sozialen und ökonomischen Grundrechten ist nicht etwa eine „soziale Wohltat“, die man, wenn es knapp wird, einsparen kann. Der sozialabgepufferte Kapitalismus ist vielmehr als Antwort auf die Erfahrung des Faschismus und die Herausforderung des Kommunismus erkämpft worden. Er ist eine Tat angewandter Aufklärung.

Man muß es den neuen Pseudofreien Demokraten oder Freien Pseudodemokraten hinter ihre von historischer Erfahrungslosigkeit tauben Ohren schreiben: Der Markt-Fundamentalismus, dem sie huldigen, ist eine Form demokratischen Analphabetentums.



Wer heute über Arbeitslosigkeit nachdenkt, darf nicht als Gefangener der alten Begriffe sich im Streit über den „zweiten Arbeitsmarkt“, die „Teilzeitoffensive“, die sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ oder über die Lohn-

fortzahlungen im Krankheitsfall verirren und verlieren, sondern muß fragen: Wie wird Demokratie jenseits der Sicherheiten der Arbeitsgesellschaft möglich?

Aktive Demokratie: Bürgerbeteiligung, Dezentralisierung – in der Verwaltung vieler Städte und Gemeinden ist eine kleine Kulturrevolution ausgebrochen. Sie verspricht nicht nur mehr Wirtschaftlichkeit, sondern auch einen Zugewinn an Demokratie. „Durch diese Bürgerei bilden sich doch nur Nebenparlamente“, schimpft ein Ratsherr. Das ist genau der Punkt: Der Appetit auf Demokratie kommt beim Essen.

Dies bedeutet: Wir müssen in die zivile Gesellschaft investieren. Müssen ihr Kompetenzen und Macht delegieren, und zwar in jeder Hinsicht: technologisch (Informationsmedien), ökonomisch (Grundfinanzierung), Ausbildung (Zertifikate, die auch am Arbeitsmarkt gelten).

Wer soll die Investition in das „Sozialkapital“, in die aktive Gesellschaft finanzieren?

Die Unternehmer haben den Stein der Reichen entdeckt. Die neue Zauberformel lautet: Kapitalismus ohne Arbeit plus Kapitalismus ohne Steuern.

Darin drückt sich unter anderem auch das neue Machtspiel Globalisierung aus. Viele Unternehmer werden zu virtuellen Steuerzahlern.

Ulrich Beck, in: Der Spiegel 20/96

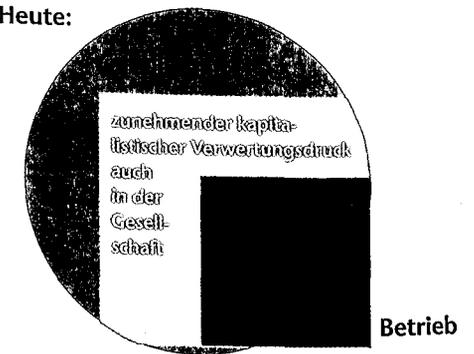
### Was steht im Vordergrund – die Belange des Menschen in der Gesellschaft oder die der Betriebe?

Früher:



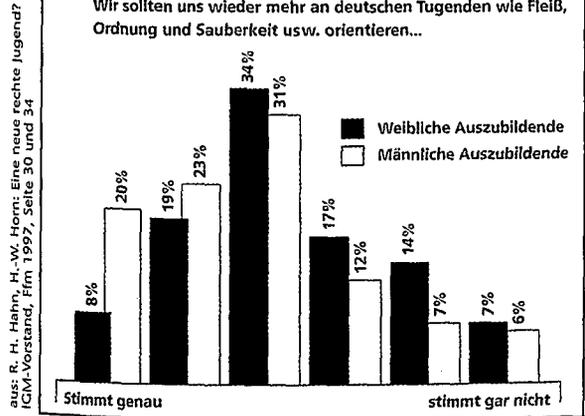
Nach 1945 bis weit in die 70er Jahre – Festigung der „sozialen Marktwirtschaft“ – war die Gesellschaft einem sich immer weiter ausbreitenden Demokratisierungsprozeß unterzogen, der auch Auswirkungen auf die betriebliche Wirklichkeit hatte.

Heute:



Seit der Wendepolitik zu Beginn der 80er Jahre wird der Vergesellschaftungsprozeß in umgekehrter Richtung vorangetrieben: die „freie Marktwirtschaft“ rückt wieder vor – die Gesellschaft wird unter betriebswirtschaftliche Verwertungs-„Sachzwänge“ gestellt.

nach einer Idee von Dr. Klaus Dera, Hustedt



aus: R. H. Hahn, H.-W. Horn: Eine neue rechte Jugend? (GVV-Vorstand, Fm 1997, Seite 30 und 34)

### Politik des Marktradikalismus und der Deregulierung ...

**Robert Reich, Professor an der Harvard-Universität und zeitweilig Arbeitsminister der Clinton-Administration argumentiert:**  
*Die traditionellen nationalen Ökonomien sind tot. Es entsteht eine Globalökonomie, in der die Staaten sich der Logik der Konzerne zu beugen haben. Diese Entwicklung ist prinzipiell gut, doch sie birgt auch Gefahren.*

**?** Gibt es Gegenargumente zu der Einschätzung von Robert Reich? Bewegt sich der Handlungsspielraum der Staaten tatsächlich gegen Null? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Gewerkschaften?

*Neokonservative und neoliberale Politik, große Teile der Arbeitgeber sowie der Industrie- und Wirtschaftsverbände wollen die Globalisierung der Wirtschaft und die Verschärfung des Wettbewerbs für die Senkung von Arbeits-, Sozial- und Umweltkosten für die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mißbrauchen. Diese Kräfte sehen in der Deregulierung der industriellen Beziehungen und in der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche den einzigen Weg, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Sie nehmen die damit verbundene Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung sowie die weitere Beeinträchtigung der ökologischen Situation als wirtschaftlich notwendig hin.*

Klaus Zwickel

#### meth Spiel; wer fragt, gewinnt...

**Frage:** Was hältst du für dich bzw. für die Gesellschaft für realistisch?

**Aufgabe:** Diskutiert mittels des Spiels über gesellschaftliche und persönliche Urteile, Fragen, Annahmen, Hoffnungen usw. über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft; schreibt auf Kärtchen, was ihr gerne in der Gruppe ansprechen wollt.; Beispiele könnten sein:

- Ökosteuern heute sichern Arbeit der Zukunft
- Für Nachhaltigkeit (kein Gesellschafts- und Sozialmodell, welches von der Annahme steten Wachstums von Arbeitsproduktivität und Ressourcenverbrauch ausgeht)
- Recht auf Bildung wahrnehmen
- Demokratisierung der Weltgesellschaft (beginnt bei uns und unserer Gewerkschaft)

Beachtet dabei die Aussagen in diesem Heft.

#### Wer Fragt, gewinnt ...ein Frage – Antwort – Würfel – Spiel

- Würfel, Fragekärtchen (bzw. Aussagen)
- Kleingruppen (4 - 6 Personen)
  - Kärtchen liegen verdeckt auf einem Stapel
  - reihum würfeln, wer eine 1 oder 6 würfelt, deckt das oberste Kärtchen auf, liest vor und beantwortet kurz
  - andere dürfen auch etwas zu der Frage sagen, aber kurz, keine Diskussion...weiterwürfeln
  - evtl. Zusatzregel: wer eine 2 würfelt, darf selbst eine Frage formulieren und an eineN oder alle MitspielerInnen richten
  - je nach Gruppe Kärtchen aussortieren oder ergänzen
- (Bernd Kraus, Freiburg, 1994)



Machtlosigkeit oder Augenwischerei? Foto aus: WAHL-ZEITung Nov. 97

**meth** Ein Text zur Diskussion: „Ende Juni hat der Deutsche Bundestag die Steuerreform verabschiedet. Die Bundesregierung hat Wort gehalten: Sie hat alle drei großen Reformvorhaben – Steuer, Rente und Gesundheit –, die sie sich für diese Legislaturperiode vorgenommen hat, erfolgreich auf den Weg gebracht. So schaffen wir wesentliche Voraussetzungen, um die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können. Denn nur wenn wir Steuern senken und die Belastungen durch hohe Lohnzusatzkosten verringern, wird in Deutschland mehr investiert werden. Mehr Investitionen bedeuten mehr Arbeitsplätze.“

## Historisches zur Standortdebatte

Das erste Beispiel stammt von John Cunnigham aus seinem „*Essay on Trade and Commerce*“ aus dem Jahr 1770 (!). Er erklärt darin die Notwendigkeit, den englischen Arbeitslohn auf das französische und holländische Niveau herabzudrücken:

„Wenn unsere Arbeiter luxuriös leben wollen, muß ihre Arbeit natürlich teuer sein. Man betrachte nur die haarsträubende Masse von Überflüssigkeiten, die unsere Manufakturarbeiter verzehren, als da sind Branntwein, Gin, Tee, Zucker, fremde Früchte, starkes Bier, gedruckte Leinwand, Schnupf- und Rauchtobak etc. Arbeit ist ein ganzes Drittel billiger in Frankreich als in England: denn die französischen Arbeiter arbeiten hart und fahren hart an Nahrung und Kleidung, und ihr Hauptkonsum sind Brot, Früchte, Kräuter, Wurzeln und getrockneter Fisch, denn sie essen sehr selten Fleisch, und wenn der Weizen sehr teuer ist, sehr wenig Brot. Wozu noch kommt, daß ihr Getränk aus Wasser besteht, so daß sie in der Tat erstaunlich wenig Geld ausgeben. Ein derartiger Zustand der Dinge ist sicherlich schwer herbeizuführen, aber er ist nicht unerreichbar, wie seine Existenz sowohl in Frankreich als Holland schlagend beweist.“

Ein weiteres aufschlußreiches Dokument aus der Londoner „*Times*“ vom 03.09.1873, wo das Parlamentsmitglied Stapleton seinen Wählern die Weltmarktkonkurrenz erklärt:

„Wenn China ein großes Industrieland wird, so sehe ich nicht ein, wie die europäische Arbeiterbevölkerung den Kampf aushalten könnte, ohne auf das Niveau ihrer Konkurrenten herabzusteigen.“

Im UN- Bericht  
über die menschliche  
Entwicklung liegt Deutschland  
auf Platz 19

Der UN-Armutsindex ist komplexer  
als volkswirtschaftliche Erhebungen.  
Statt des Einkommens werden drei  
Faktoren zugrunde gelegt:  
langes und gesundes Leben,  
Wissen und angemessener  
Lebensstandard.



## Sozialklauseln – ein Schritt in die Gegenrichtung?

### Sozialklauseln

Die Forderung nach Sozialklauseln soll keineswegs mit einer sprunghaften Angleichung aller sozialen Kosten einhergehen. Dies würde zwangsläufig die Entwicklungsländer überfordern: es kommt aber entscheidend darauf an, daß der Wettbewerb in einem Rahmen erfolgt, der grundlegende Menschenrechte der Arbeitswelt einschließt, ein Rahmen, von dem erwartet werden kann, daß er von allen Ländern respektiert wird. Bezugspunkt sollten dabei keineswegs alle völkerrechtlichen Sozialnormen sein, sondern lediglich einige zentrale Menschenrechtsnormen der IAO. Hierzu müssen insbesondere die IAO-Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit (Übereinkommen 87) und zum Recht auf Kollektivverhandlungen (Übereinkommen 98) sowie zum Schutz der Arbeitnehmervertreter im Betrieb (Übereinkommen 135), zum Verbot der Zwangsarbeit (Übereinkommen 105), zum Verbot der Kinderarbeit (Übereinkommen 138) sowie zum Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Übereinkommen 111) und zur Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (Übereinkommen 100) einbezogen werden. Diese grundlegenden Normen sind von den meisten Staaten ratifiziert und beanspruchen zu Recht weltweite Gültigkeit.

Bereits die Einhaltung dieser wenigen internationalen Normen im Welthandelssystem würde eine neue Perspektive eröffnen, ohne daß ein freier Handel beeinträchtigt wäre. Die Beschlüsse und die Aufforderungen des Weltsozialgipfels, dies weltweit in politisches Handeln umzusetzen, verdienen nachhaltige Unterstützung. Die IG Metall fordert die Regierungen der Europäischen Union auf, mit überprüfbaren und gezielten Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen, zur Bekämpfung von Armut und zur sozialen Gliederung beispielhaft voranzugehen.

Der Weltsozialgipfel hat die gleichrangige Notwendigkeit von Ökoklauseln in der Welthandelsordnung erneut eindringlich gefordert. Die IG Metall unterstützt die Bemühungen der EU, bedeutender Regierungen und vieler Nichtregierungsorganisationen um Öko- und Sozialklauseln in der Welthandelsordnung, damit die GATT-Verbindungen weltweit auch die ökologische und soziale Entwicklung fördern. Für die Umsetzung von Sozialklauseln hat der DGB darüber hinaus einen abgestuften Verfahrensvorschlag erarbeitet und mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) abgestimmt.

Klaus Zwickel aus: Gewerkschaftl. Monatshefte 10/95

### Globalisierung und internationale Solidarität

*Wer die derzeitige Globalisierungsdiskussion in Deutschland unter internationalen Aspekten bewertet, dem drängt sich der Eindruck auf, als gehe es vor allem darum, den ökonomischen Vorsprung der deutschen Volkswirtschaft gegenüber den Volkswirtschaften der Schwellen- und Drittweltländer zu verteidigen oder gar noch auszubauen.*

Anhand von Fakten nachweisbar sieht es derzeit so aus, daß Deutschland und viele andere Industrieländer nicht auf der Verlierer-, sondern auf der Gewinnerseite der Globalisierung stehen. Wer die Globalisierung der Weltwirtschaft als Chance begreift, der muß sie auch als Chance für die Schwellen- und Drittländer begreifen. Sie müssen endlich ein tragfähiges ökonomisches Fundament erreichen und sich aus langjährigen Abhängigkeiten befreien können.

Die Wirtschaftskraft der Schwellen- und Entwicklungsländer ist deutlich niedriger als diejenige der Industrieländer. Der wirtschaftliche Austausch zwischen beiden ist für die Entwicklungsländer von wesentlich größerer Bedeutung. Die Industrieländer im Norden tragen daher eine besondere Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung des Südens: Durch offene Märkte und unbeschränkten Kapitalverkehr erleichtert dieser Austausch die exportgetragene Industrialisierung der aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer und ermöglicht dort die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und steigenden Einkommen. Für den Süden ist der unbehinderte Zugang zu den Märkten des Nordens von wesent-



Gewerkschafter wie internationale Solidaritätsgruppen haben sich die Forderung nach Einführung von Sozial- (und Öko-)klauseln zu eigen gemacht. Unumstritten sind sie allerdings nicht.

Erörtert die kontroversen Positionen.

lich größerer Bedeutung als dessen Entwicklungshilfe. Er entspricht dem Grundsatz „Trade, not Aid“.

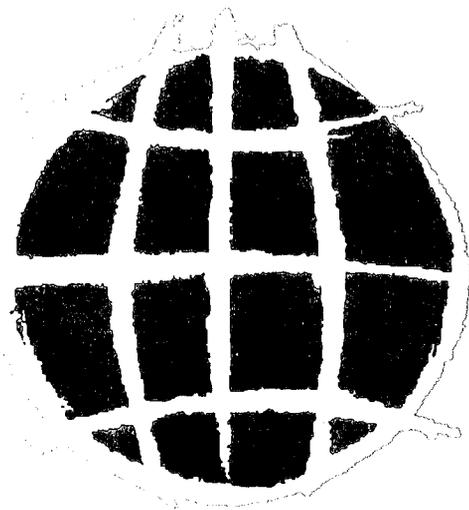
### Soziale Mindeststandards und internationaler Wettbewerb

In diesem Zusammenhang ist die Diskussion über internationale Sozialklauseln von besonderer Bedeutung. Sie müßten eingeführt werden – so heißt es –, um Sozialdumping zu verhindern. Auf der letzten Welthandelskonferenz in Singapur hat diese Frage eine zentrale Rolle gespielt. Die Vorstellungen über das, was Sozialklauseln oder Sozialstandards sein könnten, gehen dabei weit auseinander.

Besorgnis ist angesagt, wenn grundlegende menschliche Werte und Rechte zu Sozialklauseln oder -standards umdefiniert werden, über deren weltweite Einführung dann in internationalen Verhandlungen entschieden werden muß. Dem kann nicht energisch genug widersprochen werden. Kinderarbeit, Verbot gewerkschaftlicher Tätigkeit oder Zwangsarbeit können nicht Verhandlungsgegenstand sein. Sie sind grundlegende Rechtsverstöße, die inakzeptabel sind. Inwieweit der unverzichtbaren Forderung nach deren Beseitigung durch die Anwendung von Handelsanktionen Nachdruck verliehen werden sollte, ist eine zweite Frage.

Die Diskussion dieser Frage in den Industriestaaten – auch in Deutschland – erscheint manchmal erstaunlich realitätsfern. Bestes Beispiel ist die Forderung nach dem Verbot der Kinderarbeit. Für die betroffenen Familien ist Kinderarbeit das Ergebnis existentieller Not. Sie ist der verzweifelte

Versuch, dieser Not zu entinnen. Kein Zweifel, Kinderarbeit gehört zum Abscheulichsten, was diese Welt zu bieten hat. Das gilt erst recht für diejenigen, die daran verdienen. Der Ruf nach ihrem Verbot entlarvt sich dann als Luxusmoral, wenn er nicht zugleich von einem tragfähigen Angebot begleitet wird, wie man dieser Not auf andere Weise Herr werden kann. Ein solches Angebot aber fehlt weitgehend. Kinderarbeit muß verboten werden, aber wer Kinderarbeit verbietet oder die Durchsetzung dieses Verbots mittels Han-



delssanktionen fordert, hat zugleich die Pflicht zu einer menschenwürdigen ökonomischen Alternative für die Betroffenen. Bietet er sie nicht, so macht er es für die Kinder nur noch schlimmer. Er könnte die Folgen des Verbots in den einschlägigen Stadtvierteln von Bangkok, Bombay oder Manila besichtigen.

Es geht, wie bereits erwähnt, bei der Diskussion über die Einführung von Sozialklauseln nicht

nur um grundlegende menschliche Rechte. Diese sind nicht verhandelbar, sie stehen nicht zur Disposition. Sie haben mit Sozialklauseln nichts zu tun.

Diskutieren wir statt dessen soziale Normen und Standards, die für alle Teilnehmer des internationalen Wettbewerbs verbindlich festgelegt werden sollen, so kann schon eher der Verdacht entstehen, es handele sich dabei um eine besonders geschickt getarnte Form des Protektionismus. Es ist kein Zufall, daß das Interesse der Industriestaaten an den sozial und gesundheitlich zum Teil schlimmen Arbeits- und Produktionsbedingungen in den Entwicklungsländern merkwürdigerweise erst richtig erwacht ist, seit dort Waren und Dienstleistungen erstellt werden, die weltmarktfähig sind und die eine ernsthafte Konkurrenz bedeuten.

Tatsache ist, daß das niedrigere Lohn- und Sozialleistungsniveau in den Entwicklungs- und Schwellenländern Voraussetzung für deren Wettbewerbsfähigkeit in arbeitsintensiven Branchen ist. Es ist unmittelbarer Reflex des im Vergleich zu den Industriestaaten wesentlich niedrigeren Produktivitätsniveaus. Die billige Arbeitskraft ist deren einziger Wettbewerbsvorteil. Fiele er weg, wäre die Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr gegeben. Es ist daher kein Zufall, wenn die Vertreter der Schwellen- und Entwicklungsländer sich mit Vehemenz gegen jede verbindliche Einführung von sozialen Normen oder Mindeststandards in internationalem Rahmen wehren. Auch die Haltung der dortigen Gewerkschaften ist eindeutig: Wir müssen unsere eigenen Mindestnormen und -standards finden und sie mit unseren eigenen gewerkschaftlichen Mitteln selbst erkämpfen oder durchsetzen, lautet die Botschaft.

### DGB-Bundesvorstand Beschluß vom 5.7.1994

1. Der DGB bekennt sich zu den Prinzipien eines offenen und fairen Welthandels. Unfaire und unsoziale Praktiken, die mit der Unterdrückung zentraler Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Arbeitswelt einhergehen, dürfen aber keinesfalls im internationalen Handel toleriert und akzeptiert werden.

Die Einführung von Sozialklauseln muß ernsthaft diskutiert und vorangetrieben werden, da sie ein Schlüsselement für das langfristige Überleben eines offenen Welthandels und damit für die Ratifizierung und Ausführung der Beschlüsse der Uruguay-Runde sind.

2. Die gewerkschaftliche Forderung nach Sozialklauseln zielt keinesfalls darauf ab, Entwicklungsländer zu diskriminieren und einen neuen Protektionismus der Industrieländer zu fördern. Vielmehr wird ein differenziertes und abgestuftes System vorgeschlagen, das soweit wie möglich mit handels- und möglicherweise auch entwicklungspolitischen Anreizen arbeitet; negative handelspolitische Sanktionen sollen bei Verstößen gegen grundlegende internationale Sozialnormen verhängt werden können ...

Der DGB schlägt folgendes abgestuftes System für Sozialklauseln vor:

a) Welthandelsorganisation und IAO erstellen in regelmäßigen Abständen detaillierte und unabhängige Analysen zum generellen Zu-

sammenhang von Handel und Arbeitnehmerrechten.

b) Die IAO prüft nach ihrem eigenen Mechanismus die Einhaltung von IAO-Normen. Klagen und Beschwerden, die einen Zusammenhang zwischen internationalem Handel und den IAO-Normen zu den 4 aufgelisteten zentralen Bereichen sehen, sollten auch dann überprüft werden können, wenn die Mitgliedstaaten diese zentralen Sozialnormen nicht ratifiziert haben sollten. Der IAO sollte dabei das Recht eingeräumt werden, auch von sich aus den Internationalen Gerichtshof anzurufen, wenn Mitgliedstaaten diese ratifizierten Normen nicht einhalten und die Entscheidungen der Kontrollgremien mißachten. Gleichfalls sollten ihre Möglichkeiten erweitert werden, die sozialen Konsequenzen von Strukturanpassungen und des Internationalen Währungsfonds zu analysieren.

c) Die WTO verpflichtet sich, diese grundlegenden Normen gleichfalls als Voraussetzung für einen fairen Welthandel anzuerkennen und in einem eigenen Rechtsakt festzuhalten, daß nach einem abgestuften System vorrangig Anreize und auch Handelssanktionen ergriffen werden können. Die WTO prüft, inwieweit die von der IAO mitgeteilten Verletzungen grundlegender Normen Auswirkungen auf den Handel haben.

d) Wird ein Zusammenhang zwischen Sozialklauseln und internationalem Handelsaustausch festgestellt, sollten die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, einen nationalen Aktionsplan mit konkreten Schritten vorzulegen, wie eine völkerrechtskonforme Situation hergestellt

werden kann und soll. Die Beteiligung der jeweiligen Sozialparteien ist dabei sicherzustellen.

e) Dieser Aktionsplan sollte gemeinsam von WTO und IAO geprüft und die Umsetzung überwacht werden. Die Mitgliedstaaten sollen dabei technische Hilfe und Unterstützung von WTO und IAO anfordern können. Über das bisherige Unterstützungsangebot hinaus könnte beispielsweise ein internationaler Sozialfonds eingerichtet werden, um zusätzliche Umsetzungsaktivitäten zu unterstützen. Die WTO sollte zugleich prüfen, wie den Staaten besondere Handelspräferenzen eingeräumt werden können, die ernstlich eine völkerrechtskonforme Praxis anstreben.

f) Wird trotz mehrfacher Aufforderung kein konkretes Aktionsprogramm vorgelegt oder werden die erforderlichen Umsetzungsaktivitäten nicht ergriffen, sollte ein gemeinsames Beratungsgremium von WTO und IAO auch Handelssanktionen empfehlen können.

g) Die WTO sollte, anknüpfend an die Anti-Dumping-Bestimmungen des GATT, einen entsprechenden Mechanismus vorsehen, der bei schwerwiegenden Verletzungen von Arbeitnehmerrechten Handelssanktionen ermöglicht.

h) Dieses vorgeschlagene System elementarer Sozialklauseln sollte nach einer Phase von fünf Jahren auf seine Wirksamkeit hin überprüft und möglicherweise reformiert werden.

Ein derartiges System von Sozialklauseln ist keinesfalls ein Instrument des Protektionismus, sondern trägt zur Bekämpfung von Unterdrückung und zur Einhaltung grundlegender Menschenrechte in der Arbeitswelt bei ...

(Auszug)



Alle Fotos auf dieser Seite sind von Sebastião Salgado aus seinem Fotoband: „Arbeiter – zur Archäologie des Industriezeitalters“ entnommen. In dem Vorwort heißt es:

„Die Begriffe Produktion und Leistung ändern sich und mit ihnen das Wesen der Arbeit. Die hochindustrialisierte Welt hastet voran und stolpert dabei über die Zukunft. In Wirklichkeit beruht diese Beschleunigung auf der Arbeit vieler Menschen in der ganzen Welt, auch wenn de facto nur wenige ihren Nutzen daraus ziehen.

Die industrialisierte Welt produziert nur für diejenigen, die auch konsumieren können – ungefähr ein Fünftel der Weltbevölkerung. Die übrigen vier Fünftel, die theoretisch vom Produktionsüberfluß profitieren könnten, haben keine Chance, Konsumenten zu werden. Sie haben der reichen Welt so viel von ihren Ressourcen und Reichtümern abgetreten, daß Gleichheit für sie nicht mehr erreichbar ist.



Oben Links:  
Eurotunnel, Frankreich  
und England

Oben Mitte:  
Schiffsabwrackung,  
Bangladesh

Unten links:  
Textilien, Bangladesh

Mitte rechts:  
Tee, Ruanda

Unten Mitte:  
Zucker, Brasilien

Darum bleibt der Planet geteilt: Wir sehen die Erste Welt auf dem Gipfel der Verschwendung, die Dritte Welt in den Tiefen der Not und – am Ende dieses Jahrhunderts – die Zweite Welt, die auf den Sozialismus baute, in Trümmern.

Die Bestimmung des Menschen ist es, eine neue Welt zu schaffen, ein neues Leben zu entdecken, sich zu erinnern, daß es für alles eine Grenze gibt, nur nicht für unsere Träume. Auf diese Weise passen sie sich an oder widersetzen sich, haben Vertrauen und überleben.

Die Geschichte ist vor allem eine Folge von Herausforderungen, Wiederholungen und Beharrlichkeiten. Sie ist ein endloser Kreis von Unterdrückung, Demütigung und Katastrophen, der zugleich aber auch von der Überlebensfähigkeit des Menschen Zeugnis ablegt. In der Geschichte gibt es keine einsamen Träumer; jeder Träumer haucht dem nächsten Leben ein.“

Aus: Sebastião Salgado „Arbeiter“, Frankfurt am Main 1993

## Wenig gewonnen

## Die Frauen rund um den Globus

*Der offene Welthandel habe die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in allen Bereichen von Produktion und Dienstleistung weltweit gefördert. Wenige Blicke auf die Bedingungen dieser Beteiligung lassen diese veränderte Wirklichkeit eher glanzlos erscheinen.*

### Der Preis der Globalisierung der Wirtschaft für die Frauen

#### Zunehmende wirtschaftliche Beteiligung

Fast überall auf der Welt gibt es immer mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Dies geht so weit, daß das Internationale Arbeitsamt (IAA) nicht zögert, von einem "echten Phänomen der 'Feminisierung' der Arbeitskraft und der Beschäftigung auf Weltebene" zu sprechen. In der Tat nimmt seit zwanzig Jahren die Quote der direkten Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt ständig zu, und rund 45 % der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren haben oder suchen heute einen Arbeitsplatz.

Die Erwerbsquote war bei den Frauen immer niedriger als bei den Männern, und lange wurden Frauen vor allem als Hausfrauen und nur nebenbei als Arbeitnehmerinnen betrach-

tet. Aber in diesen letzten Jahren hat sich diese Realität tiefgehend verändert. Diese Tendenz scheint unumkehrbar zu sein, auch wenn es dennoch von Region zu Region erhebliche Unterschiede gibt.

In den Industrieländern hat die Frauenerwerbsquote trotz der Beschäftigungskrise beträchtlich zugenommen und nähert sich der der Männer schnell an. So betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der wirtschaftlich aktiven weiblichen Bevölkerung in den OECD-Ländern zwischen 1983 und 1992 2,1 % und lag damit mehr als doppelt so hoch als der Zuwachs bei der Erwerbsquote der Männer. Besonders spektakulär fällt diese Zunahme in Ländern wie Spanien oder den Niederlanden aus, wo die Frauen zu Beginn der 80er Jahre auf dem Arbeitsmarkt noch wenig präsent waren. Dagegen stellen die Frauen in den Vereinigten Staaten, in Kanada oder in den skandinavischen Ländern bereits fast die Hälfte der Erwerbstätigen mit Erwerbsquoten, die Statistiken des IAA zufolge für einige Altersgruppen bei über 70 % liegen.

In Mittel- und Osteuropa ist die Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben trotz der Rezession und den Reformen zur Realisierung des Übergangs zur Marktwirtschaft nicht stärker zurückgegangen als die der Männer und betrifft weiterhin fast jede zweite Frau.



In den Entwicklungsländern schätzte das IAA 1994 die Erwerbsquote der Frauen auf 44 %. Dieser Anteil schwankt je nach Land erheblich. In Südostasien z.B. stellen die Frauen in den Freien Exportzonen bis zu 80 % der Arbeitskräfte, und in China liegt die Erwerbsquote bei den Frauen um 55 %. In den arabischen Ländern dagegen befindet sich weniger als jede vierte Frau auf dem Arbeitsmarkt. Hierzu ist zu bemerken, daß die arabischen Länder zwar die niedrigste Frauenerwerbsquote haben, daß diese Quote jedoch auch dort im Ansteigen begriff-

fen ist. In Nordafrika etwa hat der Anteil der erwerbstätigen Frauen von 8 % im Jahre 1970 auf 21 % im Jahr 1990 zugenommen.

In Lateinamerika ist die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt mit einem Durchschnitt von 30 % der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren niedriger als auf den anderen Kontinenten. Aber die Tendenz dieses Durchschnittswerts ist steigend, und er erreicht in manchen Ländern für bestimmte Altersgruppen die Erwerbsquote der Männer.

Das Afrika südlich der Sahara unterscheidet sich insofern vom Rest der Welt, als es die einzige Region ist, in der die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt zurückgegangen ist. Der wirtschaftliche Abschwung, der den Kontinent schwer getroffen hat und die Strukturanpassungspolitik, die vor allem drastische Einschnitte in die öffentlichen Haushalte mit sich brachte, haben eine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten zur Folge, die die Frauen in manchen Fällen zwingt, aus den offiziellen Beschäftigungsstatistiken auszuschneiden. So ist gemäß den Statistiken der Vereinten Nationen die durchschnittliche Erwerbsquote bei den Frauen in dieser Region von einem hohen Niveau von 57 % im Jahre 1970 auf 53 % im Jahre 1990 gefallen.

### Die Kehrseite der Medaille

Aber die Zunahme des wirtschaftlichen Wettbewerbs auf Weltebene wirkt sich für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen negativ aus. Zunehmend prekäre Beschäftigung und Verschlechterung der Beschäftigungsqualität, instabile und unsichere Einnahmen, Kürzung

der Mittel für den sozialen Schutz, Ausgrenzung der schwächsten Bevölkerungsgruppen, Schwierigkeiten der Gewerkschaften, auf die globalen Unternehmensstrategien zu reagieren ... all dies sind die negativen Folgen der derzeitigen wirtschaftlichen Globalisierung, von denen in erster Linie Frauen betroffen sind.

aus: Der Preis der Globalisierung der Wirtschaft für die Frauen, Broschüre des IBFG

### Das Wachstum des informellen Sektors

Die große Mehrzahl der armen, älteren Frauen mit Kindern aber muß von Heimarbeit, Klein(st)gewerbe oder temporärer Lohnarbeit in der exportorientierten Landwirtschaft - wie in Chile bei der Apfelernte oder in Kolumbien in der Blumenproduktion - leben. Selbst diejenigen, die noch eine relativ gesicherte Anstellung im formellen Sektor haben, sind auf weitere Nebentätigkeiten angewiesen.

In Afrika, Asien und Lateinamerika haben Erwerbsformen außerhalb des regulierten Arbeitsmarktes immer schon eine große Rolle gespielt. Zugleich breiten sie sich auch in den Industrieländern aus. Putzfrauen in Brasilien oder Malaysia, Saisonarbeiterinnen in der Landwirtschaft in Bangladesch oder dem Süden der USA, Gemüsehändlerinnen in Ghana und Tortillabäckerinnen in den Straßen von Mexiko-Stadt, Heimarbeitsschneiderinnen im Süden Italiens oder in den Hinterhöfen von New York - so unterschiedlich ihre Arbeits- und Lebenssituationen sein mögen, sie alle arbeiten unter ungeschützten Bedingungen.

Einer der Hauptgründe für den Aufschwung der Heimarbeit ist der Zulieferboom, der mit der Ausweitung der arbeitsintensiven Exportindustrien in Asien und Lateinamerika verbunden ist. Benetton zum Beispiel hat nach japanischem Vorbild ein weltweites Zuliefernetz gesponnen, um Lagerbestände und Verkäufe flexibel zu organisieren. Im Süden Brasiliens hat die Schuhindustrie ihre alten Produktionshallen mit über 800 Arbeiterinnen geschlossen und die einzelnen Produktionsschritte zu den Frauen nach Hause, in entlegene Slumgebiete und Dörfer verlagert. Geringe Löhne, der Wegfall von Sozialleistungen, der Ausschluß von Gewerkschaften sowie die Übernahme der Transportkosten durch die Frauen oder durch die Gemeindeverwaltungen, in denen sie wohnen - so sieht die moderne Standortverbesserung aus.

*Die 38jährige Lo Yan Tei aus Hongkong ist arbeitslos. Sie begann vor über 20 Jahren in der Perückenproduktion, arbeitete dann in einer Elektronikfirma und in der Computerindustrie. Als sie zu alt für die Fabrikarbeit wurde, nähte sie in Heimarbeit Kragen und Hemden zusammen, die in der VR China vorproduziert wurden. Sie beklagt den Konkurrenzdruck der 200 000 asiatischen Arbeitsmigrant(inn)en in Hongkong und der 57 000 Chines(inn)en, die jährlich legal einwandern.*

Marianne Braig, Mitarbeiterin am  
Lateinamerika-Institut  
der Freien Universität Berlin,  
aus: Standpunkt 5/96

## Frauen in der „globalen Verantwortung“ oder - die Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeit der Frauen

*In den industrialisierten Ländern gibt es viele Frauen, die zu den Randbelegschaften zählen, aber auch solche, die zu den Stammebelegschaften gehören, solche, die ganz herausfallen und solche, denen es reicht, sich über den Status des Ehemannes zu definieren. Aber die Tatsache, daß die Armut zunimmt und daß 70 % der armen Menschen weltweit Frauen sind, zeigt, daß es einen Zusammenhang von Hunger auf der einen Seite und Weltmarktproduktion auf der anderen Seite gibt. Und die Tatsache, daß Frauen auf der Seite der Hungernden in größerem Maße vertreten sind, zeigt deren besondere Betroffenheit....*

### Die neue internationale Arbeitsteilung

Die großen nationalen Firmen vernetzen sich immer stärker international. In den 70er Jahren verstärkte sich die bereits seit langem vorhandene Auslagerung von Produktionsschritten in in- und ausländische Klein- und Mittelbetriebe (outsourcing). Die internationale

Arbeitsteilung wurde forciert, indem verstärkt arbeitsintensive Produktionsschritte der Bekleidungs- und Elektronikindustrie aus den Industrienationen des Nordens in Länder Südeuropas, Nordafrikas, Ostasiens und Lateinamerikas ausgelagert wurden. Damit wurden die Lohn- und Lohnnebenkosten in den hochindustrialisierten Ländern sukzessive abgebaut. Das kostet Frauenarbeitsplätze. Denn arbeitsintensive Produktion wird weit überwiegend durch Frauen ausgeführt. Frauen arbeiten in den „Billiglohn-Ländern“ - wie der Name schon sagt - billiger. Für den Unternehmer entstehen keine Lohnnebenkosten, und er braucht keine Steuern zu bezahlen. Aber die Frauen arbeiten dort auch williger, denn gewerkschaftlich sind ganz wenige organisiert. Das schwächt bekanntlich die Gegenmacht.

Die Schwellenländer Südasiens verdanken ihre als Wirtschaftswunder gepriesenen hohen Wachstumsraten den Millionen Frauen, die die Weltmarktfabriken in einem globalen Rotationsverfahren in ihren Sog zogen und wieder ausspuckten....

Auf der anderen Seite dieses „globalen Fließbands“ wurden zwischen 1970 und 1995 in der Textil- und Bekleidungsindustrie der BRD 70 % der ehemals 900 000 Arbeitsplätze abgebaut - wiederum weit überwiegend Frauenarbeitsplätze. Der Kahlschlag in der Ex-DDR war noch gründlicher: Von 320 000 Arbeitsplätzen in der Textilbranche blieben nur 26 500 übrig (ebd.). Besonders betroffen war die Textil- und Bekleidungsindustrie in Sachsen, wo vor 93 Jahren „Sachsens bedeutsamster Arbeitskampf“, der Streik der Textil-

arbeiterinnen von Crimmitschau um den 10-Stunden-Tag, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ausgetragen wurde und in die Geschichte eingegangen ist... Die neue Phase der globalisierten Arbeitsteilung zeichnet sich nicht nur durch die wachsende Geschwindigkeit der Produktionsverlagerungen und die immer stärkere geographische Fragmentierung einzelner Herstellungsabläufe aus. „Komplexe Integration“ ist das Stichwort im Zuge der Globalisierung (Wichterich 1996, S. 5). Die transnationalen Konzerne beschränken ihre Aktivitäten nicht mehr auf den Produktionssektor. Sie haben sie auf den Dienstleistungssektor ausgedehnt. Auch Hotelketten, Banken und Versicherungen operieren grenzüberschreitend. Neben der Liberalisierung der Finanzmärkte sind die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien Türöffner für neue Branchen. Konzerne bieten neuerdings Werbung, Marktforschung, Buchführung, Management- sowie Rechtsberatung und Datenverarbeitung u. a. weltweit an. Frauen sitzen on-line in Satellitenbüros oder zu Hause am Computer und müssen ihre Wohngebiete nicht mehr verlassen....

in Malaysia, Indien, China und auf den Philippinen sind es zu 70 % Frauen, die die Aufträge von Großunternehmen oder die Buchungen von Kreditkartenfirmen, Banken und Fluglinien vornehmen. Diese neuen Frauenjobs sind durchaus qualifizierte Arbeitsplätze, mit einem durchschnittlichem Bildungs-, Lohn- und Prestigeniveau. Zu bemerken ist, daß die süd- und ostasiatischen Länder über billige Arbeitskräfte verfügen, die zudem noch gut aus-



gebildet sind. Hinzu kommt, daß ihre Zeitzone genau die Lücke zwischen Europa und Nordamerika füllt. Die Asiatinnen können die Daten vom Tage verarbeiten, während die europäischen Kolleginnen noch schlafen und die US-amerikanischen Angestellten gerade ihre Büros verlassen haben. Ein ungeheurer Standortvorteil.

### Feminisierung der Beschäftigung

Im vergangenen Jahrzehnt charakterisierten zwei markante Trends die Entwicklung auf dem globalen Erwerbsarbeitsmarkt:

**Erstens:** Immer mehr Frauen „drängen“ in den Erwerbsarbeitsmarkt - weltweit -...

**Zweitens:** Die Arbeitsverhältnisse werden - besonders für Frauen - immer flexibler und immer prekärer. Frauen sind also nur die Scheingewinnerinnen auf dem globalen Erwerbsarbeitsmarkt. Sieht man sich die Arbeitsverhältnisse an, so ist eine lebenslange existenzsichernde Vollbeschäftigung die Ausnahme. Die Regel sind Patchworkkarrieren mit Unterbrechungen wegen Erziehungs- und Pflegezeiten oder Erwerbslosigkeit, mit beruflicher Ausgliederung und mehr oder weniger gelungener Wiedereingliederung, gelegentlicher Beschäftigung, geringfügiger Beschäftigung oder unbezahlter „ehrenamtlicher“ Arbeit....

Die Vereinten Nationen haben diese beiden markanten Trends anlässlich der 4. Weltfrauenkonferenz „Feminisierung der Beschäftigung“ genannt (ebd.)...

Die Prekarisierung - primär von Frauenarbeit - wird wiederum durch drei Trends forciert: die internationale Arbeitsteilung, neue Managementkonzepte, die weitere Vorantreibung der Technisierung.

### Verschlangung - Schlankheitskur oder Magersucht?

Solche Serviceangebote verstärken die Tendenz zu lean-production und lean-administration. Betriebe, Behörden und Organisationen versuchen, die Stammebelegschaft so weit wie möglich zu reduzieren und im Zuge der Kostenminimierung einzelne Tätigkeiten als „Auftragsarbeiten“ in den informellen Sektor oder in Billiglohnländer zu verlagern. Schlankheit

wird zum Ideal jeder Organisation. Diskussionen über sinnvolle Produkte und menschenrechte Arbeitsorganisation weichen hinter dem scheinbar einzigen Unternehmensziel „sparen“ zurück. Sollte lean-production ursprünglich bedeuten, den Apparat einer Unternehmung so klein wie möglich zu halten, indem die Belegschaft zu motivieren, kreativ, innovativ und effektiv das Unternehmen voranzutreiben, so scheint dabei herauszukommen, daß viele Angestellte und ArbeiterInnen ausgezehrt und mit Mühe ihren Pflichten nachkommen. Für die Stammebelegschaften werden Männer bevorzugt. Frauen arbeiten an den Rändern unter prekären Arbeitsverhältnissen, mit geringfügiger Beschäftigung, nicht existenzsichernder Teilzeitarbeit, insgesamt in sog. „Bad Jobs“, im informellen Sektor oder als „neue Selbständige“. Besonders an- und ungelernete Frauen verschwinden eher als Männer aus der Güterproduktion, während Männer in Frauendomänen der Dienstleistung einbrechen (Handel, Banken etc. ). Aber auch für die Stammebelegschaften werden nicht nur rosige Bilder an die Wand gemalt: Wachsende Entfremdung von der Arbeit durch immer mehr High-Tech, Zunahme der Arbeitsintensität, Mobbing, burn-out, steigende Belastung, sanfter Zwang, subtile Einschüchterung. Knallharte Konkurrenz und Entsolidarisierung bekommen wir selbst zu spüren.

### Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeit der Frauen

Die transnationalen Konzerne geben an, durch die Exportstrategien ca. 120 Millionen

Frauenarbeitsplätze direkt durch einheimische Firmen oder indirekt in Subunternehmen neu geschaffen zu haben (Wichterich 1996, S. 5). So gesehen wären Frauen die Gewinnerinnen der Globalisierung. Sieht man sich die Qualität der Arbeitsplätze an, so sind sie bestenfalls die quantitativen Gewinnerinnen.

Billige Frauenerwerbsarbeit wird als „Sprungbrett in den Weltmarkt“ bezeichnet (ebd.) Exportorientierung bedeutet im Süden wie im Osten Frauenorientierung. Das gilt für die Leichtindustrie, den Dienstleistungssektor und auch für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei: 80 % der landwirtschaftlichen und anderen Subsistenzarbeit, die der direkten Selbstversorgung dient, wird in Afrika durch Frauen verrichtet, während die Männer bevorzugt in den Export- und marktbezogenen Bereichen arbeiten (Mies 1996, S. 6). Auch in Asien und Lateinamerika ist der Anteil der Frauenarbeit an der direkten Nahrungsmittelproduktion hoch (vgl. Lanje 1995). Die kolumbianische Blumenindustrie hat 1994 - unterstützt durch Zollbefreiung der EU - über 420 Millionen US-Dollar mit dem Export von Schnittblumen umgesetzt. Von diesen blühenden Geschäften zu Hungerlöhnen bekommen die Blumenarbeiterinnen Hautausschlag und Atembeschwerden durch den hohen Pestizideinsatz (Wichterich 1996, S. 5).“

Es ist nicht nur der niedrige Lohn, auch nicht ausschließlich die „flinken Finger“ oder die mangelnde gewerkschaftliche Organisation. Es ist alles zusammen und noch mehr, was die Arbeitskraft der Frauen so beliebt macht. Es ist auch die Tatsache, daß bei den

meisten Frauen mit diskontinuierlicher Beschäftigung mit Auszeiten für Geburt, Kleinkindbetreuung und -erziehung oder Pflege von Eltern Schwiegereltern und anderen Personen zu rechnen ist. Diese Flexibilität entspricht dem Bedarf der Unternehmen und dem Anliegen, die arbeitsteilige Kleinfamilie zu stabilisieren. Die weltweite Konzeptionierung als (zumindest) zeitweilige oder teilzeitige Hausfrau, „Zuverdienerin“ oder „Mitverdienerin“ rechtfertigt den Abbau von Bildungsausgaben auf Kosten der Frauen, ihre niedrigen Löhne, ihre unsicheren Arbeitsbedingungen und die weitere Verweigerung der Männer, Haus- und Sorgearbeiten zu übernehmen....

Dennoch sind die Arbeitsbedingungen und der Verdienst in der Exportindustrie meist besser als die Beschäftigungsalternativen, die Frauen als Dienstmädchen, im informellen Sektor, als kleine Selbständige, mithelfende Familienangehörige oder als Prostituierte vorfinden. Entwicklungsexpertinnen berichten, daß die Frauen sich oft neue soziale Räume jenseits von Kleinfamilie und jenseits patriarchaler Kontrolle erobern und daß sich neue Solidaritäten und eine neue Arbeitskultur unter Frauen bilden. ...

### Die Aufteilung in Frauen- und Männerarbeit wird verfestigt

Die höheren Beschäftigtenzahlen haben die Aufteilung in Frauen- und Männerarbeiten nirgendwo aufgeweicht. Die meisten Frauen arbeiten in den zuarbeitenden Bereichen von Büro- und Verwaltungsarbeit, im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen und in den

Niedriglohnssektoren der Industrie sowie in Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsberufen im öffentlichen Sektor.... Die meisten Frauen finden weltweit keine auf Dauer angelegten, existenzsichernden, sozialversicherten Vollbeschäftigungen.

(Nicht nur) in Europa steht Teilzeitarbeit ganz oben auf der Hitliste der beschäftigungspolitischen Optionen. Bereits zwischen 1983 und 1987 waren 70 % aller neugeschaffenen Jobs in Europa Teilzeitarbeitsplätze (Wichterich 1996, S. 5). Allein in der BRD wurden zwischen 1982 und 1994 1,5 Millionen Teilzeitarbeitsplätze geschaffen. 36 % aller beschäftigten Frauen waren 1994 teilzeitbeschäftigt, Männer dagegen nur zu 4 % (Rudolph 1995, S. 24). Die Ausweitung der Teilzeit, so wird argumentiert, würde mehr Menschen eine Beschäftigung ermöglichen, davon könnten schließlich auch die Erwerbslosen profitieren. Diese Hoffnung erweist sich als Trugschluß: Die Konsequenz der aktuellen Ausweitung der Teilzeitstellen ist, daß die Vollzeitstellen sinken. Für Frauen, die diese Teilzeitplätze in USA zu zwei Drittel, in



Deutschland sogar zu 90 % innehaben, bedeutet das meist den Verlust der eigenständigen Existenzsicherung.

Die eigenständige Existenzsicherung müssen auch die Frauen in den „ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen“ (Möller 1988) vermissen....

### Migrantinnen dienen als Verschiebemasse auf dem Arbeitsmarkt

Zur Dynamik des globalen Erwerbsmarktes tragen zunehmend multidimensionale Ströme der Arbeitsmigration bei. Frauen stellen einen wachsenden Anteil am Exodus hochqualifizierter Arbeitskräfte in Länder, in denen ihre Arbeit besser bezahlt wird (Wichterich 1996, S.5).

Auch an der Abwanderung ungelerner Arbeitskräfte, vor allem als Hausangestellte, Pflegepersonal oder Beschäftigte in der Freizeitindustrie sind sie stark beteiligt. Millionen von Migrantinnen sind als „Verschiebemasse“ fest einkalkuliert. Christa Wichterich zeigt am Beispiel der Philippinen auf, wie sich weibliche Arbeitskraft zum Exportschlager entwickelt: Nach offiziellen Angaben arbeiten 3,5 Millionen philippinische Staatsangehörige im Ausland - nichtoffizielle Quellen nennen die doppelte



Zahl. Zwölfmal mehr Frauen als Männer verlassen ihr Land, weil sie woanders bezahlte Arbeit suchen. Drei Milliarden US-Dollar haben sie 1994 in ihre Heimat zurücküberwiesen. Für den Staat sind das unentbehrliche Devisen und eine Variante des globalen Finanztransfers....

### Eindeutige Verliererinnen sind die Ostfrauen

Eindeutige Verliererinnen der Globalisierung sind viele Frauen in den früheren staatssozialistischen Wirtschaftssystemen. Sie sind meist gut ausgebildet und hatten eine lebenslange Vollzeit-Erwerbsperspektive. Der Übergang zur Marktwirtschaft, die schon lange nicht mehr als sozial bezeichnet wird, schleuderte sie aus den Produktionsprozessen. Bereits Mitte der 80er Jahre, als die Sowjetunion unrentable Staatsbetriebe rationalisierte, waren 80 % der Entlassenen Frauen. Gorbatschow hatte damals der Politik empfohlen, im Zuge der Perestroika die wirtschaftliche Integration von Frauen rückgängig zu machen. Frauen sollten „zu ihrer eigentlichen weiblichen Lebensaufgabe“ zurückkehren. Zwischen 1989 und 1991 verloren dann nochmals 60 % der erwerbstätigen Frauen, von denen mehr als die Hälfte hochqualifiziert waren, ihren Job. Sie sollten froh sein, sich endlich ganz der Familie widmen können und die Doppelbelastung los zu sein.

In Mittel- und Osteuropa stellen Frauen heute im Durchschnitt 70 % der Erwerbslosen. Besser sieht's nur in Tschechien und Ungarn aus. In den NBL sind 87,8 % der Langzeitar-

beitslosen Frauen. Langfristig - so sagen die Ostfrauen - werden Männer erwerbslos und Frauen Hausfrauen. Gut ausgebildete Ostfrauen werden zudem aus sog. „Männerberufen“ verdrängt und konzentrieren sich wieder in frauentypischen....

### Feminisierung der Verantwortung

Hier vor allem setzt die Globalisierung der Verantwortung ein: Es ist der dramatische Arbeitsplatzabbau, Sozialabbau, die Streichung von Subventionierungen in vielen Ländern, die dazu führt, daß mit der Globalisierung der Weltwirtschaft die globale soziale Ungleichheit zunimmt. Frauen bekommen verstärkt die Verantwortung für „das Soziale“ zugeschoben. Um die Ernährung für sich und ihre Kinder zu sichern, sind viele Frauen darauf angewiesen, den Anbau und die Güterproduktion für den Eigenbedarf, d. h. die Subsistenzwirtschaft, zu intensivieren. Die unbezahlte Arbeit nimmt also zu. Subsistenzwirtschaft und Selbsthilfe sind jedoch nur möglich, wenn Ressourcen wie Land und zumindest einfache Geräte und Maschinen zur Verfügung stehen. Daran mangelt es oft. Gleichzeitig brauchen Frauen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse immer mehr Geld. Durch Eigenversorgung kann eben nicht mehr alles hergestellt werden. Um ein größeres Geldeinkommen zu erwirtschaften, ist aber ihre Marktintegration unbedingt notwendig. Die enorme Arbeitsbelastung wird - weltweit nur selten durch eine andere Arbeitsteilung innerhalb der Familie aufgefangen. Zudem sprengt die ökonomische Krise oft auch tradi-

tionelle Familienzusammenhänge. In vielen Regionen Lateinamerikas, der Karibik und Afrikas wächst die Zahl der Haushalte, die von Frauen geführt werden. Sei es, daß die Männer auf der Suche nach Lohnarbeit in die Städte, Plantagen oder Minen abwandern, sei es, daß sie sich schlicht aus der Verantwortung stellen. Jedenfalls sind es zunehmend die Frauen, die die Sorge für die Ernährung und für Kinder und Alte tragen (vgl. Mies 1996, S. 6).

Es ist paradox, daß die Frauengruppen, die sich im tagtäglichen Existenzkampf zur Selbsthilfe gebildet haben, von den Entwicklungsmanagern als soziale Stoßdämpfer der Strukturangepassung einkalkuliert werden. So heißt es in einer Studie der Weltbank über das Afrika der neunziger Jahre lapidar: „Frauen und Frauengruppen können einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Sozialleistungen erbringen“ (zit. nach Wichterich 1991, S. 27). ...Es sind vor allem Frauen, die mehr Einfluß in die Regionalpolitik und regionale Ökonomie einfordern und sich gegen eine weitere Entkopplung von sozialer und ökonomischer Wirtschaft wehren. Es sind vor allem Frauen, die regionale Ökonomie und Selbstversorgung, gegen global organisierte Profitmaximierung stellen, wie es auch Frauen sind, die gegen Lebensmittelkonzerne angehen, deren Produktionsgrundlage auf Bio- und Gentechnologien basiert.

### Was heißt das für die Zukunft?

... Für die nahe Zukunft ist nicht mit der Schaffung neuer, existenzsichernder Arbeitsplätze zu rechnen. Für Frauen schon gar nicht.

Hingegen müssen wir mit der weiteren Destabilisierung des Bestehenden rechnen. Und mit fortschreitender „sozialer Polarisierung“ (Rifkin 1995) mit den Folgen sozialer Ausgrenzung, Kriminalisierung Verelendung, Verwilderung und zunehmender Barbarei.

Es gilt, den globalen Gesellschaftsvertrag aufzukündigen, der globales Wirtschaften auf die Säule von umweltzerstörerischem Wachstum, auf die auf Erwerbsarbeit bezogene Vollbeschäftigung und sexistische Arbeitsteilung stellt.

Es genügt nicht, daß die Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt respektiert wird. Es geht um sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und existenzsichernde Arbeit und nicht um irgendeine bezahlte Arbeit. Es genügt nicht, daß Frauen die Hälfte vom schimmlichen Kuchen fordern oder gar die Hälfte der Fensterplätze auf der Titanic. Globalisierung ist keine in den Köpfen von Wirtschaftswissenschaftlern oder Soziologen entstandene Ideologie, auch keine Naturkatastrophe. Sie ist durch Menschen gestaltet und Menschen sind aufgerufen, „Grenzen der Globalisierung“ (Altvater und Mahnkopf 1996) zu setzen, wenn diese zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen beiträgt.

Wir werden einen anderen Kuchen backen müssen, und wir werden neu darüber nachdenken müssen, mit wem, für wen und unter welchen Arbeitsbedingungen und mit welchen Ressourcen und Energien wir backen wollen. Auch ein Vollwert-Öko-Kuchen kann unter psychisch und physisch krank machenden, menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gebacken werden, und die nach den Kriterien

humanisierter Arbeitsbedingungen gestaltete kleine Fabrik wird zum Destruktionsapparat, wenn dort Kriegsmaterial produziert wird. Es wird auch nicht reichen, daß neben den machthabenden Herren ebenso viele Herrinnen sitzen, die nicht an der Aufhebung der Diskriminierungen gegenüber unterdrückten Frauen und anderen Ausgebeuteten arbeiten. Umverteilt werden muß in mehrere Richtungen: Wir brauchen eine Steigerung ökologischer Investitionen sowie von Investitionen für humanere Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung. Arbeit sollte auch wieder als Ort der Kommunikation und Kooperation, der Solidarisierung unter Menschen, verstanden werden und nicht als Ort des gegenseitigen Austricksens und Kaltstellens. Wir brauchen eine radikale Arbeitszeitverkürzung und eine Gleichverteilung der begrenzt vorhandenen bezahlten und der im Überfluß vorhandenen unbezahlt geleisteten Arbeiten auf beide Geschlechter, eine Gleichverteilung der gesellschaftlichen Verantwortung, eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und soziale Transfers der reichen Regionen in die Armutsregionen der Welt.

Dr. Gisela Notz  
(aus einem Referat gehalten im Febr. 1997 auf einer Tagung des DGB-Bildungswerks zum Thema Globalisierung)



#### Arbeitsvorschlag:

Welchen Sinn könnte es geben, an die aktuelle Diskussion über die Abschaffung bzw. Einschränkung sozialversicherungsfreier Beschäftigungsverhältnisse eine Diskussion über Teilzeitmodelle bzw. Arbeitszeit allgemein anzukoppeln ?

Gibt es in eurem Betrieb 610.-DM - Jobs ? Würde der Betriebsrat in dieser Frage schon aktiv ? Mit welchem Erfolg ? Sammelt Argumente. weshalb es auch im Interesse des Betriebes Sinn machen kann, solche Beschäftigungsverhältnisse abzubauen.



### Mittendrin und trotzdem draußen

Unter diesem Titel führten im Oktober 1997 die Gewerkschaften und verschiedene Frauenorganisationen eine Kampagne für die Einbeziehung (der fast ausschließlich weiblichen) geringfügig Beschäftigten in die Sozialversicherung durch.

Während in einem Teil der weltweiten Arbeitsmärkte Frauen mehr als 10 Stunden täglich bei Dumpinglöhnen und unter prekärsten sozialen Bedingungen arbeiten dürfen, verbilligen viele Arbeitgeber hierzulande ihre „Arbeitskosten“ indem sie immer mehr Beschäftigungsverhältnisse deregulieren, durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen (sozialversicherungsfreie 610.- DM Jobs bzw. 520.- DM - Jobs in den neuen Bundesländern). Damit



entziehen sie zugleich der Sozialversicherung Einnahmen. Allein in den 5 Jahren zwischen 1987 und 1992 ist die Zahl um mehr als ein Drittel gestiegen. Die meisten der hier beschäftigten Frauen verdienen sich aber keineswegs eine Woche Urlaub oder ein zusätzliches Kostüm „hinzu“ sondern sind zur Arbeit auch ohne soziale Absicherung gezwungen.

### Was wir tun können, z.B.:

#### Eine Kampagne für menschenwürdige Arbeit an den Nähmaschinen

„Saubere“ heißt sozialverträglich, es gibt kein Waschmittel, mit dem Menschenrechtsverletzungen weggewaschen werden können. Die Kampagne für saubere Kleidung richtet sich gegen schmutzige Geschäfte mit der Armut von Frauen. Sie will:

- > eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie weltweit, insbesondere in der 'Dritten Welt' erreichen
- > eine breite Öffentlichkeit für die Folgen der zügellosen globalen Marktwirtschaft sensibilisieren
- > in konkreten Fällen von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen die Beschäftigten durch europäisch abgestimmte Eilaktionen unterstützen.

Infomaterial u.a. bei:  
DGB Nord-Südnetz, Postfach 101026,  
40001 Düsseldorf

# Globalisierung

# Aufbruch zur Nachhaltigkeit

## Deutschland in der Welt

*Deutschland exportiert in alle Welt, die Deutschen fliegen in alle Welt in Urlaub, das Geld der Deutschen geht in alle Welt, Deutsche Firmen gehen in alle Welt, per Internet greifen die Deutschen auf Rechner in aller Welt zu, unser CO2-Ausstoß verteilt sich in alle Welt ...*

## die Welt in Deutschland

*In Deutschland leben Menschen aus aller Welt, Devisen aus aller Welt kursieren in Deutschland, Firmen aus aller Welt haben hier Filialen, wir hören Musik aus aller Welt, wir konsumieren Waren aus aller Welt, essen chinesisch, afghanisch, griechisch..., Radioaktivität aus Tschernobyl ...*

## Die Welt ist vernetzt

Spätestens seitdem im Atomkraftwerk Tschernobyl 1986 der äußerste Ernstfall, der Super-Gau, eintrat und seine Radioaktivität in die Atmosphäre entließ, wurde weltweit klar, daß die ökologische Frage keine nationale, sondern eine globale Frage ist. Das Waldsterben in Finnland, Norwegen und Schweden durch die

hohen Schornsteine im Ruhrgebiet, der drohende Untergang der Malediven durch weltweit verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoß, die Zerstörung der Ozonschicht, die drohende Ressourcenknappheit für alle, weil sich einige wenige zu viel bedienen ...

Hinweise auf die Globalisierung der Ökologie. Schadstoffe machen eben nicht an Grenzen halt, darum sind ökologische Fragen auch globale Fragen. Die Devise "global denken - lokal handeln" zeugt davon. *"Tatsächlich hat die grenzenlose Ausbreitung von kapitalistischer Rationalität, Industriekultur und von Konsumgewohnheiten, die sich bisher nur Minderheiten leisten können, für viele Menschen etwas Endzeitliches. Denn mit der Globalisierung der Wirtschaft nehmen auch die Umweltprobleme globale Ausmaße an."* (Fritz Vorholz: "Saubere und doch ruinos"; in: Zeit-Punkte, 1/97, S.74)

*Langsam stellt sich ein Bewußtsein dafür ein, daß wir in einer Welt leben und aufeinander angewiesen sind - Raumschiff Erde. Wie weit das Bewußtsein reicht, ist eine ganz andere Frage. Bis zur nächsten Wahl? Bis zur nächsten Umweltkonferenz? Bis zur nächsten Schlagzeile über die wieder einmal dünner gewordene Ozonschicht? Es gibt Leute, die bezweifeln, daß wir so etwas überhaupt entwickeln können wie ein Verantwortungsgefühl für die globalen Folgen unseres Handelns. Ausschnitte können wir überblicken, aber nicht die Kombination von Wirkungen.*

*Ihre Botschaft: Wir wissen nicht, was wir tun.*

*Vielleicht genügt es, zu wissen, was wir unterlassen sollten.*

Thomas Volker:

... denn wir haben nur die eine Welt; in PZ 68/92, S. 5

## Notwendigkeit der Zusammenarbeit

Der Begriff der Globalisierung wird jedoch meist verkürzt als ökonomische Globalisierung verstanden. Globalisierung ist mehr, mehr im Sinne von "Die Eine Welt", "Raumschiff Erde", denn gerade das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development), das spätestens

seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 in aller Munde ist, steht für ein globales Denken und Handeln und eben nicht für Kleinstaaterei, wohl aber der Rücksichtnahme auf regionale Wünsche und Bedürfnisse. Wollen wir uns nicht bedingungslos dem Diktat der ökonomischen Globalisierung unterwerfen, so stellt sich weniger die Frage nach: "Globalisierung ja oder nein", als vielmehr die Frage danach, wo die Chancen der Globalisierung für die Umwelt liegen, wo



Methodischer Hinweis:

### Das Ampelspiel

Die Teilnehmenden erhalten jeweils eine grüne und eine rote Karteikarte. Mit diesen Karten zeigen sie an, ob sie einer bestimmten, jeweils vorzulesenden Aussage zustimmen oder nicht. Zwei Beispiele für mögliche Fragen:

1. Das Umweltbewußtsein der Deutschen gilt als sehr fortschrittlich im Vergleich mit anderen Ländern. Tatsächlich sind die Deutschen kritischer geworden, was den Umgang mit dem Auto angeht und verzichten immer häufiger auf seine Benutzung.

Ist die Benutzung von Autos in den letzten zehn Jahren zurückgegangen? Grüne Karte für Ja und rote Karte für Nein. Richtig ist Nein, denn von 1980 bis 1991 gab es 28% mehr Individualverkehr.

2. Viele meinen, daß durch das Bevölkerungswachstum in der 'Dritten Welt' die Ökologie der Erde gefährdet sei. Tatsächlich aber produziert allein die BRD (82 Mio. Einwohner) mehr Treibhausgas (CO<sub>2</sub>) als ganz Afrika mit seinen 642 Mio. Einwohnern.

Grün ist richtig. Die BRD produzierte 1990 ca. 997 Mio.t CO<sub>2</sub>, Afrika 660 Mio.t

*Es stellt sich natürlich die simple, aber hochbrisante Frage, ob und wie lange der Planet Erde, auf dem die Globalisierung stattfindet, die damit verbundene ökologische Beanspruchung aushält?*

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf  
Grenzen der Globalisierung  
in: Badische Zeitung, 20.9.96

die Gefahren lauern und wie wir diese Globalisierung in unserem Sinne gestalten können. Denn spätestens seit der Betrachtung aus der globalen Perspektive werden auch die gegenseitigen Abhängigkeiten und damit die Notwendigkeit der Zusammenarbeit deutlich, wenn wir uns eben nicht nur dem Phänomen "Globalisierung" ausliefern wollen. Die "Globalisierung" ist kein Naturgesetz, aber: *"Der Widerspruch zwischen der ökonomischen und finanziellen Globalisierung, die weder Grenzen kennt noch ein Ende findet, und den sehr wohl begrenzten sozialen und natürlichen Ressourcen des individuellen und ge-*

*sellschaftlichen Lebens setzt ganze Gesellschaften unter gehörigen Streß ..."* (Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf: "Grenzen der Globalisierung"; in: Badische Zeitung 20.9.1996)

#### Vier mögliche Globalisierungs-Trends

Die Folgen der Globalisierung auf die Umwelt sind umstritten. Globalisierung ist nicht an sich schlecht oder gut, sondern hängt stark davon ab, wie sie ausgestaltet wird. Hier zeichnen sich nach Gernot Keppler (Umweltforscher Kiel) vier Trends ab, welcher von ihnen durchschlägt, ist noch nicht ausgemacht:

\* Erstens, so Keppler, führten Direktinvestitionen internationaler Unternehmer erfahrungsgemäß zum Export moderner, sauberer Produktionstechnik. Diese Technologiediffu-

sion wirke "gewaltig in Richtung Umweltentlastung".

- \* Zweitens zwingt die Konkurrenz alle Produzenten zu größerer Effizienz - auch bei der Nutzung natürlicher Ressourcen.
- \* Drittens aber könne die Globalisierung einen Strukturwandel bewirken, bei dem manche Länder ihre Umwelt verschleudern, ihr Heil also in der Herstellung besonders umweltintensiver Güter suchen.
- \* Die größte Gefahr aber, viertens: Angekurbelt durch die zunehmende Arbeitsteilung, könne die Weltwirtschaft so schnell wachsen, daß aller ökotechnischer Fortschritt konterkariert wird. (Fritz Vorholz: "Sauber und doch ruinös"; in: Zeit-Punkte 1/1997, S.74 ff)

*"Reengineering, flexible Produktion, outsourcing, downsizing: all diese neuen Managementmethoden tragen zur Entwicklung des großen weltumspannenden Mechanismus der kapitalistischen Marktbeherrschung bei, dessen Ziel es ist, auf kostengünstigstem Wege einen maximalen Profit aus den Reichtümern der Erde zu schlagen. Ressourcen, Menschen, Gesellschaftsgruppen, Städte und Regionen, ja ganze Länder werden abgeschrieben oder ausgeschlossen, wenn sie von diesem - und für diesen - höllischen Mechanismus nicht als hinreichend rentabel eingeschätzt werden. Daher ihr verzweifelter Kampf, "konkurrenzfähig" zu bleiben, das heißt schlicht und einfach: zu überleben."*

Ricardo Petrella: "Falsche Nutzung globaler Ressourcen";  
in taz 13.6.97

*" Nach der herrschenden Lehre kann die immer engere Einbindung von immer mehr Volkswirtschaften in die weltweite Arbeitsteilung - nichts anderes bedeutet das Modewort Globalisierung - der Umwelt sogar nützen. So fand die Weltbank heraus, daß besonders schmutzige Industrien in abgeschotteten Ländern besser gedeihen als in offenen Volkswirtschaften.*

*Auch der Verdacht, die offenen Märkte veranlaßten Schmutzfinken aus Industrieländern mit teuren Umweltauflagen dazu, ihre Fabriken in Länder mit niedrigen Ökostandards zu verlagern, habe sich als "grandioser Mythos" erwiesen, sagt Martin Jänicke, Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der FU Berlin. Trotz Globalisierung seien die reichen Industrieländer die größten Produzenten und Exporteure von umweltintensiven Gütern wie Dünger, Zellstoff und Papier, Rohstahl, Blei und Zink geblieben. (...) Und selbst das Worldwatch Institute in Washington, gemeinhin eher kritisch gesinnt, verschweigt nicht, daß es erst das Auftauchen japanischer Anbieter war, das es Amerikas Autofahrern ermöglicht habe, auf spritsparende und deshalb umweltverträglichere Vehikel umzusteigen."*

Fritz Vorholz: Sauber und doch ruinös; in: Zeit-Punkte 1/1997, S. 74ff

Andere ökologische Einwände gegen die Globalisierung sind "zwar nicht unberechtigt, nehmen sich allerdings (gegenüber dem oben genannten und im nächsten Teil ausgeführten Hauptmerkmal - die wachsende Weltwirtschaft und deren Folgen; Anm.d.Verf.) fast harmlos aus: der zunehmende Transport beispielsweise. Um die rund vier Milliarden Tonnen Schiffs- und Luftfracht um den Planeten zu schicken, wurde zwar Anfang der neunziger Jahre so viel Treibstoff verbrannt, wie es dem Energieverbrauch von Brasilien, der Türkei und den Philippinen zusammen entspricht. Doch gemessen am gesamten Energieverbrauch der Welt waren es nicht mehr als rund zwei Prozent. Und weil die Transportkosten nur einen verschwindend geringen Anteil von etwa einem Prozent an den Umsatzwerten haben, würden auch ökologisch ehrliche Energiepreise die Handelsströme kaum verändern. (...) Vermutlich wären beispielsweise die per Flugzeug herbeigeschafften Rosen aus Kolumbien hierzulande nach wie vor billiger als heimische Gewächse." (Fritz Vorholz: "Sauber und doch ruinös"; in: Zeit-Punkte 1/1997, S.74 ff)  
(weitere Links und Infos unter: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/vernetzte-welt.htm>)

## China - ein riesiger Markt im Osten

*"Es scheint, als ob sich heute zum Ende des Jahrhunderts jener Kreis schlösse, der sich einst mit der Ausfahrt des Kolumbus über die Wasser des Atlantik geöffnet hatte. Als damals der expeditionshungrige Admiral mit seinen drei Schiffen von Cadiz aus, Gott, Gold und Gewürze vor Augen, in See stach, um eine Schiffsroute nach Asien zu finden, setzte er, ohne es zu wissen, die Segel für die Große Ausfahrt Europas rund um den Erdball. Der Ausfahrt von Cadiz folgten viele Ausfahrten; der Zusammenschluß ungezählter Lebensräume zu einer Welt ist ihr Ergebnis. Im Kielwasser von Kolumbus hat die europäische Zivilisation die Erde umrundet."* (Wolfgang Sachs: "Nachhaltige Entwicklung"; in: DGB-Bildungswerk Nr.32, 3/95, S.5)

Im Zuge der Globalisierung rücken die Kontinente immer näher zusammen. Das zu Marco Polos Zeiten so weit entfernte China, ist heute nur noch acht Flugstunden entfernt und via Internet in wenigen Sekunden zu erreichen. (siehe auch <http://home.t-online.de/home/awa-spt/statistik.htm>)

## China will weltweit führende Industrienation werden

Dieses riesige Reich China möchte zur weltweit führenden Industrienation werden. Und alles deutet darauf hin, daß die Idee der nachholenden Entwicklung (siehe hierzu Seite xxx) auch für China in absehbarer Zeit zur Wirklichkeit wird. Also, daß die sogenannten "unterentwickelten" Länder so werden wie wir, nämlich "entwickelt". Und nach Meinung vieler Ökono-

men stehen die Chancen für China, dieses Ziel zu erreichen, gut. Erreichen will China diese Industrialisierung mit Hilfe der eigenen reichlich und billig vorhandenen Kohle. Für den Energieminister Chinas ist diese Kohle die Versicherung dafür, daß sie diese Industrialisierung auch schaffen können - und damit dem chinesischen Volk die Möglichkeit bietet, zum ersehnten Wohlstand zu verhelfen. Für die Bürger dieses Reiches rückt der Traum von unserem westlichen Wohlstand in greifbare Nähe.

Ein riesiger Markt öffnet sich im Osten für die Wirtschaft. Und so drängen ausländische Hersteller, wie Volkswagen, Daimler Benz und Siemens in den chinesischen Markt und versuchen von Chinas Wachstum zu profitieren. Dabei heizen die westlichen Industriestaaten Chinas Boom nach Kräften an, um beim Goldrausch vorn dabei zu sein. Kanzler Kohl machte sich wiederholt als Türöffner für Konzerne wie Volkswagen, Daimler Benz oder Siemens in den Chefetagen der chinesischen Politik stark. (siehe auch: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/markt-asien.htm>)

Volkswagen und Daimler Benz versuchen, Chinas Einstieg in die automobile Gesellschaft mit dem gigantischen PKW- und LKW-Markt für sich zu erschließen. Die Größe des Marktes ist ungeheuerlich. In Deutschland teilen sich heute statistisch zwei Menschen einen PKW, in China rund 792. Was kann da noch an Autos produziert werden!



**Methodischer Hinweis:**

Um wieviel größer ist die Fläche von China gegenüber der BRD?  
 Wieviel mal mehr Einwohner hat China als die BRD?  
 Wieviel mal mehr Autos fahren in der BRD?  
 Wieviel ... CO<sup>2</sup>-Ausstoß? usw.

Visualisiere diese Zahlen, indem du auf einem karierten Blatt Papier die entsprechenden Anteile markierst.

**Ein riesiger Markt entsteht für den Auto- und Energiesektor**

Auch für Siemens spricht das hohe Wachstum der Volkswirtschaften in Asien für die Eroberung dieses Marktes. Nach Ansicht des Siemens-Vorstandes Wilhelm wird dieses Wachstum der Volkswirtschaften ins Stocken geraten, wenn nicht in eine ausreichende Energieversorgung, in Telekommunikation und Verkehrstechnik investiert werde. *"Welche Perspektiven in Asien winken, zeigt alleine schon der Bereich Energie. So dürfte nach Expertenschätzungen der Bedarf von Kraftwerksleistung von 750000 Megawatt auf eine Million Megawatt im Jahr 2000 steigen. Siemens profitiert davon jetzt schon. (...) 40 Prozent des gesamten Auftragseingangs für Energieanlagen kommen aus Asien. (...) "Von Deutsch-*

Statistische Werte von:	Deutschland	China
Fläche in km <sup>2</sup> :	357.010 km <sup>2</sup>	9.560.779 km <sup>2</sup>
Einwohner gesamt:	82 Millionen	1.24 Milliarden
Einwohner pro km <sup>2</sup>	223 (1991)	120 (1991)
CO <sup>2</sup> -Ausstoß gesamt	1 Mrd. t	2,4 Mrd. t
CO <sup>2</sup> -Ausstoß pro Kopf	12 Tonnen	2 Tonnen
Zahl der Autos	37,9 Mio. PKW	1,5 Mio. PKW
Autos pro 1000 Einwohner	500 Autos	1,26 Autos
Bevölkerungswachstum pro Jahr	0 %	1,5 %
Bruttosozialprodukt pro Kopf	23.650 \$	370 \$
Arbeitslosigkeit	7,7 %	ca. 2,5 %
Alphabetisierung	99 %	73 %

**Die erste Welt wird größer, nicht aber die Ressourcen und Belastungsgrenzen**

*"Es scheint schizophren: Einerseits wird in Deutschland alles daran gesetzt, China deutsche Autos und Fabriken zu verkaufen - trotz eklatanter Menschenrechtsverletzungen durch die herrschende Nomenklatura. Andererseits fehlt in der Diskussion über globale Umweltprobleme der Hinweis, das Klimagerate aus dem Lot, sollte Chinas Wirtschaft Westniveau erreichen. Im Durchschnitt verursacht ein Chinese heute pro Jahr 2,2 t des Klimagases Kohlendioxid (CO<sup>2</sup>). Dieser Wert liegt etwa bei der Hälfte des globalen Durchschnitts, einem Fünftel des deutschen und einem Zehntel des nordamerikanischen. Würde China pro Kopf die gleiche Menge an fossilen Energieträgern verfeuern wie in Nordamerika, lägen allein Chinas CO<sup>2</sup>-Emissionen höher als das, was heute von der Menschheit insgesamt in die Atmosphäre entlassen wird."*

Reinhard Loske  
*"Heizt China den Planeten auf?",  
 in: Greenpeace 3/97, S. 26*

*land aus können wir diese Zuwächse freilich nicht mehr bewältigen", betont Günter Wilhelm. Derzeit werden immerhin 40000 der rund 200000 Siemens-Arbeitsplätze in Deutschland durch die Zuwächse im asiatischen Raum gesichert. Das soll auch weiterhin so bleiben, reicht aber nicht mehr aus. Deswegen wird Siemens verstärkt Entwicklung, Forschung und Produktion an seinen asiatischen Standorten ausbauen."*

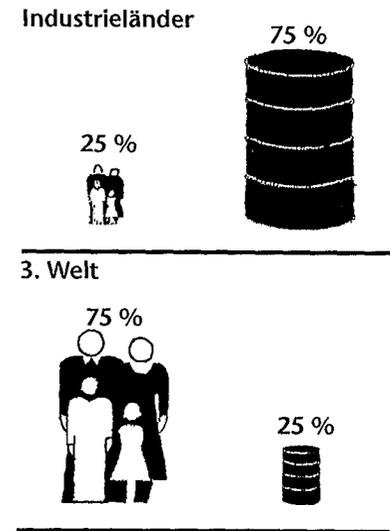
(Das Wachstum der Zukunft liegt in Asien; in: Badische Zeitung 22.7.1997)

*"Bisher mußte die globale Aristokratie von 700 Millionen Bürgern in den alten Industrieländern kaum befürchten, daß die "Dritte Welt" an ihren Lebensstandard anschließen könnte. So konnten sie getrost 80% der Rohstoffe verbrauchen, obwohl sie nur 15% der Weltbevölkerung ausmachen. Der Wirtschaftsaufstieg großer Teile Ost- und Südasiens heißt im Klartext: Die "Erste Welt" wird größer. Die Ressourcen der Erde und ihre ökologische Belastbarkeit aber nicht. Erstmals können beträchtliche Teile der bisherigen "Dritten Welt" nicht nur von einem größeren Anteil an den Reichtümern der Erde träumen, sondern sind wirtschaftlich stark genug, sich ihn tatsächlich zu verschaffen."* (Jürgen Maier: "Tigert" die Welt in die Öko-Katastrophe?; in: Welternährung 1/97)

Wir können also in unserem eigenen Überlebensinteresse nicht wollen, daß sich China ähnlich entwickelt wie die BRD. Was also tun?

**Die ökologische Frage ist von der sozialen Frage nicht zu trennen**

Ohne Zweifel erscheint die Globalisierung vielen Ländern des Südens als Sprungbrett in den Weltmarkt. Aufgrund ihrer miserablen Finanzlage arbeiten die Menschen dort "um jeden Preis". *"Dreißig Jahre lang haben sich die Südkoreaner gebändigt und ihr Leben ganz und gar*



*den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst. (...) Um Annehmlichkeiten ging es nicht. Freizeit war knapp. (...) Das Leben war einbetoniert in die Sachzwänge der Arbeit."* ("Land der Lieblosigkeit"; Die Zeit, 24.1.1997) Der Kampf ums Überleben, um das tägliche Brot, hat das Handeln der Menschen geleitet. Dort, wo der Lohn gerade ausreicht, um zu überleben, haben Fragen nach Demokratie, freie Gewerkschaften oder Ökologie keinen Platz. Erst wenn die elementarsten Grundbedürfnisse gedeckt sind, können solche Ziele verfolgt werden.

*Wenn alle Menschen so viel Rohstoffe verbrauchen und Schadstoffe abgeben würden wie wir, wären weitere 20 Planeten notwendig*

Brot für die Welt  
*"Gut leben statt viel haben"  
 1996, S. 40*



**Methodischer Hinweis:**

- Schreibt einen fiktiven Brief an das chinesische Volk. Begründet, warum sie nicht dieselbe Entwicklung nehmen dürfen wie die BRD. (e-mail-Adresse unter: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/e-mail.htm>)

- Schreibt einen Brief an den VW-Vorstand. Fragt nach, wie der Konzern die langfristigen Klimafolgen seiner Investitionen in China einschätzt. (e-mail-Adresse unter: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/e-mail.htm>)

- Führt eine Diskussion über den Anspruch nach weltweiter Gerechtigkeit. Dieser Anspruch wird erfahrungsgemäß recht unterschiedlich beurteilt. Um die Kontroverse deutlich zu machen, kann nach dem Gespräch in der Kleingruppe eine Diskussion zwischen Sprechern der Gruppen stattfinden. Ähnlich wie in einem Aquarium - deswegen "Fishbowl-Methode" - sitzen die Sprecher in der Mitte des Raumes und vertreten den Standpunkt ihrer Gruppe. Alle anderen verfolgen die Diskussion.

**Wer ist nach welchen Kriterien überbevölkert?**

*Indira Gandhi hat in Stockholm bei der ersten Umweltkonferenz der UN 1972 gesagt: "Es ist ja schön, daß ihr jetzt wollt, daß wir eure Fehler nicht noch einmal machen, aber ihr habt euren Wohlstand auf der Grundlage eurer Fehler erwirtschaftet. Es ist nicht fair, wenn ihr uns jetzt diese Entwicklung bestreitet, nur weil die Welt sonst kaputtgeht." " ... denn wir haben nur die eine Welt" in: PZ 68/92 S. 15*

Die ökologischen Zerstörungen sind die am häufigsten angeführten Argumente für eine Einschränkung des Bevölkerungswachstums, denn - so die Argumentation: "Immer mehr Menschen verbrauchen immer mehr Ressourcen und belasten die Umwelt in steigendem Maße.

*Auch wenn diese Feststellung im Grundsatz richtig ist, so wäre doch zu untersuchen, welche Menschen mit welchem Verbrauch und mit welchem Wohlstand für die glo-*

(aus: VCD Kreis Freiburg Nr.3 9/93)



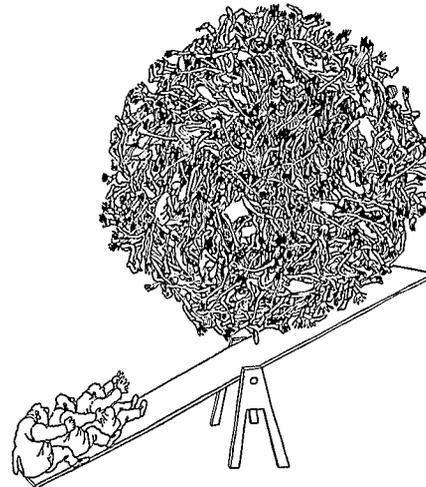
	Welt	Europa	Asien	Afrika	Nord-amerika	Süd-amerika	BRD
<b>Bevölkerungsdichte pro km<sup>2</sup></b>	40	98	70	21	18	17	223
<b>Energieverbrauch p. Kopf in kWh</b>	1.858	5.623	713	491	8.347	1.493	6.904
<b>Kalorienzufuhr zu tatsächlichem Bedarf in %</b>	-	130%	90%	80%	130%	100%	130%

*balen ökologischen Gefährdungen verantwortlich sind." (Eine Welt für alle e.V. (Hrsg.): "Ein überbevölkerter Planet"; S.34)*

Es muß somit die Frage gestellt werden, wer "überbevölkert" ist. Nach dem Kriterium Menschen pro km? Menschen pro Nahrungs-

einheit? Nach zu viel CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Person? Sind wir diejenigen, die zu dicht leben, anderen die Nahrung wegessen, die Luft verpesten? Sind wir überbevölkert? Benötigen wir eine Strukturanpassung an eine nachhaltige Entwicklung? Sind wir gar ein Entwicklungsland?

(weitere Links und Infos unter: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/china.htm>)



**Methodischer Hinweis:**

Analysiere anhand von Beobachtungen in unserer eigenen Gesellschaft die Behauptung: "Armut ist der Feind der Umwelt". Wie sieht es aus mit dem Umweltverhalten unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten? Wo vermuten wir stärkeres Umweltbewußtsein, wo besseres Umweltengagement? Reflektiere den "Gegensatz" zwischen hohem Umweltbewußtsein und Leben im Wohlstand (Stichwort: mit dem 6-Zylinder zum Bioladen). Was macht es Armen, Obdachlosen, Arbeitslosen etc. schwer, sich umweltbewußt zu verhalten? Wie würden wohl obdachlose Alkoholiker reagieren, denen wir den Gebrauch von Pfandflaschen empfehlen?

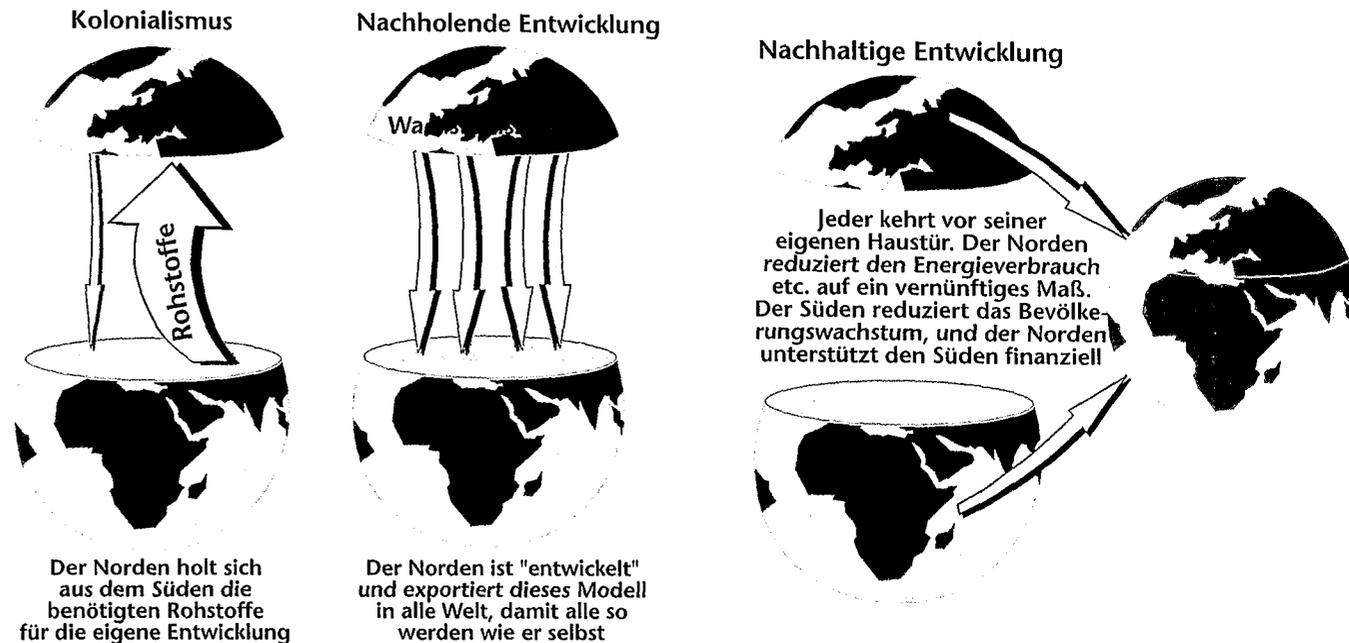


## Abschied von alten Modellen: Von der "nachholenden" zur "nachhaltigen" Entwicklung

Die Hälfte der Welt wird seit Beginn der 50er Jahre als "unterentwickelt" bezeichnet - eine Wahrnehmung, die bis heute den Blick des Nordens auf den Süden bestimmt. Diese Wortwahl ist nicht beliebig, sondern Ausdruck eines Weltbildes. Nach diesem bewegen sich alle Völker auf einer Bahn in die gleiche Richtung, manche schneller, manche langsamer. Voran laufen die Nationen des Nordens, besonders die USA, zurück bleibt der Rest der Völker. Historische Aufgabe der Nachzügler sollte das Aufholen der im Norden bereits durchlaufenen Entwicklung sein, beigestanden werden sollte ihnen von den Erfolgreichen durch die sogenannte "Entwicklungshilfe"

(Deutsches Sekretariat der Pax-Christi-Bewegung (Hrsg.): "Gewaltverhältnis Nord-Süd-Herausforderung für die Friedensarbeit" S.12; in: Frankfurter Rundschau, 27.12.1993)

Heute setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß diese "nachholende Entwicklung" gescheitert ist, da es eben nicht möglich ist, daß wir unseren Lebensstil globalisieren. "Mit der Globalisierung der kapital- und ressourcenintensiven Wirtschaftsordnungen des Nordens werden die sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums erreicht. Nun können sich auch die Hauptverursacher den Folgen ihres Handelns nicht mehr entziehen, denn von der Peripherie kehrt die Krise in die Zentren zurück. (...) Nach den Zusammenbrüchen in den



Ländern der Dritten Welt seit Beginn und Osteuropas am Ende der 80er Jahre sind es nun die reichen Industriestaaten selbst, die an die Grenzen ihres eigenen Entwicklungsmodells geraten. (Michael Müller: "Die ökologische Revolution"; in: E+Z 35, 1994, S.223) (weitere Links und Infos unter: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/entwicklung.htm>)

### Leitbild "nachhaltige Entwicklung"

Spätestens seit der Konferenz 1992 in Rio ist das Konzept "Sustainable Development" als ein allgemeiner Grundkonsens gesellschaftsübergreifend akzeptiert. "Nachhaltige Entwicklung" wird dabei im Brundlandt-Bericht von

1987 definiert als "Entwicklung, die gegenwärtige Bedürfnisse einlöst, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen, ihre Bedürfnisse zu erfüllen, zu beeinträchtigen."

Der DGB unterstützt das Leitbild einer "nachhaltigen Entwicklung", denn Zukunftsfähigkeit kann es nur geben, wenn ökologische, ökonomische und soziale Erfordernisse berücksichtigt und in ein gemeinsames Konzept integriert werden. Dies bedeutet aber auch, für die Operationalisierbarkeit "nachhaltiger Entwicklung" Leitplanken zur Sozial- und Ökonomieverträglichkeit herauszuarbeiten und mit ökologischer Nachhaltigkeit zu harmonisieren.

Aus unserer Sicht ist ein integrierter Umweltschutz erforderlich, der nicht nur auf früh-

zeitige ökologische Innovationen als Abkehr vom klassischen, nachsorgenden Umweltschutz setzt, sondern darüber hinaus Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz fruchtbar miteinander verbindet.

Durch ihre Präsenz vor Ort im Betrieb ergibt sich für die Gewerkschaften die einzigartige Chance, Vorsorge im Umweltschutz sozusagen an der Quelle zu praktizieren, noch ehe Schadstoffe überhaupt entstehen und in die außerbetriebliche Umwelt gelangen können. Trotz beachtlicher Erfolge beim Abschluß von Betriebsvereinbarungen zum Umweltschutz und ökologischer Tarifverträge wird man jedoch langfristig nicht an einer gesetzlichen Regelung im Hinblick auf eine Erweiterung des Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetzes um Mitbestimmungsrechte um Umweltschutz vorbeikommen. Dabei erfordern neue Umweltinformationssysteme wie Umwelt-

management, Öko-Audit und umweltbezogene Kennzeichnungen neue Formen der Partizipation und Gestaltung.

Die Agenda 21, das in Rio 1992 verabschiedete Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, schlägt in einem eigenen Kapitel zur "Stärkung der Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften" Maßnahmen zur Förderung der Vereinigungsfreiheit, zur Stärkung der Mitbestimmung und der Konsultation und zur Bereitstellung angemessener Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie Instrumente zur Umsetzung vor.

#### Für einen demokratischen Verständigungsprozeß

Aus Sicht der Gewerkschaften gilt es, das ökologisch Notwendige so zu gestalten, daß es nicht nur sozial verträglich, sondern auch sozi-

al erstrebenswert ist. Dazu gehört, daß Kriterien, Indikatoren oder Parameter in einem demokratischen Verständigungsprozeß zwischen Parlament, politischen Parteien und gesellschaftlichen Akteuren auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis entwickelt werden.

Wir haben jedoch große Sorge, daß die angesichts der aktuellen und immer drängender werdenden Umweltbedrohungen jetzt notwendigen Maßnahmen bei einer langwierigen Diskussion weiter verschoben werden, zumal wenn keine "Waffengleichheit" zwischen den gesellschaftlichen Gruppen besteht, ein Konsens von vornherein unmöglich ist oder Ergebnisse noch hinter die Agenda 21 zurückfallen.

(Aus:Dieter Schulte, KlimaZeitung Bündnis90/Die Grünen 6/97)

#### Das Konzept der Nachhaltigkeit

Der Begriff "Sustainable Development" der in Rio de Janeiro 1992 auf der Konferenz für "Umwelt und Entwicklung" seinen Durchbruch erfuhr, kann übersetzt werden mit "Zukunftsfähige Entwicklung", "Nachhaltiger Entwicklung" oder "Dauerhafter Entwicklung". Meist wird der Begriff mit "Nachhaltiger Entwicklung" übersetzt. Statt wie bisher die ganze Fülle der Einzelprobleme quasi aus der Froschperspektive zu betrachten und vor "lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen", blicken wir nun aus der Vogelperspektive auf die Erde wie sie im Jahr 2010 nachhaltig aussehen sollte und planen, wie diese gesteckten Ziele erreicht werden können. Nicht mehr passiv und ausge-

#### Verbrauch fossiler Brennstoffe

**Die fossilen Energieträger sind in einem Zeitraum von über 345 Mio. Jahren entstanden. Heute werden sie innerhalb eines Zeitraumes von 150 - 200 Jahren ausgebeutet und verbraucht.**

**Zur Veranschaulichung der zeitlichen Dimension:**

**Rechnet man die Jahre in das Längemaß mm um, so entsprechen dann:**

- \* **345 Mio. Jahre einer Strecke von 345 km**
- \* **150 - 200 Jahre einer Strecke von 15 - 20 cm**

#### Reduktionsziele ...

- \* **Von einer erneuerbaren Ressource darf nicht mehr genutzt werden als sich in der gleichen Zeit regeneriert.**
- \* **Es dürfen nur so viele Stoffe in die Umwelt entlassen werden, wie dort aufgenommen werden können.**
- \* **Die Umsätze von Energie und Stoffen müssen auf ein risikoarmes Niveau abgesenkt werden.**

BUND/Misereor (Hrsg.): "Zukunftsfähiges Deutschland" - Kurzfassung, Bonn 1995, S. 7

liefert, sondern aktiv nach Schritten zur Verwirklichung suchend, ist das Vorgehen dieses neuen Ansatzes.

### Aktive Suche nach Lösungen

*"Um es gleich vorwegzunehmen: Ohne Naturausbeutung und Verschmutzung geht es auch im vermeintlichen Paradies nicht zu. Wie jeder Organismus kann auch die Wirtschaft nur durch Verzehr von Nährstoffen und Ausscheiden von Abfällen überleben - Romantik ade. Statt Rückkehr in die Postkutschenära bedeutet nachhaltiges Wirtschaften aber, diesen Durchsatz auf ein Maß zu begrenzen, das im Prinzip unendlich lange aufrechterhalten werden kann."*

(*"Das rechte Maß"* in: Zeit 13.10.1995)

Neu eingeführt wird der Begriff des "Umweltraums" und meint:

- \* die Menge an Schadstoffausstoß und
- \* die Menge an Ressourcenverbrauch die in
- \* globaler und
- \* zeitlicher

Hinsicht verbraucht werden darf, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören.

Im wesentlichen wird die Vorstellung der Nachhaltigkeit von zwei Grundsätzen geleitet:

1. die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen (ohne räumliche und zeitliche Grenzen) und dabei
2. die natürlichen ökologischen Grenzen zu respektieren

### Unser Lebensstil muß zeitlich und räumlich verallgemeinerungsfähig werden

Kurz: Unser Lebensstil muß sowohl global als auch für nachfolgende Generationen verallgemeinerungsfähig sein und eben nicht zu Lasten anderer gehen.

Von dem Treibhausgas CO<sub>2</sub> kann die Erde in ihren Höhen und Senken etwa 13 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> binden. Folglich dürfen wir weltweit nicht mehr als eben diese Menge verbrauchen, um unser Klima nicht zu gefährden. Ausgehend von dieser Menge (des CO<sub>2</sub>-Umweltraumes) läßt sich berechnen, was jedem Bürger, jeder Kommune oder jedem Land an CO<sub>2</sub>-Ausstoß "zusteht". Bei derzeit etwa 5,8 Milliarden Menschen darf somit jeder von uns 2,3 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ausstoßen. Der pro Kopf-Verbrauch eines Deutschen liegt derzeit jedoch bei etwa 12 Tonnen jährlich. Daraus lassen sich dann die Einsparziele berechnen.

### Versprochen sind 25 % Einsparung

Bereits 1992, auf der Konferenz von Rio versprach Bundeskanzler H. Kohl, daß Deutschland bis zum Jahr 2005 25% seines CO<sub>2</sub>-Ausstoßes senken wird. Nach Schätzungen des

### Ein Beispiel für Ökonomen

*Nehmen wir an, du hast Kapital, das dir Zinsen einbringt. Wenn es dir gelingt, davon zu leben, so bleibt dein Kapital erhalten, und der Zustand ist im Prinzip endlos. Wenn du jedoch jedes Jahr neben den Zinsen noch etwas von dem Kapital verbrauchst, ist das Ende überraschend schnell erreicht, denn durch die Reduzierung des Kapitals gehen auch die Zinsen zurück, wodurch du dann immer häufiger auf das Kapital zurückgreifen mußt, bis du am Ende nichts mehr hast.*

Sachverständigenrats für Umweltfragen wird dieses Ziel für Deutschland weit verfehlt.

Während es bei der Währungsunion-Diskussion um Stellen hinter dem Komma geht, geht es hier um weit mehr. So werden vermutlich nicht mehr als 4,5% eingespart werden - statt der versprochenen 25%. Und "es sieht so aus, als ob dieser Mangel auch auf der alles entscheidenden Klimakonferenz im Dezember 1997 in Kioto nur unzureichend behoben würde." (Barbara Unmähig und

Sascha Müller-Kraenner: "Betrogene Hoffnungen"; in: "Fünf Jahre nach Rio: Die Bilanz"; taz-Beilage Juni 1997 (siehe hierzu auch: <http://home.t-online.de/home/awasp/konferenz.htm>).

Auch die in Rio versprochenen Entwicklungshilfezahlungen, um der Dritten Welt beim Klima- und Artenschutz zu helfen, auf 0,7% des Bruttosozialproduktes kontinuierlich anzuheben, sind weit verfehlt. So sanken die Zahlungen auf einen historischen Tiefststand von 0,28% gegenüber 1992 von 0,35%.

Wie aber können diese erklärten Ziele erreicht werden? (Ulrich Steger: "Konsens ohne Wert; Umweltschützer und Industrie predigen "nachhaltige Entwicklung" - und verstehen völlig verschiedene Dinge darunter" in: Die Zeit 8.9.1995)

### Bedürfnisse und Grenzen sind kulturell und sozial konstruiert

*"Die bisher ausgeführte "mathematische Darstellung hilft jedoch, außer zur Beschreibung des Ernstes der Lage, kaum weiter. Sie führt eher dazu, daß normative Festlegungen hinsichtlich erlaubten Konsumverhaltens getroffen werden, die bei den betroffenen KonsumentInnen kaum Akzeptanz finden werden. Daher empfiehlt es sich, den Begriff der Bedürfnisse sowie den der natürlichen Grenzen genauer zu betrachten. Dabei ist klar: Die Bestimmung der menschlichen Bedürfnisse ist genauso wie die Festlegung der natürlichen Grenzen in hohem Maße kulturell und sozial konstruiert."*

(Christoph Ewen (Öko-Institut); <http://www.oeko.de>):

"Zentral - regional - vernetzt: Perspektiven nachhaltiger Wirtschaftspolitik in Hessen"; Tagung 14. 9. 1996 in Kassel)

### Einsparung über Effizienzrevolution

Während frühere Vorstellungen davon ausgingen, daß die Einsparziele weitgehend mit einer Effizienzrevolution erreicht werden können, wird dies heute meist als nicht realisierbar angesehen, weil dies alleine nicht ausreicht. Insbesondere E. Altvater und B. Mahnkopf weisen darauf hin, daß die Effizienzrevolution so alt wie das Industriesystem selbst ist, weil es im Interesse der Ökonomie liegt, mit weniger Ausgaben für Ressourcen mehr herauszuholen und damit mehr zu verdienen. So wurde z.B. die Effektivität in der Ausnutzung der Kohle von der Dampfmaschine bis heute erheblich gesteigert, eine wahre Effizienzrevolution. *"Der Wandel,*

*die Steigerung der Produktivkraft und die "Effizienzrevolution", um den Nutzeffekt des Energie- und Stoffeinsatzes (und nicht nur des Arbeitseinsatzes) ständig zu verbessern, sind normal - so normal, daß davon die Überwindung der durch die Normalität des industriegesellschaftlichen Fortschritts provozierten ökologischen Krise zu erwarten, wegen der sozialwissenschaftlichen Naivität Erstaunen hervorruft. Es käme ja nicht darauf an, die Normalität kapitalistischer Entwicklung, also auch die Selbstverständlichkeit von Effizienzverbesserungen als ökologisches Programm zu verkünden, sondern die Richtung anzugeben, wo durch Effizienzsteigerung tatsächlich die eingefahrenen Gleise des jeweiligen technisch-sozialen Paradigmas verlassen werden können. Aus den bisherigen promethesischen Revolutionen der Menschheitsgeschichte ist zu lernen, daß eine Effizienzrevolution ohne tiefgreifende soziale Umgestaltung, ohne eine radikale Veränderung der energetischen Basis, ohne die schrittweise Etablierung einer neuen Handlungslogik, ohne die radikale Veränderung der gesellschaftlichen Klassenbasis nicht dazu geeignet ist, die ökologischen Probleme zu lösen."* (E. Altvater und B. Mahnkopf: "Grenzen des Wachstums", 1996, S.535f)

Es ist eben nicht vorwiegend ein technokratisches Problem, das sich auf der rein technischen Ebene über energieeffiziente und umweltschonende Produktion und Transport bei minimalem Rohstoffeinsatz, Erhöhung der Ein-

satzquote erneuerbarer Energien etc. lösen läßt. Es geht eben nicht um eine Weiterentwicklung des Wohlstandsmodells unter Beibehaltung eines - wenn auch veränderten - Industriesystems, mit dem Ziel, das wirtschaftliche Wachstum in den Industrie- und Entwicklungsländern von einer Zunahme an Umweltverschmutzung zu entkoppeln, sondern darum, ganz neue Wege einzuschlagen. Kritiker der Effizienzrevolution, "(...) wie Wolfgang

Sachs, sehen zwar in der Tat ein großes Potential für Effizienzgewinne, das es zu nutzen gilt. Aber auf Dauer werden derartige Rationalisierungserfolge von weiterem Wirtschaftswachstum "aufgefressen", wenn nicht das Wachstum selbst gebremst wird. Er fordert für eine naturverträgliche Gesellschaft eine Kombination aus "intelligenter Rationalisierung der Mittel" und "kluger Beschränkung der Ziele". Denn: *"Nichts ist schließlich so irrational, als mit einem Höchstmaß an Effizienz in die falsche Richtung zu jagen."* (Germanwatch (Hrsg.): "Konzepte für Deutschland": 1993, S.15) So wurde z.B. das, was die Industrie einspart, dafür in PKW und LKW verfeuert. *"Der Energieverbrauch des Verkehrs wird demnächst den der Industrie übertreffen, und was die Wärmedämmung an Energie einspart, fraßt die größere Wohnfläche wieder auf."*

("Konsens ohne Wert"; in: Zeit 8.9.1995)

*"Nur die Kombination aus Effizienz(Optimierung der Technik) und Suffizienz (Reduktion des Konsumniveaus) wird die Chance haben, mit der diese deutlichen Reduktionen der Pro-Kopf-Emissionen erzielt werden können. Eine Effizienzrevolution alleine wird dazu kaum in der Lage sein."*  
BUND/Misereor (Hrsg.):  
"Zukunftsfähiges Deutschland"-  
Kurzfassung 1995

## Studie: Zukunftsfähiges Deutschland

Wie können wir nun aber diese Reduktionsziele erreichen? Wie können wir als Bürger, Politiker, Ökonomen ... handeln? Um unsere Möglichkeiten zu erforschen, wurde 1995 die von BUND und Misereor bei dem Wuppertal-Institut in Auftrag gegebene Studie: "Zukunftsfähiges Deutschland" erstellt. (Links und Infos unter <http://home.t-online.de/home/awa-spt/zd.htm>) Die grundsätzliche These der Studie bestand in der Feststellung, daß die Darlegung von Zahlen noch nicht zu einem veränderten Handeln führt. *"Die Reduktionsziele müssen darum überführt werden in eine Darlegung qualitativer Zielvorstellungen, sonst bliebe die Studie in der Expertenfalle hängen: zwar Grenzwerte zu ermitteln, aber nichts für die Teilnahme der Bürger tun zu können. Aus diesem Grunde werden Leitbilder vorgestellt, die sich als Gestaltungsentwürfe für Akteure in unterschiedlichen sozialen Feldern verstehen - Unternehmer, Erwerbstätige, Verbraucher, öffentliche Versorger, Gesetzgeber, Städte, Bürger in ländlichen Gebieten, developmentpolitisch Engagierte."* (BUND und Misereor (Hrsg.): "Zukunftsfähiges Deutschland" - Kurzfassung; 1995; S.15)

## Herz der Studie: Leitbilder

"Diese qualitativen Leitbilder sind das Herz der Studie, sagt Projektleiter Loske. "Wir müssen das "rechte Maß für Zeit und Raum" wiederfinden, lernen, "gut zu leben, statt viel zu haben", die "Stadt als Lebensraum entdecken", beschreiben die Wissenschaftler den Orientierungsrahmen. Die Botschaft: Jeder Mensch

kann die Zukunft aktiv mitgestalten. Die Hoffnung: Werden die neuen Werte von der Gesellschaft akzeptiert, stellen sich die gewünschten Veränderungen quasi automatisch ein. Den praktischen Weg vom Leitbild zum Ziel skizzieren die Wissenschaftler in sogenannten Wendeszenarien.

Zum Beispiel dem vom "rechten Maß für Zeit und Raum". Im Bereich Verkehr ist nach Ansicht der Wissenschaftler dringend eine "Entschleunigung" nötig, nicht nur aus umweltpolitischen Gründen, sondern auch, weil man glaubt, daß die "Utopie vom größtmöglichen Fortkommen in der kürzestmöglichen Zeit" in der Bevölkerung "allmählich an Glanz verliert". Zum Wendeszenario gehört eine maßvoll motorisierte Automobilflotte, die deutlich weniger Treibstoff verbraucht als bisher. Die Fahrzeuge sollen so konstruiert sein, daß sie maximal 120 Stundenkilometer Spitzengeschwindigkeit erreichen. "Ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen soll den Abschied von der "Hochgeschwindigkeitskultur" einleiten. Und der wichtigste Punkt: Sämtliche Vorgaben sollen für alle Autos gelten, für den Kleinwagen wie den Transporter. Auch die Kommunalpolitiker sind zur Entschleunigung aufgefordert, mit "einer Stadtentwicklung, die auf Urbanität und kurze Wege setzt und Bodenspekulation unterbindet". Und die Verkehrspolitiker können mit einer "Flächenbahn mit dichtem Schienennetz" eine echte Alternative zum Individualverkehr schaffen.

"Wir wollen die Menschen bewußt als Akteure ansprechen", sagt Reinhard Loske. Tatsächlich ist in der Wuppertaler-Studie für jeden

etwas dabei, für Kommunal- und Bundespolitiker wie für Unternehmer und Verbraucher.

An die Politik adressiert ist das Leitbild einer "grünen Marktagenda", die die ökologische Blindheit der Marktwirtschaft korrigiert. Konkret

könnte das geschehen, indem umweltschädlich wirkende Subventionen aufgehoben werden (Mineralölsteuerbefreiung für Luftverkehr, Binnenschifffahrt und Landwirtschaft), das Steuersystem ökologisch reformiert wird und für risikoträchtige Aktivitäten wie etwa den Betrieb von Atomkraftwerken eine Haftpflicht eingeführt wird, regen die Wissenschaftler an.

Das Leitbild "von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen" charakterisiert das Unternehmen der Zukunft: "Es wird sein Geld nicht mehr mit dem Absatz von Produktion verdienen, die auf schnellen Verschleiß ausgerichtet sind, sondern mit der Erzeugung und Betreuung von guten Produkten." Solche Unternehmen "brauchen Kundennähe, sind eher klein als groß, eher dezentral als zentral und eher kooperativ als hierarchisch gegliedert".

*"Etwas polemisch: Hier wird nachhaltiges Wachstum zum dörflichen Idyll, das eschatologische Harmoniebedürfnis erinnert eher an den frühen Karl Marx, ohne dessen Mobilisierung der Elenden und Geknechteten dieser Welt zu erreichen. Denn diesmal (...) kann nicht die Erlösung von Not und Unterdrückung versprochen werden, sondern nur die Abkehr von einem Wohlstandsniveau, das die meisten Bürger hier froh sind, erreicht zu haben - und das zu erreichen sich die achtzig Prozent der bislang ausgeschlossenen Weltbevölkerung heftig bemühen."*

Ulrich Steger:  
"Konsens ohne Wert; Umweltschützer und Industrie predigen "nachhaltige Entwicklung" - und verstehen völlig verschiedene Dinge darunter";  
aus: Die Zeit 8.9.1995

Der Konsument der Zukunft lernt, "gut zu leben, statt viel zu haben" und nutzt Waren wie Waschmaschinen, Autos, Staubsauger, Rasenmäher oder Skiausrüstungen gemeinsam mit anderen. "Jenseits eines gewissen Niveaus werden die Dinge zu Zeitdieben, ihre Überzahl verstopft den Alltag, zerstreut die Aufmerksamkeit und verzettelt die Energie", formulieren die Wissenschaftler philosophisch. Zukunftsfähig ist ein Konsument, der sich "bewußt ernährt", im Essen gar "ein Medium der Selbstverwirklichung" sieht. Einfacher gesagt: Er deckt sich mit frischen, saisonalen Früchten aus der Region ein und verzichtet weitgehend auf Fleisch. Zukunftsfähig ist die Landwirtschaft erst, wenn sie auf Ökolandbau umgestellt ist, und zwar flächendeckend. (...)

Eine "lernfähige Infrastruktur", auch das ein Leitbild der Wuppertal-Studie, sichert die Energieversorgung mit weniger Kraftwerken, die Mobilität mit weniger Straßen und das Wohnen mit weniger Umweltverbrauch. Energieversorger wandeln sich zu Dienstleistungsunternehmen, die nicht nur Strom verkaufen, sondern Energie sparen helfen. Aus Verkehrsbetrieben werden Mobilitätsdienstleistungsunternehmen, zu deren Aufgaben es beispielsweise gehört, Car-sharing zu organisieren. Der Flächenverbrauch beim Wohnen reduziert sich, wenn Höfe und Gärten von mehreren Menschen gemeinsam genutzt werden, wenn verdichtet gebaut wird. Zukunftsfähiges Bauen heißt auch, biologisch und wiederverwertbare Baustoffe zu nutzen und als Architekt die Sonne nicht zu vergessen.

### Wendeszenarien zeigen: Klimaschutz ist machbar

Doch je komplexer der Ansatz, desto schwieriger wird es, das Ergebnis vorherzusagen. Die Wuppertaler haben es dennoch versucht, für den Bereich Energie, weil es da die meisten Daten gibt. Ausgehend von einem Szenario "offensive Energiepolitik" (dazu gehört etwa die ökologische Steuerreform, das Ausschöpfen von Stromsparpotentialen und der Einstieg in die Ökologisierung der Landwirtschaft) errechnen die Wissenschaftler einen Rückgang des Primärenergieverbrauchs um mehr als 30 Prozent bis zum Jahr 2010. Die Kohlendioxidemissionen verringern sich damit gegenüber 1990 um 37 Prozent. Im Szenario "Zukunftsfähiges Deutschland" (dazu gehören etwa progressiver Ausbau der Photovoltaik, die Halbierung des motorisierten Individualverkehrs durch eine "neue Bahn" sowie "neue Lebensstile") geht der Primärenergieverbrauch bis 2010 sogar um 39 % zurück, die Kohlendioxidemissionen gegenüber 1990 um 46 %. Klimaschutz ist machbar, so die Botschaft.

Davor steht jedoch der Verzicht. Und darüber redet niemand gerne. (...)

### Rettet den Standort Erde durch nachhaltige Ökonomie

"Während sich die Deutschen nun Sorgen um ihren Standort Deutschland machen, steht der Standort Erde allmählich an den Grenzen seiner Belastbarkeit." (Jürgen Maier: "'Tigert' die Welt in die Öko-Katastrophe?"; in: Welternährung 1/97) Sowohl

**"Nein, der weltweite Abwärtstrend muß nicht sein. Wir können etwas tun. Wir müssen erstens dem Märchen entgegen-treten, die Globalisierung sei Ursache allen sozialen (und ökologischen; Anm. d.Verf.) Übels. Es sind immer noch konkrete Personen, die Sozialabbau und Entlassungen beschließen. Wir müssen zweitens aus dem Verdrängungswettbewerb einen Gestaltungswettbewerb machen der weltweite Ökonomie mit Ökologie verbindet, Konkurrenzfähigkeit mit Reformfähigkeit, Modernisierung mit sozialer Gerechtigkeit. Dazu brauchen wir drittens soziale und ökologische Mindeststandards im Welthandel. Es ist eine Schande, daß ausgerechnet Deutschland diese Bemühungen international blockiert. Und wir brauchen Gewerkschaftsarbeit über Grenzen hinweg.**

Klaus Zwickel. Erster Vorsitzender der IG Metall: "Öffnen wir die Grenzen in unseren Köpfen": in: metall 6/87. S. 4

für den nationalen Standort, wie für den Standort Erde ist heute ein Entwicklungsverständnis gefragt, das sich nicht mehr an Wirtschaftswachstum, Bruttosozialprodukt oder Pro-Kopf-Einkommen orientiert, sondern an der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse im Gleichgewicht mit der Tragfähigkeit der Erde. "(...) die alten Industrieländer tragen hierfür eine große Verantwortung. Bundeskanzler Helmut Kohl formulierte es so: "Von solchen Ländern (Entwicklungsländern; Anm. d. Verf.) werden wir gefragt, was wir tun. Das alte

pädagogische Prinzip, mit gutem Beispiel voranzugehen, ist gerade hier von allergrößter Bedeutung." Dieses Prinzip sollte nun auch umgesetzt werden." (Jürgen Maier: "'Tigert' die Welt in die Öko-Katastrophe?"; in: Welternährung 1/97)

### Je nach Einschätzung der Globalisierung folgt ein bestimmtes Handeln

Je nach Einschätzung der Globalisierung, ergeben sich für das Handeln unterschiedliche Folgen: *"Die zunehmende Konkurrenz auf den globalisierten Märkten spiegelt sich in der Diskussion um den Standort Deutschland wider. Demnach werden zwei Typen von "Krisen" unterschieden:*

- \* *Die Interpretation der Standortkrise als Kostenkrise, deren Ursachen in der Höhe der Arbeitskosten, den Steuern und Abgaben und der Regulierung, insbesondere auch im Umweltbereich, liegen (Therapievorschlagn entsprechend Reduktion der Faktorkosten).*
- \* *Die Krise als Ergebnis einer mangelnden Produktivitäts- und Innovationsdynamik innerhalb des privaten und öffentlichen Sektors in Deutschland (Therapievorschlagn: Innovation und Qualitätsdifferenzierung).*

*Folgt man der zweiten Auffassung, dann überwiegt in Deutschland eine diversifizierte Qualitätsproduktion, deren Grundlage qualifizierte Arbeitskräfte und die von Ingenieuren und Management entwickelten technisch-orientierten Problemlösungsstrategien bilden; verbunden damit ist eine starke Produzenten- aber nur eine schwach entwickelte Kundenorientierung in den Prozeßketten. Zentraler Schwachpunkt ist der Mangel an Kommunikation*

*und Kooperation sowohl an den Schnittstellen der einzelnen Unternehmensbereiche und zum Markt hin. Gerade diese Mängel haben eine zunehmende Bedeutung für die Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit."* (Ulrich Petschow und Jürgen Meyerhoff: "Nachhaltigkeit und Globalisierung"; in: ökologisches Wirtschaften 1/1997, S. 15)

### Märkte verändern sich zu regionalen Märkten

Die Unternehmensstrukturen verändern sich zur Zeit umfassend. *"Handlungsoptionen entstehen durch die verringerte Bedeutung des Absatzes von (Massen-) Produktion und der verstärkten Bedeutung von angepaßten bzw. maßgeschneiderten Lösungen. Damit ist auch eine grundsätzliche Blickwende von der Input- zur Outputorientierung verbunden, künftige Marktchancen und Marktpotentiale rücken in den Vordergrund. Zudem nimmt die Orientierung an den sogenannten "Lead Markets" (...) zu, da dort neue Trends gesetzt bzw. wahrgenommen werden können. (...) Entscheidend für den Standort Deutschland sind von daher Innovationen und deren Umsetzung zur Überwindung der benannten Produktivitäts- und Innovationskrise. Damit können Nachhaltigkeitsanforderungen - als Modernisierungsanforderungen - eine wesentliche Rolle auch für den Standort spielen."* (Ulrich Petschow und Jürgen Meyerhoff: "Nachhaltigkeit und Globalisierung"; in: ökologisches Wirtschaften 1/1997, S. 15)

Christoph Ewen, wissenschaftlicher Koordinator des Öko-Instituts macht mit drei Thesen auf die Chancen einer regionalen Förderung nachhaltiger Entwicklung aufmerksam:

- \* *"Nachhaltigkeit ist kein objektivierbares Leitbild; es kann nur in der Region, in der Auseinandersetzung mit den dort lebenden Menschen, ihren Bedürfnissen und ihrem Anerkennen von Grenzen Gestalt gewinnen und damit umsetzbar werden. Man muß in den einzelnen Regionen einen Konsens darüber herbeiführen, welche Nachhaltigkeitsziele für diese Region gelten sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele dieser Ziele unter unsicheren Prämissen aufgestellt werden. Bei anderen Zielen ist offensichtlich, daß negative Effekte nicht in der Region, sondern in anderen Erdteilen verhindert werden sollen. So hilft eine Reduktion der Emission von Klimagasen um 25 % möglicherweise dabei, daß die Malediven nicht untergehen. Bezieht man die Ergebnisse der Stoffstromanalysen mit ein, die das Öko-Institut für eine Vielzahl von Grundstoffen erstellt hat, so folgt daraus die nächste These:*
- \* *Eine vollständige Regionalisierung von Wirtschaftsbeziehungen ergibt sich nicht zwingend aus diesem Leitbild. Transporte führen zwar zu beachtlichen Umweltbelastungen, sie stellen jedoch nicht den Schwerpunkt dar. Entscheidend ist die Reduktion des hohen Konsumniveaus. (...) Dazu kommt, daß ein Umbau in Richtung Nachhaltigkeit von der derzeitigen ökonomischen Situation in Deutschland ausgehen muß.*
- \* *Regionalisierung im strengen, auch ökonomischen Sinn ist mit der derzeitigen Entwicklung von Politik und Wirtschaft (Stichwort Globalisierung) schlicht nicht vereinbar. (...) Die Konsequenz der Globalisierung ist eine Entwicklung der weltweiten Arbeitsteilung auf einem höheren*

Niveau. War die Welt jahrzehnte- wenn nicht jahrhundertlang eingeteilt in Rohstofflieferanten einerseits und Industriestaaten andererseits, so differenzieren sich nun die Industriestaaten weiter auf in Billiglohnländer, in denen mit Standard-Technologie produziert wird und Hochlohnländer, die innovative neue Produkte, zumeist in Kombination mit Dienstleistungen (Systeminnovationen), anbieten. Soll der vielzitierte Standort Deutschland mit seinen sozialen Sicherungssystemen erhalten bleiben, so gilt es, diese Arbeitsteilung als Ausgangspunkt eines Umbaus anzuerkennen. Das bedeutet nicht, daß man vor den langfristigen Konsequenzen einer global wachsenden Wirtschaft die Augen verschließen sollte. Denn auch wenn kurzfristig kaum eine Alternative zu dieser Entwicklung besteht - langfristig ist sie angesichts der zunehmenden Überschreitung natürlicher Grenzen nicht tragfähig."

(Christoph Ewen (Öko-Institut; <http://www.oeko.de>):  
"Zentral - regional - vernetzt: Perspektiven nachhaltiger  
Wirtschaftspolitik in Hessen"; Tagung 14. 9. 1996 in Kassel)

### Die Zukunft gehört der nachhaltigen Ökonomie in regionalen Märkten

"Eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik muß also zweigleisig operieren: sie muß mit dem Strom schwimmen und gleichzeitig in ausgewählten Nischen ein gegenläufiges Modell entstehen lassen. Das heißt:

- \* Der derzeitige ökonomische Strukturwandel muß sozial und ökologisch begleitet werden. Es gilt, auch im High-Tech-Bereich, nachhaltigere Lösungen anzubieten, die aber nicht

notwendigerweise in und für die Region wirksam werden müssen. So muß beispielsweise die Entwicklung der Chemie- zu Pharmakonzernen verbunden sein mit einem kritischen Dialog über die Zukunft des Gesundheitswesens. Das kann jedoch nicht heißen, daß Hoechst nur noch Medikamente für das Land Hessen herstellt. Im Verkehrsbereich sollte statt des Transrapsids ein System des Road-Pricing entwickelt werden, das es erlaubt, die Umweltkosten des Verkehrs zu internalisieren. Auch dabei handelt es sich um ein komplexes System, das exportiert werden kann. Im Bereich der Produktion wird ein Kreislaufsystem statt neuartiger Entsorgungstechnologie, im Energiebereich Solar- statt Fusionsenergie, in

der Landwirtschaft schonende Bodenbearbeitung statt Gentechnik entwickelt.

- \* Parallel dazu werden in ausgewählten Regionen weltmarkt-unabhängige Nischen entwickelt. So sollten beispielsweise Nahrungsmittel, Textilien, Baustoffe und auch Brennstoffe verstärkt vor Ort gewonnen und genutzt werden. Flachs- und Hanfanbau, Lehmbauten, Holzschnitzelfeuerungen oder Windkraftwerke sind hier Stichworte. Auch Urlaub kann in der Nähe Spaß machen. Der damit verbundene Verzicht auf Weltläufigkeit muß mit der konkreten Erfahrung einer Stärkung der regionalen Ökonomie verbunden sein."

(Christoph Ewen ebd.)



## Umweltpolitische Maßnahmen stehen zur Verfügung

So könnte die Politik aussehen - doch bisher ist es in Deutschland "(...) noch nicht gelungen, ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit in einem neuen Entwicklungskonzept zu

vereinen. Dabei sind in den Betrieben, Branchen und Regionen bereits Veränderungen in Gang gekommen, die sich für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Entwicklung nutzen lassen - vorausgesetzt, man schafft die richtigen Rahmenbedingungen. (...)

Um diese Veränderungen voranzutreiben, steht

eine Vielzahl umweltpolitischer Instrumente zur Verfügung. Allen voran informatorische und freiwillige Maßnahmen, die zum Teil heute schon größere Verbreitung gefunden haben, die aber in Zukunft noch an Gewicht gewinnen müssen: Umweltmanagement und Umwelt-Audit, betriebliche Umweltschutzkonzepte und Umweltrechnungslegungen sowie Produkt-Ökobilanzen. (...)"

(Ernst Schwanhold: "Die Krise als Chance"; in: Die Zeit, 22.9.1995)

Im Grunde sollten "Sozial-" und "Ökoklauseln" im internationalen Handel im Namen der Werte der loyalen Konkurrenz und einer "transparenten" Preisbildung begrüßt werden. Es sollte völlig normal sein, daß die "Eintrittskarte" eines Gutes oder einer Dienstleistung für einen bestimmten Exportmarkt im Falle der Sozialklauseln den Respekt vor den minimalen Normen der internationalen Arbeitsorganisation (gewerkschaftliche Freiheit, Verbot der Zwangsarbeit und der Ausbeutung von Kindern usw.) einschließt, die in dem betreffenden Lande gelten. Und im Falle der Ökoklauseln sollte dem Standort Erde eine größere Bedeutung beigemessen werden als den kurzfristigen Einzelinteressen, sonst müssen wir am Ende feststellen: Gewonnen haben viele - verloren haben alle. (weitere Links und Infos unter: <http://home.t-online.de/home/awa-spt/wirtschaft.htm>)

## Ökosteuern: Überfällig

Seit rund 20 Jahren besteht Umweltpolitik in Deutschland überwiegend aus Geboten und Verboten. Doch beim Klimaschutz kommt diese Politik an ihre Grenzen. Mit der Einführung von Ökosteuern könnte der Markt jedoch weitaus besser für ökologische Zwecke genutzt werden als bisher. Denn solange Energie so billig ist wie jetzt, gibt es weder einen Anreiz, sie effektiver zu nutzen, noch gibt es Chancen, den Ausstoß von Kohlendioxid zu verringern. Bisher ist es billiger, nicht erneuerbare Energieträger zu verbrennen, als in regenerierbare Energieträger zu investieren.

Doch dieser Strukturwandel ist aus ökologischen Gründen unumgänglich. Und er wird nicht in Gang kommen, wenn die Politik weiterhin auf Ökosteuern verzichtet.

Ökosteuern sollten jedoch auch nicht als Allheilmittel angesehen werden. Sie können die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt nicht überwinden. Zwar kommen die meisten Wirtschaftsforscher zum Schluß,

daß Ökosteuern neue Arbeitsplätze bringen. Doch dazu müßten die Einnahmen überwiegend zur Entlastung der Arbeitgeber eingesetzt werden. Selbst wenn die Ökosteuern dazu genutzt würden, die Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber zu senken, wäre damit wenig gewonnen. Es braucht keine prophetischen Fähigkeiten, um vorherzusagen, daß die Arbeitgeber weiter über zu hohe Lohnkosten klagen und nur wenige neue Arbeitsplätze schaffen werden.

Es gibt daher aber noch einen weiteren Grund, der gegen den Einsatz von Ökosteuern für die Sozialsysteme spricht: Wenn Ökosteuern Erfolg haben, sinkt ihr Ertrag schon nach zehn bis fünfzehn Jahren. Es wäre fatal, die Sozialsysteme mit sinkenden Mitteln zu stützen, anstatt über ihre Reform nachzudenken. Eine solche Finanzspritze brächte nur kurzfristige Entlastung. Ökosteuern sollten genutzt werden, um Umweltschäden zu vermeiden oder zu beseitigen. Mehr können sie kaum leisten.

(Badische Zeitung 12.7.1997)

## Forderungen

### Forderung von Rio:

Das Recht auf Entwicklung muß so erfüllt werden, daß den Entwicklungs- und Umweltbedürfnissen heutiger und künftiger Generationen in gerechter Weise entsprochen wird.

Vorrang gebührt in erster Linie der besonderen Situation und den besonderen Bedürfnissen der Entwicklungsländer ...

Die entwickelten Staaten erkennen ihre Verantwortung an, die sie ... im Hinblick auf den Druck, den ihre Gesellschaften auf die globale Umwelt ausüben, sowie im Hinblick auf die ihnen zur Verfügung stehenden Technologien und Finanzmittel haben.

(Aus der „Erklärung von Rio“, die alle Staaten im Sommer 1992 verabschiedet haben)

### Forderungen aus der Agenda 21 \*

#### Stadtstruktur und Grünflächenplanung

- \* Ausrichtung der Flächennutzungsplanung auf höhere Wohn- und Arbeitsplatzdichten und mehr Nutzungsmischung, um die Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten zu vermindern;
- \* Erhaltung, Wiederherstellung, Schaffung und Aufwertung von Grünflächen gleichermaßen zur Bindung von CO<sub>2</sub> und Luftschadstoffen wie zur Förderung energieverbrauchsneutraler Freizeitaktivitäten wie wandern, radfahren. und schwimmen;

#### Gebäude

- \* Nachrüstung gemeindeeigener Gebäude und Einrichtungen mit Maßnahmen zur rationellen Energienutzung und Nutzung regenerativer Energien, die in erheblichem Maße den Energieverbrauch senken, Arbeitsplätze schaffen und als örtliche Demonstrationsvorhaben dienen;
- \* Schaffung von Anreizen oder Vorschriften zur energiesparenden Nachrüstung bestehender Wohn- und Gewerbebauten;
- \* Aufstellung amtlicher oder informeller Bauvorschriften, die den "Stand der Technik" in rationeller Energieverwendung widerspiegeln;
- \* Investitionen in Nahwärme- und Nahkältesysteme, wo es höhere Dichten in Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten erlauben;
- \* Einrichtung von kommunalen Energiedienstleistungsunternehmen oder Energie-sparbetrieben, die der Gemeinde eine ganze Bandbreite von Energiesparmaßnahmen zur Verfügung stellen oder vermitteln.

#### Elektrizitäts- und Gasversorgungsbetriebe und das Recht der Versorgungsbetriebe

- \* Ermunterung der Versorgungsbetriebe zu vermehrten Investitionen in Maßnahmen zur Reduzierung der Energienachfrage und in regenerative Energien in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Industrie, durch Propagierung von "least-cost-planning", Ent-

kopplung von Absatz und Unternehmensgewinn und anderer geeigneter Reformen des Rechts der Eigenbetriebe und Versorgungsunternehmen;

- \* Ermutigung zu Kraftwärmekopplungs- und "Trigeneration-" Projekten, um die mit niedrigem Wirkungsgrad in Kraftwerken erzeugte Elektrizität durch mit hohem Wirkungsgrad kombinierte erzeugte Wärme/Kälte und Elektrizität zu ersetzen.

#### Verkehr

- \* Integration von Flächennutzungs- und Verkehrsplanung, um neben anderem eine erhebliche Verminderung der geleisteten Fahrzeugkilometer/-meilen pro Person zu erzielen;

*"Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde" (...) "Fahre Auto, wenn dies auch dann noch möglich ist, sollten alle 6,2 Milliarden Menschen am Ende des Jahrhunderts ebenfalls das Auto nutzen wollen und umgekehrt: Verzichte auf das Auto, wenn eben dies nicht möglich ist."*

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf:  
"Grenzen der Globalisierung"  
1996, S. 538

- \* Investitionen in die öffentliche Nahverkehrsinfrastruktur, Gemeinschaftsautos, Fußgängerbereiche in den Innenstädten und Fahrradwege, um den Verkehrsanteil dieser Verkehrsmittel zu steigern und die Abhängigkeit vom Auto zu mindern.

### Abfall- und Stoffwirtschaft

- \* Entwicklung von Verfahren für ein "Energie-Audit", um die Auswirkungen abfallwirtschaftlicher Strategien auf die Energiebilanz von Konsumgütern über deren gesamten Lebenszyklus besser zu verstehen;
- \* Einführung von Maßnahmen der Wiederverwendung, des "Recycling" (Abfallvermeidung), der Abfallverminderung und des Recycling, um die Rohstoffe und Materialien wirtschaftlicher zu nutzen;
- \* Einführung abfallwirtschaftlicher Verfahren zur Wiedergewinnung von Energie aus Abfall, wie beispielsweise Gas aus Deponien und Kompost; erhebliche Verminderung der Einbringung von toxischen Abfallstoffen in Luft, Grundwasser und Meere, um der Vernichtung der Fähigkeit von Grünpflanzen und Phytoplankton zur Stabilisierung der Luftqualität und der CO<sub>2</sub>-Konzentration Einhalt zu gebieten.

### Beschaffungspolitik

- \* Auf Senkung des Energieverbrauchs und der Emissionen gerichtete Beschaffungspolitik für Kommunalfahrzeuge, durch Beschaffung energiesparender Fahrzeuge und/oder mit

alternativen Energien gespeiste Elektrofahrzeuge interkommunale Zusammenarbeit zur gezielten gemeinsamen Beschaffung von:

- \* Produkten aus Recyclingmaterial;
- \* Holzprodukten aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern;
- \* fortgeschrittene Energietechnologien, Geräten und Fahrzeugen.

### Aus- und Fortbildung

- \* Kampagnen zur Schärfung des öffentlichen Bewußtseins hinsichtlich der aus der Erwärmung der Erdatmosphäre für Natur und Menschheit erwachsenden Gefahr und der Möglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen;
- \* entsprechende Ergänzung der Lehrpläne, um Kinder, Studenten und Erwachsene zu erziehen und Fachleute wie Architekten, Ingenieure und Handwerker darin fortzubilden, moderne Energiespar- und Emissionsminderungstechnologien anzuwenden.

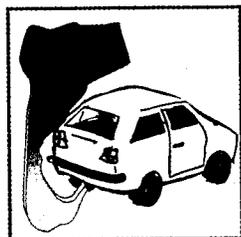
(aus: ICLEI: „Klima schützen heißt Städte schützen; Briefing-Buch für kommunale Verantwortungsträger“; Freiburg, o.J.; S.80ff)

Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 wurden fünf Dokumente verabschiedet, eines davon ist das Aktionsprogramm für eine weltweit nachhaltige Entwicklung: die Agenda 21. In der Agenda 21 werden zum einen die

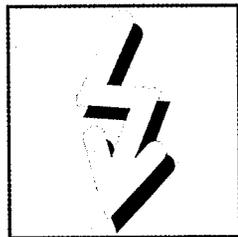
Ursachen für die Umweltzerstörung und die anhaltende Armut in der Welt benannt. Zum anderen enthält die Agenda 21 einen umfangreichen Katalog mit Vorschlägen zur Lösung dieser Probleme. Diese Vorschläge zielen auf eine nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung - sowohl in den Industrienationen als auch in den Entwicklungsländern.



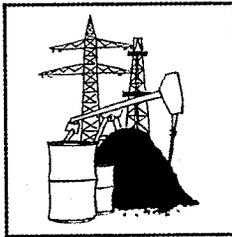
# Zielvorstellung: Eine tragfähige Entwicklung



Treibhausgase verringern



Energieverbrauch drosseln



Rohstoffverbrauch senken



die Menschen beteiligen



die Armut bekämpfen



die (Land-) Wirtschaft entwickeln

## Industrieländer

## Entwicklungsländer



die Weltwirtschaft reformieren



die Schuldenlast senken



die Umwelt erhalten



das Bevölkerungswachstum stoppen

# Eine Welt für alle

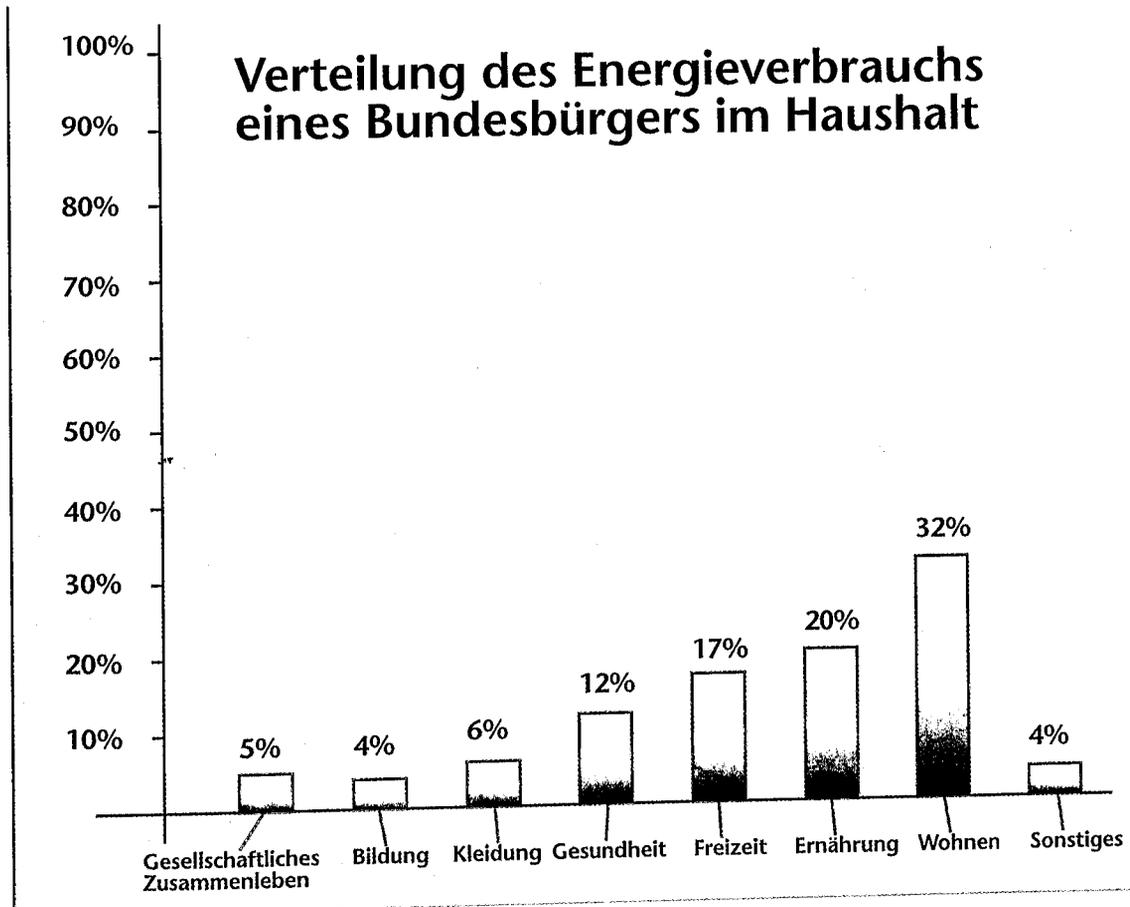
## Methodenvorschläge zum Handeln

### Methodenvorschlag 1:

#### Wo kannst Du selbst Energie einsparen

Auf der Konferenz 1992 in Rio und ein weiteres Mal auf der UN-Klimakonferenz 1995 in Berlin hat Bundeskanzler Helmut Kohl die

Teilnehmerstaaten zu aktiver Klimapolitik aufgerufen. Für die Bundesrepublik hat er das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2005 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 25% zu senken. Anspruch und Wirklichkeit klaffen allerdings weit auseinander. Aber wo und wie kann Energie gespart und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringert werden?



Aus der Grafik kannst du entnehmen, wie sich im Haushaltsbereich der Energieverbrauch eines Bundesbürgers verteilt. Für das Bedarfswelt Wohnen gilt, daß fast 70% auf die Raumheizung entfallen. Beim Bedarfswelt Ernährung ist der direkte Energieeinsatz zur Nahrungszubereitung deutlich geringer als der Energieaufwand zur Nahrungsmittelherstellung (etwa eins zu vier Fünftel). Beim Bedarfswelt Freizeit entfällt mehr als die Hälfte des Energieverbrauchs auf den Freizeitverkehr.

- Überlege in der Gruppe konkrete Möglichkeiten in welchen Bereichen du deinen Energieverbrauch reduzieren kannst
- Präsentiere Deine Vorschläge im Plenum (aus: Brot für die Welt: "Zukunft denken - Zukunft gestalten"; S. 16)

**Methodenvorschlag 2:****Was muß eine Öko- und Eine-Welt-Bilanz alles erfassen?**

Erstelle eine Öko-Bilanz, z.B. für das Auto und überlege, welche Faktoren beteiligt sind:

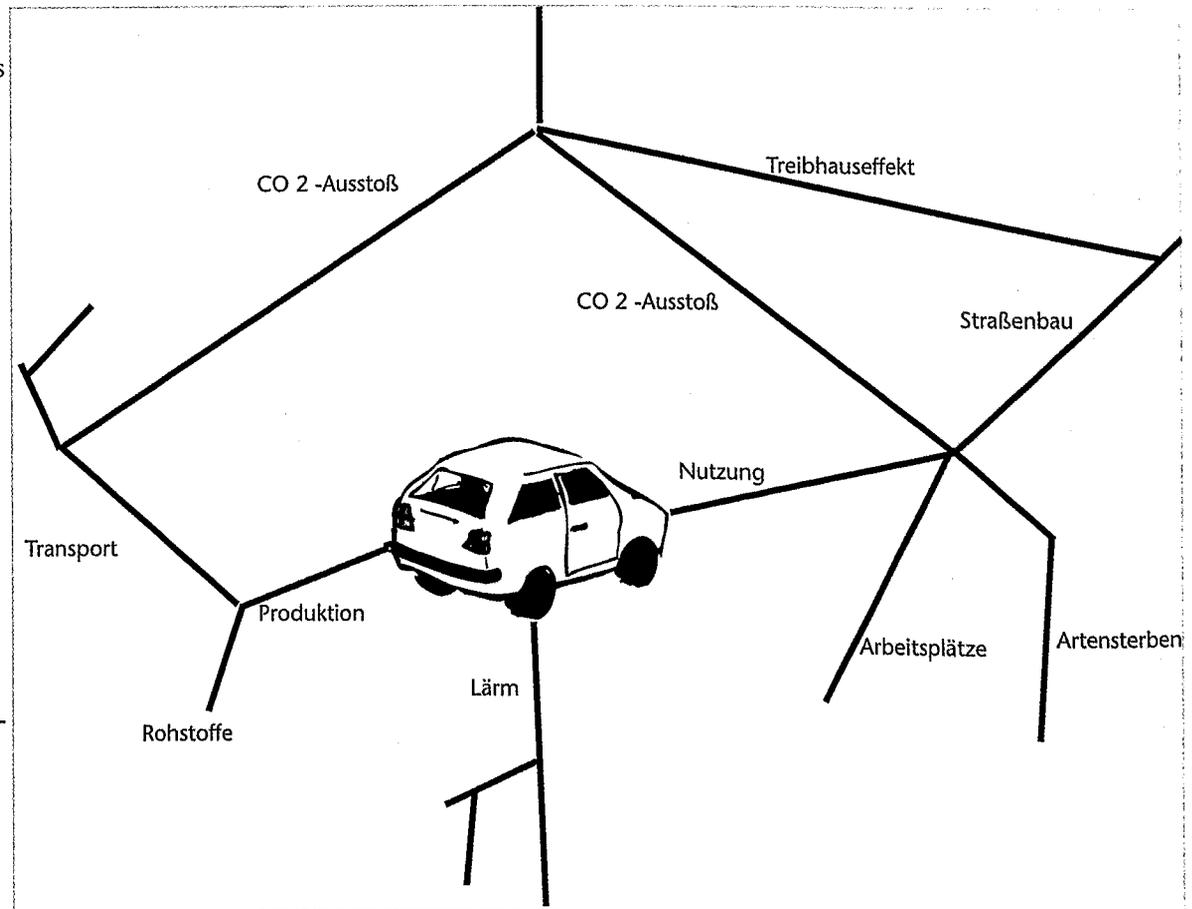
Das Auto muß produziert werden, woher kommen die Rohstoffe, wo wird produziert, Energieeinsatz für die Produktion, Maschinen, Hallen, Transportleistungen, Lärm und Geruchsbelästigung sowohl bei der Produktion als auch beim Transport, Schadstoffe und Abwasserbelastung; die sozialen Aspekte wie z.B. Arbeitsbedingungen, Entlohnung der am Produktions- und Verkaufsprozeß beteiligten Personen.

Das Auto fährt, wieviel km legt es zurück und wieviel CO<sub>2</sub> wird dabei ausgestoßen, wieviel Verletzte/Verkehrstote, Verkehrspolizei, Krankenhaus, Unfallbehinderung, Flächenbedarf zum parken und fahren, Recyclingmöglichkeiten...

Es geht bei dieser Bilanzierung nicht um die exakte Erfassung der Zahlen, sondern darum, sich die Zusammenhänge und Dimensionen deutlich zu machen. Dies könnte z.B. deutlich werden, indem ein großes Plakat gemeinsam erarbeitet wird und auf dem die Zusammenhänge aufgemalt werden. Vielleicht arbeitet jemand aus dem Seminar bei einem Automobilkonzern und kann nähere Informationen beitragen.

Beachte bei der Bilanzierung neben der Produktproduktion und der Nutzung auch folgende Fragen:

- Wie notwendig ist das Produkt?
- Welche Bedürfnisse werden damit befriedigt?
- Welche Alternativen gibt es?



# Abkürzungen

# und Stichworte



**Agenda 21** Auf der UN-Konferenz über Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) 1992 in Rio de Janeiro verabschiedetes Programm zur nachhaltigen Entwicklung der Weltwirtschaft.

**allokative Globalisierungseffekte** Anpassungswirkungen auf die Produktion von Gütern, die über die globalen Märkte vermittelt sind.

**Andenpakt** Siehe Karte S. 33.

**Antidumpingzoll** Strafzoll auf den Import von Produkten, die der Exporteur zu Preisen unter den Herstellungskosten bzw. unter den auf dem heimischen Markt verlangten Preis anbietet.

**APEC** Freihandelsabkommen zwischen 18 asiatischen und pazifischen Ländern einschließlich Chinas und der USA mit dem Ziel der Liberalisierung des Handels bis 2010.

**Arabische Liga** Politischer Zusammenschluß der arabischen Staaten.

**Arbeitslosenquote** Das Verhältnis von Arbeitslosen zur Gesamtheit der Erwerbsbevölkerung. Eingerechnet werden nur diejenigen, die als arbeitssuchend gemeldet sind; Arbeitslose, die nicht bei den Arbeitsämtern registriert sind, bilden die sogenannte "Stille Reserve".

**Arbeitsmarktpolitik** Politische Maßnahmen, die direkt am Arbeitsangebot ansetzen, um die Lücke zwischen Arbeitsangebot und -Nachfrage zu reduzieren. Das Instrumentarium reicht von Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsangebots (z.B. durch Veränderung der Lebensarbeitszeit durch Anpassung des Rentenalters und der Schulzeit) bis hin zur aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose oder deren Beschäftigung im öffentlichen Sektor).

**ASEAN** Zusammenschluß Südostasiatischer Staaten, im wesentlichen die Tigerstaaten.

**Asiatische Tiger** Als "kleine Tiger" wurden ursprünglich die vier Staaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur bezeichnet, die den "Sprung" vom Entwicklungs- zu einem industrialisierten Schwellenland geschafft hatten. Mittlerweile werden auch Thailand, Malaysia, Indonesien und die Philippinen zu den "Tigern" gezählt.



**Bank für Internationalen Zahlungsausgleich** 1930 von den Zentralbanken der westlichen Industrieländer gegründetes Koordinierungsorgan.

**BDA** Bund Deutscher Arbeitgeberverbände.

**BDI** Bund der Deutschen Industrie.

**Benchmarking** Sich mit dem jeweils Besten vergleichen

**Beschäftigungsintensität des Wachstums** Das Ausmaß, in dem Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze schafft.

**Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter** Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

**Biosphäre** Alle von Lebewesen besiedelten Schichten der Erde.

**BIP** Bruttoinlandsprodukt (siehe dort)

**Bretton Woods** Von 1944 bis zur Ölkrise 1973 bestehendes System fester Wechselkurse. Das System von Bretton Woods brach zusammen, als die realen wirtschaftlichen Austauschverhältnisse nicht mehr den festgelegten Wechselkursen entsprachen und diese nicht mehr durch Eingriffe der Notenbanken aufrechterhalten werden konnten.

**Bruttoinlandsprodukt** Der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Zeitraums produziert werden. Abgezogen werden die als Vorleistungen verbrauchten Güter. Gleichgültig ist, ob In- oder Ausländer an der Erstellung beteiligt waren.

**Bruttolohnquote** Anteil der Bruttolöhne am Volkseinkommen

**Bruttosozialprodukt** Errechnet sich wie das BIP, jedoch werden Einkommen, die von Inländern im Ausland erzielt werden, einbezogen und solche, die von Ausländern im Inland erzielt werden, herausgerechnet.

**BSP** Bruttosozialprodukt (siehe dort)



**CACM** Gemeinsamer zentralamerikanischer Markt.



**Deflation** Verfall der Preise, zumeist in Zeiten der Krise.

**Degradation** Herabsetzung; Zurücksetzung.

**Demographische Entwicklung** Bevölkerungsentwicklung (Zusammensetzung nach Altersgruppen, Geschlecht und Nationalität).

**Deregulierung** Ziel einer Wirtschaftspolitik der Deregulierung ist der Abbau von Regelwerken, wie sie beispielsweise das Arbeits-, Sozial- und das Umweltrecht darstellen. Sie soll den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft zurückdrängen und Wachstum erleichtern, indem die Spielräume für Unternehmer erweitert werden. Der Wachstumserwartung liegt das Vertrauen in die günstige Wirkung des Wettbewerbs zugrunde. Faktisch bedeutet sie, daß Menschen und Güter, die bisher durch Regeln und Gesetze geschützt waren, allein den Kräften des Marktes unterworfen werden. Weltweit stemmen sich Gewerkschaften gegen Deregulierungsstrategien von Regierungen und Unternehmern.

**DIHT** Deutscher Industrie- und Handelstag.

**Dienstleistungsgesellschaft** Die Theorie der Dienstleistungsgesellschaft beschreibt den Prozeß, bei dem die Zahl der Beschäftigten in der Industrie immer weiter abnimmt und der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewinnt. Inwieweit im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze entstehen, ist umstritten.

**Distributive Globalisierungseffekte** Verteilungswirkungen, die über die Weltmärkte vermittelt werden.

**Diversifikation** Diversifikation bezeichnet die geplante Ausdehnung der Geschäftstätigkeit auf neue Bereiche, um Umsatzeinbrüche in einem Bereich besser auffangen zu können.

**Dow Jones Index** Aufstellung der Durchschnittskurse der 30 wichtigsten Aktien in den USA.

**Downsizing** Umstrukturierung von Unternehmen mit dem Ziel, mit relativ geringem Kapitaleinsatz und weniger Personal höhere Gewinne zu erzielen.

**Dritter Sektor** Neben dem privaten (ersten) und dem öffentlichen (zweiten) Beschäftigungssektor gewinnt der sogenannte Dritte Sektor in den letzten Jahren an Bedeutung, der neben beziehungsweise zwischen den beiden anderen Sektoren angesiedelt ist. In diesem Bereich wird, auf freiwilliger oder auch professioneller Basis, gemeinnützige, gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet. Dazu zählen Aktivitäten im

sozialen Umfeld, im Gesundheitswesen, Beratungs- und Bildungsarbeit, künstlerische und kirchliche Aktivitäten und Umweltschutz. In den USA trägt dieser Sektor inzwischen rund sechs Prozent zum Bruttosozialprodukt bei – neben dem privaten mit 80 und dem öffentlichen mit 14 Prozent.

**Dritte Industrielle Revolution** Industrielle Revolutionen bewirken eine völlige Umwälzung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Einführung neuer Technologien. Die erste industrielle Revolution brachte mit der Erfindung der Dampfmaschine den Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktion. Die zweite wird mit der Einführung des Fließbandes ("Fordismus") identifiziert und hat die Produktivität durch die Zerstückelung der Arbeitsprozesse in kleinste Einheiten vervielfacht. Die dritte industrielle Revolution wird durch die allgemeine Einführung computergesteuerter Produktion und neuer Kommunikationstechnologien ausgelöst. Sie führt zu massenhafter „Freisetzung“ von Arbeitskräften im industriellen und im Dienstleistungssektor.



**ECOWAS** Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten, siehe Karte Seite 29.

**EG** Europäische Gemeinschaft, seit dem Maastrichter Vertrag vom 7.2.1992

**EFTA** Europäisches Freihandelsabkommen.

**Emissionen** Schadstoffe in die Luft ablassen; Wertpapiere oder Geld in Umlauf bringen.

**Energetisch** Die Energie betreffend.

**Erwerbsbevölkerung** Wirtschaftlich aktive Bevölkerung, bestehend aus Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden.

**Eschatologisch** Die letzten Dinge betreffend.

**EU** Europäische Union (siehe dort)

**Europäische Union** Mit der EU wird das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Einheit Europas verfolgt. Mittel dazu sind die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), die Vereinheitlichung der Rechts- und Innenpolitik sowie die EWWU (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion), die den Binnenmarkt und die Währungsunion umfaßt.

**EG-Binnenmarkt** Die seit dem 1.1.1993 erfolgte Liberalisierung des Verkehrs von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen ("Vier Freiheiten"); der Binnenmarkt soll im Gegensatz zu einer reinen Zollunion auf die Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen hinauslaufen.

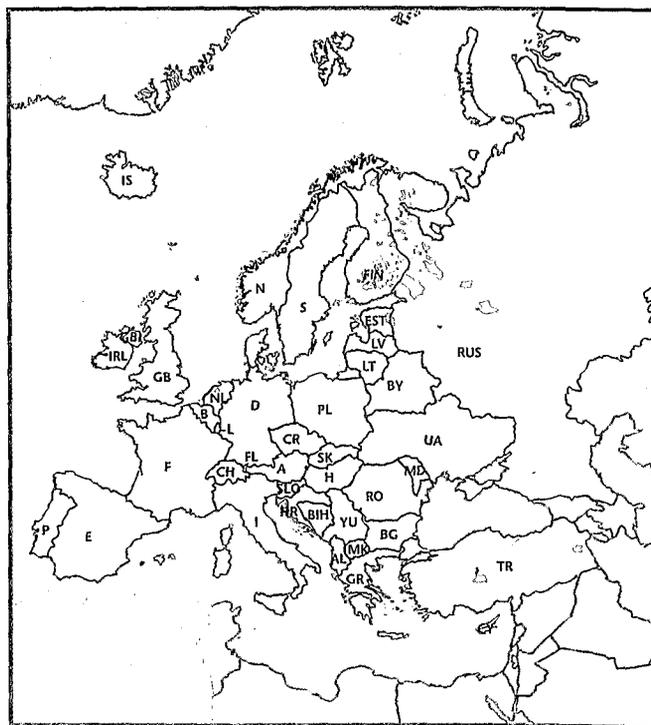
**Eurozentrismus** Weltbild, das von Europa als Mittelpunkt (Zentrum) der Welt ausgeht



**Finanzderivate** Verträge, die das Recht zum Ankauf bzw. Verkauf von Aktien, Wertpapieren und festverzinslichen Anleihen zu einem festgesetzten Termin beinhalten, wobei zwischenzeitliche Kursschwankungen unberücksichtigt bleiben.

**Fiskalpolitik** Finanzpolitische Maßnahmen des Staates, besonders die Steuer- und Haushaltspolitik.

**Fordismus** Nach dem amerikanischen Automobilfabrikanten Henry Ford benanntes Rationalisierungsmodell, bei dem der Produktionsablauf in immer kleinere Einzelschritte zerlegt wird. Ford war einer der ersten, der großindustriell das Fließband zum Einsatz brachte. Durch die standardisierte Massenfabrikation wurde ein ungeheurer Produktivitätssprung möglich. Für die Arbeiter bedeutete das eine Entqualifizierung, ungelernete Tätigkeiten wurden dominierend. Die Verbilligung der



Waren bildete die Basis für den späteren Massenwohlstand. Fordismus wird im weitesten Sinne für das bis in die 80er Jahre vorherrschende Produktions- und Konsumtionsmodell verwendet.

**Flexible Produktion** Flexible Produktion ist in erster Linie eine organisatorische und keine technische Neuerung. Sie zielt auf eine höhere Ausnutzung von Wissen, Können und Kreativität der Beschäftigten. Kennzeichnende Charakteristika sind: *Simultane Planung* d.h. die enge Verzahnung von Entwicklung und Herstellung eines Produktes, um nicht an produktionstechnischen Schwierigkeiten zu scheitern und Produktinnovationen schneller auf den Markt bringen zu können. Ständige marginale Verbesserungen: Alle Mitarbeiter werden an der ständigen Verbesserung von Produkten und Produktionsverfahren beteiligt. Jeder ist für die Produktqualität mitverantwortlich. Das gesamte in der Organisation vorhandene Wissen soll mobilisiert werden. *Gruppenarbeit*: Arbeitsgruppen führen Teile der Produktion relativ eigenständig aus. Der einzelne übernimmt dabei nicht immer die gleichen Arbeiten, sondern sieht sich mit ständig wechselnden Aufgaben konfrontiert, die die Anforderungen an seine Fähigkeiten und Kenntnisse erhöhen. *"Just-in-time"-Produktion*: Mit dem Verzicht auf Lagerhaltung sollen Kosten reduziert und die Reaktion auf Marktänderungen beschleunigt werden. *Integration der Zulieferer und Abnehmer*: Auf längerfristige Bindungen aufbauende Kooperation mit den vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen. Zulieferer und Abnehmer sollen stärker an der Entwicklung des Produktes beteiligt werden. Flexible Produktion ist keineswegs auf die Schaffung "mensenleerer" Fabriken gerichtet. Vielmehr erzeugt sie tendenziell hochintegrierte Produktionsnetzwerke. Gleichzeitig kommt es verstärkt zur Auslagerung von Aktivitäten.

**Freie Exportzonen** Freie Exportzonen werden zur Ansiedlung von Industrien eingerichtet, die vor allem für den Weltmarkt produzieren. Der Anreiz für Investoren besteht in der "Freiheit" dieser Bereiche von Zöllen und Abgaben, von den sonst im Land geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen und Mindestlöhnen. Um überhaupt Industrien anzuziehen, legen Entwicklungsländer auch der Ausfuhr der Gewinne keinerlei Beschränkungen auf.

**Freihandel** Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital, ohne Beschränkung durch Zölle, Importbeschränkungen oder andere Maßnahmen.

**Freihandelszone** Absprache zwischen Staaten, daß beim gemeinsamen Handel keine Zölle oder andere Einfuhrbeschränkungen angeregt werden.

**Friktionelle Arbeitslosigkeit** Freiwillige, vorübergehende Arbeitslosigkeit, die bei einem Wechsel des Arbeitsplatzes oder während der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz entsteht.

**Futures** Eine besondere Art von Termingeschäften an den weltweiten Börsen auf der Grundlage der Preis- bzw. Kursentwicklung der Basiswerte.

Dabei wird, wie bei anderen Termingeschäften auch, der An- bzw. Verkauf einer festgelegten Menge von Wertpapieren oder Devisen zu einem festgelegten Termin und Preis vereinbart.



**GATS** General Agreement on Trade and Services (Allgemeines Handels- und Dienstleistungsabkommen), innerhalb der Welthandelsorganisation vereinbartes Abkommen zur Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels.

**GATT** General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), 1948 in Kraft getretenes Vertragswerk mit dem Ziel, Handelschranken abzubauen. Seit dem 1.1.1995 werden GATT-Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation geführt.

**G5** Gruppe der Fünf, umfaßt die USA, Japan, Deutschland, Frankreich und England. Seit der Aufnahme von Italien und Kanada **Gruppe der Sieben**.

**Global Allmende** Land im Allgemeinbesitz, das kollektiv genutzt wird.

**Global Cities** Siehe S. 59.

**Global Players** Siehe: Transnationale Unternehmen.

**Global sourcing** Die weltweite Beschaffung der möglichst günstigsten Produktionsfaktoren z.B. Rohstoffe, Vorprodukte oder Arbeitskräfte.

**Grauzonenprotektionismus** Bezeichnet Handelshemmnisse wie unterschiedliche technische Standards, die nicht auf offiziellen Bestimmungen wie z.B. Zöllen beruhen.

**GUS** Gemeinschaft unabhängiger Staaten, Nachfolgeorganisation der UdSSR.



**Häresie** Irrglaube; Ketzerei.

**Homo oeconomicus** Der Mensch, gedacht als ausschließlich am wirtschaftlichen Eigennutz orientiertes Wesen

**Humankapital** Kapital in Form ausgebildeter Arbeitskräfte



**IBFG** Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

**ILO** Internationale Arbeitsorganisation, bestehend aus Vertretern der Arbeitgebervereinigungen, der Gewerkschaften und der Regierungen der Mitgliedsstaaten.

**Implementierung** Einsetzung, Ergänzung.

**Importsubstitution** Strategie von Entwicklungsländern, Importe durch eigene Produktion zu ersetzen.

**Inflation** Allgemeine Preissteigerungen, die zur Entwertung des Geldes führen.

**Informationsgesellschaft** Theorie, die davon ausgeht, daß Kommunikation und Wissen eine beherrschende Stellung in der Gesellschaft einnehmen.

**Informeller Sektor** In Abgrenzung zum "formellen" Bereich der Wirtschaft, in dem einklagbare Gesetze und Tarifverträge gelten, bezeichnet der "informelle" Sektor den ungeordneten, nicht regulierten Bereich der Ökonomie. In den armen Ländern ist er gekennzeichnet durch arbeitsintensive Produktion auf niedrigem technologischen Niveau, schlechte Ausbildung, niedrige Einkommen, lange Arbeitszeiten und das Fehlen sozialer Sicherungen. Kleine Straßenhändler sind typische Vertreter des informellen Sektors, der in vielen Entwicklungsländern einen bedeutenden Teil der Erwerbsbevölkerung beschäftigt. In den Industrieländern gehört die sogenannte Schattenarbeit in diesen Bereich, für die zwar die Stellung außerhalb des geregelten Systems, aber nicht notwendigerweise geringe Ausbildung und Einkommen zutreffen. Der Übergang von ungesicherten, zeitweiligen, "prekären" Beschäftigungsverhältnissen zur Schwarzarbeit ist oft fließend.

**Inländergleichbehandlung** Prinzip der Nicht-Benachteiligung ausländischer Investoren z.B. im Bereich der Steuern.

**Infrastruktur** Einrichtungen, die notwendige Voraussetzung der Wirtschaft sind, wie Straßen, Energieversorgung, Schulen, Krankenhäuser usw.

**Internationale Arbeitsteilung** Zwischen Volkswirtschaften einzelner Länder auftretende Spezialisierung bei der Produktion von Gütern. Das Konzept dieser Arbeitsteilung geht zurück auf die Theorie des englischen Nationalökonom David Ricardo (19. Jahrhundert) von den "komparativen Kostenvorteilen". Danach sollte sich jedes Land auf die Herstellung der Güter spezialisieren, die es im internationalen Vergleich am billigsten produzieren kann. Dadurch hätten beim freien Handel auf dem Weltmarkt alle einen Vorteil. Diese Annahme wurde in der modernen Entwicklungsdiskussion zur Rechtfertigung für die Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Während sich die Industrieländer auf hochwertige, kapitalintensive Produktion konzentrieren, sollten sich die Entwicklungsländer mit einfacher, arbeitsintensiver Produktion und Rohstoffexporten begnügen. Politische Machtstrukturen und wirtschaftliche Abhängigkeiten werden dabei nicht thematisiert. Die sogenannte "neue Internationale Arbeitsteilung" hat mit der Verlagerung von Produktionsstätten in den Süden zur Entwicklung sogenannter Schwellenländer geführt.

**Internationale Kreditgewährung** (Eurogeldmarkt) Devisengeschäfte wie z.B. DM-Kredite einer US-Bank in Luxemburg an einen Kreditnehmer in Großbritannien. Diese Art von Kreditgewährung entwickelte sich in den 60er Jahren, als US-Banken zahlreiche Niederlassungen in London

gründeten. Die Bank von England verzichtete auf die Kontrolle dieser Geschäfte. In den 70er Jahren entwickelten sich weitere Euromarkt-Finanzplätze wie Luxemburg und andere "Off-shore"-Standorte.

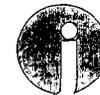
**Internationaler Währungsfonds (IWF)** Der IWF oder IMF (International Monetary Funds) wurde 1947 als Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegründet. Er ist für Stabilität und Ordnung in den internationalen Währungsbeziehungen zuständig, die bis 1973 auf einem System fester, auf Gold oder US-Dollar bezogener Wechselkurse beruhte. Heute bilden sogenannte Sonderziehungsrechte das Zahlungsmittel zwischen den Währungsbehörden. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge hängt von der Wirtschaftskraft eines Landes ab. Dem entsprechen auch die Stimmrechte in den entscheidenden Gremien des Fonds: 120 Entwicklungsländer besitzen zusammen nur knapp ein Viertel der Stimmen. Der IWF ist seit den 80er Jahren "Manager" der internationalen Schuldenkrise. Seine Kredite an verschuldete Mitgliedsländer sind häufig mit harten Auflagen verbunden. Die Forderung nach einer Sanierung der Zahlungsbilanzen, nach Subventionsstreichungen, Lohnsenkungen und Abbau von Sozialleistungen wird in den armen Ländern heftig kritisiert.

**Intraregionaler Handel** Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern einer Region (z.B. der EU oder der ASEAN).

**Internet** Weltweites, computergestütztes Kommunikationsnetz

**Investitionsfonds** Form der Kapitalanlage, bei der sich Kapitalgesellschaften durch Ausgabe von Anteilscheinen Geld verschaffen, das in Wertpapieren angelegt wird.

**IWF-Fazilitäten** Kreditmittel, die der IWF seinen Mitgliedern für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellt, z.B. erweiterte Fondsfazilität zur Überbrückung schwerer Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Strukturanpassungsfazilität, Ölfazilität usw.



**Joint Venture** Gemeinschaftsunternehmen von Partnern, die selbständig bleiben und sich nur für ein bestimmtes Projekt oder Geschäft zusammenschließen. Das können beispielsweise einheimische und ausländische Unternehmer in einem Entwicklungsland sein, von denen die einen Arbeitskraft und die anderen Kapital und Technologie für eine bestimmte Investition einbringen.



**Keynesianismus** Wirtschaftstheorie und -politik, die sich auf den britischen Ökonomen John Maynard Keynes beruft, der zu Beginn der 30er Jahre

seine "Allgemeine Theorie" als Beitrag zur Lösung der damaligen Krise entwickelte. Als zentrale ökonomische Größe wird dabei die gesamtwirtschaftliche Nachfrage begriffen, die sich aus der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zusammensetzt. In wirtschaftlichen Krisen soll über die Verschuldung des Staates ("Deficit Spending") und Druck auf die Zinssätze ("Politik des billigen Geldes") zusätzliche Nachfrage geschaffen werden, die eine konjunkturelle Erholung bewirkt. Eine keynesianische Wirtschaftspolitik wurde vorwiegend von den 30er Jahren bis in die 60er Jahre betrieben.

**Komparative Kostenvorteile** Relativer Vorteil bei der Herstellung eines bestimmten Gutes im Vergleich zur Herstellung anderer Güter. Siehe auch: internationale Arbeitsteilung.

**Konsultationen** Gemeinsame Beratungen von Regierungen.

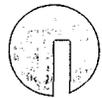
**Konterkarieren** Hintertreiben, das Gegenteil bewirken.

**Konvergenzkriterien** Gesichtspunkte im Maastrichter Vertrag, die die Teilnahmebedingungen für die Europäische Währungsunion (EWU) festlegen (Konvergenz = Übereinstimmung).

1. Die Verschuldung soll nicht mehr als 60% des BIP betragen.
2. Die Neuverschuldung soll 3% des BIP nicht überschreiten.
3. Die Inflationsrate soll nicht mehr als 1,5% nach oben und unten vom Mittelwert der drei Länder mit den niedrigsten Inflationsraten abweichen.
4. Das Zinsniveau soll maximal 2% über Mittelwert der drei Länder mit den niedrigsten Zinssätzen liegen. Kritik wird an der EWU unter anderem deshalb geübt, weil die Maastrichter Kriterien ausschließlich geldpolitisch orientiert sind und nichts über eine reale wirtschaftliche Angleichung, etwa die der Produktivitätsniveaus, aussagen. Soziale Kriterien, z.B. die Arbeitslosenquote, sind völlig ausgeklammert.

**Konquistadoren** Eroberer

**Kybernetik** Wissenschaft über Gesetzmäßigkeiten im Ablauf von Steuerungs- und Regelungsvorgängen.



**Laissez-faire** Gewährenlassen (z.B. des Marktes)

**Liberalismus** Im 18. und 19. Jahrhundert entwickelte ökonomische Theorie, die in der freien Betätigung des Individuums auf dem Markt die Grundlage für die Steigerung des Wohlstandes der gesamten Nation sieht. Staatliche oder sonstige Eingriffe in den freien Handel werden als schädlich abgelehnt. Kernstück ist dabei das nach dem Ökonomen John Baptist Say benannte Say'sche Theorem, nach dem Angebot und Nachfrage zu einem Gleichgewichtszustand streben, da jeder Anbieter auf dem Markt mit dem erzielten Einkommen auch wieder eine Nachfrage in Höhe des Angebots erzeugt. Da Angebot und Nachfrage je-

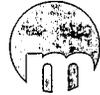
doch zeitlich auseinanderfallen können, produziert das Marktsystem auch aus sich selbst heraus Ungleichgewichtigkeiten, die zu Krisen führen.

**Liquidität** 1. Versorgung der Volkswirtschaft mit Zahlungsmitteln. 2. Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens.

**Logistische Revolution** (auch **just-in-time-Produktion**) beschreibt die Vernetzung von Produktionsprozessen, die so aufeinander abgestimmt sind, daß Produkte dann geliefert werden, wenn man sie anfordert. Die Lagerhaltung entfällt damit, was eine Zunahme des Güterverkehrs u.a. auf der Straße zur Folge hat.

**Lohnquote** Anteil der Löhne am Volkseinkommen

**Lohnstückkosten** Anteil des Lohns an den Produktionskosten einer Ware



**Magisches Viereck** Ausdruck für den Versuch, Vollbeschäftigung, Wachstum, Geldwertstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht gleichzeitig zu erreichen. Der Ausdruck "magisch" resultiert aus den Zielkonflikten, die dabei entstehen.

**Marginalität** Existenz am Rande einer sozialen Gruppe.

**Marktradikalismus** Überzeugung, nach der die Produktion und Verteilung von Gütern am besten über den Markt geregelt werden. Soziale Folgen des Marktes werden dabei ausgeblendet oder der einzelne wird für mangelnden Erfolg verantwortlich gemacht.

**Marktwirtschaft** Ökonomisches System, bei dem für unbekannte Abnehmer produziert wird, wobei mehrere Anbieter um den größtmöglichen Absatz konkurrieren. Unterstellt wird dabei, daß der Eigennutz der Anbieter zu einer bestmöglichen Nutzung der Produktionsfaktoren und effektiven Verteilung der Güter führt.

**MERCUSOR** Freihandelsabkommen zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay mit dem Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes.

**Migration** Wanderung von Menschen in ihrem Land (vor allem vom Land in die Städte) oder über die Grenzen (Auswanderung, Flucht, Umsiedlung). Ursachen für die weltweiten Wanderungen, die meist Zwangswanderungen sind:

- Armut und (Dauer-) Arbeitslosigkeit,
- Hunger- und Umweltkatastrophen,
- politische (rassistische, religiöse) Verfolgung
- Kriege und Bürgerkriege,
- Aufbau und Zerfall von Kolonialreichen (Kolonialismus)
- internationale Mobilität aufgrund der modernen Verkehrsmittel..

**Monetarisierung** Betrachtungsweise, die das Funktionieren des Geldkreislaufs in den Mittelpunkt rückt.

**Monetarismus** Wirtschaftstheorie und -politik, nach der die Stabilität des Geldsystems wichtigster Faktor für ein wirtschaftliches Wachstum ist.

Grundannahme des Monetarismus ist, daß durch flexible Preise, offene Märkte und die bestehende Eigentumsordnung der Wirtschaftskreislauf stabilisiert werden kann. Die Monetaristen treten deshalb auch für umfangreiche Deregulierungen ein. Vermögensbesitzer werden durch eine monetaristische Politik begünstigt, da ihr Kapitalbesitz durch stabile Währungen vor Abwertung geschützt wird.

**Multinationale Unternehmen** Siehe Transnationale Unternehmen



**Nachhaltigkeit** Prinzip, nach dem die gegenwärtige Entwicklung so zu gestalten ist, daß nachfolgende Generationen die gleichen Chancen haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen wie die gegenwärtigen.

**NAFTA** Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko.

**Nato** Nordatlantisches Verteidigungsbündnis.

**Neoliberalismus** Der "neue" Liberalismus als wirtschaftspolitisches Konzept setzt auf Markt und Wettbewerb als wichtigste Kräfte, deren Wirkung durch staatliche Beschränkungen möglichst wenig gestört werden sollte. Konzentrierte Wirtschaftsmacht gilt als weniger bedrohlich für die Gesamtordnung als staatliche Macht. Ein Teil der neoliberalen Theoretiker weist dem Staat vor allem die Rolle zu, günstige Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Initiativen zu schaffen. Soziale Gesichtspunkte sind nachrangig und werden als systemwidrig angesehen.

**Neue Management-Philosophien** Die neuen Management-Philosophien kommen entweder aus den USA oder Japan. Dazu gehören "lean management" und "lean production" (lean, engl. = schlank, also eine Betriebsführung mit kleinstmöglicher Personalstärke) ebenso wie "kaizen" (jap. = kontinuierlicher Verbesserungsprozeß). Alle diese Maßnahmen dienen vor allem der Produktivitätssteigerung. Bei der in den USA entwickelten Philosophie des "shareholder value", die auch in Deutschland immer mehr Anhänger findet, wird die Steigerung des kurzfristigen Profits und der Aktienkurse zum einzigen Maßstab für Leistung und Bezahlung des Managements.

**Neue Weltwirtschaftsordnung** Eine neue Ordnung der Weltwirtschaft wird von den Entwicklungsländern seit den 70er Jahren gefordert. Sie wollen ihre wirtschaftliche Position gegenüber den reichen Ländern verbessern und politisch zu gleichberechtigten Partnern werden. Kernpunkte dieses Konzepts sind Rohstoffabkommen zur Stabilisierung ihrer Exporteinnahmen, die Entwicklung angepaßter Technologien, die Bereitstellung von 0,7 Prozent der Etats im Westen für Entwicklungshilfe und mehr Mitsprache beim Internationalen Währungsfonds.

**New Deal** Wirtschaftliches und soziales Reformprogramm unter Präsident Roosevelt in den USA in den 30er Jahren

**Nomenklatur** Ursprünglich Verzeichnis der wichtigsten Führungspositionen, Bezeichnung der herrschenden Klasse in den ehemaligen Ostblockstaaten.



**OAS** Organisation Amerikanischer Staaten.

**OECD** Organisation für ökonomische Entwicklung und Zusammenarbeit

**Offshore-Zentrum** Finanzplatz für internationale Finanzgeschäfte, die häufig zu dem Zweck getätigt werden, Steuern zu sparen.

**Ökodumping** Produktion von Gütern, ohne auf allgemein anerkannte oder festgelegte ökologische Mindeststandards Rücksicht zu nehmen

**OPEC** Organisation erdölexportierender Länder.

**Outplacement** Das entsprechende deutsche Wort "Auslagerung" meint in der Regel die Auslagerung von Teilen der Produktion. Das englische "outplacement" steht für verschiedenartige Auslagerungsprozesse von Produktionsteilen oder Dienstleistungen, in der Regel, um die Fertigungstiefe zu verringern. Das kann die Beauftragung privater Anbieter mit Reinigungs- oder Wachdiensten sein, die Fremdvergabe von Teilen der Produktion an eigenständige Firmen oder auch die Ausgliederung von Firmenteilen in rechtlich selbständige Tochterfirmen, die auf dem Markt eigene Profite erzielen müssen.

**Outsourcing** Siehe outplacement



**Paradigma** Denkmuster, das die Weltansicht einer Zeit prägt.

**Partizipationsrate** Erwerbsbevölkerung (Arbeitslose und Erwerbstätige) in Prozent der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter.

**paternalistisch** bevormundend

**Photovoltaik** Energietechnik zur Gewinnung von Strom aus Sonnenlicht.

**Postfordismus** Bezeichnet ein Rationalisierungsmodell, das im Gegensatz zur standardisierten Großserienproduktion des Fordismus darauf ausgerichtet ist, die Produktion möglichst schnell den Schwankungen des Marktes anpassen zu können und durch permanente Innovation Konkurrenzvorteile zu erlangen.

**Postkolonialismus** Historische Phase nach dem Ende des Kolonialismus, Primat der Ökonomie vor der Politik. Die Ausrichtung des politischen Handelns an betriebswirtschaftlichen Maßstäben, ohne soziale oder ökologische Probleme zu berücksichtigen.

**Produktionsfaktoren** In der Volkswirtschaft werden darunter Arbeit, Boden und Kapital gefaßt, betriebswirtschaftlich sind damit Arbeitskräfte, Produktionsanlagen, Werkstoffe, technologisches Wissen und Qualifikationen gemeint.

**Pro-Kopf-Einkommen** Das in US-Dollar umgerechnete Pro-Kopf-Einkommen (PKE) ist die gebräuchlichste Größe, um den Entwicklungsstand eines Landes zu messen und Aussagen über die Lebenssituation der Menschen zu treffen. Die Weltbank verwendet diesen Indikator, um den Zugang zu subventionierten Krediten zu gewähren oder zu verweigern. Tatsächlich ist die Aussage des PKE begrenzt. Unberücksichtigt bleibt etwa der in vielen Entwicklungsländern wichtige informelle Sektor und die Eigenbedarfsproduktion und die Verteilung der Einkommen. Über wesentliche Lebensverhältnisse wie das Gesundheits-, Bildungs- und Ernährungsniveau sagt das PKE nichts aus, ebenso werden Qualitätsveränderungen von Gütern, die sich nicht in Preisen niederschlagen, ignoriert. Zudem orientiert sich der Indikator an den Wechselkursen und sagt nichts über die tatsächliche Kaufkraft aus.

**promethisch** An Kraft, Gewalt alles übertreffend.

**Protektionismus** Der Begriff (lat. = Schutz) bezeichnet eine Wirtschaftspolitik, die den einheimischen Markt durch Handelsschranken vor ausländischer Konkurrenz zu schützen sucht. Durch Zölle, Handelsbeschränkungen oder staatliche Eingriffe in die Devisenwirtschaft sollen Produktionszweige erhalten werden, die sonst in der Konkurrenz untergehen würden. Protektionistische Maßnahmen, mit denen die Europäische Gemeinschaft beispielsweise ihre landwirtschaftliche Produktion vor billiger Konkurrenz schützt, stehen im Gegensatz zu den liberalen Prinzipien des Freihandels. In den Verhandlungen bei der Weltfreihandelsorganisation zwischen Nord und Süd geht es im wesentlichen um den Abbau solcher Handelsschranken.

**PTA-Zone** Siehe Karte S. 33



**Regionale Wirtschaftsräume** Als regionale Wirtschaftsräume werden Ländergruppen bezeichnet, die gemeinsame Handelsabkommen geschlossen haben, die die Liberalisierung des Handels zum Ziel haben.

**Restrukturierung** Umorganisation von Unternehmen nach dem Maßstab der Konkurrenzfähigkeit.

**RGW** Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wirtschaftsorganisation der Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts.

**Road Pricing System** zur Umlage der Kosten von Verkehrswegen auf deren Nutzer.



**SADC/COMESA** Siehe Karte S. 33

**Schwellenländer** Entwicklungsländer, die sich an der Schwelle zum Industrieland befinden.

**Segregation** Isolierung einer Menschengruppe.

**Shareholder Value** Vermögenswerte der Kapitalanleger, siehe auch: neue Managementphilosophien

**Sonderziehungsrechte** Im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IMF) den angeschlossenen Mitgliedsstaaten gewährter Buchkredit, der den Notenbanken der einzelnen Länder nach einer Quote gewährt wird, damit diese sich bei Notenbanken anderer Länder die gewünschte fremde Währung besorgen können.

**Sozialdumping** Produktion von Gütern unter Mißachtung gängiger sozialer Standards

**Soziale Marktwirtschaft** Wirtschaftsordnung auf der Grundlage des Systems der freien Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Effektivität und soziale Gleichheit miteinander kombinieren will.

**Soziale Mindeststandards** siehe: Sozialklauseln.

**Sozialklauseln** Eine Sozialklausel in Handelsvereinbarungen und auf der Ebene der Welthandelsorganisation soll für die weltweite Durchsetzung sozialer Mindeststandards sorgen, wie sie in den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegt sind. Dazu gehören das Verbot von Kinderarbeit, von Diskriminierung und Zwangsarbeit und die Anerkennung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Tarifverhandlungen. Damit soll dem sogenannten Sozialdumping Grenzen gesetzt und den Unternehmern die Möglichkeit genommen werden, Produktionskosten und Preise durch Verletzung sozialer Mindeststandards zu drücken. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) unterstützt die Forderung nach einer Sozialklausel ebenso wie das europäische Parlament. In manchen Entwicklungsländern gibt es die Befürchtung, daß derartige Klauseln von den Industrienationen zum Schutz vor unerwünschter, billiger Konkurrenz mißbraucht werden können.

**Spekulatives Kapital** Kapital, das nicht in produktive Unternehmen investiert wird, sondern zur kurzfristigen Gewinnmaximierung auf den Kapitalmärkten eingesetzt wird.

**Stabilitätsgesetz** Dieses Gesetz vom 8.6.1967 verpflichtet Bund und Länder, sich wirtschaftspolitisch an den Zielen des magischen Vierecks auszurichten (Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht).

**Stille Reserve** Arbeitsuchende, die nicht als Arbeitslose registriert sind.

**Subsidiarität** Prinzip, nach dem übergeordnete gesellschaftliche Einheiten

(z.B. der Staat) nur solche Aufgaben übernehmen sollen, die von untergeordneten Einheiten nicht wahrgenommen werden können.

**Supranational** Überstaatlich.

**Synergieeffekte** Wirkung, die sich aus dem Zusammenfluß von Kräften (z.B. Zusammenarbeit von Unternehmen) ergibt.



**Technologiediffusion** Indirekte Übertragung von technischem Wissen aus entwickelten in weniger entwickelte Länder infolge von Direktinvestitionen.

**Techno Pool** gemeinsame Nutzung von technologischem Wissen durch mehrere Unternehmen.

**Termingeschäfte** Bezeichnung für einen Vertrag, bei dem Waren, Wertpapiere oder Devisen zu einem festgelegten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt ge- bzw. verkauft werden. Schwankungen der Marktpreise werden dabei nicht berücksichtigt. Unternehmen dienen Termingeschäfte z.B. zur Absicherung gegen Wechselkursschwankungen.

**Terms of Trade** Regeln der Preisbildung im internationalen Warenaustausch. Heftig diskutiert werden die terms of trade im Zusammenhang mit der ständigen Verschlechterung der Austauschverhältnisse für die Rohstoffe exportierenden Länder. Während die Preise für unverarbeitete Güter auf dem Weltmarkt kontinuierlich fallen, werden Industriegüter laufend teurer. Die Entwicklungsländer müssen daher zur Finanzierung ihrer Importe immer größere Mengen unverarbeiteter Güter exportieren.

**Tittytainment** Aus tits und entertainment zusammengesetzter Begriff. Ausgangspunkt ist die Prognose, daß im kommenden Jahrhundert nur 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung gebraucht wird. Die restlichen, von Einkommen und Wohlstand abgeschnittenen 80 Prozent der Erwerbsfähigen sollen an der Brust ("tits") der wenigen Produktiven und mit entertainment am Überleben gehalten und unterhalten werden.

**Tobin-Steuer** Nach dem US-Wirtschaftswissenschaftler James Tobin benannter Vorschlag, auf Devisengeschäfte eine Umsatzsteuer von einem Prozent zu erheben.

**Transnationale Unternehmen** Trans- oder Multinationale Unternehmen, auch Global Players genannt, haben Tochterunternehmen in mehreren Ländern, richten ihre Entscheidungen weltweit aus und machen einen Großteil ihrer Umsätze im Ausland.

**Triade** Der Ausdruck (griech. "Dreizahl") meint im weltwirtschaftlichen Zusammenhang die drei ökonomisch vorherrschenden Weltregionen: Nordamerika, Europa und Japan zusammen mit den asiatischen Schwellenländern.



**Überbeschäftigung** Eine Form verdeckter Arbeitslosigkeit, die zur Zeit häufig in den Transformationsländern in staatlichen Betrieben anzutreffen ist, wenn bei sinkender Produktion eigentlich nicht benötigtes Personal weiterbeschäftigt wird.

**UNCTAD** UN-Konferenz über Welthandel und Entwicklung, siehe auch: Agenda 21.

**UNDP** Entwicklungsprogramm der UN.

**UNEP** Umweltprogramm der UN.

**UNESCO** UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

**UNHCR** UN-Flüchtlingskommissariat.

**UNICE** Verband der Europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände.

**UNICEF** Kinderhilfswerk der UN

**UNO-(UN)** Vereinte Nationen, 1945 gegründete Staatenorganisation mit Sitz in New York



**Verteilungsgerechtigkeit** Das Maß an Gleichheit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums

**Volatilität** Ausmaß der Schwankungen von Preisen, Zinssätzen, Aktien- und Devisenkursen.



**Warschauer Vertrag** In Reaktion auf die Nato gegründetes Verteidigungsbündnis der Länder des ehemaligen Ostblocks.

**Wechselkurse** Ausdruck des Preises einer Währung in einer anderen Währung

**Weltbank** Die Weltbank wurde 1945 als UNO-Sonderorganisation gegründet. Sie soll die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Mitgliedsländer fördern und den Lebensstandard der Menschen verbessern helfen. Sie setzte ihre Mittel nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa, nach 1950 in der Dritten Welt und seit 1989 in Osteuropa ein. Finanziert wurden zunächst vor allem Infrastrukturprojekte, heute auch Programme zur sogenannten Armutsbekämpfung oder Strukturanpassung. Die Bank arbeitet mit Entwicklungsorganisationen zusammen und finanziert ihre Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen sowie Schuldverschreibungen. Aus Son-

derfonds können die ärmsten Länder Darlehen zu günstigen Bedingungen beziehen. Die Entscheidungen der Weltbank werden von den reichen Mitgliedsländern dominiert, da die Stimmenanteile nach Kapital verteilt sind. Kritik an der Weltbank bezieht sich vor allem auf ihre Tendenz zu teuren Großprojekten und den Mangel an Beteiligung seitens der Betroffenen.

**Welthandelsorganisation (WTO)** Als Sonderorganisation der Uno wurde die World Trade Organisation (WTO) 1994 in Marrakesch gegründet. Von 1996 an löste sie das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT ab. Sie soll den institutionellen Rahmen für einen freien Weltmarkt zur Verfügung stellen. Dazu gehört die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zum Abbau von Zöllen für Industriegüter und von Exportsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Oberstes Organ der WTO ist die alle zwei Jahre tagende Ministerkonferenz. Entscheidungen werden im Konsens, im Zweifelsfall mit einfacher Mehrheit gefällt. Jedes Mitgliedsland hat eine Stimme. Vorteile von den neuen Regeln haben die europäischen und asiatischen Exporteure von Industriegütern zu erwarten. Für die Rohstoffe ausführenden Länder, besonders in Afrika, verbessern sich die Bedingungen nicht.

**Wirtschaftssektoren** Gegliedert wird die Ökonomie in den primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau), den sekundären (produzierendes und verarbeitendes Gewerbe) sowie den tertiären Sektor (Dienstleistungen und Handel). In anderem Zusammenhang erfolgt die Aufteilung in privaten, öffentlichen und den sogenannten Dritten Sektor.



**Zivilgesellschaft** Der Begriff meint die nicht-militärische und nicht-staatliche Ebene von Gesellschaften. Bürgerinitiativen, Menschenrechtsgruppen, Frauenvereinigungen; Elternräte gehören dazu, aber auch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und andere sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs = Non Governmental Organisations), die Interessen und Anschauungen unterhalb der staatlichen Ebene artikulieren und vertreten.

